

Marina Fleck, Tobias Hirschmüller,
Thomas Hoffmann (Hg.)

POPULISMUS – Kontroversen und Perspektiven

Ein wissenschaftliches Gesprächsangebot



Populismus

Marina Fleck, Tobias Hirschmüller,
Thomas Hoffmann (Hg.)

POPULISMUS – Kontroversen und Perspektiven

Ein wissenschaftliches Gesprächsangebot



AVM.edition

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

AVM - Akademische Verlagsgemeinschaft München 2020
© Thomas Martin Verlagsgesellschaft, München

Umschlagabbildung: © Marina Fleck

Dieses Werk ist als Open-Access-Publikation unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-SA 4.0 (Namensnennung - nicht kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) lizenziert und unter dem DOI [10.23780/9783960915669](https://doi.org/10.23780/9783960915669) abzurufen. Jede Verwertung außerhalb dieser Lizenz bedarf der schriftlichen Genehmigung durch den Verlag. Die Lizenzen sind einsehbar unter <https://creativecommons.org/licenses/>

Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und geprüft. Weder Herausgeber, Autoren noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, säurefreiem und alterungsbeständigem Papier (ISO 9706)

ISBN (Print) 978-3-95477-118-9
e-ISBN (ePDF) 978-3-96091-566-9

AVM - Akademische Verlagsgemeinschaft München
Schwanthalerstr. 81
D-80336 München
www.avm-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

<i>Marina Fleck, Tobias Hirschmüller, Thomas Hoffmann</i> Vorwort	7
<i>Marina Fleck, Tobias Hirschmüller, Thomas Hoffmann</i> Populismus: Kontroversen und Perspektiven – eine Hinführung	9
<i>Veith Selk</i> Warum Populismus?	21
<i>Paul Schreyer</i> Wie man die Demokratie nicht gegen Populisten verteidigt	39
<i>Thomas Hoffmann</i> Die Sprache der Populisten	55
<i>Benjamin Krämer</i> Populismus und Medien: Schichten einer Beziehung	75
<i>Anton Pelinka</i> Populismus: Die Versuchung zur Vereinfachung – Demokratie, Politik und Recht	109
<i>Alma Hannig</i> Antisemitismus und Populismus in Österreich: Zwei unzertrennliche Phänomene? – Eine geschichtswissenschaftliche Annäherung	125
<i>Christian A. Bachmann</i> Der Wiener Kikeriki und die Causa Karl Lueger – Visuelle und mechanische Satire im Dienst des antisemitischen Populismus	163
<i>Walter Lesch</i> Ambivalenzen im Verhältnis von Populismus und Christentum – Kontroversen und theologische Klärungsversuche	187

6 Inhaltsverzeichnis

Stephanie Heimgartner

Runde Göttinnen: Affektiver Populismus und die Inszenierung
des mütterlichen Körpers

207

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

229

Vorwort

In den letzten Jahren scheint das Phänomen des Populismus – wie sich zum Beispiel in den Wahlerfolgen der Alternative für Deutschland (AfD) in Deutschland oder der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, sowie dem Politikstil von Donald Trump und Viktor Orbán zeigt – weltweit in allen gesellschaftlichen Bereichen um sich zu greifen und zu einem immer drängenderen Problem unserer Zeit zu werden. Es ist auch eine zentrale Aufgabe von Universitäten, sich mit aktuellen, virulenten Themen auseinanderzusetzen und im Diskurs mit der Gesellschaft Lösungsansätze zu entwickeln. Im Bewusstsein um diesen gesellschaftlichen Auftrag befasst sich die Wintervortragsreihe der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt jährlich mit einem gesellschaftlich relevanten Thema. Im Wintersemester 2018/19 entschied das Leitungsteam, „Populismus“ zum Gegenstand der 30. Vortragsreihe zu machen. Die interdisziplinären Vorträge der Reihe näherten sich dem Phänomen aus unter anderem historischer, rechtswissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher oder auch religionswissenschaftlicher Perspektive, stießen auf enormes Interesse bei Publikum sowie Presse und führten im Anschluss immer zu lebhaften Diskussionen zwischen Referentinnen/Referenten und dem anwesenden Publikum.

Natürlich lässt sich ein derart komplexes Thema nicht umfassend in einem Semester oder in einer einzigen Publikation behandeln. Dennoch ergab sich aus dem interaktiven Format der Wintervortragsreihe ein interdisziplinärer Überblick zu gegenwärtigen wissenschaftlichen Positionen und Desideraten, der als Grundlage für den weiteren Diskurs zwischen Gesellschaft und universitärer Forschung gesehen werden kann. Eingedenk dieser expliziten Brückenfunktion des vorliegenden Sammelbandes war es uns wichtig, eine Publikationsform zu wählen, die der Öffentlichkeit freien und kostenlosen Zugang zu diesen wissenschaftlichen Denkanstößen ermöglicht. Wir sind deshalb äußerst dankbar, dass die finanzielle Förderung der Wintervortragsreihe uns neben einer klassischen Printversion auch eine digitale Open-Access-Publikation bei der Akademischen Verlagsgemeinschaft München erlaubt hat. Darüber hinaus haben die verschiedenen Stiftungen und Spender dankenswerterweise die Einladung von ausgewiesenen Populismus-Expertinnen/Experten, die Unterstützung durch wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte sowie den Druck von Postern und Flyern ermöglicht. An dieser Stelle wollen wir deshalb explizit der Katholischen Erwachsenenbildung im Landkreis Eichstätt e. V. (KEB), der Eichstätter Universitätsgesellschaft e. V., sowie der Universitätsstiftung, der Sprach- und Li-

teraturwissenschaftlichen Fakultät, und zentralen Stellen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt mit Nachdruck unseren Dank für ihre finanzielle und ideelle Unterstützung aussprechen.

Unser herzlicher Dank gilt natürlich auch unserer Lehrbeauftragten, Frau Vanessa Gruber, für die kompetente Leitung und Betreuung des Begleitseminars zur Wintervortragsreihe sowie das ansprechende Design der Flyer und Poster und unserer studentischen Hilfskraft Herrn Etienne Nüchel für die praktische Unterstützung während der Veranstaltungen. Unser besonderer Dank gebührt darüber hinaus unserer studentischen Hilfskraft, Frau Sina Damköhler, die äußerst gewissenhaft und mit akribischen Augen den Publikationsprozess begleitet hat, und die schnelle und professionelle Herausgabe des Bandes erst ermöglicht hat.

Der Anspruch der Wintervortragsreihe, komplexe Themen wissenschaftlich fundiert mit der Gesellschaft zu diskutieren, stellt immer eine große Herausforderung dar und ist ein hehres Ziel. Wir hoffen, zumindest ansatzweise diesem Anspruch mit dem vorliegenden Sammelband gerecht zu werden.

Eichstätt, im März 2020

Marina Fleck, Tobias Hirschmüller, Thomas Hoffmann

Marina Fleck, Tobias Hirschmüller, Thomas Hoffmann

Populismus: Kontroversen und Perspektiven – eine Hinführung

1. Einleitung

Immer wieder werden Politikerinnen und Politiker als „Populisten“ bezeichnet. Wie eine Suche nach dem Begriff im *Digitalen Wörterbuch der Deutschen Sprache* DWDS¹ zeigt, ist dies kein aktuelles Phänomen:

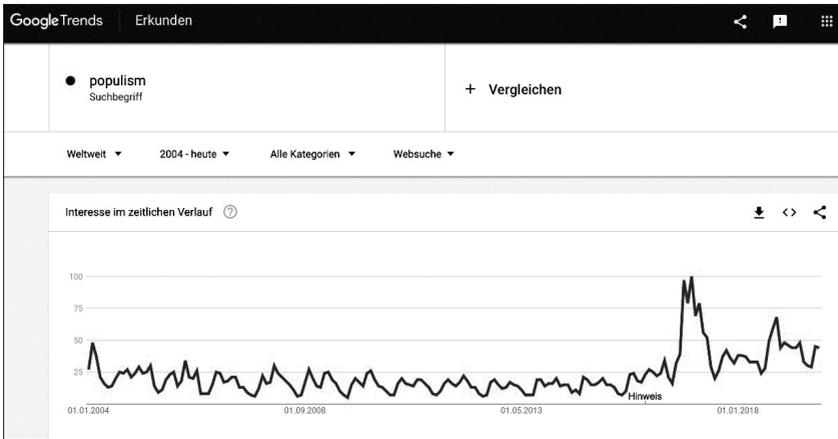
1. [Reinhard] Appel sei ein „Populist“, nimmt dieser als Kompliment. (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 23. März 1979, Nr. 13)
2. Es besteht also durchaus Grund, den Populisten Franz Josef Strauß ernstzunehmen. (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 20. Juli 1979, Nr. 30)
3. Ist er [Ronald Reagan] ein Populist, einer jener amerikanischen Politiker, die mit volkstümlicher Philosophie und Sprache für die sozialen Belange des einfachen Volkes eintreten? (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 18. Juli 1980, Nr. 30)
4. Kohl und Rau, die Populisten, scheinen sich manchmal durchaus zu ähneln. (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 20. Dezember 1985, Nr. 52)

Und doch scheint es, als ob das Phänomen im Augenblick von zunehmender Bedeutung ist: Von einem „Aufstieg des Populismus“² beziehungsweise dem „rise of populism“³ ist immer wieder die Rede. Auch dies scheinen empirische Daten zu bestätigen: der DWDS *Die Zeit* Korpus umfasst einen Zeitraum von mehr als 70 Jahren und doch finden mehr als 30 Prozent aller Belege für „Populist(en)“ in den letzten vier verfügbaren Jahren (2015–2018). Darüber hinaus zeigt sich,

¹ Populismus, Der, in: BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN: Wörterbuch, URL: <https://www.dwds.de/wb/Populismus> (8. November 2019).

² DECKERS, Daniel: Aufstieg des Populismus Kein Zurück zum Status quo ante, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2019, URL: <https://www.faz.net/-16195858.html> (19. Februar 2020).

³ LEWIS, Paul: Exploring the rise of populism: ‚It pops up in unexpected places‘, in: The Guardian, 22. Juni 2019, URL: <https://www.theguardian.com/membership/2019/jun/22/populism-new-exploring-rise-paul-lewis> (19. Februar 2020).



Grafik 1: Häufigkeit des Suchbegriffs ‚populism‘ von 2004–heute (URL: <https://trends.google.com/trends/explore?date=all&q=populism>, 13. Februar 2020)

dass auch die Online-Suchanfragen nach dem Begriff ‚populism‘ weltweit in den letzten Jahren stark zugenommen haben:

Wie die Grafik 1 zeigt, nahmen die Suchanfragen laut Google Trends nach dem Begriff ‚populism‘ in den letzten Jahren stark zu und fanden ihren Höhepunkt im Januar 2017 – dem Amtsantritt des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald J. Trump.⁴ Einem Politiker, der auch immer wieder als Populist bezeichnet wird:

5. Die Sorge vor einem Sieg des Populisten Trump ist vor allem in Europa groß. (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 08. November 2016 [online])
6. Grundsätzlich sind sich viele Analysten einig, dass ein Wahlerfolg des Populisten Trump das größere politische und wirtschaftliche Risiko mit sich brächte. (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 26. September 2016 [online])
7. Aber dieses Geschäft beherrscht der Populist Trump besser als „crooked Hillary“, die „korrupte Hillary“ (DWDS Korpus: *Die Zeit*, 03. Juni 2016, Nr. 24)

Die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband versuchen nun, das Phänomen des Populismus aus verschiedenen Forschungsperspektiven zu beleuchten.⁵ Grundsätzlich ist zunächst festzustellen, dass das Thema den Populismus

⁴ EBD.

⁵ Zur Einführung: PRIESTER, 2007; JÖRKE/SELK, 2017; MÜLLER, ⁵2017. Zudem die Forschungsüberblicke von: JÖRKE, 2017; REINEMANN, 2017.

„macht“. Dies bedeutet, ob die Darstellung eines Arguments als populistisch interpretiert oder wahrgenommen wird, hängt in Gesellschaft und Wissenschaft in bedeutendem Maße von dem jeweiligen Diskussionsgegenstand ab. Themen wie beispielsweise Migration oder soziale Absicherung gelten schneller als populistisch aufgeladen als etwa Verkehrspolitik oder Verwaltung. Hinsichtlich des Selbstverständnisses der Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler, die sich mit dem Thema „Populismus“ beschäftigen, lassen sich zudem grob drei Kategorien ausmachen, die jedoch voneinander nicht immer strikt getrennt werden können. Die erste Gruppe versteht ihren Untersuchungsgegenstand als ein Phänomen, das nicht nur abzulehnen ist, sondern möchte Strategien aufzeigen, um dieses zu bekämpfen.⁶ Dies ist oft schon an der in der Titelwahl vorkommenden Bildsprache zu erkennen, etwa wenn „Populismus“ mit Begrifflichkeiten wie „Gefahr“ oder „Gespenst“ kombiniert wird. Somit wird die neutrale Haltung der Wissenschaft vernachlässigt und Forderungen für eine Gestaltung der Zukunft aufgestellt.⁷ In seltenen Fällen wird darüber hinaus zur Konstruktion eines „Gegen-Populismus“ aufgerufen.⁸ Die zweite Gruppe teilt mit der ersten die Gemeinsamkeit, „Populismus“ zwar grundsätzlich abzulehnen, gesteht ihm aber als legitime Form der Protestkundgebung ein Existenzrecht in pluralistischen Gesellschaften zu und sieht in ihm letztlich eine Art Herausforderung oder sogar ein potentielles Korrektiv für Fehlentwicklungen in der Demokratie.⁹ Die dritte und letzte Gruppe konzentriert sich auf die Ursachenforschung, wann populistische Bewegungen entstehen, wie ihre Argumente in vergleichender Perspektive aufgebaut sind, und in welchen gesellschaftlichen Kreisen sie auf Resonanz in der Vergangenheit stießen und in der Gegenwart stoßen.¹⁰ Die „Empfehlung“ für „Gegenmaßnahmen“ entfällt hier in der Regel. Wie die Leserin und der Leser sehen werden, sind diese drei Strömungen auch in unterschiedlicher Ausprägung in den Beiträgen des vorliegenden Sammelbandes zu finden.

⁶ HUFER, ⁵2014; BROWN, 2017; FRANKE, 2017; FISLAGE/GRABOW/HEINZE, 2018; KOTZUR, 2018; SCHÖPPNER, 2018; VOSSKUHLE, 2018; MOUNK, 2019; RENZ, 2019.

⁷ KNÖBL, 2016; STEGEMANN, ³2017.

⁸ MOUFFE, 2018; MILEV, 2019.

⁹ BRÖMMEL/KÖNIG/SICKING, 2017; BREYER-MAYLÄNDER, 2017; MÖLLERS/MANZEL 2018; DIENDORFER/SANDNER/TUREK, 2017; HORNIG, 2017; BUCHBERGER/MITTNIK, 2019; JESSE/MANNEWITZ/PANRECK, 2019.

¹⁰ Unter anderem: VOERMAN, 2009; BEIGEL/ECKERT, 2017; HALLER, 2017; THIEME, 2018; MAYER/SCHÄFER, 2019; RÖMER/SPIESS, 2019; MÜLLER/PRECHT, 2019; MANOW, ²2019.

2. Zusammenfassung der Beiträge

Im ersten Beitrag des vorliegenden Bandes, der mit „Warum Populismus?“ überschrieben ist, analysiert **Veith Selk** den Populismus aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Wie er aufzeigt, wird der Begriff einerseits verwendet, um gegenwärtige Probleme repräsentativer Demokratien zu beleuchten. Andererseits wird Populismus immer wieder auch als abwertende Fremdbeschreibung des politischen Gegners und somit als polemisches Instrument im Meinungskampf benutzt. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive trennt Selk zwischen Populismus als performatives Stilelement und dem Populismus als „dünne Ideologie“. Während populistische Stilelemente von vielen Politikerinnen und Politikern gelegentlich genutzt werden, um „Volksnähe“ zu signalisieren, gründet der Populismus als Ideologie auf zwei fundamentalen Grundannahmen: einer dichotomischen Trennung von „gutem Volk“ und „korrupter Elite“, sowie der Idealisierung des einen, homogenen Volkswillens. Selk argumentiert, dass politischer Populismus in westlichen Gesellschaften immer auch eine Reaktion auf Probleme der demokratischen Systeme ist. So scheinen, unter anderem, die Verselbstständigung von politischen Klassen, das Fehlen von Akzeptanz für politische Entscheidungen oder auch tatsächliches oder zumindest wahrgenommenes Politikversagen populistische Tendenzen zu begünstigen. Wie Selk zeigt, drückt sich dies dann zum Beispiel in demagogischen Kampagnen, einer aufstachelnden Verdammungsrhetorik oder auch einer aggressiven Freund-Feind-Rhetorik aus. Die Übergänge zwischen Populismus in der Demokratie und Populismus gegen die Demokratie sind dabei fließend. In seinem Beitrag beleuchtet Selk dann die Gründe für den aktuellen Aufstieg des Rechtspopulismus näher, und geht dabei auf die Rolle der Modernisierung der Gesellschaft, den Wandel der politischen Kommunikation, sozio-ökonomischen Faktoren aber auch sozialmoralischen und anderen soziokulturellen Einflüssen ein.

Im nächsten Beitrag geht **Paul Schreyer** der Frage nach, „Wie man die Demokratie nicht gegen Populismus verteidigt“ und beleuchtet, warum Populismus heute bedrohlich sein kann und welche Schwierigkeiten bei dessen Bekämpfung entstehen. Er identifiziert zwei Arten von Populismus: einerseits sei Populismus ein Wesensmerkmal der Demokratie im Sinne einer Interessenvertretung des Volkes und andererseits eine rhetorische Taktik zur Täuschung der Öffentlichkeit. Schreyer präsentiert vier vermeintlich typisch populistische Konzepte, die zeigen, dass es häufig schwierig ist, von rein populistischen Phänomenen zu sprechen. Dazu zieht er immer wieder historische und internationale Vergleiche. Vor allem die von ihm identifizierten Aspekte der Anmaßung eines (fiktiven) Volkswillens und der Vorliebe, einfache Antworten auf kom-

plexe Sachverhalte zu geben, würden auch von etablierten Politikern genutzt. Dies wird mit einigen Beispielen illustriert, unter anderem mit Angela Merks bekanntem Ausspruch „Wir schaffen das“ zur Flüchtlingskrise 2015. Auch wird im Beitrag argumentiert, dass es sehr wohl so etwas wie einen Volkswillen geben kann. Darauf weisen Umfragen hin, bei denen sich unter den Befragten meist eine Mehrheit für (oder gegen) ein Konzept fand. Brisant sei dies vor allem im Kontext einer Studie zur Responsivität der Politik in Deutschland, die vor wenigen Jahren vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben wurde und deren Ergebnisse durch den Beitrag ernüchternd dargelegt werden und aufhorchen lassen sollten. Dies lässt Paul Schreyer zu dem Schluss kommen, dass Populismus uns als Phänomen so lange begleiten werde, bis die Möglichkeit zur Einflussnahme auf politische Entwicklungen nicht mehr inkommensabhängig sein wird.

Thomas Hoffmann untersucht in seinem Beitrag dann als nächstes „Die Sprache der Populisten“. Er geht dabei der Frage nach, inwieweit sich Populisten tatsächlich sprachlich von anderen Politikerinnen und Politikern unterscheiden. Hoffmann identifiziert folgende sprachliche Reflexe, die sich aus der soziolinguistischen „Wir sind das Volk“-Konstruktion speisen, die den meisten populistischen Bewegungen zugrunde liegt: Populisten zeichnen sich zum einen durch einen hypertrophen Sprachgebrauch aus, der einen antipluralistischen Alleinvertretungsanspruch geltend macht („Wir sind das Volk!“). Zum anderen werden die Eliten als Gegner des Volkes identifiziert und zur Zielscheibe einer Eliten-Kritik. Statt sich um das „eigene Volk“ zu kümmern, wird Eliten vorgeworfen, eine Politik der „Zuwanderung“ zu betreiben, was angeblich zu einer „kulturellen Überfremdung“ führt. In populistischer Sprache lassen sich des Weiteren häufig sprachliche Distanzierungsstrategien (zum Beispiel metasprachliche Distanzmarkierungen wie etwa „sogenannte“ in „sogenannte Quotenregelungen“), aber auch skandalisierende und polarisierende Vokabeln (wie zum Beispiel „Wir werden Frau Merkel jagen!“) finden. Ein charakteristisches Merkmal von populistischen Reden ist außerdem noch die Mobilisierung der eigenen Anhänger durch Schlachtrufe (zum Beispiel „Build that wall!“). Wie Hoffmann aber auch nachweist, ist keines der genannten Merkmale nur in der Sprache der Populisten zu finden, sondern alle tauchen auch immer wieder im Repertoire von anderen Politikerinnen und Politikern auf, die normalerweise nicht zu den Populisten gezählt werden. Er analysiert diese sprachlichen Merkmale aus kognitionslinguistischer Sicht und skizziert gegen Ende seines Beitrags, wie man möglicherweise mit den Populisten und ihren Anhängerinnen und Anhängern in einen vernünftigen und zielführenden Diskurs eintreten kann.

Das Verhältnis von (Rechts-)Populismus und etablierten Massenmedien steht im Zentrum von **Benjamin Krämers** Beitrag „Populismus und Medien: Schichten einer Beziehung“. Er versucht zu zeigen, welche Mechanismen hinter journalistischer Berichterstattung allgemein stecken und wie populistische Themen konkret aufbereitet werden. Ebenso legt er dar, wie sich populistische Strömungen der Strukturen der Medien bedienen. Zunächst wird Populismus vom Begriff des „Antipopulismus“ aus definiert, der zeigt, dass Medien oft besonders ausgewogen über populistische Phänomene berichten wollen, um nicht dem Vorwurf einer Voreingenommenheit ausgesetzt zu sein. Als „schlagfertigen Antipopulismus“ bezeichnet Krämer den in seinem Beitrag problematisierten Glauben an Logik und Rhetorik als Allheilmittel, um populistische Äußerungen zu „entzaubern“. Auch wird die Frage gestellt, wie Popularität und Populismus zusammenhängen. Der Medienpopulismus zeige, dass Populisten häufig aufgrund ihres Verhaltens automatisch Aufmerksamkeit in Form von Berichterstattung geschenkt wird. Auch Aspekte wie *agenda setting* und *issue ownership* werden in dem Beitrag beleuchtet. Krämer legt dar, dass Desinformationen zu einem „postfaktischen“ Zeitalter gehören und dass dies von Populisten genutzt werde. In einem letzten Teil werden Gegenmaßnahmen wie beispielsweise eine gründliche Überprüfung von Fakten erörtert. Auch wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, Orientierungswissen zu erlangen und größere Zusammenhänge in Berichterstattungen wahrzunehmen.

In seinem Beitrag „Populismus: Die Versuchung zur Vereinfachung – Demokratie, Politik und Recht“ gibt **Anton Pelinka** einen rechtshistorischen Überblick über das Spannungsfeld Populismus und Demokratie. Wie er zeigt, liegt dem Populismus oberflächlich ein radikal demokratisches Selbstverständnis zu Grunde: das Volk als der absolute Souverän. Eine kritische Analyse populistischer Strömungen in demokratischen Systemen zeigt aber, dass damit de facto immer die Herrschaft einer (sich selbstdefinierenden) Mehrheit über eine Minderheit gemeint ist. Dem Populismus inhärent zu eigen ist eine antipluralistische Trennung derjenigen, die zum Volk gezählt werden, und denen, die ausgeschlossen werden. In der Vergangenheit wurden auf diese Weise immer wieder großen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an demokratischen Rechten versagt (so wie etwa eine aus Männern mit Wahlrecht bestehende Mehrheit lange Frauen kein Wahlrecht zustand, oder wie das aus „weißen“ Männern bestehende US-amerikanische „Volk“ der afro-amerikanischen Bevölkerungsgruppe bis ins 19. Jahrhundert hinein grundlegende Menschenrechte versagte). Als Gegenentwurf zeigt Pelinka, wie die US-amerikanische Regierungsform nach der amerikanischen Unabhängigkeit als liberaler Demokratieentwurf mit „checks and balances“ entworfen wurde. Dieser basiert grundlegend auf der Idee der

repräsentativen Demokratie, die durch Gewaltenteilung charakterisiert ist (auf vertikaler Ebene durch die Trennung von Staaten und Union und auf horizontaler Ebene durch die komplementären Verantwortlichkeiten von Legislative, Exekutive und Judikative) und eine Vielzahl von Mitbestimmungsrechten anbietet, die zumindest potentiell die Vertretung vieler unterschiedlicher Interessen, und nicht nur die einer selbstdefinierten Mehrheit erlaubt. Während populistische Ansätze latent minderheitenfeindlich sind, bietet die Gewaltenteilung der repräsentativen Demokratie den rechtlichen Schutz von Individuen und verhindert, dass die Rechte von (ethnischer, religiösen, anders definierten) Minderheiten alleine von den Interessen der jeweils aktuellen Mehrheit abhängen.

Alma Hannig spannt dann in ihrem Beitrag „Antisemitismus und Populismus in Österreich: Zwei unzertrennliche Phänomene? Eine geschichtswissenschaftliche Annäherung“ einen zeitlich weiten Bogen von der Zeit der Donaumonarchie bis in die Gegenwart. Sie greift dabei auf ein breites Repertoire an Tageszeitungen als Quellengrundlage zurück, anhand derer sie Stellungnahmen aus Politik und Journalismus auswertet. Neben historischen Persönlichkeiten wie dem Wiener Bürgermeister Karl Lueger oder Österreichs Staatskanzler Karl Renner bis zu neueren Beispielen wie dem Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider eröffnet sie nicht nur temporär, sondern auch hinsichtlich des politischen Spektrums einen weitgefassten Rahmen. Die in der Politikwissenschaft präsenste Differenzierung zwischen Links- und Rechtspopulismus erscheint Hannig problematisch, da sie durch Beispiele belegen kann, wie linke Politiker sowohl bezeichnende Themen als auch die Rhetorik der Rechtspopulisten übernehmen. Im Ergebnis kann sie durch ihren langen Betrachtungszeitraum aufzeigen, dass in der Geschichte des Populismus in Österreich einerseits eine Kontinuität bei der Konstruktion von Vorurteilen und Abwehrmechanismen gegenüber als fremd empfundenen Bevölkerungsgruppen vorliegt. Gleichzeitig besteht andererseits von der Seite der Populisten das konstante Motiv, sich als wahre Vertreter von Volksinteressen zu inszenieren. Antisemitismus und Populismus haben, so Hannig, seit dem 19. Jahrhundert bezeichnenderweise durch den Beginn des Parlamentarismus und die Bildung politischer Parteien in Europa Instrumente erhalten, die Entwicklungen eines Landes durch die Verbreitung von Feindbildern zu beeinflussen, und sind beide seither in unterschiedlicher Intensität omnipräsent. Von der Geschichtswissenschaft fordert sie daher, Zäsuren festzustellen, gegebenenfalls Gefahren und Chancen zu erkennen und zu benennen, und sich so mit ihren Erkenntnissen stärker in aktuellen Debatten zu positionieren.

Christian Bachmann sekundiert in seinem Beitrag „Der Wiener *Kikeriki* und die Causa Karl Lueger. Visuelle und mechanische Satire im Dienst des antisemitischen Populismus“ die Thesen von Alma Hannig am Fallbeispiel des Wiener Journals *Kikeriki* und dessen antisemitischer Karikaturen im Kontext der Bürgermeisterkandidaturen von Karl Lueger. Die Beschreibung „Bilder der Populisten“ ist hierbei im doppelten Sinne zu verstehen als Bilder, die Populisten zeigen, sowie als Bilder, die von Populisten oder in ihrem Namen in Umlauf gebracht werden. Anhand umfangreicher Bildrecherchen zeigt er somit die Entwicklung antisemitischer Stereotypen in den lokalpolitischen Kontroversen der österreichischen Hauptstadt auf. Diesen gegenüber wurde der promovierte Jurist und Rechtsanwalt sowie bekennend antisemitische Wiener Bürgermeister und Landtagsabgeordnete von Niederösterreich Karl Lueger zum Heros gegen den angeblichen jüdischen Einfluss stilisiert. Dabei werden in der Bildsprache zwar immer wieder auch intellektuelle Inhalte aufgegriffen, beispielsweise wenn Anspielungen aus der antiken Mythologie oder Friedrich von Schillers Wallensteins Tod auftreten. Es genügt aber, so Bachmann, stets eine oberflächliche Kenntnis im Adressatenkreis, um die jeweilige Visualsatire zu verstehen. Als Ziel des *Kikeriki* kann er herausstellen, dass es den Karikaturisten nicht nur um die Eindämmung empfundener jüdischer Dominanz ging, sondern darüber hinaus um die Entfernung der Juden aus Wien bis hin zur Beendigung von deren physischer Existenz. Er kommt dabei zudem zu der Erkenntnis, dass die Bildsprache der politischen Visualsatire, die bis in die Gegenwart mehrheitlich in Form der politischen Karikatur verbreitet ist, seit dem 19. Jahrhundert eine Wirkmächtigkeit mit konstanten Mechanismen aufweist.

Walter Lesch greift die Frage der „Ambivalenzen im Verhältnis von Populismus und Christentum“ auf. Er geht dabei einer Reihe von Fragestellungen nach, etwa: Ist unter „Christentum“ der christliche Glaube als kulturelle Referenz für europäische Gesellschaften zu sehen, oder ist es im Sinne von gelebter Glaubenspraxis, von Kirchenstrukturen oder von theologischen Denkmustern zu verstehen? Außerdem will er klären, inwieweit sich Religionen überhaupt in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess involvieren dürfen. Lesch plädiert dafür, in Sozialethik und Gesellschaft wieder zu einem belastbaren Diskussionsstil zu finden, der starke Spannungen aushält und die Bedeutung der demokratisch zu gestaltenden Willensbildungen vergegenwärtigt. Referenzrahmen ist für ihn dabei immer wieder die Diskussion um die Migrationsfrage, in der der Autor seine feststehende Haltung positioniert. Lesch stellt so mit Wohlwollen fest, dass sich die christlichen Kirchen in der Bundesrepublik in ihrem Vorgehen in Opposition zum politisch rechten Rand überwiegend auf den Mehrheitskonsens verständigt haben, verfassungskonform und

zivilgesellschaftlich couragiert für eine pluralistische Gesellschaft einzutreten. Er stellt zudem heraus, dass Populisten christlich motivierte Weltdeutungen und politische Positionen gezielt diskreditieren, und betont daher das Postulat der Unvereinbarkeit beider Richtungen. Insbesondere haben für Lesch die Repräsentanten des Christentums ihre Lehren aus dem Versagen im Umgang mit Menschenfeinden und spalterischen Tendenzen in der Vergangenheit ziehen können. Das Christentum sei dadurch mittlerweile eine kosmopolitische Religion geworden und habe sich als Stützpfeiler gegen menschenverachtende populistische Haltungen positionieren können.

Der weibliche Körper ist seit Menschengedenken eine Projektionsfläche, ein Ort der Spekulationen und ein Mittel, das instrumentalisiert werden kann. Der Deutungswandel, dem der weibliche Körper, auch für populistische Zwecke, unterlegen ist, wird von **Stephanie Heimgartner** in ihrem Beitrag „Runde Göttinnen: Affektiver Populismus und die Inszenierung des mütterlichen Körpers“ aufgegriffen. Sie spricht von „affektivem Populismus“ und bezieht sich damit auf die häufig emotionalisierte Kommunikation in den sozialen Medien, die möglichst viele Nutzer erreichen soll. Nach einem kurzen historischen Abriss, der die Venus von Willendorf und die *Wonnentaler Graduale* umfasst, beschäftigt sich der Beitrag vor allem mit der Inszenierung von Weiblichkeit seit den 1990er Jahren. Seitdem der Ultraschall, der das Innere einer Schwangeren offenbart, gängige Praxis wurde, rückte das äußere Erscheinungsbild der Frau auch immer stärker in den Fokus. Die Selbstinszenierung prominenter Frauen, die gewissermaßen fiktive (da makellose) Körper präsentieren, hat – wie der Beitrag mit zitierten Studien belegt – Einfluss darauf, wie Frauen ihre Körper wahrnehmen. Anhand von drei Beispielen zeigt Heimgartner die Selbstinszenierung bekannter Frauen, bei der die jeweiligen Körper zu Kapital gemacht werden. Kulturelle Skripte, rhetorische Mittel und vermeintliche Authentizität werden als populistische Bestandteile, auf denen die Inszenierungen fußen, aufgefasst. Sie zeigen, dass der weibliche Körper ein politischer, umkämpfter Ort ist und dass die scheinbar persönliche Kommunikation, die das Internet Prominenten und ihren Anhängern ermöglicht, einem Populismus Vorschub leistet, in dem Bilder bedeutender sind als Argumente.

3. Ausblick

Der vorliegende Band präsentiert verschiedenste Forschungsperspektiven zum Thema „Populismus“, ohne einfache Lösungen für alle Kontroversen und Probleme, die mit dem Phänomen verbunden sind, zu bieten. Die Positionen der Beitragenden spiegeln dabei natürlich nicht automatisch die Haltung der Her-

ausgebenden wider. Es handelt sich aber bei allen Artikeln um Gesprächsangebote, die hoffentlich zu einem intensiven Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft anregen, in dem über die potentiellen Ursachen, Facetten und Folgen des „Populismus“ möglicherweise kontrovers, aber immer konstruktiv diskutiert wird.

4. Literaturverzeichnis

- BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg (Hg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster 2017.
- BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (Hg.): Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin/Potsdam (URL: <https://www.dwds.de/>).
- BREYER-MAYLÄNDER, Thomas: Ein Quantum Wahrheit. Postfaktischer Populismus als BROWN, Wendy: Demokratie unter Beschuss. Donald Trump und der apokalyptische Populismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (2017) 8, S. 46–60.
- BRÖMMEL, WINFRIED/KÖNIG, Helmut/SICKING, Manfred (Hg.): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven (Diagramme. Europäische Horizonte 10), Bielefeld 2017.
- BROWN, Wendy: Demokratie unter Beschuss. Donald Trump und der apokalyptische Populismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (2017) 8, S. 46–60.
- BUCHBERGER, Wolfgang/MITTNIK, Philipp (Hg.): Herausforderung Populismus. Multidisziplinäre Zugänge für die Politische Bildung (Wochenschau Wissenschaft), Frankfurt am Main 2019.
- DIENDORFER, Gertraud/SANDNER, Günther/TUREK, Elisabeth (Hg.): Populismus – Gleichheit – Differenz. Herausforderungen für die politische Bildung (Wochenschau Wissenschaft. Schriftenreihe der Interessensgemeinschaft Politische Bildung), Schwalbach im Taunus 2017.
- FISLAGE, Franziska/GRABOW, Karsten/HEINZE, Anna-Sophie: Mit Haltung gegen Populismus. Erfahrungen aus Europa. Eine Veröffentlichung der Arbeitsgruppe Parteienforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2018.
- FRANKE, Siegfried F.: Die gefährdete Demokratie. Illiberale Demokratie – Populismus – Europaskepsis, Baden-Baden 2017.

- Frankfurt Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main (URL: <https://www.faz.net/aktuell/>).
- The Guardian, London (URL: <https://www.theguardian.com>).
- HALLER, André: Klick-Populismus: AfD und Die Linke gewinnen Facebook-Wahlkampf, in: BÖTTGER, Jan/GÜLDENZOPF, RALF/VOIGT, Mario (Hg.): Wahlanalyse 2017. Strategie. Kampagne. Bedeutung. Die erste Analyse zur Bundestagswahl von Wissenschaftlern und Kampagneexperten, Berlin 2017, S. 79–87.
- HORNIG, Eike-Christian: Mythos direkte Demokratie. Praxis und Potentiale in Zeiten des Populismus, Opladen 2017.
- HUFER, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach im Taunus ⁵2014.
- JESSE, Eckhard/MANNEWITZ, Tom/PANRECK, Isabelle-Christine (Hg.): Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven (Extremismus und Demokratie 37), Baden-Baden 2019.
- JÖRKE, Dirk: Vom Verdammen zum Verstehen? Neuerscheinungen zum Populismus, in: Neue politische Literatur. Berichte aus Geschichts- und Politikwissenschaft 62 (2017) 1, S. 71–95.
- JÖRKE, Dirk/SELK, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017.
- KNÖBL, Wolfgang: Über alte und neue Gespenster. Historisch-systematische Anmerkungen zum „Populismus“, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 25 (2016) 6, S. 8–35.
- KOTZUR, Markus (Hg.): Wenn Argumente scheitern. Aufklärung in Zeiten des Populismus, Münster 2018.
- MANOW, Philip: Die politische Ökonomie des Populismus (Edition Suhrkamp 2728), Berlin ²2019.
- MAYER, Ralf/SCHÄFER, Alfred (H.): Populismus – Aufklärung – Demokratie (Schriftenreihe Zeitgenössische Diskurse des Politischen 16), Baden-Baden 2019.
- MILEV, Yana: Demokratiedefekte. Ein Essay zum normativen Populismus, Münster 2019.
- MÖLLERS, Laura/MANZEL, Sabine (Hg.): Populismus und Politische Bildung (Schriftenreihe der GPJE) (Wochenschau Wissenschaft), Frankfurt am Main 2018.

- MOUFFE, Chantal: Für einen linken Populismus (Edition Suhrkamp 2729), Berlin 2018.
- MOUNK, Yascha: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München 2019.
- MÜLLER, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay (Edition Suhrkamp Sonderdruck), Berlin ⁵2017.
- MÜLLER, Michael/PRECHT, Jörn (Hg.): Narrative des Populismus. Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik, Wiesbaden 2019.
- PRIESTER, Karin: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main 2007.
- REINEMANN, Carsten: Populismus, Kommunikation, Medien. Ein Überblick über die Forschung zu populistischer politischer Kommunikation, in: Zeitschrift für Politik 64 (2017) 2, S. 167–190.
- RENZ, Ursula: Was denn bitte ist kulturelle Identität? Eine Orientierung in Zeiten des Populismus (Schwabe Reflexe 57), Basel 2019.
- RÖMER, David/SPIESS, Constanze (Hg.): Populismus und Sagbarkeiten in öffentlich-politischen Diskursen, Duisburg 2019.
- SCHÖPPNER, Ralf (Hg.): Menschen stärken ohne Populismus. Humanistische Weltanschauung zwischen Alltagshumanismus, Werturteilen und Wissenschaft (Schriftenreihe der Humanistischen Akademie Berlin 11), Aschaffenburg 2018.
- STEGEMANN, Bernd: Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Berlin ³2017.
- THIEME, Tom: Populismus, Radikalismus, Semi-Extremismus. Zur Problematik extremistischer Grauzonen, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 30 (2018), S. 13–29.
- VOERMAN, Gerrit: Linkspopulismus im Vergleich. Die niederländische Socialistische Partij und die deutsche Linke, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien (2009), S. 35–56.
- VOSSKUHLE, Andreas: Demokratie und Populismus, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht 57 (2018) 1, S. 119–134.

Veith Selk

Warum Populismus?

1. Einleitung

Populismus wurde in der deutschen Sozialwissenschaft bis vor einigen Jahren noch als ein Nischenthema betrachtet. Ein Grund hierfür ist, dass populistische Parteien in der Bundesrepublik lange keine Rolle spielten. Ausnahmen hiervon sind die nahezu vergessene Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV)¹, eine mustergültig populistische Partei des ersten Bundestages, sowie die eine Zeitlang gemeinsam mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) Hamburg regierende Schill-Partei (benannt nach Führungsfigur und Gründer Ronald B. Schill, einem ehemaligen Hamburger Richter, der als ‚Richter Gnadenlos‘ vor allem durch die *BILD* bekannt gemacht worden war).² In Anbetracht des Erfolges der Alternative für Deutschland (AfD), aber auch aufgrund der für viele Beobachter schockierenden Wahl Donald J. Trumps zum US-Präsidenten sowie im Angesicht der rechtspopulistischen Welle in Europa ist das Thema nun in aller Munde.³ Das ist kein Wunder, denn der Aufstieg des Populismus verunsichert sowohl die etablierten Politikerinnen und Politiker als auch viele Bürgerinnen und Bürger. Im Folgenden will ich dies zum Anlass nehmen, nach der Bedeutung des Populismus für die Demokratie zu fragen. Ich will so vorgehen, dass ich zunächst den Begriff des Populismus kläre (2.), um anschließend allgemeinere Gründe für die jüngere rechtspopulistische Welle zu erläutern (3.). Abschließend will ich auf drei gegenwärtige Demokratieprobleme hinweisen, auf die der Rechtspopulismus, so meine These, mit einer rückwärtsorientierten Politik reagiert (4.).

¹ WOLLER, 1984.

² EBD.

³ Innerhalb kurzer Zeit verwandelten sich derart viele Wissenschaftler in Experten für Populismus, dass altgediente Veteranen der Populismusforschung in den Sozialen Medien den folgenden Witz verbreiteten: „Talking about populism is like wearing skinny jeans. Everybody does it these days – whether it suits them or not.“

2. Was ist Populismus?

Populismus ist ein ambivalenter Begriff. Einerseits handelt es sich um ein diagnostisches Konzept, das gegenwärtige Probleme repräsentativer Demokratien beleuchten kann. Andererseits ist „Populismus“ ein Mittel der abwertenden Fremdbeschreibung und damit ein polemisches Instrument des Meinungskampfs. Mit ihm werden politisch Handelnde aus dem demokratischen Spektrum ausgegrenzt. Das lässt sich auch in der Sozial- und Politikwissenschaft beobachten.⁴ Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lehnen Populismus ab, und nur wenige derjenigen, die dies nicht tun, tun es öffentlich.

Die abwertende Fremdzuschreibung mithilfe des Populismus-Vorwurfs setzt einen entgegenkommenden Bedeutungskontext voraus. Wo, wie in Deutschland, Populismus mit negativen Eigenschaften assoziiert wird, ist eine negative Verwendung des Begriffs leichter möglich als beispielsweise in den USA, denn dort wird Populismus eher mit einer demokratischen Politik in Verbindung gebracht, die die Interessen und Ansichten der „ordinary people“ vertritt (obgleich in den Vereinigten Staaten die negative Konnotation des Begriffs seit einiger Zeit wirkmächtiger zu werden scheint).⁵

Dennoch finden sich auch in Deutschland Politikerinnen und Politiker, die den Begriff des Populismus zur Selbstbeschreibung nutzen. Alexander Gauland verkündete zum Beispiel, dass Populismus für ihn überhaupt „nichts Verwerfliches“ darstelle, denn Populismus würde doch wohl nur bedeuten, dass man „dem Volk aufs Maul“ schaue. Wie einst Luther, so suggeriert er, rebellieren die Populisten gegen das Establishment und verleihen dem Volk eine Stimme. Dieser Anspruch kann eigentlich nur dort sinnvoll erscheinen, wo der Stimme des Volkes überhaupt Gewicht zukommen soll und wo es zugleich ein Sprachrohr benötigt, welches seine Stimme zur Geltung bringt.

Im politischen Geschäft ist der Begriff des Populismus umkämpft und kontextabhängig. In der Wissenschaft ist das nicht anders.⁶ Dort wird der Begriff „Populismus“ beziehungsweise „Populist“ zudem mehrdeutig verwendet; in der Forschungspraxis fallen oftmals recht heterogene Phänomene darunter. Hierzu zählen:

⁴ Paradigmatisch bei: MÜLLER, 2016.

⁵ JÄGER, 2017; KAZIN, 1995.

⁶ Zum Folgenden: JÖRKE/SELK, 2017.

- der Agrarpopulismus der 1890er-Jahre (vor allem die Populist Party und ihre Nachwirkungen im Progressive Movement und im New Deal in den USA), aber auch die Narodniki in Russland;
- Populismus in Lateinamerika in der ersten Hälfte und am Ende des 20. Jahrhunderts (vor allem bei Peron und im Peronismus);
- die rechtspopulistisch-neoliberalen Steuerprotestparteien in Skandinavien seit den 1970er-Jahren;
- die neue Welle des Rechtspopulismus in Westeuropa seit den 1990er-Jahren;
- der ethno-nationalistische, christlich geprägte Rechtspopulismus in Osteuropa;
- der parteiförmige Linkspopulismus in Spanien, Griechenland und Lateinamerika, aber auch der bewegungsorientierte Linkspopulismus der *occupy*-Bewegung;
- die Tea-Party-Bewegung, Trump und seine Vorläufer wie Ross Perot;
- manchmal auch Autokraten wie Putin und Erdogan oder Neo-Faschisten wie Bolsonaro.

Trotz dieser Vieldeutigkeit des Begriffs stellt das Konzept des Populismus gleichwohl ein nützliches Instrument dar, um gegenwärtige Probleme der Politik in repräsentativen Demokratien zu beschreiben und zu analysieren. Zwecks einer ersten Annäherung sind hierfür zwei Ansätze hilfreich. Der erste Ansatz versteht *Populismus als Stil*⁷ beziehungsweise als ein Stilelement des Politikmachens von Politikern in Demokratien. Beispiele hierfür sind Gerhard Schröders unvergessliches „Hol mir mal ‚ne Flasche Bier, sonst streik‘ ich hier“, aber auch die bereits zur stereotypen Formel gewordene „klare Kante“, das Verspeisen von Currywurst im Wahlkampf sowie der publikumswirksame Anstich von Bierfässern. In das Repertoire des populistischen Stils gehören zudem die gezielt eingesetzte Provokation, die Schlagzeilen bringt und eine sichtbare Differenz markieren soll, sowie das „nah bei den Menschen sein“, welches oftmals durch den Anspruch ergänzt wird, vermeintlich populäre Ansichten und Forderungen aufzugreifen (in Abgrenzung zu anderen Politikerinnen und Politikern, die dies angeblich nicht tun).

Letztlich geht es bei dem populistischen Stil um die performative Symbolisierung von Volksverbundenheit, das heißt um die Inszenierung einer Verbundenheit mit der (Wahl-)Bürgerschaft. Die Beispiele, wie die „klare Kante“ und das „nah bei den Menschen sein“, zeigen allerdings auch, dass der populistische

⁷ MOFFITT/TORMEY, 2014.

sche Stil selbst zu einer stereotypen Formel erstarren kann (was offenbar zu den unvermeidlichen Erscheinungen professioneller Politik in der repräsentativen Demokratie gehört).

Die repräsentative Demokratie basiert normativ unter anderem auf dem Prinzip der Volkssouveränität, ist empirisch aber durch die Dominanz der politischen Eliten in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie der *professionals* (der politischen Klasse⁸) in den Parteien gekennzeichnet. Sie, die Eliten und die politische Klasse, treffen die politisch maßgeblichen Entscheidungen. In der realistischen Demokratietheorie hat sich deshalb zur Bezeichnung repräsentativer Demokratien der paradoxe Begriff der „demokratischen Elitenherrschaft“ eingebürgert. Er besagt im Wesentlichen, dass „repräsentative Demokratien“ keine „reinen“ Demokratien sind, sondern Mischsysteme. Sie verbinden demokratische Legitimation und Partizipation (vor allem durch regelmäßige freie und gleiche Wahlen) mit einer oligarchischen Regierungsform, in der Wenige über Viele herrschen.⁹ Das für die Bürgerinnen und Bürger sichtbarste Zeichen hierfür ist die Spaltung zwischen (wenigen) Repräsentanten und (vielen) Repräsentierten. Diese Spaltung muss permanent überbrückt werden, soll die demokratische Legitimation Bestand haben. Und dies wird nicht nur durch Wahlen, die Einwirkung der Bürgerinnen und Bürger auf die öffentliche Meinung und durch direkte bürgerschaftliche Partizipation erreicht, sondern eben auch symbolisch durch den populistischen Stil, den Repräsentanten gegenüber den Repräsentierten einsetzen und auf die politische Bühne bringen.¹⁰

Allerdings kann der populistische Stil auch von Politikaußenseitern gegen die etablierten Repräsentanten und damit gewissermaßen auch gegen deren bei einigen Wählerinnen und Wählern nicht mehr verfangenden Stil gewendet werden. Genau dies ist es, was Rechtspopulisten gegenwärtig betreiben. Prägnante Beispiele hierfür sind Nigel Farage Posieren mit Zigarette und Bierglas und Donald Trumps „Fast Food Bankette“ im Weißen Haus.

Trotz der nicht zu unterschätzenden Bedeutung dieses Stilelements im Populismus besteht dieser nicht nur aus einer bestimmten Inszenierungs- und Sprechweise. Zum Verständnis des Phänomens sind weitergehende theoretisch-begriffliche Überlegungen notwendig. Und hier kommt ein zweiter Ansatz der

⁸ VON BEYME, 1995.

⁹ STERNBERGER, 1990; WINTERS, 2011.

¹⁰ Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger selbst keine Politik treiben, sondern Zuschauer sind, die Politiker beobachten; HAMMER/KAJEWSKI, 2017.

Populismusforschung ins Spiel. Er begreift Populismus als eine *dünne Ideologie*.¹¹

Die populistische Ideologie, verstanden als Beschreibung des politischen Raums, besteht diesem Ansatz zufolge aus zwei Elementen: erstens aus der Unterscheidung zwischen einer korrupten Elite und einem guten Volk und zweitens aus der Auffassung, das Volk verfüge über einen einheitlichen Willen und der solle die Richtschnur der Regierungspolitik sein.¹² Populismus wird in diesem Ansatz als eine bestimmte Auffassung oder Beschreibung von Politik und Gesellschaft gedeutet, in deren Mittelpunkt ein spezifischer, meist symbolischer Anti-Elitismus und eine Idealisierung des reinen Volkswillens beziehungsweise des *common sense* und der *ordinary people* stehen. Diese Ideologie ist „dünn“, weil sie angereichert werden muss. Für sich allein lässt sich mit ihr keine Politik machen. In der politischen Wirklichkeit verbindet sich der „dünnen Ideologie“ Populismus deshalb mit politischen Programmatiken und Inhalten für die der Populismus ein Vehikel ist.

Die beiden genannten Ansätze erfassen etwas Wichtiges. Was unter Populismus im Kontext westlicher Demokratien zu verstehen ist, lässt sich jedoch nur durch eine ergänzende Beschäftigung mit der Demokratie selbst klären, denn der Populismus stellt nicht nur einen Stil und eine Ideologie dar, er ist überdies ein ambivalentes Reaktionsphänomen, das einen Bezug zur repräsentativen Demokratie aufweist. Der Populismus ist eine *Reaktion auf Probleme der Demokratie*.¹³ Hierzu zählen:

- die Verselbstständigung, Abschottung, Selbstbegünstigung oder gar Korruption der politischen Klasse;
- der Eindruck eines übermäßigen Einflusses der Eliten auf Politik;
- Repräsentationslücken, wenn die Repräsentation gesellschaftlicher Identitäten, Interessen, Ideen, Ansprüche und Konflikte nur lückenhaft erfolgt, beziehungsweise wenn Gruppen von Bürgern und Bürgerinnen diesen Eindruck haben;
- das Fehlen von Akzeptanz für weitreichende politische Entscheidungen und Probleme der Umsetzung von politischen Reformprojekten;
- das Bestehen oder der Eindruck von Politikversagen mit Blick auf drängende öffentliche Probleme.

¹¹ Zu „dünnen Ideologie“ siehe auch die Beiträge von Thomas Hoffmann und Benjamin Krämer in diesem Band.

¹² MUDDE, 2004.

¹³ JÖRKE/SELK, 2017, S. 51 ff.

Diese Erscheinungen stellen Ermöglichungsbedingungen für Populismus dar, denn sie erlauben es populistischen Politikerinnen und Politikern, die Tätigkeit der politischen Klasse so darzustellen, als sei sie nicht im Sinne „des Volks“. Während das Volk hierbei als eine authentische, gute Gemeinschaft dargestellt wird, wird die politische Klasse als eine korrupte Gemeinschaft beschrieben. Auf der einen Seite transportiert dies den Vorwurf, dass diese käuflich sei und das Gleichheitsversprechen der Demokratie verrate; auf der anderen Seite hat der Vorwurf der Korruption eine moralische Dimension. Die politische Klasse sei unmoralisch und selbstgerecht, sie werde von Ideologie oder Eigennutz getrieben, sie verhalte sich dekadent, sei nicht vertrauenswürdig und abgehoben, und sie sei weder repräsentativ noch responsiv. Sie handle nicht im Sinne des Gemeinwohls und missachte „das Volk“.

Populisten machen sich damit symbolisch zu den Fürsprechern des Volks und seines angeblichen Willens oder Wohls in Abgrenzung zu einer herrschenden, angeblich korrupten Klasse. Populisten etablieren damit nicht nur eine moralische Wir-Sie-Unterscheidung, die die politische Klasse in einem zweifelhaften Licht erscheinen lässt; sie berufen sich auch auf demokratische Prinzipien wie den Volkswillen, das Gemeinwohl und die Responsivität der Regierenden. Das ist möglich, weil Demokratie und demokratisches Regieren selbst eine inhärente Verbindung zum Populismus aufweisen. Der Politikwissenschaftler Michael Th. Greven hat diese als den „populistischen Zug“ der „Demokratie als Regierungspraxis“ beschrieben:

„Schon immer und legitimerweise besaß die Demokratie als Regierungspraxis einen populistischen Zug, der sich einerseits aus dem Wiederwahlwunsch der auf Zeit Regierenden ergab, und der andererseits über die Rückkopplung bei den seltenen Wahlen hinaus für ein gewisses Maß an Responsivität zu sorgen hatte.“¹⁴

Wird dieser „populistische Zug“ von der politischen Klasse nicht mehr hinreichend beachtet oder scheint er einigen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vorhanden zu sein, weil die Eliten übermäßig Einfluss auf die Politik gewinnen, ermöglicht dies populistischen Parteien und Politikern, sich in Abgrenzung zur politischen Klasse, in Konfrontation zu den Eliten und im Namen der Demokratie gleichsam als ein Korrektiv in Stellung zu bringen.

Allerdings weist dies mindestens eine starke Ambivalenz auf, weil Populisten diejenigen Prozesse, die sie als undemokratisch anprangern, ihrerseits oftmals

¹⁴ GREVEN, 2000, S. 139.

radikalisieren und verstärken.¹⁵ Dies geschieht unter anderem durch die Neigung populistischer Politiker zu:

- demagogischen Kampagnen;
- einer übermäßigen Symbolpolitik und aufstachelnder Verdammungsrhetorik („Sündenbock-Politik“);
- der Personalisierung struktureller Probleme;
- der Überzeichnung von Problemen und der vermeintlichen ‚Schwäche‘ der Staatsgewalt;
- einer aggressiven Freund-Feind-Rhetorik;
- einer illiberalen Regierungspolitik und der Beschränkung der Willensbildung zugunsten von „bonapartistischer“ Massenakklamation.

Aus diesem Grund sind die Übergänge eines Populismus *in* der Demokratie zu einem Populismus *gegen* die Demokratie fließend. Problematisch wird es vor allem dann, wenn Populisten sich als einzig legitime politische Kraft darstellen und ihre Kritik an demokratischen Regimen und Parteien zu dem Vorwurf verallgemeinern, dass die Korruption ein systemisches Ausmaß angenommen habe („das System ist verrottet“), das nur durch eine Anti-System-Politik beantwortet werden könne. Diese Tendenz findet sich im zeitgenössischen Rechtspopulismus. Anhand der AfD, in der es eindeutige Tendenzen in Richtung Rechtsradikalismus gibt¹⁶, lässt sich das Changieren zwischen einem Populismus in der Demokratie und einem Populismus gegen die Demokratie gut beobachten.

Mit Blick auf den Rechtspopulismus ist noch etwas Weiteres wichtig. Der populistischen Differenz zwischen korrupter Elite und gutem Volk fügen Rechtspopulisten eine weitere Unterscheidung hinzu: die Unterscheidung zwischen dem guten Eigenen (Volk, Nation, Gemeinschaft) und dem bedrohlichen Fremden. Das heißt, Rechtspopulisten konstruieren in ihrer politischen Mobilisierung das „eigene Volk“ als eine gute Gemeinschaft, die von zwei Seiten bedroht wird: von einer korrupten Klasse oder Elite und von Fremden. Hierbei kommt es zu einer Verquickung von Identitätspolitik mit Interessenpolitik. Das „eigene Volk“ wird als ein Kollektiv mit einer einheitlichen Identität und einem homogenen Interesse dargestellt. Beides, sowohl die Identität als auch das Interesse, werde von der politischen Klasse/Elite und den Fremden bedroht.

Diese „rechtspopulistische Ideologie“ ist als solche nicht politikfähig. Auch sie muss programmatisch gefüllt werden. Heutige rechtspopulistische Parteien und Politiker tun dies mit den folgenden Inhalten:

¹⁵ JÖRKE/SELK, 2017, S. 70 ff.

¹⁶ LINDEN, 2019.

- eine polemische Kritik am Parteienstaat und der politischen Klasse sowie die Ablehnung weitergehender Europäisierung und Globalisierung;
- die Forderung nach mehr direkter Demokratie, die durch ein starkes Pathos „authentischer“ Demokratie unterfüttert wird;
- die Ablehnung eines wohlfahrtsstaatlichen Universalismus zugunsten einer partikularistischen Wohlfahrtsstaatlichkeit, das heißt die Beschränkung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für die „heimischen“ Bürgerinnen und Bürger;
- die Aufwertung tatsächlich oder vermeintlich „produktiver“ Menschen und die Abwertung tatsächlich oder vermeintlich „unproduktiver“ Menschen;
- die Hervorhebung von Kulturkonservatismus, Nationalstolz, Anti-Islamismus, Anti-Feminismus, und eine polemische Kritik der „political correctness“ und der Gender-Studies, die als Ausdruck einer kulturprägenden Herrschaftselite gedeutet werden;
- die Ablehnung von Migration (insbesondere von Muslimen), von Multikulturalismus und permissiver Kultur;
- das Versprechen der politischen, kulturellen und ökonomischen ‚Wiedererstarkung‘ und die Verheißung der Wiederherstellung eines goldenen Zeitalters und der Rückkehr zu „alter Größe“;
- *Law-and-order*-Politik, die Betonung von „Durchgreifen und Strafen“, Hervorheben der Bedeutung einer starken Staatsgewalt und der nationalen Souveränität;
- die ostentative Ablehnung derjenigen Programme und Werte „progressiver“ Parteien, Politiker, Publizisten und Milieus, die sich symbolisch zur Markierung einer Differenz zu einer angeblich herrschenden Kulturelite eignen (hierzu zählen etwa Vegetarismus, Klimaschutz und Ökologie, Feminismus, Urbanismus).

Insbesondere die Verbindung von Parteienstaatskritik, partikularistischer Wohlfahrtspolitik und Protektionismus mit kulturkonservativen Ideen und einem *law-and-order* Etatismus stellt mit Blick auf die Präferenzen einer spezifischen Wählergruppe eine erfolversprechende Strategie dar, denn nicht wenige Wählerinnen und Wähler sind frustrierte Links-Konservative. Für diese Gruppe ist charakteristisch, dass sie mit dem Funktionieren ihres politischen Systems unzufrieden ist, ökonomisch eine eher linke, auf Staatsintervention und Umverteilung abzielende Programmatik bevorzugt, gleichwohl leistungs- und arbeitsorientiert ist; kulturell und gesellschaftspolitisch hingegen vertritt

sie konservative bis reaktionäre Werte, und sie ist globalisierungsskeptisch.¹⁷ Sie ist unzufrieden mit der politischen Klasse und sehnt sich nach einem starken handlungsfähigen Staat und einer gut regierenden politischen Führung.

In Ermangelung von Parteien, die ein hierzu passendes „Angebot“ machen, in Verbindung mit einer öffentlichen Problemwahrnehmung von Migration als „Mutter aller Probleme“ (Horst Seehofer) und vor dem Hintergrund der Tendenz rechtspopulistischer Parteien, sozial- und wirtschaftspolitisch vom neoliberalen Paradigma Abstand zu nehmen, tendiert diese Gruppe vermehrt dazu, rechtspopulistische Parteien zu wählen.

Die Kernanhängerschaft des Rechtspopulismus sind die Facharbeiterschaft und das Kleinbürgertum. Seine Anziehungskraft reicht allerdings auch in andere Schichten, Klassen und Milieus hinein.¹⁸ Von Bedeutung ist außerdem die regionale Prägung der Wählerschaft, insbesondere (nicht: ausschließlich) „abgehängte“ Regionen und Wahlkreise weisen höhere Stimmengewinne für rechtspopulistische Parteien auf. Man kann sagen, dass sich die rechtspopulistischen Parteien tendenziell zu den Parteien der „kleinen Leute“ entwickeln oder bereits entwickelt haben. Vor allem infolge des Wegfalls der „Volkstribunats-Funktion kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien¹⁹ erhalten sie in zunehmendem Maße Stimmen von „einfachen“ Arbeiterinnen und Arbeitern sowie von Arbeitslosen. In diesem Kontext ist die folgende Parole Björn Höckes bemerkenswert, die dieser bei seiner Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen 2018 ausgab: „Die soziale Frage war das Kronjuwel der Linken, es war ihre Existenzgarantie. Und wenn wir als AfD glaubwürdig bleiben und entschlossen bleiben, dann können wir der Linken dieses Kronjuwel jetzt abjagen! Und das sollten wir tun!“²⁰

3. Was sind die Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus?

Für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien sind *Gelegenheitsfenster* politischer Mobilisierung wichtig. Für die AfD war dies die „Eurokrise“ ab dem Jahre 2010. In der „Eurokrise“ drohten ein Zusammenbruch des Bankensystems, die Zahlungsfähigkeit einiger Länder der Europäischen Union (EU), eine wirtschaft-

¹⁷ LEFKOFRIDI/WAGNER/WILLMANN, 2014.

¹⁸ PRIESTER, 2012.

¹⁹ CAMUS, 2017, S. 25.

²⁰ LINDNER, 2018.

liche Depression und ein Auseinanderbrechen der EU. Die AfD positionierte sich erfolgreich als Partei gegen den EURO – den sie als ein abgehobenes Elitenprojekt darstellte, das nicht dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das zweite Gelegenheitsfenster für die AfD war die sogenannte „Flüchtlingskrise“ und der islamistische Terrorismus.

Hinzu kommen je spezifische Kontextfaktoren, zu denen die jeweilige politische Kultur, Mentalitäten, sowie die Wahl- und Parteiensysteme gehören. Und daneben gibt es noch allgemeinere Ermöglichungsbedingungen, die den Boden für den Populismus bilden. Im Folgenden möchte ich einige dieser allgemeineren Bedingungen etwas näher betrachten.

Als erstes ist hier die *fortlaufende Modernisierung* zu nennen. Populismus reagiert auf Modernisierung, das heißt, er stellt eine politische Antwort auf beschleunigten Strukturwandel, die Entwertung von Traditionen, sozio-ökonomische Transformationsprozesse sowie Pluralisierungs- und Individualisierungstendenzen dar. Insbesondere die „Modernisierungsverlierer“ (und die Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür halten) werden vom Populismus angesprochen. Es handelt sich um diejenigen, die den Eindruck haben, durch den Lauf der Dinge materiell wie ideell oder kulturell etwas verloren zu haben oder in Zukunft verlieren zu werden.²¹

Ein weiterer Grund für den Aufstieg des Populismus ist der *Wandel der politischen Kommunikation*. Die Empfänglichkeit der klassischen Massenmedien für den populistischen Stil ist schon länger ein Vorteil für rechtspopulistische Politiker, die sich dieses Mittels recht skrupellos bedienen. Aufgrund ihrer Präferenz für Konflikte und Skandale in ihrer Berichterstattung liefern die Massenmedien diesen dauerhaft eine Bühne. Hinzu kommt, dass sich infolge der Digitalisierung der politischen Kommunikation eine digitale Gegenöffentlichkeit herausgebildet hat, die die normative Filterfunktion der klassischen Massenmedien schwächt. Wenn die klassischen Medien über Rechtspopulismus berichten, tun sie dies oftmals mit einer negativen Bewertung beziehungsweise mit einer unterschweligen Delegitimierung. Die digitale Gegenöffentlichkeit umgeht diese normative Filterung, da es mittels der Neuen Medien möglich ist, ein je eigenes „politisches Framing“ zu betreiben, eigene Themen zu setzen und eigene Narrative zu kommunizieren. Zudem lässt sich auf diesem Wege die normative Filterfunktion der klassischen Medien als eine Form politischer Propaganda und Meinungskontrolle skandalisieren. Das schürt Misstrauen und

²¹ JÖRKE/SELK, 2017, S. 98 ff.

führt bei einem Teil der Bürgerschaft zum Verlust des Vertrauens in konventionelle Arenen der Meinungsbildung („Lügenpresse“).²²

Sozio-ökonomisch trägt zum Aufstieg des Populismus bei, dass große Teile der Unter- und Mittelschichten in den letzten Jahrzehnten nicht nur Lohnstagnation und eine verstärkte Arbeitsplatzunsicherheit haben hinnehmen müssen, sondern auch eine Umverteilung nach oben beobachten konnten. Hinzu kommt, dass viele Menschen auch deshalb nicht mehr an die Leistungsideologie („Leistung lohnt sich“) und das Aufstiegsversprechen glauben, auf denen die Legitimation des „demokratischen Kapitalismus“ basiert. Auftrieb bekommt der Rechtspopulismus überdies dadurch, dass er *sozialpsychologisch* durch um sich greifende und politisierbare Ängste wie Globalisierungsangst, Abstiegsangst und die Angst vor ausländischer Konkurrenz begünstigt wird, die sich teilweise in der Aggression und der Abwertung Schwächerer sowie der Angst vor Fremden ausdrücken.²³

Soziomoralisch und *soziokulturell* hat in den westlichen Gesellschaften zudem ein bemerkenswerter Wandel stattgefunden. Es haben nicht nur postmaterielle Wertorientierungen an Bedeutung gewonnen, es gibt nun auch auf der Ebene der politischen Kultur die Normen der „political correctness“, eine stärkere Betonung von Nichtdiskriminierung, mehr sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Differenzenerfahrungen durch den Multikulturalismus. Insgesamt kam es zu einer Bedeutungszunahme liberaler Werte. Zudem sind alle westlichen Demokratien mittlerweile multikulturelle Gesellschaften und deren Multikulturalität wird sich durch Migrationsbewegungen noch verstärken. Keine der etablierten Parteien wendet sich gegen diese Entwicklung, obwohl es in der Bürgerschaft nicht wenige gibt, die den Multikulturalismus ablehnen und insbesondere die Immigration von Muslimen als Problem ansehen. Hinzu kommt, dass infolge einer *vernachlässigten politischen Integration* der Zugewanderten die Bürgerschaft und die Bevölkerung auseinandertreten. Hierdurch entsteht ein relativ großes Segment an Menschen, die dauerhaft auf einem Staatsgebiet leben, aber dort über nur eingeschränkte Bürgerrechte verfügen. Sie sind als „Subjekte zweiter Klasse“ eine leichte Zielscheibe für rechtspopulistische Agitation.

Außerdem findet in den westlichen Demokratien der Prozess einer *Moralisierung der Öffentlichkeit* statt. Vermehrt werden Themen, Begriffe und Forderungen als unmoralisch oder schlecht aus der Willensbildung und Repräsentation

²² COLEMAN/FREELON, 2016.

²³ ZICK/KÜPPER/BERGHAN, 2019.

herausgedrängt.²⁴ Dies kann in Demokratien aber nicht gelingen, sondern führt nur zu einer Aufladung öffentlicher Debatten mit moralischen Kategorien, die politische Kategorien zusehends verdrängen. Problematisch daran ist, dass den Demokratien damit die Fähigkeit abhanden zu kommen droht, Konflikte in einem politischen Register auszutragen.

Parteipolitisch kam es schon vor längerer Zeit zur Entstehung von professionalisierten Kartellparteien²⁵, die die Willensbildung zu monopolisieren trachten und den „politischen Markt“ unter sich aufteilen. Dies geht seit der Jahrtausendwende mit einer fehlenden Parteidifferenz in zentralen Konfliktfeldern einher. Sehr vereinfacht kann man sagen, dass sich die Parteien in den „großen Fragen“ stärker angeglichen haben (sicher nicht in ihren Parteiprogrammen, aber durchaus in ihrer Regierungspolitik und ihren Wahlkämpfen). Verstärkt wird dies durch die *t.i.n.a.*-Rhetorik (*there is no alternative*) der politische Klasse und vor allem durch die Schwächung der Kerninstitutionen der Demokratie, insbesondere der Parteien und der Parlamente. Diese Entwicklung wird in der Politikwissenschaft unter dem Stichwort der „Postdemokratie“ diskutiert.²⁶ Der Begriff besagt, dass die zentralen Institutionen der Demokratie wie Parlamente, Parteien und Wahlen noch existieren, sie aber gewissermaßen „leerlaufen“, weil sie kaum noch über Relevantes entscheiden. Dadurch wird das legitimierende Band zwischen der Wahlentscheidung und der Regierungspolitik durchschnitten. Demgegenüber symbolisieren Rechtspopulisten mit ihren Schlagworten „there is an alternative“ und „take back control“ die Rückkehr der demokratischen Politik. Sie stehen symbolisch für eine politische Alternative, die wählbar ist und einen Unterschied macht.

Durch diese Angleichung der Parteien entstand der Eindruck, dass die für die Demokratie so zentrale Opposition fehlt. Zudem symbolisieren die Parteien und ihr Führungspersonal politische Identitäten, die für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger nicht attraktiv erscheinen. Sie erkennen sich nicht darin wieder. Wichtig für den Aufstieg des Rechtspopulismus ist deshalb ein weiterer Faktor: *der vorherrschende politische Stil* der etablierten Politikerinnen und Politiker. Er ist tendenziell eher nüchtern und technokratisch (gewissermaßen als das Pendant zur Formel, die herrschende Politik sei „alternativlos“). Nicht wenige Wählerinnen und Wähler, insbesondere Protestwählerinnen und -wähler, wollen aber leidenschaftliche Politik, die ihre Emotionen und ihre Unzufrieden-

²⁴ JÖRKE/SELK, 2015.

²⁵ KATZ/MAIR, 1995.

²⁶ CROUCH, 2008.

heit zum Ausdruck bringt. Deshalb ist es kein Zufall, dass unter den rechtspopulistischen Spitzenpolitikern viele Dilettanten und „schräge Vögel“ sind. Das symbolisiert Differenz zur politischen Klasse und markiert einen Unterschied zu dem politischen Professionalismus, von dem sich nicht wenige Wählerinnen und Wähler mittlerweile nicht mehr viel erhoffen.

Wesentlich für den Erfolg des Rechtspopulismus ist vor allem, dass Globalisierung und Europäisierung eine *neue Konfliktlinie* hervorgebracht haben. Der Begriff der Konfliktlinie bezeichnet strukturell verankerte sozio-kulturelle, regionale oder ökonomische Gegensätze, die ein Produkt der Modernisierung sind (etwa Protestantismus gegen Katholizismus; Stadt gegen Land; Arbeit gegen Kapital; Fortschritt gegen Reaktion). Im Gefolge der Entstehung der modernen Parteien wurden diese Konflikte einerseits verstärkt politisiert, da die Parteien jeweils einen Pol dieser Konflikte artikulierten und repräsentierten (etwa die „Arbeit“ gegenüber dem „Kapital“), andererseits wurden sie aber auch befriedet, wenn es gelang, die Parteien in einem politischen System auf Kompromissbildung und Interessenausgleich zu verpflichten.

Im Zuge der fortgeschrittenen Globalisierung und Europäisierung, die mit einer Schwächung nationalstaatlicher Souveränität und einer Öffnung der Staaten für Kommunikations-, Migrations-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalströme einherging, hat sich eine neue Konfliktlinie herausgebildet. Sie verläuft zwischen den Befürwortern von Öffnung und vertiefter Integration und den Befürwortern von Schließung und Abgrenzung. In der Politikwissenschaft wird der aus diesem Gegensatz zwischen Öffnung und Schließung erwachsende Konflikt „demarcation-integration conflict“ genannt.²⁷ Auf ihn zielen die Rechtspopulisten ab. Und hieraus wird auch die zentrale Bedeutung von „Mauern“ und „Grenzen“ in der rechtspopulistischen Mobilisierung verständlich. Die Rechtspopulisten sind damit symbolisch die Parteien der Begrenzung beziehungsweise der Schließung. Es bahnt sich mithin eine neue parteipolitische Differenz an: die Differenz zwischen kosmopolitischen Befürwortern von Liberalisierung (ökonomisch, politisch, kulturell) und traditionalistischen Verfechtern der Schließung.

4. Rechtspopulismus als eine Reaktion auf drei gegenwärtige Demokratieprobleme

Ich will mit der Beschreibung von drei gegenwärtigen Demokratieproblemen abschließen, die meiner Ansicht nach zum Aufstieg des Rechtspopulismus bei-

²⁷ KRIESI/GRANDE/LACHAT/u. a., 2006.

tragen, aber auch darüber hinaus für die Legitimität der Demokratie in Zukunft von großer Bedeutung sein werden. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist, so die These, eine rückwärtsorientierte Reaktion auf Probleme demokratischer Regime.

Erstens haben wir es seit geraumer Zeit mit einer *Zunahme politischer Komplexität* zu tun. Politik findet heutzutage unter Beteiligung einer großen Zahl politischer Akteure statt, zu denen nicht nur professionelle Politiker aus der politischen Klasse gehören, sondern auch Vertreter von NGOs, Berater, Lobbyisten, Journalisten, Experten und zahlreiche andere Akteure. Die politischen Arenen haben sich entsprechend vervielfältigt und erweitert, bis hinauf in die EU und die globale Ebene. Dies erhöht nicht nur die Zahl der an politischer Kommunikation Beteiligten, sondern führt auch zu einer Diffusion von Verantwortung. Wer über was mit welchen Folgen entschieden hat, das ist infolge der komplexen Formen des Regierens jenseits des Staates, innerhalb des Exekutivföderalismus der EU sowie außerhalb der parlamentarischen Arenen in den zahlreichen „Konsensrunden“, Expertenkommissionen, „Bürgerdialogen“, „runden Tischen“ und „Gipfeltreffen“ immer schwerer zu sagen. Die Politik wird informaler und undurchsichtiger. Dies macht es nicht nur schwieriger, kohärent und zweckrational zu regieren, es lassen sich auch kein eindeutiger Mehrheitswille oder eine klare öffentliche Meinung ausmachen, auf die die Leitlinien und die Ergebnisse von Politik sinnvoll bezogen werden könnten. Dies schwächt die Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, allen voran die Parlamente, und es erschwert den Parteien, in Wahlkampagnen glaubhaft klare programmatische Alternativen zu formulieren. Die Zunahme politischer Komplexität verletzt dadurch eine Voraussetzung demokratischer Legitimität: die Verständlichkeit und Verstehbarkeit von Politik.

Zweitens kommt es zu einer Abnahme der *Trennung von sozialer Ungleichheit und politischer Herrschaft*. Demokratie kann nur dann verwirklicht werden, wenn die stets bestehende soziale Ungleichheit durch institutionelle und verfahrensmäßige Mechanismen an dem Eindringen in den politischen Prozess gehindert wird. Das Prinzip der politischen Gleichheit darf nicht bloß normativ anerkannt sein, sondern es muss auch für die reale Politik eine praktische Bedeutung genießen. Infolge der Schwächung der formalen Gleichheit institutionalisierender Verfahren und Institutionen repräsentativer Demokratie gelingt dies immer weniger. Empirisch wurde nachgewiesen, dass in der Bundesrepublik die Armen sowohl auf der Input-Seite des politischen Prozesses (hinsichtlich ihrer Beteiligung und ihrer Forderungen) als auch auf der Output-Seite (hinsichtlich der getroffenen Entscheidungen) gegenüber den Reichen benachteiligt

sind.²⁸ Mehr noch: Die Interessen und Forderungen der Reichen übertrumpfen diejenigen Interessen und Forderungen aller anderen sozialen Gruppen.

Die soziale Selektivität unseres Bildungssystems und die zu einem großen Maße politisch bestimmte ungleiche Verteilung von Lebenschancen und Machtressourcen verstärken diesen Prozess. Grob vereinfacht kann man sagen: die Abgedrängten, weniger Gebildeten und Armen sind weniger beteiligt und in der Folge wird auch weniger Politik für sie gemacht. Dies wiederum führt dazu, dass ihre Benachteiligungen verfestigt und „vererbt“ werden. Dieser Prozess führt auf lange Sicht zur Auflösung einer zentralen Voraussetzung von Demokratie, der „sozialen Homogenität“²⁹, und zur Erhöhung einer zentralen Gefährdungsquelle der Legitimität von Demokratie, der politischen Ungleichheit.

Drittens können wir in den letzten Jahren eine *Zunahme von Präventionspolitik* beobachten, die einhergeht mit einer *Abnahme von Gestaltungspolitik*. Die ad-hoc und situativ ausgelöste Politik im Krisenmodus (Stichworte sind hier: Finanz- und Eurokrise, Flüchtlingskrise, Terroranschläge und Klimakrise) führt einerseits zu einer Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative, andererseits sorgt sie auch für einen Bedeutungsgewinn von Präventionspolitik, der es um das kurz- und langfristige Mildern oder Bekämpfen von Krisenfolgen geht. Begleitet wird dies von einem wirkmächtigen politischen Diskursmuster, das stark auf „Sicherheit“ abhebt und demokratische Freiheitsrechte demgegenüber abwertet.

Wir können auch eine kulturell sehr bedeutsame Liberalisierungspolitik beobachten, die im Bereich der persönlichen Lebensführung Freiheitsspielräume erweitert und Diskriminierungen beseitigt hat, aber dies wurde auf sozio-ökonomischem Gebiet von der Abnahme der Fähigkeit und des Willens zur langfristig planenden Gestaltungspolitik begleitet. Insgesamt kommt es zur Abnahme von institutioneller Diskriminierung („Ehe für alle“), der Einschränkung von politischen Bürgerrechten sowie der Abnahme der kollektiven Gestaltungsfähigkeit.³⁰ Eine demokratische Steuerung der Gesellschaft, die grundlegende institutionelle Reformen im Sinne der kollektiven Verbesserung der Lebensumstände ins Auge fasst, scheint vielen Menschen mittlerweile als nicht mehr wahrscheinlich.

Meine These ist, dass Rechtspopulismus alle drei Tendenzen ausnutzt. Die überbordende Komplexität der Politik und die damit einhergehende Diffusi-

²⁸ ELSÄSSER/HENSE/SCHÄFER, 2017; SCHÄFER, 2015.

²⁹ HELLER, 1928.

³⁰ STRECK, 2008.

on von Verantwortung beantwortet er mit zuspitzenden Vereinfachungen und klaren Verantwortungszuschreibungen. Im Angesicht der Erosion sozialer Homogenität verspricht er sozialpolitische Kompensationen und die Rückkehr zu einer vergangenen, vermeintlich großartigen ethnischen oder kulturellen Gemeinschaft. Der Zerfaserung des Staates in zahlreiche *Governance*-Arrangements begegnet er schließlich mit dem Versprechen des „Durchregierens“ seitens einer durchsetzungstarken Regierungszentrale, die den vermeintlichen „Volkswillen“ umsetzt und das Sicherheitsversprechen eines angstfreien Lebens einlöst. Er propagiert auch eine Revitalisierung der kollektiven Handlungsfähigkeit. Er symbolisiert politische Handlungsmacht und eine Abkehr vom Pfad der „alternativlosen“ Politik. Das diesem reaktiven und protestförmigen Programm zugrunde liegende Ideal ist das einer nationalstaatlich geprägten „Demokratie alter Schule“, in der diejenigen Institutionen, Lebensformen und Verhältnisse gestärkt beziehungsweise wiederhergestellt werden, die durch die beschleunigte Modernisierung und den politischen, kulturellen und ökonomischen Wandel erodiert oder transformiert worden sind. Hierzu zählen in erster Linie die bürgerliche Kleinfamilie, das traditionelle „heteronormative“ Geschlechterverhältnis, die ethno-nationale Gemeinschaft und ihre „Leitkultur“, die staatliche Souveränität und die damit einhergehende Möglichkeit steuernder Politik, die Mehrheitsdemokratie und der vermeintlich „Wohlstand für alle“ schaffende Industriekapitalismus alter Prägung. Auf die Bundesrepublik angewandt, lautet die rechtspopulistische Antwort auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Zumutungen der Berliner Demokratie: zurück zur guten alten Bonner Republik!

Mit all dem soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass es keine anderen Ursachen und Gründe für die jüngere Welle des Rechtspopulismus gibt; hierzu zählen etwa xenophobe und illiberale Einstellungen in der Bürgerschaft. Doch sein Aufstieg und seine Attraktivität für nicht rechtsradikale Wählerinnen und Wähler erklären sich zu einem großen Teil aus den drei genannten Tendenzen. Zwar bietet er weder normativ überzeugende noch praktikable Lösungen an, die Umstände spielen ihm dennoch, zumindest kurz- und mittelfristig, in die Hände.

5. Literaturverzeichnis

- CAMUS, Jean-Yves: Kann der Front National an die Macht kommen?, in: HILLEBRAND, Ernst (Hg.): Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn ²2017, S. 24–30.
- COLEMAN, Steven/FREELON, Deen: Introduction. Conceptualizing Digital Politics, in: COLEMAN, Steven/FREELON, Deen (Hg.): Handbook of Digital Politics, Cheltenham 2016, S. 1–13.

- CROUCH, Colin: Postdemokratie (Edition Suhrkamp 2540), Frankfurt am Main 2008.
- ELSÄSSER, Lea/HENSE, Svenja/SCHÄFER, Armin: „Dem deutschen Volke“? Die Responsivität des Bundestages, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2017), S. 161–180.
- GREVEN, Michael Th.: Kampagnenpolitik, in: GREVEN, Michael Th. (Hg.): Kontingenz und Deziision. Beiträge zur Analyse der politischen Gesellschaft (Studien zur politischen Gesellschaft 3), Opladen 2000, S. 137–150.
- HAMMER, Dominik/KAJEWSKI, Marie (Hg.): Okulare Demokratie. Der Bürger als Zuschauer, Bielefeld 2017.
- HELLER, Hermann: Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: DRATH, Martin/STAMMER, Otto/NIEMEYER, Gerhart u. a. (Hg.): Gesammelte Schriften, Bd. 2, Leiden 1928, S. 421–433.
- JÄGER, Anton: The Semantic Drift. Images of Populism in post-war American Historiography and their Relevance for (European) Political Science, in: Constellations. An nternational Journal of Critical and Democratic Theory 24 (2017) 3, S. 310–323.
- JÖRKE, Dirk/SELK, Veith: Der hilflose Antipopulismus, in: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 43 (2015) 4, S. 484–499.
- JÖRKE, Dirk/SELK, Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg 2017.
- KATZ, Richard S./MAIR, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics. The International Journal for the Study of Political Parties and Political Organizations 1 (1995) 1, S. 5–28.
- KAZIN, Michael: The Populist Persuasion. An American History, Ithaca/London 1995.
- KRIESI, Hanspeter/GRANDE, Edgar/LACHAT, Romain u. a.: Globalization and the transformation of the national political space. Six European countries compared, in: European Journal of Political Research. Official Journal of the European Consortium for Political Research 45 (2006) 6, S. 921–956.
- LEFKOFRIDI, Zoe/WAGNER, Markus/WILLMANN, Johanna E.: Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe. Electoral Choice across Ideological Dimensions, in: West European Politics 37 (2014) 1, S. 65–90.
- LINDEN, Markus: Des Teufels Generäle. Der Geschichtsrevisionismus der AfD liegt offen auf dem Tisch, in: Neue Zürcher Zeitung, 2019, URL: <https://>

www.nzz.ch/feuilleton/geschichtsrevisionismus-der-afd-liegt-offen-auf-dem-tisch-ld.1523714 (26. November 2019).

LINDNER, Nadine: AfD-Parteitag in Augsburg. Selbstzufrieden trotz programmatischer Lücken, in: [deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-in-augsburg-selbstzufrieden-trotz.724.de.html?dram:article_id=421680), 2018, URL: https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-in-augsburg-selbstzufrieden-trotz.724.de.html?dram:article_id=421680 (23. Juli 2019).

MOFFITT, Benjamin/TORMEY, Simon: Rethinking Populism. Politics, Mediatization and Political Style, in: *Political Studies* 62 (2014) 2, S. 381–397.

MUDDE, Cas: The Populist Zeitgeist, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 39 (2004) 4, S. 541–563.

MÜLLER, Jan-Werner: *Was ist Populismus?*, Berlin 2016.

PRIESTER, Karin: *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*, Frankfurt am Main/New York 2012.

SARTORI, Giovanni: *Demokratietheorie*, Darmstadt ³2006.

SCHÄFER, Armin: *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet* (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 81), Frankfurt am Main/New York 2015.

STERNBERGER, Dolf: Die neue Politie. Vorschläge zu einer Revision der Lehre vom Verfassungsstaat, in: STERNBERGER, Dolf: *Schriften*, Bd. 10, herausgegeben von Peter Haungs, Klaus Landfried, Elsbet Orth und Bernhard Vogel, Frankfurt am Main 1990, S. 156–231.

STRECK, Wolfgang: *Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung* (MPIfG Working Paper 08/7), Köln 2008.

VON BEYME, Klaus: *Die politische Klasse im Parteienstaat* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1064), Frankfurt am Main ²1995.

WINTERS, Jeffrey A.: *Oligarchy*, Cambridge 2011.

WOLLER, Hans: Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, in: STÖSS, Richard (Hg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Bd. 2: FDP bis WAV (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39), Opladen 1984, S. 2458–2481.

ZICK, Andreas/KÜPPER, Beate/BERGHAN, Wilhelm (Hg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn 2019.

Paul Schreyer

Wie man die Demokratie nicht gegen Populisten verteidigt

Nach gängiger Auffassung ist der Populismus eine gefährliche Abweichung von der normalen politischen Auseinandersetzung. Populisten, so heißt es in den Medien und überhaupt in der Öffentlichkeit, seien betrügerische Rattenfänger und Volksverführer. Sie würden den Leuten nach dem Mund reden, einfache Lösungen versprechen, damit die Demokratie bedrohen und das friedliche Zusammenleben gefährden.

Im vorliegenden Text soll argumentiert werden, dass diese Sichtweise nicht nur analytisch unzureichend ist, sondern auch politisch in die Sackgasse führt. Dazu wird auf die Ursprünge des Populismus geblickt, auf die soziale Dimension des gegenwärtigen politischen Streits sowie auf die aktuelle „Krise der Repräsentation“.

1. Definitionen

Der Begriff Populismus hat in Deutschland einen ausgesprochen schlechten Ruf. Der Duden definiert ihn als „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen [...] zu gewinnen“.¹ Diese Formulierung zeigt bereits, dass die Realität von Populisten und ihren Gegnern ganz unterschiedlich wahrgenommen wird. Während die einen zornig und unzufrieden sind, wiegeln die anderen ab: So schlimm, wie behauptet, sei die politische Lage gar nicht. Im Mittelpunkt der Populismus-Definition steht dabei der Vorwurf der Demagogie, also der Aufwiegelung des Volkes.

Nun können Zorn und Aufwiegelung unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen fraglos berechtigt sein. Historisch hat genau diese Dynamik erst zu demokratischen Revolutionen geführt. Doch legt der deutsche Gebrauch des Begriffes Populismus nahe, solche „Anstachelung“ oder „Hetze“ sei ganz grundsätzlich nicht in Ordnung – zumindest nicht im eigenen Land. Das verwundert nicht, war doch politische Aufwiegelung gegen die wohlhabenden Schichten in

¹ „Populismus“ auf Duden online, URL: <https://www.duden.de/node/113348/revision/113384> (22. November 2019).

Deutschland lange Zeit strafbar. So hieß es noch bis 1960 im westdeutschen Strafgesetzbuch:

„Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.“²

Der Bezug zum Klassenkampf, also – aus sozialistischer Perspektive – dem Kampf gegen eine herrschende Elite der Besitzenden, stammt noch aus der Kaiserzeit. Der zitierte Paragraph stand wortgleich bereits 1871 im Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches.³ Angesichts der „gegenwärtig unter der Decke schlummernden sozialen Kämpfe“ wäre diese Regelung „gerechtfertigt und zeitgemäß“, so seinerzeit Albert Friedrich Berner, einer der angesehensten deutschen Strafrechtsprofessoren des 19. Jahrhunderts.⁴ In Bismarcks berüchtigtem Sozialistengesetz von 1878 wurde der Straftatbestand schließlich noch ausgeweitet. Fortan ließen sich politisch kritische Texte ganz direkt wegen „sozialistischer Bestrebungen“ verbieten, wenn sie auf einen „Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung“ abzielten und die „Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gefährdeten.⁵

Eine andere Perspektive herrscht in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) vor. Dort wird der Begriff Populismus auffällig neutral, jedenfalls nicht negativ definiert. So heißt es im New Oxford American Dictionary, ein Populist sei „a member or adherent of a political party seeking to represent the interests of ordinary people“, also „ein Mitglied oder Anhänger einer Partei, die versucht, die Interessen einfacher Menschen zu vertreten“. Wie kommt es zu diesem gravierenden Bedeutungsunterschied und woher gründet der Begriff überhaupt?

² Strafgesetzbuch § 130, Bundesgesetzblatt Nr. 55 vom 25. August 1953, S. 1102; Die Formulierung war bis 1960 in Kraft.

³ ROHRSEN, 2009, S. 55.

⁴ EBD., S. 57.

⁵ Deutsches Reichsgesetzblatt, 1878, Nr. 34, S. 351–358, 21. Oktober 1878, „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“; Das Gesetz galt bis 1890, als die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl erstmals stärkste politische Kraft wurden.

⁶ „populist“ auf New Oxford American Dictionary online, URL: https://www.oxfordreference.com/view/10.1093/acref/9780195392883.001.0001/m_en_us1279574 (26. November 2019).

2. Ursprünge des Populismus

Im Römischen Reich waren die sogenannten „Popularen“ jene Politiker, die sich nicht auf die Elite stützten, sondern auf das Volk (lateinisch: „populus“). Als einer der bekanntesten Popularen gilt der Volkstribun Tiberius Gracchus, der später ermordet wurde. Damalige Geschichtsschreiber wie Cicero bewerteten diesen Populismus als negativ, da die etablierte Ordnung dadurch in Frage gestellt wurde. Sie argumentierten damit ähnlich, wie knapp 2000 Jahre später die Juristen des Deutschen Kaiserreichs. In eben dieser autoritären Tradition steht auch die heutige Kritik an einem Aufstacheln der Bevölkerung gegen „die Elite“.⁷

Entscheidend bleibt dabei die Legitimität des öffentlichen Zorns. Ist es überhaupt berechtigt, sich aufzuregen? Geht es „uns gut“ oder, im Gegenteil, der Mehrheit zunehmend schlecht? Diese Frage stellten schon Ende des 19. Jahrhunderts Millionen von Menschen. Damals kam der Begriff „Populist“ in den USA in Gebrauch. Hintergrund war die massiv zunehmende Ungleichheit in dieser Zeit. Der amerikanische Historiker Howard Zinn schrieb zu den damaligen Zuständen:

„Die industriellen und politischen Eliten [...] nahmen das Land in Besitz und generierten das größte Wirtschaftswachstum in der Geschichte der Menschheit. Sie erreichten dies mit Hilfe und auf Kosten von schwarzen Arbeitern, weißen Arbeitern, chinesischen Arbeitern, der Arbeitskraft europäischer Einwanderer und der Arbeitskraft der Frauen. Sie bezahlten sie je nach Rasse, Geschlecht, nationaler Herkunft und sozialer Klasse unterschiedlich und schufen so verschiedene Ebenen der Unterdrückung – eine gekonnte Terrassierung, um die Reichtums-Pyramide zu zementieren.“⁸

Das erinnert an die heutige Praxis der Leiharbeit und Werkverträge, wo ebenfalls gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird, was eine Solidarisierung der Arbeiter, einen Zusammenschluss, von vornherein hemmt. Zinn zitiert aus dem 1879 erschienenen Bestseller „Progress and Poverty“ („Fortschritt und Armut“) des Ökonomen Henry George – und auch das klingt aktuell:

⁷ In der gleichen Tradition wird heute der Begriff „Demagoge“ verwandt. Seine ursprüngliche, neutrale Bedeutung als „Volksführer“ änderte sich spätestens mit den reaktionären, antidemokratischen Karlsbader Beschlüssen von 1819, mit denen in Deutschland eine Pressezensur eingeführt wurde und wo zur Rechtfertigung vor „revolutionären Umtrieben und demagogischen Verbindungen“ gewarnt wurde.

⁸ ZINN, 2013, S. 247.

„Es stimmt, dass der Reichtum stark zugenommen hat, und dass der Durchschnitt an Komfort, Freizeit und Kultiviertheit gestiegen ist. Aber diese Zugewinne sind nicht allgemein. Die niedrigsten Klassen haben keinen Anteil daran. [...] Diese Verbindung von Armut mit Fortschritt ist das große Mysterium unserer Tage. [...] Es bildet sich ein vages, doch allgemeines Gefühl der Enttäuschung, eine zunehmende Verbitterung in den arbeitenden Klassen, ein weit verbreitetes Gefühl von Unruhe und gärender Revolution.“⁹

Angeichts der immer stärker werdenden Konzentration von Macht und Reichtum bei den als „Räuberbarone“ bezeichneten Erfolgskapitalisten wie Rockefeller (Öl), Carnegie (Stahl) oder Morgan (Banking) spaltete sich die Gesellschaft und neue Parteien entstanden. Eine dieser neuen und radikalen Kräfte war die sogenannte „People’s Party“ („Volkspartei“), auch „Populist Party“ genannt.

Sie hatte ihre Ursprünge in ländlichen Bauernvereinigungen, die sich gegen zunehmende Drangsalierung und Unfreiheit wehrten. Die Bauern waren gezwungen, für dringend benötigte Kredite Teile ihrer Ernte im Voraus an Händler und Bankiers zu verpfänden, was sie immer öfter in eine existenzielle Abhängigkeit von den Geldverleihern brachte, die sich, bei Zinsen um 25 Prozent, bald kaum noch von Sklaverei unterschied.¹⁰ Auch von den reichen privaten Eisenbahngesellschaften, die als Monopolisten stark überhöhte Transportgebühren verlangten, wurden die Bauern geschöpft. Die Regierung kam ihnen nicht zu Hilfe, beide großen Parteien, Demokraten und Republikaner, waren beherrscht von den Wohlhabenden.

In dieser Situation begannen die Bauern sich selbst zu helfen und Allianzen untereinander zu bilden, die sich in den 1880er Jahren von Texas aus rasant über das ganze Land ausbreiteten. Die Bauern schufen Einkaufsgemeinschaften, solidarische Versicherungen, organisierten den Verkauf ihrer Ernte kooperativ und stellten politische Forderungen wie die nach einem Acht-Stunden-Tag für alle Amerikaner. Mit den Arbeitern in den Städten, die ebenso immer stärkerem Druck ausgesetzt waren und in den 1880er Jahren zunehmend große Streiks organisierten, die brutal, teilweise mit Polizei und Militär, niedergeschlagen wurden, solidarisierte man sich. Die sogenannte „Farmer’s Alliance“ hatte 1889 etwa 400.000 Mitglieder überall in den USA. Der Historiker Lawrence Goodwyn nannte es „die massivste Organisierungskampagne aller Bürgerinitiativen im 19. Jahrhundert in ganz Amerika“.¹¹

⁹ GEORGE, 1879, zitiert nach ZINN, 2013, S. 258.

¹⁰ ZINN, 2013, S. 277.

¹¹ GOODWYN, 1976, zitiert nach ZINN, 2013, S. 278.

Aus dieser Bewegung heraus entstand 1891 die neue „People’s Party“. Deren Mitglieder nannten sich selbst „Populisten“. Der Begriff war positiv besetzt, als Ausdruck einer Interessenvertretung der breiten Bevölkerung, der eine Geld-elite feindlich gegenübersteht. Das Motto der People’s Party lautete: „Gleiche Rechte für alle – Sonderprivilegien für niemanden“. In ihrem Programm hieß es:

„Wir kommen inmitten einer Nation zusammen, die an der Grenze zum moralischen, politischen und materiellen Ruin steht. Korruption beherrscht die Wahlurnen, die Parlamente, den Kongress und erfasst den Hermelin der Richterbank. [...] Den Arbeitern in den Städten verweigert man das Recht, sich zu ihrem eigenen Schutz zu organisieren; importierte, verarmte Arbeitskräfte drücken ihre Löhne [...] Die Früchte der Mühen von Millionen werden dreist gestohlen, um kolossale Vermögen anzuhäufen.“¹²

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1892 stimmten mehr als eine Million Amerikaner für den Kandidaten der Populisten, James Weaver, was einem Anteil von etwa acht Prozent entsprach. Die Partei stellte in einigen Staaten des Mittleren Westens die Gouverneure. Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen unterstützten die Populisten dann den (am Ende die Wahl verlierenden) Kandidaten der Demokratischen Partei, die einige ihrer Ideen übernommen hatte. Danach schwand ihr Einfluss und die People’s Party verlor an Bedeutung.

Ihre politischen Ziele wurden erst viel später, in den 1930er-Jahren, nach der Weltwirtschaftskrise, von der US-Regierung aufgegriffen und trugen dann, insbesondere im Rahmen von Präsident Franklin D. Roosevelts „New Deal“, für lange Zeit zur Stabilisierung der Gesellschaft bei.

3. Argumente gegen den Populismus

Die beschriebenen krisenhaften Zustände scheinen aktuell wiederzukehren – und mit ihnen die Populisten. Vor allem fünf Argumente werden gegen diese vorgebracht: Populisten maßten sich an, für das Volk zu sprechen, sie unterstellten einen fiktiven einheitlichen Volkswillen, sie förderten den Nationalismus, täuschten vor, es gäbe einfache Antworten und spalteten die Bevölkerung in Elite und Entmündigte. Im Folgenden soll untersucht werden, wie stichhaltig diese Argumente im Einzelnen sind.

¹² ZINN, 2013, S. 281.

3.1 Anmaßung

Dass Populisten sich anmaßen, für das Volk als Ganzes zu sprechen, ist fraglos zutreffend. Allerdings ist diese Anmaßung keine Besonderheit radikaler Aufwiegler. Auch etablierte Politiker berufen sich immer wieder auf eine große Volksgemeinschaft, in deren Namen sie zu sprechen vorgeben. So beansprucht etwa Angela Merkel in öffentlichen Auftritten immer wieder ganz selbstverständlich, für alle zu reden: „wir gemeinsam, unser Staat“, „wir Deutschen“, „unser wirtschaftlicher Erfolg“, „wir schaffen das“.¹³

Dieses „wir“ und „unser“ konstruiert eine Gemeinschaft, die Hoffnung und Identität stiften soll, die aber immer dann wie Heuchelei erscheint, wenn sie in der praktischen Politik nicht mit Leben gefüllt wird. Konkreter gesagt: „Unseren wirtschaftlichen Erfolg“ gibt es so pauschal nicht, allenfalls die Gewinne der Wohlhabenden, während der große Rest stagniert oder abrutscht. „Deutschland ist so ungleich wie vor 100 Jahren“ schrieb 2017 die *Süddeutsche Zeitung* mit Verweis auf eine umfangreiche Studie.¹⁴ Der Anteil der Reichsten am Einkommen liegt demnach heute wieder so hoch wie zuletzt 1913.

Das beschwichtigende „wir“, wie etablierte Politiker es verwenden, übertrücht diesen Zerfall der Gesellschaft in Arm und Reich.

Glaubt man an dieses „wir“, an die harmonisch existierende, gemeinsam prosperierende Gemeinschaft, dann erscheint die Wut der Ausgegrenzten, die Sprache der Populisten als Regelbruch, als böse und verleumderisch. Kurzum: Die Populisten stören die behauptete Harmonie, oder, mit den Worten von Bismarcks oben zitiertem Sozialistengesetz, die unterstellte „Eintracht der Bevölkerungsklassen“.

Die eigentliche Frage scheint also nicht zu sein, *ob* jemand für alle sprechen darf, sondern vielmehr, *wer* das tut. Außenseitern und Systemkritikern soll offenkundig nicht erlaubt sein, was man selbst praktiziert. Es geht, so viel scheint klar, auch um die Deutungshoheit darüber, was als „Wohl der Bevölkerung“ gilt.

3.2 Fiktiver Volkswillen

Dem nächsten Kritikpunkt, es gäbe keinen einheitlichen Volkswillen, lässt sich in dieser Pauschalität nur teilweise zustimmen. Tatsächlich lassen sich eine Reihe wichtiger Themen nennen, bei denen in Umfragen regelmäßig klare Mehr-

¹³ Die Zitate stammen aus Merkels Neujahrsansprache vom 31. Dezember 2016.

¹⁴ HAGELÜKEN, Alexander: Einkommensverteilung: Deutschland ist so ungleich wie vor 100 Jahren, in: *Süddeutsche Zeitung*, 14. Dezember 2017.

heiten eine ganz bestimmte Politik befürworten, so etwa Steuererhöhungen für Reiche, höhere Renten, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, ein Verbot von Atomwaffen oder die Einführung bundesweiter Volksentscheide.¹⁵ In solchen zentralen Fragen existiert durchaus ein messbarer und dauerhafter „Volkswillen“, der von der Regierung aber ebenso dauerhaft und messbar ignoriert wird (siehe Abschnitt 3.5.).

3.3 Nationalismus

Der Vorwurf, Populisten würden dem Nationalismus und Rassismus Vorschub leisten, ist hingegen oft zutreffend. Rassistische Vorurteile sind tief in vielen Völkern verwurzelt und lassen sich leicht wecken und politisch nutzen. Außen-seiterkandidaten nutzen das immer wieder für ihre Zwecke – was nicht erst seit dem von den Nazis angeheizten Hass auf Juden und vermeintlich „minderwertige Rassen“ bekannt ist. Ein gegenwärtiges Beispiel ist die verbreitete Dämonisierung des Islam.

Jedoch gibt es einen Unterschied zwischen arrogantem Nationalismus und beispielsweise scharfer Kritik an der Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Union (EU). Nicht jeder, der für eine Stärkung souveräner Staatlichkeit gegenüber der grenzüberschreitenden Macht der Konzerne mit ihren privaten Schiedsgerichten und internationalen Lobbynetzwerken eintritt, ist auch ein Rassist. Die Vermengung dieser Begriffe ist manipulativ.

3.4 Einfache Antworten

Das Argument, Populisten täuschten einfache Antworten vor und untergraben damit die komplexe Entscheidungsfindung in Demokratien – die von der schwierigen Suche nach stabilen Kompromissen geprägt ist –, erscheint zwiespältig. Selbstverständlich können einfache Parolen in die Irre führen. Sie können aber auch die Wahrheit ausdrücken. Die individuelle Einschätzung hängt oft von den eigenen Interessen ab: Wem nützt eine bestimmte „einfache Lö-

¹⁵ 68 % sind für höhere Steuern für Menschen mit hohem Einkommen, Umfrage von Infratest dimap, Juli 2017; 66 % der Berufstätigen befürworten höhere Renten, Umfrage der Axa-Versicherung, April 2017; 55 % fordern einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Umfrage von INSA, Juni 2017; 93 % sind für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen, Umfrage von Forsa, März 2016; 72 % der Deutschen sind für bundesweite Volksentscheide, Umfrage von Infratest dimap, April 2017; Umfragen aus anderen Jahren kommen zu in der Tendenz ähnlichen Ergebnissen.

sung“; wem schadet sie? Lösungen nur wegen ihrer Einfachheit abzulehnen, erscheint sachlich und logisch unsinnig.

Wer sagt, dass Populisten zu einfache Antworten geben, der meint meist etwas anderes, nämlich *betrügerisch* einfache Antworten. Daran aber ist nichts spezifisch Populistisches. Betrügen können viele und irreführend einfache Antworten sind vertrauter Alltag in der Politik, egal welche Partei man betrachtet. Was hier einigen wenigen Außenseitern vorgeworfen wird, betrifft auch viele Etablierte.

Angela Merkels wohl berühmtester Satz „Wir schaffen das“ ist zweifellos eine (zu) einfache Antwort auf die komplizierte Frage der Zuwanderung. Auch Merkels in krassem Widerspruch zum Geist dieses Satzes stehende Politik der „Sicherung der EU-Außengrenzen“ ist eine (unmenschlich) einfache Antwort auf die nicht abreißen den Flüchtlingstrecks aus den Armuts- und Krisengebieten der Welt. Auch diese Antwort löst langfristig keine Probleme. In der *ZEIT* hieß es dazu 2016:

„Die Perversion in der deutschen Flüchtlingspolitik besteht darin, mit dem mahnenden Zeigefinger einer Willkommenskultur auf alle anderen Länder zu weisen und zugleich lebensgefährliche Hindernisse aufzurichten, damit es eine Auslese derjenigen gibt, die es bis zur offenen deutschen Grenze schaffen: Wir machen es euch so schwer wir möglich, Deutschland zu erreichen, aber wenn ihr das geschafft habt, dann könnt ihr einen Asylantrag stellen. [...] Die Kosten der Moral werden an die Ränder verteilt, wo es den Gewinnern nicht wehtut und sie weiterhin im Wohlgefühl ihres eigenen Gutseins leben können. Den notwendigen Kampf an den Grenzen der EU oder den Rändern der Gesellschaft kann man ignorieren oder, was noch mehr Genuss der eigenen Moral verschafft, als Beweis für die Unwürdigkeit der dort lebenden schlechten Menschen nehmen.“¹⁶

Ein anderes Beispiel: Als der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD), im Jahr 2002 erklärte, Deutschlands Sicherheit werde „am Hindukusch verteidigt“, war das, genauer betrachtet, eine unseriös und irreführend simple Antwort auf die komplexe Frage, weshalb – und auf welcher Rechtsgrundlage – die Bundeswehr in Afghanistan stationiert ist.¹⁷ Struck vernebelte mit diesem Satz auf eingängige Weise unbequeme geopolitische Zusammenhänge.¹⁸

¹⁶ STEGEMANN, Bernd: Die andere Hälfte der Wahrheit, in: Die Zeit, Nr. 15/2016, 3. April 2016.

¹⁷ DEISEROTH, Dieter: Jenseits des Rechts, in: Frankfurter Rundschau, 26. November 2009.

¹⁸ SCHREYER, Paul: Ein ‚notwendiger‘ Krieg, in: Telepolis, 16. Dezember 2009.

Unredlich vereinfachend erscheinen auch manche Forderungen von etablierten Politikern, wie etwa das vom damaligen Innenminister Thomas de Maizière von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) 2017 lancierte Gesetz zum Burkaverbot für Angestellte im öffentlichen Dienst, das auf eine Forderung der Alternative für Deutschland (AfD) zurückgeht.¹⁹ Wie sich herausstellte, war von diesem Gesetz in Deutschland praktisch niemand betroffen. Auf Nachfrage der Presse, wie viele Beamtinnen ihren Beruf eigentlich vollverschleiert ausüben und ob eine Verschleierung am Arbeitsplatz in der Vergangenheit zu Problemen geführt habe, konnte das Innenministerium keinen einzigen Fall nennen.²⁰ Dem Minister war dieses Vorhaben, das erkennbar kein reales Problem löste, aber sehr wohl populäre Stimmungen aufgriff, ein überaus wichtiges Anliegen. Immer wieder sprach er davon, bekannte sogar in der *BILD*: „Wir sind nicht Burka“.

Äußerungen wie die von Merkel, Struck oder de Maizière sind ebenso irreführend wie volkstümlich und eingängig. Solche Art von Täuschung könnte man als „gespielte Volksnähe“ oder „Fake-Populismus“ bezeichnen, da damit keine echten Lösungen im Interesse der Mehrheit verbunden sind, sondern das Publikum bloß beschwichtigt wird. Fake-Populismus wird regelmäßig auch von Außenseiterpolitikern wie Donald Trump praktiziert.

Im Gegensatz dazu waren politische Forderungen, wie die der bereits erwähnten Populisten in den 1890er-Jahren in den USA, klar im Interesse einer breiten Mehrheit.

Es existieren also zweierlei Arten von Populismus: Der eine ist ein ursprüngliches Wesensmerkmal der Demokratie (die Vertretung der Interessen des Volkes), der andere ein rhetorischer Kniff, mit dem die Öffentlichkeit getäuscht wird, um sie besser in eine gewünschte Richtung lenken zu können. Die beiden Arten zu unterscheiden, setzt politische Bildung voraus.

Daraus folgt etwas Wesentliches: Wer in seinen Formulierungen den Populismus *insgesamt* mit Betrugerei gleichsetzt – und viele Politiker, Wissenschaftler und Journalisten tun das –, der verwischt eine notwendige Differenzierung und rückt die Volksnähe von Politikern generell in schlechtes Licht. Das gibt zu denken, denn wie ernst kann es jemandem mit der Idee der Demokratie, also der Volksherrschaft, sein, wenn eine Volksnähe tendenziell für anstößig gehalten wird?

¹⁹ AfD-Grundsatzprogramm vom 1. Mai 2016, S. 50: „Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst. [...] Ein Verbot ist [...] notwendig und nach einem Urteil des EuGH rechtmäßig.“

²⁰ LÜCKOFF, Janina: Das Burkaverbot läuft ins Leere, in: Tagesschau, 28. April 2017.

3.5 Spaltung

Der wohl am häufigsten genannte Vorwurf lautet, Populisten würden die Bevölkerung in gefährlicher Weise spalten: in eine „mächtige Elite“ und ein „entmündigtes Volk“. Dies bedrohe den gesellschaftlichen Frieden. Hierzu stellt sich eine sehr grundsätzliche Frage: Ist diese Spaltung bloß eine böswillige Erfindung, die die Realität verzerrt, oder handelt es sich um eine sachlich zutreffende Spiegelung der Wirklichkeit? Mit anderen Worten: Haben Arm und Reich gleichermaßen Einfluss auf die Politik? Oder, stärker zugespitzt: Haben Gering- und Normalverdiener überhaupt politischen Einfluss?

An dieser Stelle setzt eine Studie der Bundesregierung an.²¹ 2016 hatten Forscher vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, beauftragt von der damaligen Arbeitsministerin Andrea Nahles, die sogenannte „Responsivität“ der deutschen Politik überprüft, also inwieweit die Regierung tatsächlich durch Beschlüsse und Gesetze dem Willen der Bevölkerung folgt.

Diese „Responsivität“, oder „Bereitschaft zur Antwort“, steht letztlich im Zentrum jeder Idee von Demokratie. Eine demokratische Regierung hat die Wünsche und Forderungen aller im Blick und handelt entsprechend. Der Auftrag der Bundesregierung, wissenschaftlich zu untersuchen, inwieweit sie diesen Anspruch selbst erfüllt, war ungewöhnlich. Noch nie zuvor hatte eine deutsche Regierung das so grundlegend prüfen lassen.

Die Autoren der Studie, angeleitet von Professor Armin Schäfer, Vizechef der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, analysierten dabei zunächst anhand der regelmäßigen Meinungsumfragen der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands, dem ARD-Deutschlandtrend,²² die Ansichten der Bevölkerung in etwa 250 Sachfragen. Untersuchungszeitraum waren die Jahre von 1998 bis 2015. Dann glichen sie diese Ergebnisse mit dem Handeln der Regierung in den Jahren danach ab. Was wurde umgesetzt, was nicht?

Die Analyse wies dazu noch einen entscheidenden Clou auf: Das Forscherteam unterschied die politischen Ansichten der Befragten gestaffelt nach deren Einkommen. Denn betrachtet man die Meinungen der einkommensschwächsten zehn Prozent (im Folgenden: „Arme“) und die der einkommensstärksten

²¹ ELSÄSSER/HENSE/SCHÄFER, 2016.

²² Die Deutschlandtrend-Umfragen werden seit 1997 monatlich von Infratest dimap im Auftrag der ARD und mehrerer Tageszeitungen durchgeführt. Es handelt sich laut Infratest dimap um repräsentative Telefonbefragungen von rund 1.000 Wahlberechtigten in Deutschland (700 West, 300 Ost).

zehn Prozent (im Folgenden: „Reiche“), dann ergeben sich teils drastische Unterschiede.

So wurde etwa bei einer Deutschlandtrend-Umfrage im Jahr 1999 danach gefragt, ob Vermögende stärker zum Abbau der öffentlichen Verschuldung herangezogen werden sollten. 70 Prozent der Armen stimmten dem Vorschlag zu, aber nur 46 Prozent der Reichen. Die Regierung handelte in der Folge konform zum Wunsch der Vermögenden. Im Jahr 2000 wurde gefragt, ob das Rentenniveau gesenkt werden sollte. Nur 43 Prozent der Armen stimmten zu, jedoch 64 Prozent der Reichen. Ergebnis: Das Rentenniveau wurde per Gesetz gesenkt. 2003, während der Diskussion um die Einführung der Hartz-Reformen, wurde gefragt, ob die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes gekürzt werden sollte. Insgesamt gesehen war eine Mehrheit von 54 Prozent der Bevölkerung dafür. Betrachtete man aber die Einkommen getrennt, dann zeigte sich, dass zwar 69 Prozent der Reichen der Kürzung zustimmten, doch nur 44 Prozent der Armen. Gekürzt wurde trotzdem. Ein ähnliches Bild ergab sich bei der 2012 gestellten Frage, ob die Rente mit 67 rückgängig gemacht werden sollte: 65 Prozent der Armen wollten das, aber bloß 33 Prozent der Reichen. Die Regierung folgte wieder dem Mehrheitswunsch der Wohlhabenden.²³

Wie die Studie zeigt, existieren die zweitgrößten Meinungsunterschiede zwischen Armen und Reichen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Noch stärker sind die Differenzen bloß in der Außenpolitik. Als 2007 danach gefragt wurde, ob die Bundeswehr möglichst schnell aus Afghanistan abziehen sollte, stimmten 75% der Armen zu, gegenüber 43% der Reichen. Die Regierung übergang auch diesmal die Geringverdiener, der Militäreinsatz wurde zunächst sogar noch intensiviert.

Dass solche Beispiele, die man in der Studie nachlesen kann, keine Einzelfälle oder Ausnahmen sind, fanden die Forscher in akribischer Kleinarbeit heraus. Die Ergebnisse sind eindeutig. So heißt es in der Untersuchung:

„Je höher das Einkommen, desto stärker stimmen politische Entscheidungen mit der Meinung der Befragten überein. [...] Was Bürger mit geringem Einkommen in besonders großer Zahl wollen, hatte in den Jahren von 1998 bis 2013 eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.“²⁴

Mehr noch: Eine politische Regelung wurde nicht nur umso eher von der Regierung umgesetzt, je mehr Reiche sie unterstützten. Ein Vorschlag wurde von der Regierung auch umso eher abgelehnt, je mehr Arme dafür waren. Die Forscher

²³ ELSÄSSER/HENSE/SCHÄFER, 2016, S. 50 ff.

²⁴ EBD., S. 34, 43.

sprechen hier von einem „negativen Zusammenhang“. Sie schreiben wörtlich, dass „die Wahrscheinlichkeit auf Umsetzung sogar sinkt, wenn mehr Menschen aus der untersten Einkommensgruppe eine bestimmte politische Entscheidung befürworten.“²⁵ Das legt nahe, dass die Regierung die Armen nicht einfach „nur“ ignoriert, sondern aktiv gegen sie arbeitet.

Bei der Berücksichtigung der Ansichten der Mittelschicht sieht es laut der Studie ähnlich aus.²⁶ Deren Forderungen werden von der Regierung annähernd im gleichen Maße ignoriert, wie die der Armen.²⁷ Das heißt konkret: Es ist für die Politik praktisch egal, wie viele Menschen aus der Mittelschicht eine bestimmte Veränderung wünschen. Es existiert jedenfalls so gut wie kein messbarer Zusammenhang zwischen der Zustimmungsrate für eine Forderung in der Mittelschicht und deren Umsetzung. Ein solcher Zusammenhang ist allein für die Wünsche der Einkommensstärksten nachweisbar, dort jedoch sehr deutlich.

Nachdem die Wissenschaftler diese Ergebnisse an ihren Auftraggeber, das Arbeitsministerium, gesandt hatten, wurde die Studie von dort aus im Rahmen der Ressortabstimmung im Oktober 2016 ans Kanzleramt geschickt. Dort zeigte man allerdings wenig Interesse an einer regierungsamtlichen Veröffentlichung solch brisanter Tatsachen. Nicht dass die ermittelten Fakten angezweifelt worden wären. Wesentliche Teile der Studienergebnisse wurden vom Kanzleramt stattdessen einfach still und ohne weitere Debatte gestrichen oder umgeschrieben.²⁸

Die Zensur blieb jedoch nicht lange geheim. Die Presse berichtete und der Verein LobbyControl machte schließlich im Frühjahr 2017 zur Vorstellung des Armuts- und Reichtumsberichtes (dessen Teil die Studienergebnisse waren) öffentlich, welche Sätze man gelöscht hatte.²⁹ Einer der Absätze, der dem Rotstift von Merkels Büro zum Opfer gefallen war, lautete:

²⁵ EBD., S. 35.

²⁶ Mittelschicht bedeutet hier: die Gruppe der Menschen im 50. Einkommensperzentil, also am Median.

²⁷ ELSÄSSER/HENSE/SCHÄFER, 2016, S. 35 f.

²⁸ ÖCHSNER, Thomas: Regierung strich heikle Passagen aus Armutsbericht, in: Süddeutsche Zeitung, 14. Dezember 2016; BUTTERWEGGE, Christoph: Zensiert und geschönt, in: Zeit Online, 12. April 2017, URL: zeit.de/politik/deutschland/2017-04/armutsbericht-grosse-koalition-schoenung-kritik (23. November 2019).

²⁹ DECKWIRTH, Christina: Die Veränderungen im Kapitel ‚Armut und Reichtum und Demokratie‘ im 5. Armuts- und Reichtumsbericht, in: LobbyControl, 25. April 2017.

„Die Studie liefert somit einen empirischen Beleg für eine ‚Krise der Repräsentation‘. In Deutschland beteiligen sich Bürger/innen mit unterschiedlichem Einkommen nicht nur in sehr unterschiedlichem Maß an der Politik, sondern es besteht auch eine klare Schieflage in den politischen Entscheidungen zugunsten der Armen. Damit droht ein sich verstärkender Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität, bei dem sozial benachteiligte Gruppen merken, dass ihre Anliegen kein Gehör finden und sich deshalb von der Politik abwenden – die sich in der Folge noch stärker an den Interessen der Bessergestellten orientiert.“³⁰

Der Begriff „Krise der Repräsentation“, tauchte ursprünglich an mehreren Stellen des Berichtes auf und wurde überall vom Kanzleramt gelöscht. Kann nicht sein, was nicht sein darf? Die Schlussfolgerungen aus der Studie sind jedenfalls weitreichend: Die Spaltung der Gesellschaft in eine mächtige Minderheit und eine machtlose Mehrheit ist, soviel wird nun klar, keine bloße Erfindung von Populisten, sondern eine empirisch belegte Tatsache – und das nicht nur in Deutschland.

Im Mutterland der neuzeitlichen Demokratie, den USA, von wo aus noch im 18. Jahrhundert die Französische Revolution mit befeuert wurde, registrieren Forscher heute das gleiche Muster. Nicht zufällig orientiert sich die Studie der Osnabrücker Wissenschaftler eng an einem amerikanischen Vorbild – der 2012 veröffentlichten Untersuchung „Affluence and Influence“ („Reichtum und Einfluss“) von Professor Martin Gilens von der Princeton University.³¹

Gilens hatte für den Zeitraum von 1981 bis 2002 systematisch die politischen Ansichten der Amerikaner untersucht, anhand ihrer Antworten auf 1.800 verschiedene Fragen, die bei Erhebungen der großen Meinungsforschungsinstitute über die Jahre gestellt worden waren. Auch Gilens hatte die Ansichten der Bürger nach Einkommensklassen getrennt und anschließend überprüft, wessen Wünsche die Regierung in den folgenden Jahren tatsächlich umgesetzt hatte.

Die aufwändige Studie kam zum gleichen Ergebnis wie ihr deutsches Gegenstück: Die Ansichten der Armen und der Mittelschicht sind auch in den USA völlig irrelevant für die Politik. Ob nun 20, 50 oder 80 Prozent von ihnen eine Forderung unterstützen – die Wahrscheinlichkeit ihrer Umsetzung bleibt konstant niedrig. Es ist, als wären die normal und wenig verdienenden Bürger gar nicht da, ebenso sprachlos wie unsichtbar. Gilens schreibt:

„Der vollständige Mangel an Responsivität der Regierung bezüglich der Wünsche der Armen ist verstörend und passt eigentlich nur zu den zynischsten Sichtweisen auf ame-

³⁰ EBD.; ELSÄSSER/HENSE/SCHÄFER, 2016.

³¹ GILENS, 2012.

rikanische Politik. Wenn sich die Ansichten von Armen und Wohlhabenden unterscheiden, so zeigen die Ergebnisse, dass die Regierungspolitik in keinerlei Beziehung zum Ausmaß der Zustimmung oder Ablehnung unter den Armen steht.³²

Auch der Einfluss der Mittelschicht ist demnach „ununterscheidbar von null“.³³ Es gäbe zwar Fälle, in denen die Politik den Wünschen von Armen oder Mittelschicht folgen würde, allerdings immer nur dann, wenn diese Wünsche auch von den Wohlhabenden geteilt würden. Genau wie in Deutschland, bestehen dabei auch in den USA die größten Meinungsunterschiede zwischen Arm und Reich auf dem Gebiet der Außenpolitik, gefolgt von der Wirtschaftspolitik.³⁴

Die Konzentration von politischem Einfluss an der Spitze der Einkommensskala sei, so bilanziert es Gilens, „unvereinbar mit dem demokratischen Kernprinzip der politischen Gleichheit“. Die amerikanische Gesellschaft sei „eine Demokratie nur dem Namen nach“.³⁵ In der *Washington Post* schrieb er 2016, mitten im Präsidentschaftswahlkampf zwischen Hillary Clinton und Donald Trump: „Viele Amerikaner, die für Außenseiterkandidaten stimmen, glauben, dass die Regierung sie mehr oder weniger ignoriert. Sie haben recht.“³⁶

Aus dieser Analyse geht klar hervor, dass der notwendige Kampf für Demokratie, ob nun in den USA oder in Deutschland, tiefer ansetzen muss: bei der Kritik und Ablehnung von illegitimer politischer Macht, die aus maßlosem Vermögen und Eigentum herrührt und die das Versprechen politischer Gleichheit aller Bürger zu einer Illusion macht.³⁷ Solange diese Illusion in der öffentlichen Debatte gewahrt bleibt, wird das Phänomen des Populismus, wie es seit mindestens 2000 Jahren existiert, nicht verstanden.

4. Literaturverzeichnis

ELSÄSSER, Lea/HENSE, Svenja/SCHÄFER, Armin: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015,

³² EBD., S. 81; Übersetzung P.S.

³³ EBD.

³⁴ EBD., S. 101.

³⁵ GILENS bei einem Vortrag am 19. September 2014 am Massachusetts Institute of Technology; Übersetzung P.S.

³⁶ GILENS, Martin/PAGE, Benjamin I.: Critics argued with our analysis of U.S. political inequality. Here are 5 ways they're wrong, in: *Washington Post*, 23. Mai 2016; Übersetzung P.S.

³⁷ SCHREYER, 2018, S. 107 ff, 142 ff.

Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn 2016

GILENS, Martin: *Affluence and Influence: Economic Inequality and Political Power in America*, Princeton 2012.

ROHRSEN, Benedikt: *Von der „Anreizung zum Klassenkampf“ zur „Volksverhetzung“ (§ 130 StGB). Reformdiskussion und Gesetzgebung seit dem 19. Jahrhundert*, Berlin 2009.

SCHREYER, Paul: *Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie?*, Berlin 2018.

STEGEMANN, Bernd: *Das Gespenst des Populismus*, Frankfurt am Main 2017.

ZINN, Howard: *Eine Geschichte des amerikanischen Volkes*, Hamburg 2013.

4.1 Weiterführende Literatur

ELSÄSSER, Lea: *Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*, Frankfurt am Main/New York 2018.

GEORGE, Henry: *Progress and Poverty*, London 1879.

GOODWYN, Lawrence: *Democratic Promise: The Populist Movement in America*, Oxford 1976.

Thomas Hoffmann

Die Sprache der Populisten

1. Einleitung

Populistisches Sprechen schürt Angst, grenzt aus und homogenisiert die Vielfalt der Interessen und Ideen. Es erweckt den Eindruck, dass es eine Lösung gebe und damit auch „alles gesagt“ sei. (Ekkehard Felder, Interview mit *Zeit Online*, 5. August 2018¹)

Die menschliche Sprachfähigkeit ist eine der zentralsten evolutionären Entwicklungen unserer Spezies. Mit Hilfe von Sprache können wir Gedanken und Ideen kommunizieren, gemeinsame Aktivitäten koordinieren und Gefühle austauschen. Zugleich können wir aber mit Sprache auch lügen und verschleiern, andere manipulieren und hinter das Licht führen. Als ein Beispiel für eine derartige negativ geprägte Sprache wird, wie oben im Zitat von Ekkehard Felder, immer wieder populistische Sprache genannt. Populisten gelten als manipulative Rattenfänger, die „Angst schüren“, sich selbst als homogene Gruppe inszenieren, andere Gruppen radikal ausgrenzen und die alleinige Deutungshoheit über sämtliche Themen beanspruchen.

Das Ziel des vorliegenden Artikels ist es nun, der Frage nachzugehen, inwieweit sich Populisten sprachlich tatsächlich von anderen Politikerinnen und Politikern unterscheiden. Oder anders formuliert: gibt es eine Sprache der Populisten? Darüber hinaus diskutiere ich gegen Ende des Beitrags noch die Frage, wie man denn jetzt mit Populisten reden kann, beziehungsweise soll.

2. Gibt es eine ‚Sprache der Populisten‘?

Vor allem im deutschen Sprachraum ist der Begriff „Populismus“ negativ konnotiert und wird zumeist als abwertende Fremdzuschreibung verwendet.² Aus

¹ MAST, Maria: „Populistisches Sprechen schürt Angst, grenzt aus und homogenisiert“, in: *Zeit Online*, 5. August 2018, URL: <https://www.zeit.de/politik/2018-07/rhetorik-populismus-sprache-wissenschaft-erkennen> (18. Februar 2020).

² MÜLLER, 2016; SELK, 2020.

politikwissenschaftlicher Sicht kristallisieren sich dabei zwei zentrale Merkmale des Populismus als „eine dünne Ideologie“ heraus³:

- ein symbolischer Anti-Elitismus, der sich gegen das „abgehobene Establishment“ wendet („Populistisch heißt: gegen das Establishment.“ Alexander Gauland, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 6. Oktober 2018⁴),
- und zugleich eine „Idealisierung des reinen Volkswillens“⁵ beziehungsweise des „gesunden Menschenverstandes“⁶.

Soziologisch betrachtet, handelt es sich dabei also um eine klassische Gruppenidentität, die auf einer konstruierten Opposition von „uns“/„das einfache Volk“ gegen „die da oben“/„die Eliten“ basiert.⁷ Aufgrund dieser binären Identitätskonstruktion lässt sich erwarten, dass folgende sprachliche Merkmale in populistischer Sprache häufiger zu finden sein sollten als in vergleichbaren nicht-populistischen Texten:

2.1 Hypertropher Sprachgebrauch⁸

Wie Felder zeigt, führt die Annahme, „für das Volk“ (im Gegensatz zur „Elite“) zu sprechen, zu sprachlichen Anmaßungsstrategien. Dabei beanspruchen Sprecher und Sprecherinnen für sich einen antipluralistischen Alleinvertretungsanspruch und behaupten *Volk*s *Stimme* zu sein oder für das *ganze* beziehungsweise *wahre Volk* zu sprechen.⁹ Man inszeniert sich als die Stimme des *Volkswillens* und argumentiert mit dem *gesunden Menschenverstand*.¹⁰ Beispiele solcher sprachlicher Anmaßungsstrategien finden sich in (1)–(3):

³ ALBERTAZZI/McDONNELL, 2008; MUDDE, 2004; PRIESTER, 2012; SELK, 2020. Siehe auch die Beiträge von Veith Selk und Benjamin Krämer in diesem Band.

⁴ GAULAND, Alexander: Warum muss es Populismus sein?, in: FAZ online, 6. Dezember 2018, URL: <https://edition.faz.net/faz-edition/politik/2018-10-06/3bf95260dcc7e95bb1086fc28bec3589/> (2. Dezember 2019).

⁵ SELK, 2020.

⁶ So bezeichnet sich die AfD in ihrem Grundsatzprogramm selbst als die „Partei des gesunden Menschenverstandes“. AfD: Programm für Deutschland, 2016, S. 18, URL: https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (18. Dezember 2019).

⁷ TAJFEL, 1981, 1982.

⁸ FELDER, 2017.

⁹ EBD., S. 46.

¹⁰ EBD., S. 45.

- (1) au nom du peuple („im Namen des Volkes“; 2016 Wahlkampf-Slogan des Front National¹¹)
- (2) We've formed our people's army to fight the establishment ... (Interview mit Nigel Farage, Vorsitzender der UK Independence Party (Ukip) 2014¹²)
- (3) Wir lassen uns nicht länger belügen! Wir sind das Volk! (Transparent bei AfD-Demonstration 2015 in Rostock¹³)

In (1) nimmt der Front National in Anspruch im Namen des Volkes zu sprechen (unter Bezug auf eine Phrase, mit der in Frankreich üblicherweise Gerichtsurteile verkündet werden¹⁴). Nigel Farage sagt in (2) dem Establishment den Kampf an, in dem er verkündet, dass seine Partei eine „Volks-Armee“ gegründet hat. Damit maßt er sich an, das ganze Volk hinter sich zu mobilisieren. (Der martialische Ton dieser und anderer populistischer Aussagen wird weiter unten noch näher beleuchtet.) In (3) schließlich wird explizit die eigene Gruppierung als *das Volk* bezeichnet – mit Hilfe eines Slogans, der ursprünglich bei den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989 in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) skandiert wurde.¹⁵

Das Beispiel in (3) zeigt, dass hypertropher Sprachgebrauch nicht nur in der Sprache der Populisten zu finden ist: schon 1989 war *Wir sind das Volk!* eine Aussage, die zwar viele, aber mit Sicherheit nicht alle DDR Bürgerinnen und Bürger teilten. Das soll keinesfalls heißen, dass der Gebrauch von *Wir sind das Volk!* 1989 und in (3) politisch, historisch oder auch ethisch gleich zu bewerten sind. Im Jahr 1989 war dies der Ruf einer friedlichen Revolution nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“¹⁶ – ob diese Werte von den Demonstrierenden der Alternative für Deutschland (AfD) 2015 geteilt wurden, bleibt zumindest fraglich. Dennoch, wenn man sich auf die reine Analyse der sprachlichen Mittel beschränkt, gilt festzuhalten, dass hypertropher Sprachgebrauch nicht nur bei Populisten zu finden ist: „auch Politiker der politischen Mitte (die weder als

¹¹ EBD., S. 44.

¹² FARAGE, Nigel: UKIP heading a 'people's army', auf: CNBC, 26. Mai 2014, URL: <https://cnb.cx/2M6DVic> (18. Dezember 2019).

¹³ JANSEN, Frank: Verfassungsschutz soll Pegida und AfD ins Visier nehmen, in: Der Tagesspiegel, 7. Januar 2016, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/12795692.html> (18. Dezember 2019); FELDER, 2017, S. 44.

¹⁴ FELDER, 2017, S. 45.

¹⁵ [Anon.]: „Wir sind das Volk“, in: Die Bundesregierung, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/wir-sind-das-volk-469010> (18. Dezember 2019).

¹⁶ EBD.

populistisch noch elitär gelten) wie zum Beispiel die Bundeskanzlerin Angela Merkel [bezeichnen] ihre Politik [des Öfteren] als ‚alternativlos‘.¹⁷ Ebenso hypertroph einzuschätzen war zum Beispiel Merkels Aussage *Wir schaffen das!*¹⁸ im Hinblick auf die Flüchtlingskrise 2015 (oder Barack Obamas Wahlkampf-Slogan 2008 *Yes, we can!*¹⁹). Zu beachten ist darüber hinaus, dass Parteien in demokratischen Systemen natürlich nie die Interessen aller, sondern zuerst einmal nur die einer Teilgruppe der Bevölkerung vertreten. Werden Politikerinnen und Politiker allerdings in den Deutschen Bundestag gewählt, so sind sie laut Grundgesetz „Vertreter des ganzen Volkes“ (GG 38 Art. 1). Somit könnte man argumentieren, dass gewählte Volksvertreter mit gutem Recht für das ganze Volk sprechen dürfen.

Aber auch wenn hypertropher Sprachgebrauch somit kein Alleinstellungsmerkmal populistischer Sprache ist, zeigen einige neuere sprachwissenschaftliche Studien, dass Populisten derartige Vokabeln deutlich häufiger verwenden als andere politische Akteure: in den Pressemitteilungen des AfD Landesverbandes Rheinland-Pfalz 2016 lässt sich der Begriff *gesunder Menschenverstand* dreimal so häufig finden wie in den Pressemitteilungen der CDU (die den Begriff am zweithäufigsten verwendet).²⁰ Darüber hinaus ergab eine Untersuchung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017, dass zum Beispiel die Vokabeln *Volk*, *Bevölkerung*, oder *Volkssouveränität* signifikant häufiger im Programm der AfD auftauchen als in denen der anderen Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)/Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), Freie Demokratische Partei (FDP), DIE LINKE, und der Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).²¹ In einer Studie zum britischen Politikdiskurs, konnte Stefanowitsch darüber hinaus zeigen, dass Theresa May als Britische Regierungschefin in ihren Reden deutlich mehr populistische Merkmale verwendete als andere Premierminister und führende Oppositionspolitiker vor ihr²²: so tauchen bei May hypertrophe Wendungen wie *our people*, *the British people* oder *the will of the people* signifi-

¹⁷ FELDER, 2017, S. 48.

¹⁸ KAISER, Alfons: Angela die Baumeisterin „Yo, wir schaffen das!“, in: FAZ online, 12. Oktober 2015, URL: <https://www.faz.net/-gum-88wtv> (18. Dezember 2019).

¹⁹ OBAMA, Barack: New Hampshire Primary Speech, in: nytimes.com, 8. Januar 2008, URL: <https://nyti.ms/2k5LISz> (18. Dezember 2019).

²⁰ SCHARLOTH, 2017.

²¹ KRANERT, 2019.

²² STEFANOWITSCH, 2019.

kant häufiger auf.²³ Da aber zugleich bei May andere populistische sprachliche Merkmale (wie etwa die Elitenkritik; siehe unten) fehlen, sieht sie Stefanowitsch nur als „widerwillige Populistin“:

„One is left with the impression that May remained agnostic with respect to the Brexit process and that she became a reluctant populist in order to argue for something that she herself never believed in and that she did not see as having any substantial merits.“²⁴

Aktuelle sprachwissenschaftliche Studien, wie etwa die eben genannten von Kranert, Scharloth oder Stefanowitsch, verwenden Methoden der modernen Korpuslinguistik²⁵, um die Sprache von Populisten zu analysieren. Dabei werden geschriebene und/oder gesprochene Texte (zum Beispiel Reden, Parteiprogramme, Twitternachrichten, et cetera) von Individuen oder Parteien als ein elektronischer Korpus gespeichert und quantitativ bezüglich diverser linguistischer Merkmale mit einem Referenzkorpus (von ähnlichen Texten) verglichen. Diese Methode stellt somit einen Zugang zu sprachlichen Daten dar, der es erlaubt, empirisch und objektiv zu prüfen, ob sich die Sprache der Populisten tatsächlich signifikant vom Sprachgebrauch anderer Politikerinnen und Politiker unterscheidet.

Eine relativ häufig verwendete korpuslinguistische Analyse ist dabei die sogenannte Schlüsselwortanalyse (englisch *keyword analysis*).²⁶ Mit Hilfe dieser statistischen Methode lassen sich diejenigen Wörter identifizieren, die eine untersuchte Gruppe signifikant häufiger verwendet als eine vergleichbare Referenzgruppe. Auf diese Weise kann man zum Beispiel relativ einfach das AfD-Wahlprogramm der Bundestagswahl 2017 mit den Programmen der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, FDP, DIE LINKE, und der SPD vergleichen. Nachdem die Programme als pdf-Dateien heruntergeladen und in einfache Textdateien (.txt) verwandelt wurden, kann man mit einem Open Access-Softwareprogramm wie etwa Antconc²⁷ statistisch prüfen, welche Wörter im AfD-Wahlprogramm signifikant häufiger auftauchen als in denen der anderen Programme. Eine derartige Analyse ergibt, dass die folgenden zehn Wörter am stärksten mit dem AfD-Programm (im Gegensatz zu den anderen Partei-

²³ EBD., S. 247–253.

²⁴ EBD., 2019, S. 247–262.

²⁵ BIBER/REPPEN, 2015; BUBENHOFER, 2017, 2018.

²⁶ SCOTT, 1997; STEFANOWITSCH, 2019, S. 240–241.

²⁷ ANTHONY, 2014.

programmen) assoziiert sind (*Keyness* ist dabei ein statistischer Signifikanzwert; alle Wörter in Tabelle 1 sind hochsignifikant $p < 0,0001^{28}$):

Rang	Frequenz	Keyness (log-likelihood)	Keyword
1	113	558,778	afd
2	19	77,926	zuwanderung
3	29	75,781	fordert
4	680	71,380	der
5	46	63,326	deutschen
6	14	60,876	gender
7	11	57,060	bevoelkerungsentwicklung
8	127	48,456	durch
9	9	46,686	volk
10	10	45,326	willkommenskultur

Tab. 1: Top 10 Keywords des Bundestagswahlprogramms 2017 der AfD (verglichen mit den Programmen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, FDP, DIE LINKE, SPD)

Korpuslinguistisch werden Texte normalerweise „bereinigt“, so werden in vielen Studien zum Beispiel Funktionswörter ignoriert (da diese wenig eigene Semantik besitzen und damit als kaum aussagekräftig für Texte gelten) oder Wörter ausgeschlossen, von denen auszugehen ist, dass sie nahezu ausschließlich in einem Korpus vorkommen (wie zum Beispiel Parteinamen). Für die einfache Analyse in Tabelle 1 wurde nur die Groß- und Kleinschreibung ignoriert (deshalb sind alle Begriffe kleingeschrieben), damit die unterschiedliche Schreibung von Adjektiven oder Verben (groß am Satzanfang und klein im Satzinneren) keine Rolle spielt. Dabei zeigt sich natürlich, dass der eigene Parteiname (AfD) im AfD-Programm deutlich häufiger vorkommt als in den anderen

²⁸ Der Log-Likelihood-Wert erreicht eine Signifikanz von $p < 0,05$ ab Werten von $>3,81$. Alle Werte in Tabelle 1 sind deutlich höher als 15,13, was einem Signifikanzwert von $p < 0,0001$ entspricht; vergleiche RAYSON, Paul: Log-likelihood and effect size calculator, 2016, URL: <http://ucrel.lancs.ac.uk/llwizard.html> (18. Dezember 2019).

Programmen. Darüber hinaus sind mit *Volk* und *Bevölkerungsentwicklung* zwei hypertrophe Begriffe unter den zehn Wörtern, die die AfD signifikant häufiger verwendet als die anderen Parteien in ihren Programmen:

- (4) Das Volk muss wieder zum Souverän werden (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 10)
- (5) Derzeit wird der Bundespräsident in der Bundesversammlung vorgeschlagen und gewählt. Die Auswahl des Kandidaten findet hinter verschlossenen Türen durch Absprachen der Parteien statt. Diese Kungelei beschädigt die Würde des Amtes und schmälert die Akzeptanz des Staatsoberhauptes durch das Volk. *Wir wollen den Bundespräsidenten deshalb direkt durch das Volk wählen lassen.* (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 12)

Der Wille „des Volkes“ wird in (4) implizit, und in (5) explizit als im Konflikt stehend mit den anderen Parteien dargestellt: die anderen Parteien, die bisherige Elite, betreiben *Kungelei* und wählen ihre Bundespräsidentenkandidaten *hinter verschlossenen Türen durch Absprachen*. Davon grenzt sich die AfD ab, und stellt sich auf die Seite „des Volkes“, das sie verspricht, *wieder* (es wird also impliziert, dass dies aktuell nicht mehr der Fall ist) *zum Souverän* zu machen. (Inwieweit die AfD Absprachen in Hinterzimmern tatsächlich ablehnt, bleibt nach der umstrittenen Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen im Februar 2020 allerdings doch mehr als fraglich.²⁹)

2.2 „Eliten“-Kritik³⁰

Das Beispiel in (5) zeigt dabei auch, wie die eigene Identitätszuschreibung (als Vertreter des „wahren Volkswillens“) mit einem Anti-Elitismus kombiniert wird. Als Gegner des Volkes werden die Eliten identifiziert, die den Volkswillen absichtlich „ignorieren“. Diese Eliten werden als eine homogene Gruppe konstruiert, die entweder aufgrund ihres Reichtums, ihrer Bildung und/oder ihrer Ethnizität nicht mehr zum „einfachen Volk“ gehören und stattdessen ihre

²⁹ MEISNER, Matthias: „Die AfD in Thüringen schickt Schockwellen durch Deutschland“, in: Der Tagesspiegel, 5. Februar 2020, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/wahl-von-ministerpraesident-kemmerich-die-afd-in-thueringen-schickt-schockwellen-durch-deutschland/25510902.html> (28. Februar 2020).

³⁰ MUDDE/KALTWASSER, 2013, S. 502–503; KRANERT, 2019; STEFANOWITSCH, 2019, S. 237.

eigenen Interessen verfolgen und das eigene Volk verraten³¹ (zum Beispiel *Die alten Parteien haben ihr eigenes Volk verraten!*, Twitter-Nachricht von Uwe Junge (AfD), 8. November 2019³²). Als Teil der Elite werden dabei die etablierten Parteien (vergleiche *Altparteien*³³) und auch die öffentlich-rechtlichen Medien gesehen (vergleiche *Lügenpresse*³⁴). Statt sich um das eigene Volk zu kümmern, werden diese Eliten beschuldigt, eine Politik der *Zuwanderung* (vergleiche Tabelle 1) von Fremden voranzutreiben, die keinerlei Bezug zur Kultur des Volkes haben, weshalb angeblich eine *kulturelle Überfremdung*³⁵ droht.

(6) Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden [...]. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung. Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen, insbesondere eine „aktivierende Familienpolitik“, aber auch die Reduzierung der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland. (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 38)

Wie in (6) vorgeschlagen, soll die Zuwanderung von Fremden nach Deutschland gestoppt werden, und stattdessen eine *Willkommenskultur* für Kinder des eigenen Volkes eingeführt werden (vergleiche den Slogan *Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung*, der mehrmals als Überschrift im Parteiprogramm der AfD vorkommt; *Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 48 ff.). Darüber hinaus wird von den Fremden, die dennoch nach Deutschland kommen, die Anpassung an die Kultur des deutschen Volkes als *Bringschuld* gefordert:

(7) Jeder Migrant oder Einwanderer, dem wir ein dauerhaftes Bleiberecht zustehen, hat eine Bringschuld, sich seiner neuen Heimat und der deutschen

³¹ ALBERTAZZI/MCDONNELL, 2008, S. 3; MUDDE, 2004; STEFANOWITSCH 2019, S. 236–237.

³² JUNGE, Uwe: Tweet, in: twitter.com, 9. November 2019, URL: https://twitter.com/Uwe_Junge_MdL/status/1193072121355870208 (18. Dezember 2019).

³³ [Anon.]: Jörg Meuthen in Hamburg. AfD-Forderungen werden von Altparteien aufgenommen, in: afdkompakt.de, 2016, URL: <https://afdkompakt.de/2016/12/09/joerg-meuthen> (18. Dezember 2019).

³⁴ SCHOLZ, Kay-Alexander: AfD: Von „Lügenpresse“ bis „Newsroom“, in: [dw.com](https://www.dw.com), 2018, URL: <https://www.dw.com/de/a-43696773> (18. Dezember 2019).

³⁵ WILHELM, Günther: Dirk Driesang (AfD): Warnung vor „kultureller Überfremdung“, in: [nordbayern.de](https://www.nordbayern.de), 31. August 2017, URL: <https://www.nordbayern.de/1.6564293> (18. Dezember 2019).

Leitkultur anzupassen, nicht umgekehrt. (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 42)

Es wäre aber zu kurz gegriffen, den Anti-Elitismus auf Xenophobie zu reduzieren. Die Elite wird nicht nur kritisiert, weil sie eine Ideologie des „Multikulturalismus“ (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 63) vorantreibt. Es wird auch kritisiert, dass die Elite *Elfenbein*³⁶-Politik betreibt, die vollkommen an den Wünschen und Idealen „des Volkes“ vorbeigeht. Als Beispiel wird dafür immer wieder das Konzept „Gender“ (vergleiche Tabelle 1) herangezogen, welches im Gegensatz zum biologischen Geschlecht die sozial konstruierte Geschlechteridentität bezeichnet. Dieses Konzept wird mit Vehemenz abgelehnt:

- (8) Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 42)
- (9) Bund und Länder dürfen keine Mittel für die „Gender-Forschung“ mehr bereitstellen und keine „Gender-Professuren“ mehr besetzen. (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 42)

2.3 Sprachliche Distanzierungsstrategie³⁷

In (9) findet sich auch eine klassische sprachliche Distanzierungsstrategie: Anführungszeichen können zum einen dafür genutzt werden, um die direkte Rede anderer wiederzugeben oder um neue Begriffe einzuführen, die nicht allen Leserinnen und Lesern bekannt sind, und deshalb noch definiert werden müssen. Sie werden aber auch genutzt, um sich von bereits eingeführten und bekannten Begriffen zu distanzieren (andere mögen einen Begriff als selbstverständlich sehen; durch die Anführungszeichen distanziert man sich metasprachlich von dem Begriff und den Inhalten, für die er steht). In (9) finden sich mit „Gender-Forschung“ und „Gender-Professuren“ gleich zwei Beispiele für diese Verwendung. Eine weitere metasprachliche Distanzmarkierung ist das Wort *sogenannte(r/n)*, mit dem sich ein Sprecher oder eine Sprecherin ebenfalls

³⁶ Vgl. PESCHEL, Frank: SPD-Minister Dulig regiert selbstherrlich im Elfenbeinturm, in: afd-fraktion-sachsen.de, 2019, URL: <https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/spd-minister-dulig-regiert-selbstherrlich-im-elfenbeinturm.html> (18. Dezember 2019) oder AFD KREISVERBAND ANSBACH-WEISSENBURG: Politik aus dem Elfenbeinturm, in: [facebook.com](https://www.facebook.com/487540035373906), 12. August 2019, URL: <https://www.facebook.com/487540035373906> (18. Dezember 2019).

³⁷ EBLING u. a., 2013; SCHARLOTH, 2017.

von einem Konzept distanziert. Für die Pressemitteilungen der Landesverbände der Parteien in Rheinland-Pfalz 2016 konnte SCHARLOTH zeigen, dass derartige metasprachliche Distanzmarkierungen vor allem von der NPD und der AfD verwendet wurden (mit deutlichem Vorsprung vor allen anderen Parteien).³⁸

Im 2017 Bundestagswahlprogramm der AfD lassen sich sechs Beispiele für metasprachliche Markierungen finden, in denen *sogennante(r/n)* einem Begriff vorangeht, der zusätzlich noch mit Anführungszeichen versehen ist:

- (10) Die Alternative für Deutschland tritt für die Gleichheit vor dem Gesetz ein. Deshalb lehnen wir sogenannte „Quotenregelungen“ ab. (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 15)
- (11) Die sogenannte „neue Lernkultur“, die den klassengeführten Unterricht durch selbstgesteuertes, kompetenzorientiertes Lernen ersetzt, hat zu massivem Leistungsabbau bei den Schülern geführt. (*Programm für Deutschland*, AfD-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 57)

Im Programm der Partei DIE LINKE taucht das Wort *sogennante(r/n)* mit 22 Belegen am Häufigsten in allen untersuchten Wahlprogrammen auf, aber in nur einem Fall handelt es sich dabei um eine metasprachliche Markierung, bei der das folgende Nomen auch in Anführungszeichen gesetzt wurde:

- (12) Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter „Zielrenten“ aus der Haftung zu entlassen. (*Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle*, Die Linke-Programm für die Bundestagswahl 2017, S. 23)

Die inhaltliche Distanz zu Ideen und Konzepten „der Eliten“ führt also dazu, dass derartige metasprachliche Distanzstrategien tatsächlich häufiger in populistischen Texten zu erwarten sind.

2.4 Skandalisierende und polarisierende Vokabeln

Das Beispiel (2) von Nigel Farage (*We've formed our people's army to fight the establishment*) weist noch ein weiteres sprachliches Merkmal auf, das den Populismus als einen skandalisierenden und polarisierenden Politikstil charakterisiert: die „Inszenierung von Konflikten, negativem Framing und Emotionalisierung“³⁹. Farage verwendet eine aggressive Rhetorik, die den politischen Konflikt mit Hilfe von militärischen Vokabeln (*form an army, to fight*) dramatisiert und emotionalisiert. Ähnlich martialisch war Alexander Gaulands

³⁸ SCHARLOTH, 2017.

³⁹ Ebd.

Aussage nach der Bundestagswahl 2017, als er verkündete „Wir werden Frau Merkel jagen“⁴⁰. Dies wurde auf linksradikaler Seite mit der Aussage „Wir, die außerparlamentarische Linke, werden die AfD jagen“⁴¹ beantwortet.

Aus kognitionslinguistischer Sicht sind derartige Äußerungen durchaus kritisch zu sehen: jede sprachliche Kodierung lässt Rückschlüsse auf die kognitive Interpretation der Sprecherin beziehungsweise des Sprechers zu.⁴² Die Einstellung einer Sprecherin oder eines Sprechers zeigt sich dabei nicht nur darin, ob die große Zahl von Menschen die 2015 nach Europa strömten als *Asylbewerber*, *Flüchtlinge* oder *Migrantenpack* bezeichnet werden. Jedes Wort in unserem Gehirn ist mit enzyklopädischen Wissensstrukturen verbunden, die in der Fachliteratur als „Frames“ bezeichnet werden.⁴³ Die Wörter *kaufen*, *verkaufen* und *kosten* sind beispielsweise mit dem Frame „Handel_kaufen (FN: Commerce_buy)“ verbunden:

„Dieser Frame betrifft Wörter, die ein grundlegendes Handelsgeschäft beschreiben, an dem ein Käufer und ein Verkäufer beteiligt sind, die Geld und Waren austauschen. Der Handel wird aus der Sicht des Käufers betrachtet. Die Wörter variieren individuell bei den Mustern der Realisierung von Frame-Elementen, die sie zulassen. Zum Beispiel ist das typische Muster für das Verb KAUFEN: Käufer kauft Waren vom Verkäufer gegen Geld.“⁴⁴

Jedes Wort fokussiert nun einzelne Elemente eines Frames: *kaufen* stellt den Käufer und die Waren in den Vordergrund, die dann notwendigerweise realisiert werden müssen (*Er_KÄUFER kaufte ein rotes Auto_WARE.*). Im Gegensatz dazu betont *kosten* die Ware und das Geld (*Das Auto_WARE kostete 20.000€_GELD.*). Aber auch wenn Wörter nur einzelne Elemente explizit hervorheben, gilt zu beachten, dass bei ihrer Verwendung immer der ganze Frame mitaktiviert und mitgedacht wird. (Deshalb kann zum Beispiel jemand, der den Satz *Er kaufte ein rotes Auto* gehört hat, direkt nachfragen von wem, also von welchem Verkäufer, das

⁴⁰ SYDOW, Christoph: Gauland über AfD-Erfolg. „Wir werden Frau Merkel jagen“, in: Spiegel online, 24. September 2017, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1169598.html> (18. Dezember 2019).

⁴¹ EDER, Sebastian: Radikale Linke nach der Wahl. „Wir werden die AfD jagen“, in: FAZ online, 27. September 2017, URL: <https://www.faz.net/-hpp-928ed> (18. Dezember 2019).

⁴² LAKOFF, 2016; LAKOFF/WEHLING, 2018.

⁴³ FILLMORE, 2006; FILLMORE/BAKER, 2010.

⁴⁴ „Frame: Handel_kaufen“ (noch nicht veröffentlicht). URL: <https://gsw.phil.hhu.de/framenet/frame?id=171> (18. Dezember 2019).

Auto denn erworben wurde.) Spricht man nun davon, dass „man jemand jagen wird“, dann aktiviert das natürlich einen Jagd-Frame – aber wie sieht dieser genau aus? Das Englische FrameNet gibt dazu folgende Definition (im Deutschen FrameNet ist der Begriff bisher noch nicht angelegt): „The act of seeking out animal food by way of tracking and chasing with a hoped final result of a successful kill.“⁴⁵ Auch wenn man es also nicht explizit erwähnt, schwingt beim Wort *jagen* aufgrund des aktivierten Frames immer die Absicht mit, das gejagte Tier zum Schluss zu töten. Damit wird klar, warum eine solche Äußerung als höchst problematisch zu sehen ist, und warum damit die politische Diskussion vergiftet wird.⁴⁶

Skandalisierende Ausdrücke, verbale Tabubrüche und stark emotionalisierende, negative Begriffe gelten als Anzeichen populistischer Sprache.⁴⁷ Wie Scharloth zeigen konnte, lassen sich, verglichen mit den Meldungen anderer Parteien, derartige negative sprachliche Merkmale deutlich häufiger in den Pressemitteilungen des AfD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz finden: sowohl Kommunikationsverben, die auf Konflikte verweisen (zum Beispiel *kritisieren* oder *diffamieren*), skandalisierte Vokabeln (zum Beispiel *Bloßstellung*, *Unrecht* oder *Skandal*) als auch negativ wertende Adjektive treten deutlich häufiger in den AfD-Pressemeldungen auf als im Vergleichskorpus der anderen Parteien.⁴⁸

Die populistische Tendenz zu Wörtern, die vor allem negative Emotionen hervorrufen, wurde auch in anderen Studien bestätigt: bei einem Vergleich der Wahlkampfreden des US-Präsidentenwahlkampfes 2016 zeigte sich, dass Donald Trump deutlich mehr negativ besetzte Wörter verwendete als seine Konkurrentin Hillary Clinton.⁴⁹ Methodologisch wurden die Wahlkampfreden dabei mit Hilfe einer automatischen Sentimentanalyse untersucht, die Wörter nach den mit Ihnen assoziierten Emotionen klassifiziert.⁵⁰ Dabei zeigte sich,

⁴⁵ „Frame: Hunting“ auf URL: <https://framenet2.icsi.berkeley.edu/fnReports/data/lu/lu14766.xml?mode=lexentry> (18. Dezember 2019).

⁴⁶ WILLNER, Anja: Er will Merkel „jagen“: Gauland-Aussage lässt Schlimmes für Bundestag befürchten, in: focus online, 24. September 2017, URL: <https://www.focus.de/7632697> (18. Dezember 2019); SYDOW, Christoph: Gauland über AfD-Erfolg. „Wir werden Frau Merkel jagen“, in: Spiegel online, 24. September 2017, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/a-1169598.html> (18. Dezember 2019).

⁴⁷ EBLING u. a., 2013.

⁴⁸ SCHARLOTH, 2017.

⁴⁹ HOFFMANN, 2018

⁵⁰ MOHAMMAD/TURNEY 2010, 2013.

dass Trump signifikant häufiger Wörter verwendete die mit Angst, Ekel, Trauer und Wut assoziiert sind.

2.5 Mobilisierung und Inszenierung durch Schlachtrufe

Zuletzt zeichnen sich populistische Bewegungen natürlich auch dadurch aus, dass sie erfolgreich größere Menschenmengen mobilisieren und auf ihre Seite ziehen. Dabei spielen auch knappe Slogans und Schlachtrufe eine zentrale Rolle. Ähnlich wie Fußballgesänge helfen, Fangruppenidentitäten bei Fußballspielen herzustellen und zu festigen,⁵¹ tragen auch kurze Slogans wie *Wir sind das Volk!* in (3) oder (13) dazu bei Menschenmengen bei populistischen Aktionen zusammenzuschweißen:

(13) Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!⁵² (Demonstration in Chemnitz)

Beim gemeinsamen Skandieren der Slogans offenbart das Individuum nicht nur eine Selbstaussage⁵³ (Wer bin ich? Was gebe ich über mich Preis?). Darüber hinaus wird gemeinsam eine Gruppenidentität (*wir, das Volk, et cetera*) ausgedrückt und zugleich durch das Skandieren nicht nur hergestellt, sondern auch immer wieder aktualisiert. Wie dies funktioniert, lässt sich anhand des Beispiels in (14) illustrieren:

(14) The new platform of the Democrat Party is radical socialism and open borders [CROWD JEERING] and I won't allow the United States of America to become the next Venezuela that's what they want to do [CHANTING: *Build that wall!*] (Donald J. Trump, Wahlkampfveranstaltung in Las Vegas 2018, 26:30–27:20)⁵⁴

Die Ankündigung eine Grenzmauer zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Mexiko zu errichten, war eines der zentralen Wahlversprechen von Donald Trump bei seinem Wahlkampf 2016.⁵⁵ Wie das Beispiel

⁵¹ HOFFMANN, 2015.

⁵² MRMARXISMO: #Chemnitz – „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ – AfD, Lutz Bachmann & Co., auf: YouTube, 2018, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=PoW5HFhvXpA> (18. Dezember 2019).

⁵³ SCHULZ VON THUN, 1981.

⁵⁴ TRUMP, Donald J.: President Trump Rally in Las Vegas, auf: c-span.org, 20. September 2018, URL: <https://www.c-span.org/video/?451687-1> (18. Dezember 2019).

⁵⁵ „Build the Wall“ auf Wikipedia, URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Trump_wall#Build_the_Wall (18. Dezember 2019).

in (14) zeigt, musste Trump bei seinen späteren Auftritten diesen Slogan nicht einmal mehr selbst erwähnen. Alleine die Behauptung, dass die Demokraten offene Grenzen wollen, bewegt die anwesenden Anhänger seinen Schlachtruf *Build that wall!* zu initiieren, und so ihre gemeinsame Gruppenidentität auszudrücken.

Beispiele wie (14), in denen populistische Schlachtrufe spontan von Zuhörerinnen und Zuhörern initiiert werden, können als Beleg gelten, dass Populisten (zumindest bei ihrem Zielpublikum) auch tatsächlich populär sind. Wiederum ist es aber so, dass das Skandieren derartiger Schlachtrufe kein exklusives Merkmal populistischer Redner und Rednerinnen ist. Im Jahr 2008 wurde der Slogan *Yes, we can!* zum Schlachtruf der Anhänger des Präsidentschaftskandidaten Barack Obama. Zum ersten Mal verwendete Obama diesen bei einer Wahlkampf-rede in Nashua, New Hampshire, 2008:⁵⁶

(15) for when we have faced down impossible odds when we've been told we're not ready or that we shouldn't try or that we can't generations of Americans have responded with a simple creed that sums up the spirit of a people yes we can yes we can yes we can [CHANTING: *Yes, we can!*] (Barack Obama, Wahlkampf-rede in Nashua, New Hampshire 2008)⁵⁷

Wie im verlinkten Video zu (15) zu hören,⁵⁸ stimmt die Menge kurz nach dem dritten *Yes, we can* ein, und skandiert den Slogan. Auch zu späteren Zeitpunkten, wenn Obama den Slogan aufgreift (etwa bei Minute 11:35: *Yes we can to justice and equality*⁵⁹), beginnt das Publikum wieder den Slogan als Schlachtruf zu skandieren.

Wenn größere Ansammlungen von Menschen also Schlachtrufe skandieren und so ihre Gruppenidentität und Zustimmung signalisieren, kann daraus nur geschlossen werden, dass eine Rednerin beziehungsweise ein Redner populär scheint und er/sie erfolgreich seine/ihre Anhängerschaft mobilisieren kann. Dies ist allerdings ein rein formaler Blick auf die Ausdruckseite dieser sprachlichen Handlungen. Aus sprachwissenschaftlicher Sicht gilt es aber natürlich

⁵⁶ „Yes We Can“ auf Wikipedia, URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Yes_We_Can (18. Dezember 2019).

⁵⁷ OBAMA, Barack: Yes We Can, auf: YouTube, 2008, URL: <https://youtu.be/F751kMBwms?t=608>, Minuten 10:08–10:40 (18. Dezember 2019).

⁵⁸ EBD., URL: <https://youtu.be/F751kMBwms?t=628>, Minuten 10:28–10:40 (18. Dezember 2019).

⁵⁹ EBD., URL: <https://youtu.be/F751kMBwms?t=694>, Minuten 11:35–11:47 (18. Dezember 2019).

auch die Inhaltsseite der Schlachtrufe zu berücksichtigen. Und hier zeigt sich erneut, dass Populisten zu negativen (*Lock her up!*⁶⁰) und ausgrenzenden (*Build that wall!* oder *Deutschland den Deutschen!*) Rufen tendieren – während Obamas Slogan eine positivere Ausrichtung hat (*Yes, we can!*).

3. Zusammenfassung und Ausblick

Wie der vorliegende Beitrag zu zeigen versuchte, gibt es nicht „die Sprache der Populisten“. Zahlreiche sprachliche Merkmale, die mit populistischen Rednerinnen und Rednern assoziiert werden, lassen sich auch bei Politikerinnen und Politikern finden, die normalerweise nicht zu den Populisten gezählt werden. Es lassen sich also keine Merkmale finden, die eine kategorische Einordnung in populistische und nicht-populistische Sprache erlauben. Zugleich zeigt sich, dass die oben diskutierten Merkmale (hypertropher Sprachgebrauch, „Eliten“-Kritik, sprachliche Distanzierungsstrategien, skandalisierende und polarisierende Vokabeln, sowie die Mobilisierung und Inszenierung durch Schlachtrufe) quantitativ häufiger bei populistischen Politikerinnen und Politikern aufzutreten scheinen. Außerdem scheinen populistische Aussagen in der Tendenz deutlich negativer und ausgrenzender zu sein, als dies bei anderen Oppositionsparteien der Fall ist.

Zuletzt noch ein kleiner, persönlicher Ausblick: immer wenn „die Sprache der Populisten“ das Thema eines Vortrags ist, kommt vom Publikum danach die Frage, wie man denn jetzt mit den Populisten und ihren Anhängerinnen und Anhängern reden soll. Soll man emotional dagegenhalten und auch auf eine negative Rhetorik zurückgreifen? Auch wenn man stets wehrhaft die Demokratie verteidigen sollte, ist davon meines Erachtens vor allem beim Gespräch mit Anhängerinnen und Anhängern von Populisten abzuraten. Damit verhärten sich nur die Fronten, was Politikerinnen und Politikern zur Schließung der eigenen Reihen dienen mag – ein echter, aufrichtiger Austausch von Meinungen wird dadurch nur verhindert. (Als Beispiel sei hier Hillary Clinton angeführt, die Anhängerinnen und Anhänger Donald Trumps als ein „basket of deplorables“

⁶⁰ CNN: Audience to Trump: Lock her up, auf: YouTube, 2017, URL: <https://youtu.be/-etUhjXgMba?t=36>, Minuten 0:36–0:46 (18. Dezember 2019); ein Schlachtruf, mit dem Trump gefordert hatte, dass seine Konkurrentin Hillary Clinton wegen der Nutzung privater Server beim Versenden offizieller Emails verhaftet werden sollte; vergleiche. [Anon.]: Hillary Clinton email controversy, in: Wikipedia, 11. Dezember 2019 (last edited), URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Hillary_Clinton_email_controversy (18. Dezember 2019).

(„ein Korb von Bedauerlichen“) bezeichnete – eine Aussage, die einzig und allein zu einem Verhärten der Fronten führte⁶¹).

Soll man stattdessen kühl und logisch argumentieren und die Aussagen der Populisten so entzaubern? Dieser Ansatz wiederum überschätzt, meiner Einschätzung nach, die Rationalität des Menschen – denn wie Kahneman in seinem Bestseller *Thinking, Fast and Slow* betont:

„To a psychologist, it is self-evident that people are neither fully rational nor completely selfish, and that their tastes are anything but stable.“⁶²

Die Gebiete unseres Gehirns, die instinktiv und emotional reagieren, funktionieren schnell und automatisch.⁶³ Unser bewusstes und logisches Denken dagegen werden nur langsam aktiviert und brauchen mehr Zeit.⁶⁴ Was bedeutet das für das Gespräch mit Anhängerinnen und Anhängern von Populisten? Nun, wie wir oben gesehen haben, ist die Sprache der Populisten oft stark emotionalisiert und negativ. Ihr Erfolg scheint also darauf zu beruhen, bestehende Ängste und Sorgen von Menschen anzusprechen, die sich dann verstanden fühlen und den Populisten folgen. Sobald man aber emotionalisiert ist – und das schließt Sie und mich ein – ist man nicht mehr (so) empfänglich für logische und sachliche Argumente.

Welchen Weg soll man dann wählen? Den einzigen, der zu einem echten und langfristig erfolgreichen Gespräch führt: man muss seinem Gegenüber mit Wertschätzung und Respekt begegnen, man muss zuhören und den jeweils Anderen erst einmal seine Sorgen und Nöte verbalisieren lassen. Das klingt Ihnen zu esoterisch? Nun, es mag Sie überraschen, aber das ist auch die Methode, die das Federal Bureau of Investigation (FBI) bei Geiselnahmen und Verhandlungen mit Terroristen einsetzt.⁶⁵ Das FBI hegt dabei natürlich keinerlei Sympathie für Geiselnahmer oder Terroristen, aber aufgrund jahrelanger Erfahrung hat sich gezeigt, dass „taktische Empathie“ der Schlüssel ist um Krisensituationen zu entschärfen.⁶⁶ Bevor Ihnen irgendjemand zuhört – egal ob Sie diese Person mögen oder nicht, müssen Sie ihm oder ihr signalisieren, dass Sie zuhören kön-

⁶¹ „Basket of deplorables“ auf Wikipedia, URL: https://en.wikipedia.org/wiki/Basket_of_deplorables (18. Dezember 2019).

⁶² KAHNEMAN, 2011, S. 269.

⁶³ EBD.

⁶⁴ EBD.

⁶⁵ VOSS/RAZ, 2016.

⁶⁶ EBD., S. 49–73.

nen und Ihr Gegenüber wertschätzen. Nur so haben Sie eine Chance jemand zu überzeugen – egal ob Sie mit Terroristen oder Ihren Kindern verhandeln, ob Sie mit Fremden oder Freunden diskutieren, ob Sie sich mit jemand streiten, der Ihre Parteifreundin/Ihr Parteifreund oder eine Anhängerin/ein Anhänger von Vereinigungen sind, die Sie nicht gutheißen. Einfach ist dieser Weg vermutlich nicht immer – aber es ist letztlich der einzig Erfolgversprechende.

4. Literaturverzeichnis

4.1 Quellen

Alternative für Deutschland (AfD), Berlin, URL: <https://afd.de>.

Alternative für Deutschland (AfD), Berlin, URL: <https://afdkompakt.de>.

Alternative für Deutschland, Fraktion im Sächsischen Landtag, Dresden, URL: <https://afd-fraktion-sachsen.de/>.

Consumer News and Business Channel (CNBC), Washington, District of Columbia, URL: <https://cnbc.com>.

Cable-Satellite Public Affairs Network (C-SPAN), Washington, District of Columbia, URL: <https://www.c-span.org/>.

Deutschland, Die Bundesregierung der Bundesrepublik, Berlin, URL: <https://bundesregierung.de>.

Facebook, URL: <https://facebook.com>.

Focus Online, München, URL: <https://www.focus.de/>.

FrameNet, Berkeley, URL: <https://framenet2.icsi.berkeley.edu>.

FrameNet und Konstruktion des Deutschen, Heinrich-Heine-Universität-Düsseldorf, URL: <https://gsw.phil.hhu.de/>.

Frankfurter Allgemeine Zeitung online, Frankfurt am Main, URL: <https://faz.net>.

The New York Times, New York, URL: <https://nytimes.com>.

Nürnberger Nachrichten und Nürnberger Zeitung, Nürnberg, URL: <https://www.nordbayern.de/>.

Spiegel Online, Hamburg, URL: <https://www.spiegel.de/>.

Der Tagesspiegel, Berlin, URL: <https://tagesspiegel.de>.

Twitter, URL: <https://twitter.com>.

Wikipedia, die freie Enzyklopädie, URL: <https://wikipedia.org>.

YouTube, URL: <https://youtube.com>.

ZEIT ONLINE, Hamburg, URL: <https://zeit.de>.

4.2 Literatur

ALBERTAZZI, Daniele/MCDONNELL, Duncan: Introduction. The Sceptre and the Spectre, in: ALBERTAZZI, Daniele/MCDONNELL, Duncan (Hg.): *Twenty-First Century Populism*, London 2008, S. 1–14.

ANTHONY, Laurence: *AntConc (Version 3.4.3)* [Computer Software], Tokyo 2014, URL: <https://www.laurenceanthony.net/software> (18. Dezember 2019).

BIBER, Douglas/REPPEN, Randi (Hg.): *The Cambridge handbook of English corpus linguistics*, Cambridge 2015.

BUBENHOFER, Noah: Kollokationen, n-Gramme, Mehrworteinheiten, in: ROTH, Kersten Sven/WENGELER, Martin/ZIEM, Alexander (Hg.): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft (Handbücher Sprachwissen 19)*, Berlin/Boston 2017, S. 69–93.

BUBENHOFER, Noah: Diskurslinguistik und Korpora, in: WARNKE, Ingo (Hg.): *Handbuch Diskurs, Sprachwissen*, Berlin/New York 2018, S. 208–241.

EBLING, Sarah/SCHARLOTH, Joachim/DUSSA, Tobias u. a.: Gibt es eine Sprache des politischen Extremismus?, in: LIEDTKE, Frank (Hg.): *Die da oben. Texte, Medien, Partizipation*, Bremen 2013, S. 43–68.

FELDER, Ekkehard: Anmaßung in der politischen Sprache – nicht nur ein Merkmal sogenannter Populisten, in: *Sprachreport, Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache* 33 (2017) 2, S. 44–49.

FILLMORE, Charles J.: Frames Semantics, in: BROWN, Keith (Hg.): *The Encyclopedia of Language and Linguistics*, Vol. 4, Amsterdam 2006, S. 613–620.

FILLMORE, Charles J./BAKER, Collin F.: A Frames Approach to Semantic Analysis, in: HEINE, Bernd/NARROG, Heiko (Hg.): *The Oxford Handbook of Linguistic Analysis*, Oxford 2010, S. 313–339.

HOFFMANN, Thomas: Cognitive Sociolinguistic Aspects of Football Chants. The Role of Social and Physical Context in Usage-based Construction Grammar, in: *Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik* 63 (2015) 3, S. 273–294.

HOFFMANN, Thomas: Too many Americans are trapped in fear, violence and poverty. A psychology-informed sentiment analysis of campaign speeches

- from the 2016 US Presidential Election, in: *Linguistics Vanguard. A Multimodal Journal for the Language Sciences* 4 (2018) 1, S. 1–9.
- JÖRKE, Dirk/SELK, Veith: *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg 2017.
- KAHNEMAN, Daniel: *Thinking, Fast and Slow*, London et al. 2011.
- KRANERT, Michael: Populist Elements in the Election Manifestoes of AfD and UKIP, in: *Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik* 67 (2019) 3, S. 265–282.
- LAKOFF, George: *Understanding Trump*, 2016, URL: <https://georgelakoff.com/2016/07/23/understanding-trump-2/> (18. Dezember 2019).
- LAKOFF, George/WEHLING, Elisabeth: *Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht*, Heidelberg 2018.
- MOHAMMAD, Saif M./TURNERY, Peter D.: Emotions evoked by common words and phrases. Using Mechanical Turk to create an emotion lexicon, in: *Proceedings of the NAACL-HLT 2010 workshop on computational approaches to analysis and generation of emotion in text*, Los Angeles (CA) 2010, S. 26–34, URL: <http://aclweb.org/anthology/W10-02> (18. Dezember 2019).
- MOHAMMAD, Saif M./TURNERY, Peter D.: Crowd sourcing a word-emotion association lexicon, in: *Computational Intelligence* 29 (2013) 3, S. 436–465.
- MUDDE, Cas: The Populist Zeitgeist, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 39 (2004) 4, S. 541–563.
- MUDDE, Cas/KALTWASSER, Cristóbal Rovira: Populism, in: FREEDEN, Michael/SARGENT, Lyman Tower/STEARNS, Marc (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Ideologies*, Oxford 2013, S. 493–512.
- MÜLLER, Jan-Werner: *Was ist Populismus?* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 1752), Berlin 2016.
- PRIESTER, Karin: Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012) 5-6, S. 3–9.
- SCHARLOTH, Joachim: Ist die AfD eine populistische Partei? Eine Analyse am Beispiel des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, in: *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur* 13 (2017) 1, S. 1–15.
- SCHULZ VON THUN, Friedemann: *Miteinander Reden 1: Störungen und Klärungen. Allgemeine Psychologie der Kommunikation*, Hamburg 1981.
- SCOTT, Mike: PC Analysis of Key Words – And key key words, in: *System* 25 (1997) 2, S. 233–245.

- SELK, Veith: Warum Populismus?, in: FLECK, Marina/HIRSCHMÜLLER, Tobias/HOFFMANN, Thomas (Hg.): Populismus. Kontroversen und Perspektiven. Ein wissenschaftliches Gesprächsangebot, München 2020, S. 21-38.
- STEFANOWITSCH, Anatol: Delivering a Brexit Deal to the British People. Theresa May as a Reluctant Populist, in: Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik 67 (2019) 3, S. 231–263.
- TAJFEL, Henri: Human Groups and Social Categories. Studies in Social Psychology, Cambridge 1981.
- TAJFEL, Henri: Social psychology of intergroup relations, in: Annual Review of Psychology 33 (1982), S. 1–39.
- VOSS, Chris/RAZ, Tahl: Never split the difference. Negotiating as if your life depended on it, London 2016.

Benjamin Krämer

Populismus und Medien: Schichten einer Beziehung

Was haben Medien mit Populismus zu tun? Zu viel und auf zu vielen verschiedenen Ebenen, um es in einem Beitrag abzuhandeln oder auch nur anzudeuten.¹ Viele werden zunächst an den Beitrag der Medien zum Aufkommen von Populismus denken, dem Aufstieg entsprechender Parteien und der Zunahme entsprechender Haltungen in der Bevölkerung (wobei sogleich zu fragen wäre, ob sie denn wirklich häufiger oder nur sichtbarer, handlungsrelevanter, vielleicht auch radikaler geworden sind). Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ist vielleicht nur dann wirklich erstaunlich, wenn man – wie Teile des Journalismus und der Politik – die langjährige Forschung über menschenfeindliche Einstellungen ignoriert hat.²

Der vorliegende Beitrag kann also nur einige wesentliche Aspekte herausgreifen, soll aber trotzdem über die Wirkungsfrage hinausgehen. Zunächst noch einige Anmerkungen zu seiner Einordnung: ein großer Teil der Forschung zu (Rechts-)Populismus und Medien ist relativ typisch quantitativ im Stile der Forschung zur politischen Kommunikation und umfasst standardisierte Inhaltsanalysen und Befragungen, welche die Häufigkeit populistischer Aussagen in den Medien und entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung erhebt. Das ist sehr wichtig, denn so kann im Zeitverlauf und Ländervergleich ermesst werden, wo populistische Kommunikation vorkommt, wer sie in die Medien hineinträgt, welche Faktoren ihr Aufkommen begünstigen und wie populistische Einzelbotschaften durch die Individuen im Publikum verarbeitet werden. Ich werde allerdings keinen systematischen Überblick dieser Forschungsrichtung liefern. Der vorliegende, stellenweise eher essayistische Beitrag widmet sich eher den Deutungen und größeren Thesen, der Begriffsbildung, will die Logik

¹ Selbst wenn man, wie hier, einen relativ engen Medienbegriff zugrunde legt, der sich auf die etablierten Massenmedien, einschließlich ihrer Äquivalente online, und vor allem den Journalismus bezieht, und sich dabei auf den deutschsprachigen und europäischen Rechtspopulismus konzentriert.

² Siehe etwa die seit 2002 veröffentlichten Studien zu „Deutschen Zuständen“, zuletzt HEITMEYER, 2012, oder die ebenfalls seit 2002 durchgeführten „Mitte-Studien“, zuletzt DECKER/BRÄHLER, 2018, und ZICK/KÜPPER/BERGHAN, 2019, und natürlich noch viel ältere Literatur zum Thema.

des Medien und des Rechtspopulismus in ihrem Zusammenspiel verstehen, ihre Praktiken und welche ideologisch gefärbten Welten sie in ihrer Kommunikation erschaffen. Er kann sich deshalb nicht immer auf solides Erhebungshandwerk und statistische Auswertungen stützen, sondern muss sich manchmal eher auf informierte Einschätzungen des Autors beschränken.

1. Antipopulismus und Populismus

Die Frage nach der Definition von Populismus zu diskutieren, scheint unvermeidlich angesichts der Unschärfe des Begriffs, obwohl diese Diskussion Papierberge beziehungsweise gigantischen Speicherplatz füllt und Lesezeit raubt, in der man statt einer neuen Theorie zum Gegenstand doch nur neue Definitionsvarianten und Begriffszergliederungen erfährt.

Dieser Beitrag steigt in die Begriffsdiskussion der Abwechslung halber einmal mit umgekehrten Vorzeichen ein, von der Seite des Antipopulismus.³ Dieser wird auch in den Medien gepflegt, in Kommentaren und zitierten Äußerungen anderer Akteur*innen. In den deutschsprachigen Medien kommt es praktisch nicht vor, dass „Populismus“ positiv verwendet wird oder jemand für sich in Anspruch nimmt, populistisch zu sein – im Gegensatz zur politischen Theorie, wo das vorkommt, insbesondere in der so genannten Essexer Schule. Diese Richtung der Theoriebildung über Populismus, so interessant sie ist, soll hier aber zunächst nicht ausgeführt werden, auch da die Berührungspunkte mit den etablierten Medien im deutschsprachigen Raum gering sind. Auch soll nicht auf diejenigen linken Bewegungen eingegangen werden, welche sich darauf berufen oder ein ähnliches Verständnis pflegen. Vielmehr geht es zunächst um die negative Verwendung in der Öffentlichkeit.

Bei dem Ausruf wie „Das ist doch billiger Populismus!“ denkt man nicht zwingend an eine bestimmte Partei oder Parteienfamilie, nimmt das aber sofort als Kritik wahr. „Populismus“ steht hier für so etwas wie: „Vorschläge, die wohl populär, aber kontraproduktiv/gefährlich sind“, meist mit dem Argument, es handele sich um „einfache Lösungen“. Populistisch sind hierbei immer die anderen, es bleibt unklar, wann eine Lösung zu „einfach“ ist und wann sie zu komplex wird, wann man sich populäre Zustimmung zu einem Vorschlag wünscht und wann man die Masse als simpel gestrickt und verführbar verachtet. Auf die-

³ Das Nachfolgende sind meine Beobachtungen, wie sich der Diskurs typischerweise in den deutschsprachigen Medien gestaltet. Im Gegensatz zu Studien über andere Länder kann ich dabei allerdings nicht auf systematische Daten zurückgreifen. Siehe aber zum Beispiel GOYVAERTS/DE CLEEN, 2019, mit ähnlichen Befunden.

se nicht sehr fruchtbare Situation hat die öffentliche Diskussion teilweise bereits reagiert und in einem *begrifflichen Antipopulismus* den Terminus „Populismus“ als leeren Kampfbegriff identifiziert, der nicht mehr verwendet werden sollte.

Die Alternative wäre ein substanzieller, präziserer Populismusbegriff und es wäre überraschend für einen wissenschaftlichen Beitrag, würde er nicht für die wissenschaftlichen Anstrengungen in dieser Richtung werben – selbst wenn Wissenschaft nicht nur in der „richtigen“ Definition von Begriffen besteht, und ohnehin sind Definitionen nur Verwendungsvorschläge und Selbstfestlegungen.

Doch selbst da, wo Forschung und öffentliche Diskussion sich oberflächlich betrachtet einig scheinen, dass jemand populistisch sei, etwa gewisse rechte Parteien in Europa, da fehlt es doch an einem klaren Begriffsverständnis in der öffentlichen Diskussion. Es gibt zwar zunehmend Beiträge, die ein präziseres Verständnis zugrunde legen, aber oftmals bedeutet „populistisch“ allerdings nun „weit rechts und demagogisch“ oder verweist auf eine europäische Parteienfamilie, deren Gemeinsamkeiten (und Unterschiede) nicht klar herausgearbeitet werden. Ihre Ideologien werden selten expliziert, die menschenfeindlichen Implikationen oft mit dem Begriff „Hetze“ umschrieben, was durchaus eine gewisse Ahnung von verbaler Gewalt vermittelt, aber unkonkret bleibt. Vertreter*innen solcher Parteien können dies mit Verweis auf die eigene „Bürgerlichkeit“ und ihre zur Schau gestellte Nüchternheit leicht als Diffamierung zurückweisen und als Beweis verwenden, wie ungerecht man behandelt werde. Ein oft vages Verständnis von *Populismus als hässliche Rechte* tritt jedenfalls neben oder an die Stelle von *Populismus als missliebige beliebte Vereinfachungen*.

Es scheint jedoch auch, dass die Bezeichnung „rechtspopulistisch“ medial durchaus als Euphemismus für „rechtsextrem“ funktioniert. Das ist wiederum auch in der öffentlichen Diskussion bemerkt worden. Allerdings wäre hier eine Differenzierung angebracht. Es kann sich zunächst in zweierlei Hinsicht wirklich um eine Verharmlosung handeln. Erstens wenn entsprechende Akteure, Bewegungen und Parteien (beziehungsweise Strömungen und Flügel von Parteien) gar nicht im engeren Sinne populistisch ausgerichtet sind, sondern in extremerer Weise demokratiefeindlich. Unangemessen wäre die Bezeichnung „Populismus“ nach einem üblichen wissenschaftlichen Verständnis, wenn es um eine faschistische oder neonazistische Rechte geht. Das nicht klar zu benennen, wäre eine euphemistische Verschleierung und würde – bei aller Gefährlichkeit des Rechtspopulismus – wichtige Unterschiede einebnen. Und man würde den Rechtspopulismus nicht verstehen, wenn man nicht beachtet, in welcher (problematischen) Weise er sich grundsätzlich zunächst einmal positiv auf

Demokratie und liberale Prinzipien beruft, was in anderen rechten Strömungen nicht der Fall ist.⁴

Und zweitens wäre „populistisch“ eine Verharmlosung, wenn zwar Aspekte des Populismus vorliegen, aber Aspekte ausgeblendet werden, die im Einzelfall viel wichtiger wären, wenn zum Beispiel der Nativismus eigentlich viel prägender für die Politik einer Partei oder Person ist⁵ oder der greifbare Rassismus zugunsten der doch recht abstrakten Diagnose „Populismus“ ausgeblendet wird. Weder die Medien noch die Wissenschaft sollten den Rechtspopulismus also allzu abstrakt und losgelöst von den Folgen für konkrete diskriminierte Gruppen betrachten, ihn nur aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft oder aus einer elitären Position heraus beschreiben.

Es muss sich aber nicht in jedem Fall um eine Verharmlosung handeln, wenn diese anderen Elemente der jeweiligen Ideologie oder des Diskurses nicht beiseite gewischt werden und man anerkennt, dass mit der rein formalen, „dünnen Ideologie“ des Populismus⁶ sehr extreme Formen der Menschenfeindlichkeit kombiniert werden können. Diese werden dann gerade durch die *Berufung auf den Volkswillen* legitimiert. Diese Art der Legitimation stellt nämlich ein erstes Element einer möglichen Definition von Populismus dar, der ich hier folgen werde.

Auch das populistische Element an sich ist ja keinesfalls unproblematisch und ungefährlich. In gewissem Sinne könne man natürlich optimistisch sagen, dass die Demokratie, hierzulande und vielerorts, vorläufig gegen die offen angelegte Sehnsucht nach einer Diktatur gewonnen habe, wenn die Rechte populistisch geworden ist und sich damit auf Demokratie berufen muss⁷ – zumindest

⁴ Siehe WEISS, 2017, und SEDGWICK, 2019, für Überblicke über neurechtes Denken mit seinen antiliberalen Zügen. Es gibt zwar durchaus Kontakte und ideologische Affinitäten zwischen neurechten und rechtspopulistischen Strömungen, aber auch Konflikte – innerparteiliche und innerhalb der Neuen Rechten hinsichtlich der Nähe und Ferne zu Parteien wie der AfD.

⁵ Zur Unterscheidung und zum Verhältnis von Populismus und Nativismus beziehungsweise Nationalismus zum Beispiel BETZ, 2017; DE CLEEN/STAVRAKAKIS, 2017.

⁶ Mit dem Begriff der dünnen Ideologie gemäß FREEDEN, 1998, ist gemeint, dass Populismus an sich keine ausgebaute Ideologie darstellt, die jedes politische Konzept für sich definiert und aus sich heraus Stellungnahmen zu beliebigen politischen Fragen erlaubt, sondern erst in Kombination mit anderen Ideen. Zu Populismus als dünner Ideologie siehe zum Beispiel ELCHARDUS/SPRUYT, 2016; MUDDE, 2004; STANLEY, 2008. Siehe auch die Beiträge von Veith Selk und Thomas Hoffmann in diesem Band.

⁷ FINCHELSTEIN, 2014.

in ihren überwiegenden öffentlichen Diskursen. Man sollte natürlich niemals sicher sein, dass dieser Sieg von Dauer ist.

Betrachtet man jedoch das Demokratieverständnis im Rechtspopulismus, so läuft es auf eine *illiberale Demokratie*⁸ hinaus. Das wäre ein zweites definierendes Element von Populismus und speziell des Rechtspopulismus, das hier festgehalten werden soll. Politische Legitimität erwächst gemäß dieser Vorstellung von Demokratie daraus, dass politische Führungspersonlichkeiten oder Parteien einen Volkswillen repräsentieren, der als *prinzipiell einheitlich* vorgestellt wird. Um diese Vorstellung aufrecht zu erhalten, muss man freilich Teile der Bevölkerung ausschließen, die keinen Anspruch auf Repräsentation haben sollen, und der Volkswillen kommt erst dann rein zum Ausdruck, wenn nicht Teile des Volkes von der falschen politischen Seite indoktriniert wurden beziehungsweise sich wieder auf ihre eigentliche Zugehörigkeit und ihr wahres Interesse besonnen haben.⁹ Durch den historischen Zufall konnte sich der deutsche Rechtspopulismus den früher etablierten Ausspruch „Wir sind das Volk“ aneignen, der ja auf den ersten Blick paradox erscheint, denn die Wahlergebnisse geben diesen Anspruch nicht her, selbst wenn man großzügig weitere Bevölkerungsteile hinzurechnet. Aber in dem Ausruf drückt sich eben jene Vorstellung aus, dass vor allem einem selbst Repräsentation gebührt beziehungsweise man den wahren Volkswillen repräsentiert. Aus dieser Sicht haben diejenigen, welche diesen Volkswillen am besten erfassen und verkörpern können, dann auch das Recht, diesen *möglichst ungehindert umzusetzen*. Diese Vorstellung von Demokratie hat also einen antipluralistischen, autoritären und – sofern Institutionen als Hindernisse für die Repräsentation und Implementierung des Volkswillens gesehen werden – antiinstitutionellen Charakter. Populismus reduziert Demokratie auf den Volkswillen und seine Umsetzung und vernachlässigt die Voraussetzungen dafür: die Normen, die zur freien Willensbildung und zur fairen Aushandlung politischer Entscheidungen gehören und die verhindern sollen, dass bei ihrer Implementierung über Minderheiten ganz hinweggegangen wird.

Dieses Demokratieverständnis nimmt teilweise auch Züge einer Suche nach Erlösung an. Einer *erlösenden Demokratie*¹⁰ kommt es weniger auf die fortwährende Aushandlung von Programmatiken, Normen und politischen Vorhaben an als auf einen Befreiungsschlag, bei dem die alten Eliten entmachtet, neue

⁸ Siehe zum Beispiel ABTS/RUMMENS, 2007; PAPPAS, 2016; URBINATI, 2013.

⁹ MÜLLER, 2014.

¹⁰ CANOVAN, 1999.

Führungspersönlichkeiten mit ausreichender Macht ausgestattet werden, handeln und wesentliche Probleme endgültig lösen.

Rechtspopulistische Politiker*innen reiten nicht nur aus taktischen Gründen beständig auf den gleichen Themen herum, mit denen sie am stärksten verbunden werden, und führen alles immer wieder auf ähnliche Weise auf Zuwanderung, anmaßende Minderheiten und Bevormundung durch Eliten zurück. Sondern dies entspricht auch ihrem ideologischen und programmatischen Anspruch, die wirklich wichtigen Probleme in Angriff zu nehmen, als einzige den wirklichen Volkswillen zu vertreten und eine wirkliche Lösung derselben herbeizuführen, an der alle anderen nicht interessiert seien. Letztendlich läuft sogar alles auf das gleiche Problem hinaus: sind alle Probleme mit Blick auf dieses Äquivalent ein Verrat am Volkswillen und die Benachteiligung der „normalen“, angestammten Bevölkerung.¹¹

Die Stellung der Medien in der rechtspopulistischen Weltsicht ist ambivalent, wie die Praxis in verschiedenen Ländern zeigt. Sie reicht von der Polemik, zum Beispiel gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, über die Etablierung von Alternativmedien bis zur privatwirtschaftlichen und staatlichen Kontrolle über Medienorganisationen. Die Medien wären idealerweise Träger der Beziehung zwischen dem Volk und denjenigen, die es wirklich repräsentieren, Sprachrohr zugleich des Volkswillens und der Führungspersönlichkeiten, wären Volkserzieher zur „eigenen“ Kultur und zum Nationalstolz. Einstweilen müssen sie aber zumindest strategisch genutzt werden, wenn sie schon nicht derart kontrolliert und auf ihre Rolle verpflichtet werden können, denn ganz ohne die etablierten Medien funktioniert rechtspopulistische Kommunikation in der Regel noch nicht. Auf die Strategien der Instrumentalisierung soll noch eingegangen werden. Wenn sich die Medien dem wiederum nicht fügen, sehen sie sich scharfer Kritik ausgesetzt und die Institutionen und die Medienschaffenden werden delegitimiert und diskreditiert.

Diese illiberale Vorstellung der Demokratie, die einen Volkswillen unbedingt durchsetzen will, legitimiert dann auch das Streben nach Kontrolle über Medien, die Justiz, den Kulturbetrieb und das Bildungssystem (oder andernfalls die Ausschaltung beziehungsweise Abschaffung entsprechender Institutionen,

¹¹ Die Konstruktion „des Volkes“ und seines Willens durch die Herstellung von Äquivalenz zwischen verschiedenen Problemwahrnehmungen und Unzufriedenheiten ist der Kern der Populismustheorie bei LACLAU, 2005, und MOUFFE, 2018. Der Ansatz bleibt allerdings recht abstrakt. Wie solche Verkettungen im Rechtspopulismus selbst, aber auch unter Mitwirkung der Gegenseite in einer hybriden Medienumgang aus alten neuen Medien etabliert werden, hat HATAKKA, 2019, herausgearbeitet.

wenn man sie sich nicht unterwerfen kann). Diese Institutionen werden im Rechtspopulismus nicht als Organisationsformen anerkannt, die Pluralismus abbilden, vermitteln und den Diskurs zwischen verschiedenen Perspektiven ins Werk setzen (wenn auch immer mit ihren Schwächen), sondern sie stehen entweder auf der Seite des Volkes, der „eigenen“ Kultur, des gesunden Menschenverstands, oder sie sind Instrumente der Indoktrination und Unterdrückung des Volkes.

Dabei wird im Rechtspopulismus durchaus häufig auf liberale Prinzipien verwiesen¹², wie etwa Rechtsstaatlichkeit, die Gleichberechtigung der Geschlechter oder, mit Blick auf die Medien, Meinungsfreiheit, Ausgewogenheit, Objektivität et cetera. Feministisch anmutende Argumente werden in Stellung gebracht, um bestimmte Gruppen von Zugewanderten pauschal als frauenfeindlich und übergriffig zu brandmarken.¹³ „Der Rechtsstaat“ müsse wiederhergestellt werden, da der überwiegende Teil der Zuwanderung oder die „Grenzöffnung“ Merkels illegal seien, und mit Verweis auf journalistische Normen fordert man stärkere Berücksichtigung der eigenen Person oder Partei und neutralere, gar wohlwollende Berichterstattung.¹⁴ Letztlich werden diese Prinzipien jedoch für illiberale Zwecke, die Durchsetzung der eigenen illiberalen Gesellschaftsvorstellung, genutzt, und die entsprechenden Rechte anderen nicht im gleichen Maße zugestanden.¹⁵

In ihrem *liberalen Antipopulismus* verstehen und betätigen sich die etablierten Medien wiederum als Hüter der liberalen Demokratie. Dieser liberale Antipopulismus kennt zwei Varianten. Zunächst wird die rechtspopulistische Position anderen „ausgewogen“ gegenübergestellt. Hierdurch wird sie durchaus normalisiert, sie erscheint als legitime politische Position. Die Instrumentalisierung liberaler Prinzipien und journalistischer Normen, die beständige Medienkritik von rechtspopulistischer Seite, die Medien seien unfair, unausgewogen und nicht wahrhaftig, führt oft zu einer großen Vorsicht seitens der Medienschaf-

¹² MOFFITT, 2017.

¹³ FARRIS, 2017.

¹⁴ KRÄMER, 2018.

¹⁵ Natürlich gibt es in allen politischen Lagern die Neigung, Normen erst einmal für die eigenen Zwecke in Anspruch zu nehmen und die eigene Politik mit dem Gemeinwohl beziehungsweise einem (wohlverstandenen) Willen des Volkes zu identifizieren. Der Rechtspopulismus ist aber dahingehend anders, dass er dazu neigt, den anderen die entsprechenden Rechte und die Legitimität zur Vertretung eines Volkswillens grundsätzlich abzusprechen.

fenden – ja manchmal zu einer Überkompensation – um die Vorwürfe nicht zu bestätigen.

Immerhin unterwerfen sich Medien damit allerdings nicht dem Alleinvertretungsanspruch des Populismus, der allen anderen politischen Lagern die Fähigkeit abspricht den „wahren“ Volkswillen zu repräsentieren, sondern sie stellen die rechtspopulistische Position neben andere. Diese journalistische Praxis folgt einem liberalen Öffentlichkeitsmodell, dem es vor allem auf die Verfügbarkeit verschiedener Positionen auf einem „Meinungsmarkt“ ankommt. Dabei werden allerdings noch keine besonderen Anforderungen an den konkreten Ablauf von Diskursen gestellt oder gesteigerte Anstrengungen unternommen, marginalisierte Positionen und überhaupt Gruppen ohne besondere Machtposition einzubeziehen, wie es andere Öffentlichkeitsmodelle fordern würden.¹⁶ Die Definition der ausgewogen abzubildenden „Seiten“ folgt etablierten Vorstellungen politischer Lager und der Grenzen des legitimen Meinungsspektrums und bevorteilt jene, die bereits in Machtpositionen sind.

Etwas weiter geht eine zweite Variante des liberalen Antipopulismus, bei der sich Journalist*innen und Medieninstitutionen die Funktion zuschreiben, die liberale repräsentative Demokratie zu verteidigen. Hier werden Positionen ausgegrenzt oder anders, kritischer behandelt, gerade weil sie gegen das liberale Modell arbeiten, die Legitimität anderer Positionen nicht anerkennen.

Gelegentlich äußert sich die kritische Haltung der Medien gegenüber dem Populismus aber auch als *technokratischer Antipopulismus*: hier wird dann „alternativlose“ Politik mit Verweis auf überlegenen Sachverstand gegen (wahrgenommene) Irrationalität in Stellung gebracht. Dabei werden politische Kontroversen jedoch entpolitisiert und die Einwände von Betroffenen von oben herab entwertet. Hier kann dann eine Grenze überschritten werden, an der der Antipopulismus ins Antidemokratische kippt: es geht dann nicht mehr nur darum, auf dem Stand der Erkenntnis gegen wissenschaftsfeindliche Verschwörungstheorien oder einfach gegen den Glauben an unbegründete und veraltete Weisheiten zu beharren, sondern „unbequeme Entscheidungen“ werden trotz relevanter Kritik aus der Bevölkerung von einem elitären Standpunkt aus gelobt und ihre Umsetzung ohne echte Debatte betrieben. Dies scheint jedoch eher in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Fall zu sein, in der der Rechtspopulismus nicht der wichtigste Gegner ist – auch wenn sich dieser hierzulande wie in manchen Ländern zunehmend die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats als Thema zu eigen machen könnte, wie es in anderen Ländern der Fall ist (wobei es natür-

¹⁶ Für eine Gegenüberstellung liberaler mit deliberativen und partizipativen Öffentlichkeitsmodellen siehe zum Beispiel MARTINSEN, 2009.

lich nur um die Ansprüche der etablierten Bevölkerung geht). Und auch heute schon könnten die Elitenfeindlichkeit und der politische Zynismus in Teilen des rechtspopulistischen Milieus auf die Erfahrungen zurückgehen, wie Politik und Medien in der Vergangenheit Sozialreformen technokratisch begründet haben.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus kann der technokratische Antipopulismus jedoch auch bei anderen Themen, zum Beispiel der Zuwanderung, von normativen Argumenten und den teilweise gravierenden Diskriminierungserfahrungen bestimmter Gruppen wegleiten und eine Diskussion auf Nützlichkeits- und insbesondere ökonomische Argumente verlagern. Dies geschieht etwa, wenn Rassismus nicht als solcher kritisiert und seine Folgen für Betroffene benannt werden, sondern auf den ökonomischen Nutzen von Zuwanderung und der wirtschaftlichen Tätigkeit von Minderheiten verwiesen wird. Menschen werden so letztlich auf diesen Nutzen reduziert (oder auf ihren exotischen Erlebniswert als „Bereicherung“).

Insgesamt kann also der mediale Antipopulismus vom Bollwerk gegen Liberalismus bis zur elitären und klassistischen Abwertung der einfachen Bevölkerung und Betroffener reichen, vom Beharren auf liberalen Öffentlichkeitsmodellen bis zur Normalisierung des Rechtspopulismus als ein weiterer legitimer Standpunkt.

Wie Medien Ausgewogenheit herstellen und bei der Abwägung des öffentlichen Nutzens mitwirken, können sie ein Mittel gegen den Absolutheitsanspruch des Rechtspopulismus sein. Zugleich kann dadurch jedoch auch suggeriert werden, es gelte eine Mittelposition einzunehmen zwischen der Diskriminierung und Exklusion, welche der Rechtspopulismus betreibt, und der Gegenposition – als seien die Rechte von Minderheiten etwas, das aufgerechnet werden kann.

2. Die Popularität des Populismus

Verhelfen die Medien dem Populismus zur Popularität? Oder ist das nicht eine sinnlose Frage, da Populismus an sich bereits populär sein muss? Auch in der Forschung scheint bei manchen die Assoziation nahezuliegen, Medien seien etwas Populäres, der Populismus habe qua Etymologie etwas mit Popularität zu tun, damit scheint die Sache geklärt. Schon die Ausführungen über den medialen Antipopulismus haben gezeigt, dass die Lage komplizierter ist. Trotzdem muss dieser naheliegenden Assoziation zwischen dem Populären und dem Populismus kurz nachgegangen werden, selbst wenn sie meines Erachtens vom Weg einer sinnvollen Analyse eher wegführt.

Der Volksbegriff hat eine verwirrende Bedeutungsvielfalt (oder, umgekehrt betrachtet, Leere), aber der Witz des Populismus ist gerade, sich nicht darum zu

scheren, sondern aus seiner Ideologie heraus oder strategisch gewisse Gleichsetzungen vorzunehmen: der *demos* muss im Rechtspopulismus ein *ethnos* sein und ist zugleich *plebs* – das demokratisch Legitime ist das Interesse der ethnisch zusammengehörenden Bevölkerung, und sie zu repräsentieren, heißt zwingend, oder eigentlich schon automatisch, etwas für die einfachen Leute zu tun.

Das Populäre steht wiederum für das breit Zustimmungsfähige, der Geschmack vieler, das angestammte Volkstümliche, das wiederbelebte und modernisierte Volkstümliche, die massenattraktiven populärkulturellen Produkte, die alternativeren Subgenres dieser Populärkultur, et cetera. Dabei fällt auf, das Populismus nur mit einigen dieser Varianten des Populären in Verbindung steht.¹⁷ Er legitimiert sich natürlich über die Zustimmung des Volkes – was jedoch so gleich eingeschränkt wird. Es wird zwar behauptet, man vertrete eine Mehrheit, aber faktisch handelt es sich doch aber vielfach um eine kontrafaktische Unterstellung: man vertritt die „wahren“ Interessen des „wahren“ Volkes. Aber diese Deckung muss erst performativ hergestellt werden, durch Operationen, die erst das „wahre“ Volk definieren und andere hinausdefinieren, und durch Kommunikation, welche erst das „wahre“ Interesse bewusst macht und gegen die Indoktrination herrschender Eliten und Ideologien ankämpft.

Zudem lässt sich nicht ohne Weiteres behaupten, es sei das „einfache Volk“, welches den Rechtspopulismus trage (und welchem seine Politik zugutekomme). Analysen der Unterstützer*innenschaft rechtspopulistischer Parteien zeigen, dass diese keinesfalls auf die unterste, ja nicht einmal auf die Mittelschicht beschränkt ist, sondern ein beträchtlicher Teil aus durchaus ökonomisch privilegierten und formal höher gebildeten Klassen stammen.¹⁸ Das „Volkstümliche“ kann hier also nicht gleichbedeutend mit „einfacher“ sozialer Herkunft sein. Es kann sich höchstens um ein Konstrukt handeln, das eine gewisse Vorstellung von Rechtschaffenheit, Traditionalismus und Normalität gegen andere Lebensweisen und sie repräsentierende Eliten in Stellung bringt.

Im Rechtspopulismus herrscht durchaus ein *majoritäres Demokratieverständnis*: politisch muss dasjenige durchgesetzt werden, was die Mehrheit will

¹⁷ Zu den vorstehenden Varianten des Volksbegriffs und des Populären und ihrer Verbindung zum Populismus siehe den kurzen Überblick bei KRÄMER, 2016.

¹⁸ Zwar neigen ökonomisch benachteiligte Menschen durchaus auch in erheblichem Maße zur Wahl rechtspopulistischer Parteien, aber unabhängig von der Debatte, ob der Status dieser Personen wirklich die Ursache ihrer Parteipräferenz ist, ist unumstritten, dass solche Parteien über alle Einkommens- und Bildungsschichten hinweg Unterstützung finden. Siehe zum Beispiel zur AfD LENGFELD, 2017, und die auf diese Studie folgende Diskussion.

und ihr zugutekommt, sofern diese zugleich auch ihrem Wesen nach als Kern des Volkes gilt, während Forderungen von Minderheiten als grundsätzlich illegitim verworfen werden oder als nachrangig gelten, weil zunächst die angestammte Mehrheit das Recht hat, für sich zu sorgen.

Auch die Fähigkeit populär zu werden, eine überlegene Kommunikationsfähigkeit, wird Rechtspopulist*innen häufig zugeschrieben. Auf den ersten Blick scheint das zuzutreffen: rechtspopulistische Parteien haben oft mehr Follower auf sozialen Medien als andere Parteien, ihr Aufstieg ging in vielen Ländern oft sehr schnell vonstatten, gewisse Aussagen ihres Personals erzielten eine große Aufmerksamkeit der Medien, et cetera.

Freilich stellt sich die Frage, was man als Erfolg zählt. Die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien scheint, zumindest bei gleichbleibenden Randbedingungen, begrenzt – sie haben keineswegs die magische Fähigkeit, ihnen ideologisch fernstehende Menschen beliebig zu konvertieren. Die Decke ist aber keinesfalls überall erreicht; sie liegt je nach Staat und Region in sehr unterschiedlicher Höhe, und unter weitaus krisenhafteren Bedingungen könnten durchaus mehr Menschen ins entsprechende Lager abwandern, wenn auch nicht durch kurzfristige propagandistische Meisterleistungen.

Umgekehrt müsste man den gesamten Zeitraum betrachten, in dem rechtspopulistische Parteien ihre typische Kommunikation betrieben haben. Das schließt auch Phasen ein, in denen sie sich je nach Land lange nicht etablieren konnten, und Zeiten des Misserfolgs bei Wahlen, als Skandale oder Kritik nicht einfach weggeredet werden konnten.

Insbesondere die mediale Aufmerksamkeit oder die Aktivitäten auf sozialen Medien setzen sich nicht immer proportional in Wahlerfolge um. Ist die Klientel erst einmal durch die Präsenz und Emotionalisierung entsprechender Themen motiviert und fühlt sich durch eine aussichtsreiche, relativ neue Partei politisch handlungsfähig, so kommuniziert sie gewiss intensiver als die Anhängerschaft der etablierten Parteien. Die lange und oft eher diffus vorliegenden Unzufriedenheiten werden nun auf den Begriff gebracht, stellvertretend ausgesprochen und es scheint wieder eine Partei zu geben, die sie aufgreift. Die Problemdefinition, Themenpräsenz und die Aufladung der Themen besorgt aber nicht die rechtspopulistische Kommunikation alleine, sondern sie hängen auch von den anderen Parteien und den Medien ab, in manchen Ländern sogar von eng verbündeten Medienorganisationen.

Man kann schließlich auch argumentieren, dass rechtspopulistische Parteien es einfacher haben bei ihrer Kommunikation als andere und sich mehr trauen können. Sie beschränken sich oft auf wenige Themen beziehungsweise wiederkehrende Botschaften zu verschiedenen Themen und bedienen nicht

wie klassische Volksparteien ein breites Spektrum an Themeninteressen, eine breite, heterogene Klientel (auch wenn man durchaus Brüche und Gegensätze in der rechtspopulistischen identifizieren kann). Andere Parteien verstehen sich gerade auch als moderat, mittig und sprechen Menschen an, die dies schätzen und die durch kontroverse Stellungnahmen verschreckt werden könnten. Rechtspopulistische Parteien wiederum können eine andere Strategie verfolgen, die stärker auf Provokationen setzt (wobei sie ebenfalls darauf achten müssen Extremismusvorwürfen zu entgehen und durch zur Schau gestellte Harmlosigkeit und Bürgerlichkeit breitere Gruppen anzusprechen. Deshalb sind die Provokationen oft eher unkonkret, teilweise eher dem Stil nach anstößig oder so formuliert, dass extremere Deutungen abgestritten werden können¹⁹).

Das Verständnis des Populären als das Unterhaltsame, die Populärkultur oder der Stil der einfachen Leute steht in einem durchaus uneinheitlichen Verhältnis zum Populismus. Im Rechtspopulismus hört man häufiger die Klage, dass Größen der Populärkultur oder ein ganzes Milieu wie „Hollywood“ links seien. Verlangt wird dann übrigens nicht unbedingt, es sollten sich mehr Prominente im Sinne des Rechtspopulismus positionieren, sondern oft, sie sollten „bei ihrem Ding bleiben“. Die durchgehende Politisierung aller Lebensbereiche ist nicht unbedingt das Ziel des Rechtspopulismus, hat man den Eindruck. Manche rechtspopulistisch bis neurechts ausgerichteten Politiker*innen und Politstrategen hegen zwar das Ideal einer wieder stärker nationalen und erbauenden Hochkultur und wollen diese zu diesem Zwecke „entsiffen“, und rechte Eliten mögen die Rituale des Verbindungslebens und andere Formen des Traditionalismus pflegen. Insgesamt hat man jedoch den Eindruck, dass in weiten Teilen der Anhänger*innenschaft des Rechtspopulismus der ungestörte Konsum der Populärkultur im Vordergrund steht, bei dem man nicht von politisch korrekten und anderen politischen Belehrungen gestört werden möchte (Grönemeyer wäre gut ohne die nervigen Polit-Ansprachen) oder bestenfalls die Heimat und die gute alte Zeit beschworen werden (Andreas Gabalier markiert hier womöglich vorläufig die Grenze der Politisierung dieser Populärkultur, die massenattraktiv bleiben will). Es geht jedenfalls nicht um rechte Kampflieder und im Rechtspopulismus im Gegensatz zur extremeren Rechten auch nicht um traditionelle Volksmusik.²⁰

Überhaupt ist der Rechtspopulismus in weiten Teilen recht geschichtslos und pflegt ein sehr vages Verständnis von Tradition (wiederum mit Ausnahme eli-

¹⁹ WODAK, 2015.

²⁰ Zu diesem Wechselspiel von Rechtspopulismus und Populärkultur DE CLEEN, 2016.

tärer Kreise und subkultureller, eher neurechter Symboliken, die spezifischer auf die Geschichte verweisen: Kyffhäuser, Sparta, Karl Martell et cetera – die Belagerung Wiens hat im österreichischen Rechtspopulismus auch über kleinere Kreise hinaus einige Bedeutung erlangt²¹). Es wird vor allem darüber gesprochen, dass nicht zu viel über den Nationalsozialismus gesprochen werden solle, sondern über positive Aspekte der deutschen Geschichte. Oft scheint es jedoch, als habe diese erst 2015 begonnen und sei seitdem katastrophal verlaufen – die positiven Aspekte, denen man sich zuwenden solle, werden selten explizit benannt (mit wenigen Ausnahmen wie Alexander Gaulands Ausspruch zu den „Leistungen“ deutscher Soldaten in den Weltkriegen). „Tradition“ ist oft eher auch ein recht ungefüllter, unkonkreter Ausdruck zur Legitimation von Abgrenzung oder verweist eher auf Konvention denn auf Überlieferung: auf eine übliche Weise der Lebensführung ohne den emphatischen Charakter einer gepflegten Tradition.

Diese Haltung zum kulturellen Konsum passt in ein umfassenderes Muster: wenn wir davon sprechen können, dass analog zu früheren politischen Milieus ein rechtspopulistisches Milieu entstanden ist²², dann zeichnet sich dieses im Gegensatz zu anderen nicht durch eine weitgehend politisierte Alltags- und insbesondere Konsumpraxis aus. Zum grün-alternativen Milieu gehört zum Beispiel idealtypisch der möglichst ökologische (und in anderer Weise auf gesellschaftliche Alternativen ausgerichtete) Konsum oder Nichtkonsum und zu einem religiös-konservativen passt der sittliche Lebenswandel im Sinne der jeweiligen Moral. Im Bereich des Rechtspopulismus sind zwar Symbole politischer Identität aufgekommen, die insbesondere online angeeignet werden, konzentriert sich die Anhänger*innenschaft der Ideologie allerdings auf gewisse Klassenfraktionen in der sozialen Schichtung, teilweise auch gewisse Regionen oder Viertel, und korreliert die politische Haltung mit gewissen Lebensstilen.²³ Das spricht für die Existenz eines Milieus im Sinne einer verdichteten gesellschaftlichen Formation. Man findet online und in rechten Alternativmedien zwar empörte Beiträge und Boykottaufrufe, wenn durch ein Angebot angeblich die einheimische traditionelle Kultur verraten wird (etwa wenn Penny zur Weihnachtszeit „Zipfelmänner“ verkauft), jedoch finden sich kaum Diskurse

²¹ Siehe etwa zu einem entsprechenden Wahlkampfcomic der FPÖ BRANTNER/LOBINGER, 2014.

²² KRÄMER/VOLL/MEUSEL u. a., 2019.

²³ EBD.

darüber, wie kulturelle Praxis und Lebensführung politisch durchzuformen seien, etwa an der Tradition und an ethnischen Kategorien auszurichten wären.

Man kann das als Zeichen lesen, dass das Zeitalter der politischen Milieus zu Ende sei und diese hier nur noch einmal in einer schwachen Form wiederaufleben, ohne dass die Lebensweise wirklich stark weltanschaulich angeleitet würde. Jedoch identifizieren sich Teile der rechtspopulistischen Anhänger*innenschaft sehr stark mit der Weltanschauung und haben Symbole und Praktiken herausgebildet, die vor allem auf den sozialen Medien, aber auch zum Beispiel bei Demonstrationen oder im persönlichen Umfeld gezeigt werden und eine spezifische Identität signalisieren: wiederkehrende Begrifflichkeiten und sprachliche und visuelle Stile (zum Beispiel sarkastische Bezeichnungen für Zugewanderte, düstere Darstellungen Angela Merkels, offene Briefe, die an die Politik appellieren, Probleme der einfachen Leute zu lösen et cetera), die intensive Verwendung von Nationalflaggen und Varianten davon (zum Beispiel auch in Profilbildern auf sozialen Medien und Sharepics), das Teilen von Beiträgen von etablierten und Alternativmedien zu typischen Themen et cetera.

Vielleicht handelt es sich eben umgekehrt um ein Wiederaufleben der politischen Milieus infolge einer Polarisierung, und bei dem rechtspopulistischen um das zeittypischste politische Milieu, dem es gerade um das Festhalten an einer Lebensführung geht, die als unpolitisch galt, die aber angesichts der Kritik daran politisch wird. Populärkultur und andere Konsumweisen kommen eben zum Beispiel als sexistisch und rassistisch, als ungerecht und unökologisch unter Beschuss und Teile der Bevölkerung möchten in teilweise erbitterten Abwehrkämpfen daran festhalten. Und darüber hinaus verbinden eben Ideologie, Symbolik, bestimmte typische soziale Lagen und neue und alte Formen der Vernetzung einer Gruppe von Menschen zu einem Milieu.

Wenn wir uns nun den populistischen Führungspersönlichkeiten zuwenden – sind sie volkstümlich etwa unterhaltsam? Einige kultivieren durchaus entsprechende Züge wie Humor oder populäre Attribute und Beschäftigungen oder bewusst schlechtes Benehmen²⁴, andere treten aber sehr bürgerlich oder eher exzentrisch als ordinär auf. Populistischen Führungspersönlichkeiten kann also insgesamt kein einheitlicher Habitus attestiert werden. Unter den jeweils gegebenen Bedingungen vermitteln unterschiedliche Arten des Auftretens den Eindruck, den Volkswillen am besten zu erfassen, authentisch zu verkörpern und kraftvoll durchzusetzen beziehungsweise gegen die etablierten Mächte in Stellung zu bringen. Dies und nicht unbedingt die Repräsentativität der Füh-

²⁴ Zu diesem und anderen Aspekten des populistischen Stils siehe zum Beispiel MOFFITT, 2016, und EKSTRÖM/PATRONA/THORNBORROW, 2018.

rungspersönlichkeiten im Sinne einer typischen Herkunft, Erfahrung und Erscheinung, ist das Hauptversprechen des Populismus. Es kann hier keine Typologie entworfen beziehungsweise es können nicht die bisherigen Fallstudien und Vergleiche aufgearbeitet werden. Es soll also lediglich der Vorstellung widersprochen werden, volkstümliches Auftreten sei Voraussetzung und jede elitäre oder intellektuelle Anmutung werde als unpassend wahrgenommen und führe zu Misserfolg. Um das zu verdeutlichen, müssen einige Beispiele genügen: die Spanne rechtspopulistischer Führungspersönlichkeiten reicht von Silvio Berlusconi bis Frauke Petry oder von Pim Fortuyn bis Norbert Hofer und die Differenzen sind nicht nur ideologisch und programmatisch, sondern eben auch stilistisch.

Die Diagnosen über die kulturellen Affinitäten des Rechtspopulismus bedürfen aber noch der näheren Erforschung und sind auch nur vorläufig – es könnten sich durchaus noch neue und engere Verbindungen herausbilden, je weiter sich der Rechtspopulismus womöglich noch etabliert.

3. Medienpopulismus

Der Zusammenhang zwischen Populismus und Popularität ist also vielschichtig. In gewisser Hinsicht stimmt es aber durchaus, dass Medien des Populismus populär machen, weil sie selbst nach Popularität streben. Oder vielfach eher: weil sie sich darüber legitimieren, zu berichten und diskutieren, was von allgemeinem Interesse ist.

Das Tun der Rechtspopulist*innen hat oft einen relativ hohen Nachrichtenwert, weil es (bewusst) anstößig ist, damit Konflikt generiert, überrascht, und sogar potenziell Schaden anrichten oder Gewalt legitimieren kann, deshalb ist den Medien in der Literatur ein „*news value populism*“ zugeschrieben worden.²⁵

Der gezielte und offene Tabubruch wird oft als Hauptstrategie des Rechtspopulismus angesehen. Aber die Strategien sind teilweise auch ausgefeilter, indem die Provokation bewusst uneindeutig bleibt, so dass die radikalste Deutung sowohl herausgelesen als auch abgestritten werden kann.²⁶ Insofern verhelfen die Medien dem Rechtspopulismus durch seine an eine journalistische Logik angepasste Selbstinszenierung zumindest zu Aufmerksamkeit – ob in jedem Fall zu Popularität, und in welchem Maße, wäre wie oben angedeutet allerdings noch zu fragen.

²⁵ KRÄMER, 2014; BOS/BRANTS, 2014.

²⁶ ENGESSER/ERNST/ESSER u. a., 2017.

Allerdings sollte diese Art des Nachrichtenwerts nicht überbetont werden. Er unterliegt womöglich einer gewissen Abnutzung, ohne dass damit ein streng gesetzmäßiger Lebenszyklus der medialen und allgemeinen Aufmerksamkeit für den Rechtspopulismus unterstellt werden soll.²⁷ Vielleicht kann *ceterus paribus* doch mit einem abnehmenden journalistischen Neuigkeitswert und einer Ernüchterung von Teilen der Bevölkerung gerechnet werden, wenn die rechtspopulistische Rhetorik zwar weitergeht, aber die politische Wirksamkeit begrenzt bleibt. Andererseits können sich immer neue Gelegenheitsstrukturen in Form von politischen Ereignissen, neuen Debatten et cetera ergeben und der Rechtspopulismus kann aus sich heraus, auf der Grundlage fast jedes Themas, eine Krisenwahrnehmung generieren beziehungsweise eine allgemeine Repräsentationskrise und Krise der Benachteiligung der „normalen“ Bevölkerung beschwören, ohne dass es dazu einer spezifischen Sachlage bedürfte.²⁸

Der Anlass, dass zum Beispiel die Alternative für Deutschland (AfD) in den Medien präsent ist, ist ja heute keineswegs immer nur eine Provokation – wenn das früher jemals der alleinige Anlass war. Vielmehr wird die Partei oft als Teil des politischen Spektrums und parlamentarische Kraft berücksichtigt (in Parlamenten vertreten zu sein verschafft ohnehin Zugriff auf Ressourcen und auf neue Instrumente, öffentliche Wahrnehmung zu generieren, wie Reden, Anfragen, Anträge, Abstimmungsverhalten, das Verhalten im Plenum et cetera). Normalisierung wäre also statt beziehungsweise zusätzlich zu Skandalisierung ein Hauptmechanismus (Skandalisierung zu betonen, würde auch den im Rechtspopulismus häufigen Vorwurf bestätigen, man komme nur aus negativen Anlässen und als Gegenstand der Empörung vor).

Ohnehin lebt der Rechtspopulismus nicht nur von der unmittelbaren Aufmerksamkeit für sein Spitzenpersonal, sondern auch vom Mainstreaming seiner Deutungen und von der Präsenz seiner Themen, und zwar aufgrund der Assoziation von Themen mit Parteien in der Wahrnehmung der Wählenden und aus Sicht des Journalismus.

Zunächst bedingt die mediale Sichtbarkeit von Themen oft eine wahrgenommene Relevanz in der Bevölkerung (*agenda setting*). Präsenzte Themen fließen dann stärker in politische Wahlentscheidungen ein (*issue priming*) und Personen präferieren vor allem diejenige Partei, die sie positiv mit einem Thema as-

²⁷ Zu einem solchen Lebenszyklusmodell siehe zum Beispiel HERKMAN, 2017; MANUCCI/WEBER, 2017.

²⁸ MOFFITT, 2015.

soziieren, die das Thema besetzt hat oder „besitzt“ (*issue ownership*).²⁹ Hieraus ergibt sich auch, dass die Strategie leicht scheitern kann, bei der die Konkurrenz versucht, die Themen des Rechtspopulismus selbst zu besetzen und sich eventuell ihren Positionen anzunähern, um ihm die Wählerschaft abzugraben. In der kritischen medialen Diskussion wird dann oft gewarnt, dass Menschen bei einem Thema „das Original wählen“, also nicht die Partei, die es strategisch aufbringt, sondern diejenige mit den stärksten Forderungen zu diesem Thema, was eine nicht ganz deckungsgleiche Umschreibung der vorgenannten These des *issue ownership* darstellt.

Rechtspopulismus ist überdies letztendlich nicht unbedingt durch Regierungsbeteiligung erfolgreich, sondern durch Anpassung der anderen Parteien. Die wenigsten Verschärfungen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik gehen auf eine Regierungsbeteiligung oder gar Alleinregierung rechtspopulistischer Parteien zurück.³⁰ Selbst wenn es gelänge, durch Besetzen entsprechender Themen die eigentlich rechtspopulistischen Parteien zu schwächen, dann wäre der Preis in der Regel, ihre Politik – in wie auch immer abgeschwächter Form – zu betreiben oder zumindest ihre Definition politischer Probleme langfristig noch stärker als plausibel und legitim in der öffentlichen Diskussion zu verankern, selbst wenn sie kurzfristig noch nicht davon profitieren mögen.

Wenn nun ein mit dem Rechtspopulismus stark assoziiertes Thema sehr präsent ist, dann legt das auch wiederum nahe, dass seine Vertreter*innen medial sehr präsent sind. Denn wenn das Thema eines Beitrags oder einer Diskussion zum Beispiel „Zuwanderung“ lautet, dann kann „Ausgewogenheit“ so simpel interpretiert werden, dass sowohl Stimmen „gegen“ als auch „für“ Zuwanderung präsent sein müssen, was bedeuten kann: Rechtspopulist*innen und irgendwelche anderen. Die höchst unbestimmte journalistische Norm der Ausgewogenheit hängt eben an der kontingenten und wandelbaren Definition politischer und themenbezogener „Seiten“, was in Zeiten relativer Stabilität und als selbstverständlicher wahrgenommener Lager nur nicht weiter auffällt.

Den Zusammenhang von Medien und Populismus auf Nachrichtenwert oder gar Sensationalismus zu reduzieren, würde also der Komplexität der Beziehung

²⁹ Diese Darstellung vereinfacht natürlich die Ansätze und Befunde einer sehr breiten Literatur sehr stark, vergleiche zum Beispiel die Beiträge in TRESCH/LEFEVERE/WALGRAVE, 2015. Umgekehrt wählen auch Menschen eine Partei gerade nicht, weil sie ein präsent Thema negativ mit ihr verbinden (*negative issue ownership*, WAGNER/MEYER, 2015), also zum Beispiel rechtspopulistische Parteien mit einer falschen Zuwanderungspolitik oder gar dem Nationalsozialismus assoziieren.

³⁰ MUDDE, 2013.

und der journalistischen Normen und Routinen nicht gerecht. Journalistische Praxis ist nicht auf Maximierung der Reichweite beschränkt und selbst diese erzielt man nicht nur mit Spektakulären und Skandalösem. Journalismus ist eine Tätigkeit, die durch eine Vielzahl von Konventionen, praktischen Wissensbeständen, expliziten und impliziten Normen, Organisationsstrukturen, kulturellen Vorstellungen et cetera geprägt ist (auch Nachrichtenwerte sind keine reinen Regeln der Reichweitenmaximierung, sondern entspringen auch Überzeugungen, worüber Journalismus berichten sollte, worüber zu berichten sachlich und normativ geboten ist, was fraglos wichtig erscheint). Der Journalismus „bewirtschaftet“ nicht nur seine Reichweite, sondern auch sein Vertrauens- beziehungsweise symbolisches Kapital, seine Geltung als legitime Weltdeutung und professionelle Tätigkeit in den Augen des Publikums und der jeweiligen Kolleg*innen. Dass es nicht nur um den Nachrichtenwert des Rechtspopulismus geht, zeigen bereits die kontroversen Diskussionen und die gegenseitige Kritik, wenn es darum geht, wie zum Beispiel mit der AfD umzugehen sei.³¹ Das heißt nicht, dass man die Behandlung des Rechtspopulismus nach geltenden journalistischen Normen in jeder Hinsicht unproblematisch finden muss, nur weil sie nicht von reinem Sensationalismus getrieben ist. Gerade bestimmte Normen können Folgen haben, die reine Reichweitenmaximierung gar nicht unbedingt haben muss, oder zumindest die gleichen Konsequenzen. Deshalb ist es wesentlich auf dieser Unterscheidung zu beharren und nicht schlicht zu unterstellen: ein Journalismus, der einfach journalistische Normen befolgt, habe es einfach im Umgang mit dem Rechtspopulismus und sei über jeden Zweifel erhaben.

Rechtspopulistische Akteur*innen steuern den Journalismus nicht nur durch den Nachrichtenwert einzelner Ereignisse, sondern auch mittel- und langfristig durch den Vorwurf, der Journalismus gehe unfair mit ihm um und verstoße dabei gegen journalistische Normen – und infolge dessen oder auch unabhängig davon wirft sich der Journalismus dies auch selbst vor. Außerdem hat sich in der öffentlichen Debatte ein Deutungsrahmen herausgebildet, dass praktisch jede Form der Kritik oder der Gegenmaßnahmen (wie die Nichteinladung) letztlich den Rechtspopulismus stärke, da sich Rechtspopulist*innen in eine Opferrolle begeben und die schlechte Behandlung ausschlichten könnten. Zum manchmal hintergründigen und manchmal expliziten weltanschaulichen Antipopulismus der etablierten Medien gesellt sich also auf anderer Ebene ein Diskurs des

³¹ Die nachfolgenden Aussagen über solche Diskurse stützen sich im Wesentlichen auf die Befunde einer eigenen kritischen Analyse dieses Diskurses: KRÄMER/LANGMANN, 2019.

furchtsamen oder berufsethischen Anti-Antipopulismus: zu sehr antipopulistisch zu sein, sei gefährlich und/oder unprofessionell.

Durch diverse Vorstellungen, was dem Rechtspopulismus letztlich nütze und welche Arten mit ihm umzugehen unjournalistisch seien, beschränkt sich das Spektrum kritischer Reaktionen erheblich. Gewiss gibt es kritische Meinungsbeiträge und Analysen. Recht positiv werden in der metajournalistischen Diskussion vor allem kritische Interviews oder Diskussionen mit anderen, schlagkräftigen Teilnehmenden gesehen.

Kritische Fragen zu stellen und mit Einwänden und weiteren Fragen nachzuhaken, gilt als journalistisch legitim und habe dann quasi nebenbei die vorteilhafte Wirkung, den Rechtspopulismus zu „entzaubern“. Aber auch hier wird in der innerjournalistischen Diskussion bereits gewarnt, Rechtspopulist*innen nicht anders zu behandeln und Interviews nicht zu „Verhören“ werden zu lassen, sondern sich ans klassische journalistische Handwerk zu halten. Am unproblematischsten gilt wohl das Streitgespräch, bei dem die Moderierenden unparteiisch erscheinen und anderen die kritische Auseinandersetzung überlassen. Nur liegt eben bereits in der Themensetzung, den Fragen, der Besetzung et cetera eine unvermeidliche Wertentscheidung, wie weit man dem Rechtspopulismus entgegenkommt.

Jedenfalls wird der *schlagfertige Antipopulismus* gefordert und gefeiert. Auf sozialen Medien werden einzelne Videos von Interviews aus Talkshows und Parlamentsdebatten geteilt, wie rechtspopulistische Parteien und Personen „zerlegt“, „zerstört“ oder eben „entzaubert“ wurden – die Metaphorik ist verständlich, offenbart aber sofort eine Überschätzung und einen Glauben an magischen Wirkungen logischer und rhetorischer Kunststücke – auch wenn die Gegenseite durchaus ja nicht gut wegkommt.

Der Verweis auf einzelne journalistische Normen und kritische Interviews oder schlagfertige Streitgespräche ersetzt nicht zwei grundlegende Debatten: erstens welche Art des öffentlichen Diskurses der Journalismus insgesamt konstituieren sollte, insbesondere was seine Grenzen und Regeln sind und wann eine Strategie als reine Instrumentalisierung von Diskursen eingeordnet werden kann, und zweitens wie Menschen ein rechtspopulistisches Weltbild erwerben und sich von diesem wieder lösen könnten.³²

Dass journalistische Normen oft keine besonders guten Anhaltspunkte bieten, wie mit dem Rechtspopulismus umzugehen sei, zeigen auch die Fälle, wo er gleichsam in einem trojanischen Pferd in die öffentliche und politische Arena

³² Andeutungen zum ersten Aspekt in KRÄMER/SCHINDLER, 2018. Erörterungen zum zweiten Aspekt müssen anderen Publikationen vorbehalten bleiben.

einzieht. Die AfD begann als „Professorenpartei“ (obwohl bereits viele der heute Führenden von Anfang an in der Partei präsent war), Trump wurde offizieller Kandidat und Präsident der Republikaner (nicht ohne ein vorheriges Erstarken rechtspopulistischer und anderer rechter Kräfte in der Partei), die Tories wandelten sich unter Boris Johnson zu einer teilweise populistischen Brexit-Partei. Die Berichterstattung über sie begann nach journalistischen Routinen, die auf etablierte und „nichtextreme“ politische Kräfte angewandt werden: etablierte Kräfte sind per Definition relevant und müssen im Zuge der Herstellung von Ausgewogenheit repräsentiert werden; moderat erscheinende Kräfte, die eine Gegenposition in einer wichtigen Frage einnehmen (zum Beispiel in der europäischen Schuldenkrise oder hinsichtlich des Brexit), müssen zu Wort kommen. Andererseits finden sich dann kaum Kriterien, wie weiter zu verfahren ist, wenn entsprechende Parteien und Personen immer extremere Positionen einnehmen, mit denen sie sich ansonsten höchstwahrscheinlich für eine normale journalistische Behandlung disqualifiziert hätten – über sie wäre gar nicht oder nur als Problem, nicht als Teil des legitimen politischen Spektrums berichtet worden. Bei einer langsamen Radikalisierung lässt sich jedoch kein Punkt mehr finden, ab dem anders oder nicht mehr berichtet werden sollte, und ein anderer Umgang lässt sich schwer begründen.

Der Rechtspopulismus profitiert also von journalistischen Aufmerksamkeitsmechanismen im weitesten Sinne und instrumentalisiert für umfangreiche und möglichst unkritische Berichterstattung journalistische Normen beziehungsweise diese befördern ihn und bieten oft keine gute Handhabe gegen ihn. Darüber hinaus profitiert er aber auch davon, wenn gewisse Deutungen, Begriffe und Argumente, selbst wenn sie nicht exakt deckungsgleich mit seiner Ideologie sind, in der Öffentlichkeit präsent sind. Auch hier zeigt sich, dass Regeln des journalistischen Arbeitens unterbestimmt sind, und zugleich entstehen selbstverständlich erscheinende Realitätsbeschreibungen, die dem Rechtspopulismus in die Hände spielen können.

Manchen Medienbeiträgen ist ein epistemischer Populismus eigen, der eine Affinität zum Rechtspopulismus aufweist, wenn Kategorien und Zusammenhänge zugrunde gelegt werden, die auch im Weltbild des Rechtspopulismus relevant sind. Commonsense, auch der journalistische – das Selbstverständliche, Vernünftige, nüchtern Betrachtete, unmittelbar Einleuchtende, Objektive – ist zunächst nur eine Folge der Naturalisierung von Kategorien: im alltäglichen Denken, in der offiziellen Nachrichtensprache und sogar in der journalistischen Selbstreflexion sind „die Nationalität/Herkunft des Täters“, „die Kultur“ von Zugewanderten aus dem Land X, die Kriminalität von Menschen mit Migrationshintergrund (noch gar nicht die Frage, wie ausgeprägt sie ist, sondern als

Kategorie), „der Extremismus“ et cetera ein Ding. Sie sind fraglos existierende soziale Tatsachen, die als selbstverständlich relevant, neutral und erklärungskräftig erscheinen, ohne dass normalerweise spezifiziert würde, warum das eine angemessene Beschreibung ist und was genau dadurch erklärt wird. Im Rahmen journalistischer Normen können Aussagen auf der Grundlage dieser Kategorien als zutreffend und neutral gelten. Solche Kategorien werden jedenfalls nicht nur als irgendeine Art gesehen, die Welt zu sehen und einzuteilen, die so und anders ausfallen könnte. Wir haben uns vielmehr daran gewöhnt und es ist in medialen Routinen verankert, dass diese Dinge in der sozialen Welt eben vorkommen, während andere Dinge keine Kategorie sind, sondern erst argumentativ eingeführt werden müssen beziehungsweise in regulären journalistischen Texten zumindest fremd und oft auch parteiisch wirken würden: man stelle sich eine Tagesschau-Meldung über einen Sexualstraftäter „aus der Arbeiterklasse“ vor oder dass man in deutschen Regionalzeitungen ohne Erklärung und affirmativ den Begriff „People of Color“ verwenden würde.

Dabei sind Kategorisierungen höchst wandelbar: eine große Gruppe mit Migrationshintergrund wurde früher als (Gast-)Arbeiter klassifiziert, während sie und ihre Nachkommen heute vor allem als Muslime eingeordnet werden. Das schließt sich natürlich nicht aus und ist je nach Fall nicht falsch, aber Letzteres ist heute die relevanteste Art der Kategorisierung, ja scheint fast die einzige zu sein, welche die wesentlichen Merkmale dieser Bevölkerungsgruppe erfasst, und nicht zum Beispiel etwa ihr sozialer Status.³³

In den verwendeten Kategorien, in der Art der Themensetzung und Problemdefinition, der Formulierung von Fragen in Interviews kann man die Welt auf eine Art und Weise beschreiben, welche dem Weltbild des Rechtspopulismus ferner oder näher steht, kann die Beschreibung als fraglos und natürlich erscheinen lassen oder den Zweifel, die Kontingenz markieren.

Man kann etwa, wie in einer Talkshows geschehen, fragen: „Wie unsicher wird Deutschland [durch Flüchtlinge]?“ oder eben „Wird Deutschland unsicher durch Flüchtlinge?“ oder „Wodurch wird Deutschland unsicher?“ oder „Wird Deutschland unsicherer?“ oder „Wodurch ist Deutschland sicherer geworden?“ oder „Unter welchen Bedingungen werden Menschen zu Straftätern?“ oder „Was macht Länder weltweit sicherer und unsicherer?“ oder „Wie werden Gefühle der Unsicherheit geschürt?“ oder „Was prägt unsere Vorstellung von Sicherheit und Bedrohungen?“ et cetera. Auf die Kritik des erstgenannten Themas hin lieferte die Redaktion jener Talkshows ein Musterbeispiel des medialen epistemischen Populismus mit einer Naturalisierung von Kategorien und einer

³³ YILMAZ, 2012.

Legitimation durch das Interesse der allgemeinen Bevölkerung: „Framing? Als Journalisten können wir mit diesem Begriff wenig anfangen. Wir versuchen das, was Menschen beschäftigt, so darzustellen, wie es ist.“³⁴

Im Zuge des epistemischen Populismus im Journalismus, der sich mit demjenigen des Rechtspopulismus überschneidet, verbittet man sich etwa auch Belehrungen durch diejenigen, die solche Kategorien – wie auch geschlechterbezogene – dekonstruieren wollen, oder mokiert sich über diese Dekonstruktionsversuche. Es hat sich unter einer Reihe von bekannten Feuilletonisten und Kolumnisten (nicht nur in den traditionell konservativen Medien) ein *konventionalistisch-liberaler Populismus* herausgebildet, der eine Bedrohung der Freiheit, der „normalen“ Lebensweise durch den Illiberalismus der Linken, ihre politischen Korrektheit und Hypermoral, und durch „Verbotsparteien“ beschwört – und starken Widerhall in den sozialen Medien findet. Teilweise beklagen die Beiträge mit eher ironischem Ton den Verlust der Lebenswelt und -weise sowie der Deutungshoheit des alten weißen Mannes, teils sind sie polemisch und brandmarken diverse soziale Bewegungen und politische Forderungen als totalitär.³⁵

Es handelt sich hier um eine neuere Variante des Konservatismus, dem es nicht mehr auf die Disziplinierung von Unsittlichkeit geht, sondern um die Verteidigung einer Lebens- und Wirtschaftsweise – ein Diskurs, der rhetorisch einerseits auf dem älteren Schema „Freiheit statt Sozialismus“ und der Abwehr der Politisierung des Privaten aufbaut, aber teilweise auch eine Rebellion gegen einen neuen Puritanismus inszeniert, gegen einen Moralismus etwa des Feminismus oder der Klimaschutzbewegung.

Populistisch im weitesten Sinne ist diese Variante des Liberalismus zunächst, weil sie sich auf die Plausibilität der mehrheitlichen Alltagserfahrung beruft und gewisse andere politische Lager grundsätzlich delegitimiert: die konventionelle Lebensweise und Sichtweise auf die Welt müssen harmlos sein und die ökologische, feministische, antirassistische, postkoloniale et cetera Kritik daran ist so abwegig und radikal, dass sie als totalitär erscheinen muss. Und dieser Liberalismus ist populistisch, weil er teilweise auch die Lebensweise und Belas-

³⁴ HART ABER FAIR, 2018.

³⁵ Statt sie als konkurrierende politische Vorschläge zu sehen, die wie jede Form der Regulierung eines gesellschaftlichen Bereich – sei es in Form eines Marktes, einer Besteuerung, eines Verbotes, einer formellen oder informellen Normierung et cetera – Folgen und Nebenfolgen haben, Handlungsspielräume eröffnen und Einschränkungen setzen, eine Verteilungswirkung haben, Anerkennung geben und versagen, et cetera.

tungen einfacher Leute in Stellung bringt: was soll der Arbeiter mit überzogenen Forderungen nach Klimaschutz anfangen, wenn er jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit fahren muss, und was hat der intersektionale Queerfeminismus mit seinen Sorgen zu tun?

Hier besteht eine Kontinuität mit dem radikalen Antifeminismus des Rechtspopulismus, der gegen die „politische Korrektheit“ und gegen „Denkverbote“ kämpft (was in die Relativierung des Nationalsozialismus und des Holocaust übergehen kann), erbittert ressourcenintensive Branchen und Lebensstile verteidigt (bis zur Leugnung des Klimawandels) und andere politische Lager und soziale Bewegungen als totalitär delegitimiert, oft mit Deutscher Demokratischer Republiktreu (DDR)- und vor allem Nazivergleichen. Natürlich sollen die Haltungen der angesprochenen Medienschaffenden damit keinesfalls gleichgesetzt werden und diesen auch nicht das Recht auf Äußerung abgesprochen werden, sondern nur die Affinitäten aufgezeigt werden. Entsprechende Medienbeiträge werden dann von entsprechenden Social-Media-Accounts lobend, manchmal gar triumphierend herumgereicht, auf denen sonst die Lügen- und Systempresse beschimpft wird, weil nun sogar die etablierten Medien eingestehen müssen, dass man recht hat, beziehungsweise sich endlich einmal jemand traut, all dies auszusprechen. Die Grundaussagen werden freilich dann oft noch extrem zugespitzt und teilweise in verbale Angriffe umgewandelt.

Wir haben es hier mit einer Variante des Medienpopulismus zu tun, der nicht einfach dem Rechtspopulismus Aufmerksamkeit verschafft, sondern ein förderliches diskursive Klima miterzeugt, indem Deutungen in die Öffentlichkeit gelangen, welche eine Affinität zur rechtspopulistischen Ideologie aufweisen. Auch sonst finden sich Varianten eines inhaltlichen und performativen Medienpopulismus, bei dem man zwischen einer banalen und einer vollen ideologischen Variante unterscheiden könnte.

In einem *banalen Medienpopulismus* machen sich Medien zum Sprachrohr der „einfachen Leute“ gegen „die da oben“, berufen sich auf ein unbestimmtes „Wir“ (womit vage, aber doch feststellbar meist die angestammte Mehrheitsbevölkerung gemeint ist) und kultivieren einen allgemeinen Zynismus gegenüber der etablierten Politik. Dieser banale Medienpopulismus ist durchaus kompatibel mit *banalem Antipopulismus*, der beiläufig und fraglos unterstellt, dass der ideologische und organisierte Populismus abzulehnen sei.³⁶

Interviews zu führen oder Talkshows zu moderieren ist oft eigentlich eine Form der Schauspielerei: man stellt Fragen, bei denen man im Prinzip schon weiß, wie die Befragten antworten werden, oder die man selbst so gar nicht

³⁶ GOYVAERTS/DE CLEEN, 2019, die sich auf BILLIG, 1995, beziehen.

stellen würde, da man sich aus eigenem Interesse ganz anders mit den Befragten unterhalten würde. Jedoch unterstellt man gewisse Vorstellungen und Interessen seitens des Publikums und je nachdem, welche das sind und wie sie den Befragten entgegengehalten werden, kann dies ebenfalls populistische Züge annehmen.

Ideologischer Medienpopulismus im engsten Sinne setzt dann das gesamte ideologische und stilistische Arsenal eines ausgebauten Populismus, zum Beispiel des Rechtspopulismus europäischer oder US-amerikanischer Prägung, ins Werk. Medienorganisationen beziehungsweise Medienpersönlichkeiten selbst nehmen dann deutlich in Anspruch, gegenüber den herrschenden Eliten einen prinzipiell einheitlichen Volkswillen zu repräsentieren und gegen die Zumutungen von oben und durch Minderheiten und „Fremde“ zu kämpfen – alleine oder in enger Allianz mit entsprechenden Parteien und politischen Führungspersönlichkeiten.³⁷

4. Die „einfachen Erklärungen“ des Rechtspopulismus

Neben der Wissenschaft beteiligt sich auch der Journalismus an der Deutung und Erklärung des Rechtspopulismus und der Rolle der Medien – eine weitere Ebene im Verhältnis von Medien und Populismus. Auch wenn ich mich nur teilweise auf empirische Erhebungen stützen kann, möchte ich einige Erklärungen identifizieren, die mir in den Medien und spezialisierten öffentlichen, aber noch nicht unbedingt wissenschaftlichen Diskursen recht präsent erscheinen und die sich für eine Auseinandersetzung lohnen. Natürlich reicht der Platz nicht für eine detaillierte Kritik, weshalb ich sie nur polemisch als „einfache Erklärungen“ bezeichnen möchte, da jede von ihnen so komplex ist, und die Probleme nur andeuten kann.

Nur kurz erwähnt werden sollen allzu kurzschlüssige Erklärungen, wonach der Rechtspopulismus ein direkter Reflex auf „den Neoliberalismus“ sei. Hier wird oft nicht der Mechanismus spezifiziert, durch den sich eine bestimmte ökonomische Lage innerhalb eines nicht besonders präzise bestimmten ökonomischen Systems in eine ideologische Haltung umsetzen soll (womit ökonomische Ursachen des Populismus keinesfalls bestritten werden sollen). Einige Erklärungen nehmen auch an, dass die Anhänger*innenschaft des Rechtspopulismus eigentlich schon die „wahren“ Probleme der sozialen Ungleichheit, der individualistischen Konkurrenz, der Globalisierung et cetera erahnt, demnach also halb, vorbewusst schon das richtige politische Bewusstsein hat und nur ei-

³⁷ KRÄMER, 2014.

nen Anstoß braucht, um ihre „eentlichen“ Probleme und Interessen auf den Begriff und politisch zur Geltung zu bringen. Eigene Problemdefinitionen werden dabei in andere hineinprojiziert und es erscheint nur eine Frage der klugen Strategie und der nötigen Anstrengung, die Menschen zum richtigen Bewusstsein zu bringen. Das Spiegelbild solcher Erklärungsversuche ist vielleicht die – allerdings wohl seltener werdende – Entpolitisierung des Rechtspopulismus. Menschen wählten die entsprechen Parteien gar nicht aus eigentlich ideologischen Gründen, sondern nur um durch Protest auf alltägliche, eigentlich nicht einmal recht politische Probleme aufmerksam zu machen, oder auf eine allgemeine Vernachlässigung durch die Politik.

Diese Erklärungen – die zu direkt ökonomische, die des falschen, aber vielleicht auch fast richtigen Bewusstseins und die der Protestwahl – unterschätzen den konkreten ideologischen Gehalt des Rechtspopulismus: im Hinblick worauf man sich von der Politik nicht repräsentiert fühlt, wie Ungleichheiten kritisiert und zugleich an anderer Stelle gerechtfertigt werden, und aufgrund welcher Erfahrungen man ein solches Weltbild erwirbt. Die im Rechtspopulismus präsente Kritik an ökonomischen Verhältnissen mag zwar auf den ersten Blick an andere anschlussfähig sein, jedoch geht es im Rechtspopulismus, soweit er nicht ohnehin wirtschaftsliberal ausgerichtet ist, (auch) um ein Gefühl der ökonomischen Benachteiligung gegenüber Minderheiten und „Fremden“, und darüber hinaus um den Ausschluss dieser Gruppen von dem in einem Nationalstaat akkumulierten Wohlstand und von einem nationalen Sozialsystem. Ökonomische Probleme werden als Elitenversagen und nicht als systemisches gedeutet, ferner wird ökonomische Ungleichheit durchaus legitimiert, etwa durch ethnische Differenzen, unterschiedliche Fähigkeiten oder über Unterscheidungen „anständiger“ und anderer Arbeit.

Keine Erklärung im eigentlichen Sinne ist die These, dass die Anhänger*innenschaft gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen wähle, sofern das Programm rechtspopulistischer Parteien für soziale Entsicherung steht. Die Erklärung kann dann nur Irrationalität, Unwissenheit oder eine unheimliche Propagandawirkung sein. Oder man unterstellt, dass die rechtspopulistische Klientel andere Ziele eben für wichtiger halte als ihre ökonomischen Interessen und sie deshalb „rational“ wähle, nämlich gemäß ihren wichtigeren Interessen – wodurch der Begriff der Rationalität freilich seinen Erklärungsgehalt einbüßt, wenn jede Präferenz als rational gelten kann, aber dadurch eben noch lange nicht erklärt wird.

Es sollen nun aber einige Erklärungen diskutiert werden, die öffentlich präsenter scheinen und einen stärkeren Medienbezug aufweisen.

4.1 Der Rechtspopulismus als postfaktische Krankheit und technisches Problem

Wie über Populismus ist schon viel über „Fake News“ als zunehmend entleerter Kampfbegriff geschrieben worden. Freilich sind damit gewisse Erklärungen des Populismus nicht erledigt, sondern eine gewisse Assoziationskette besteht weiter fort: (Rechts-)Populismus lebt von der Verbreitung von Unwahrheit, ja ist Teil einer neuen Epidemie der Desinformation. Dies geschieht vor allem auf sozialen Medien. Diese sind technische Systeme. Die Flut der Lügen ist wegen der technischen Struktur dieser Systeme kaum einzudämmen. Deshalb muss sie vor allem auf den entsprechenden Plattformen und mit technischen Mitteln eingedämmt werden.³⁸

Zwar werden im Bereich des Rechtspopulismus strategisch oder aus Überzeugung Behauptungen verbreitet, die man als unwahr zurückweisen würde, die aber das entsprechende Weltbild bestätigen und legitimieren sollen. Jedoch kann die Auseinandersetzung nicht einfach auf die Ebene der Wahrheit von Aussagen verschoben werden, wenn es um die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Menschen oder um ein wünschenswertes Gesellschaftsmodell geht, also um Wertfragen. Rechtspopulist*innen sind nicht einfach im *Irrtum* über gewisse Sachverhalte, die ihnen auf sozialen Medien, in Alternativmedien und durch rechtspopulistische Führungspersönlichkeiten untergejubelt werden, sie *wollen* eine andere Gesellschaft, *fordern* eine Machtausübung, die ihnen nützt und nicht bestimmten anderen. Und sie sind nicht einfach im Irrtum über *einzelne* Sachverhalte, sondern leben im Grenzfall in einer anderen Welt als Menschen mit anderen Anschauungen – eine Welt, in der Dinge einen Sinn ergeben, die andere falsch finden, und in der Dinge, auf deren Vorliegen man sich einigen kann, doch eine andere Bedeutung haben.

Deshalb sind die üblicherweise vorgeschlagenen Erklärungen und Lösungen unzureichend bis kontraproduktiv.³⁹ Natürlich sind nicht alle Diskussionen über den Rechtspopulismus von einer Überbetonung der „Fake News“ geprägt. Wo sie es aber sind, verstellt das den Blick auf ein Ursachengeflecht, von welchem solche falschen Nachrichten nur ein winziger Teil sind. Wahrscheinlich geht von ihnen kaum eine eigene Wirkung aus, sondern sie sind eben in der Regel nur plausibel in einem Weltbild, das man vorher in einem langen Sozialisationsprozess erworben haben muss. Der Fokussierung auf Desinformation liegt also im Extremfall ein Glaube an eine magische Propagandawirkung irgendwie be-

³⁸ Zu diesem Diskurs siehe FARKAS/SCHOU, 2019.

³⁹ Siehe, auch zum Folgenden, KRÄMER, 2019.

sonders perfider Lügen zugrunde – mit dem oft auch ein Glaube an technische Machbarkeit oder an die befreiende Wirkung geprüfter Wahrheiten einhergeht.

Natürlich ist es nicht grundsätzlich falsch, den nicht allzu abwegigen Gerüchten nachzugehen, ihnen sorgfältig recherchierte Fakten entgegenzustellen und über diese möglichst breit aufzuklären. Jedoch sollte der Journalismus seine Ressourcen nicht nur in die Prüfung isolierter Einzelaussagen stecken – während er dann womöglich in den großen Fragen „beide Seiten“ anhört: die Klimaforschung und ihre Leugnung, historische Befunde und Geschichtsrevisi-onismus, et cetera. Vielmehr sollte er sich einerseits darauf festlegen, was nach bestem Wissen als gesichert gelten kann, umgekehrt aber auch die Weltbilder rekonstruieren, aus denen heraus das in Frage gestellt wird (wobei sie deutend nachvollziehen nicht heißt, sie „ausgewogen“ als gleichrangig darzustellen). Dabei sollte er größere Zusammenhänge herstellen, wirkliches Orientierungswissen bieten, also zum Beispiel nicht nur über einzelne Gerüchte über die üppige Versorgung von Asylbewerbern berichten, sondern ergründen, wie Menschen darauf kommen, diese würden grundsätzlich gegenüber Einheimischen bevorzegt oder zumindest auf ungerechte Weise verwöhnt. Er sollte außerdem die Grundsätze des Sozialsystems, des Existenzminimums, der unterschiedlichen Versorgung von Einheimischen und neu Zugewanderten, die zugrunde liegenden Rechtsgrundsätze, Wertsetzungen und Ungleichheiten sowie die Erfahrungen in diesem System in einem Gesamtzusammenhang thematisieren und kritisch diskutieren.

Isolierte Faktenchecks vernachlässigen also, dass die meisten Aussagen nur im Kontext eines Weltbildes und überdies aufbauend auf Vertrauen akzeptiert werden (wer vielen Institutionen grundlegend misstraut und falsche Vorstellungen über sie hegt, wird auch die Quellen und Grundannahmen einer journalistischen Faktenprüfung in Frage stellen können). Auch „Medienkompetenz“ kann nur eingeschränkt als Gegenmittel gelten, denn auch hier wird auf Wissen und Einstellungen zu einem begrenzten Bereich gesetzt. Aussagen können aber nicht alleine aufgrund heuristischer Regeln zur typischen Qualität bestimmter Quellen beurteilt werden, sondern es bedarf eines ausreichenden gesamten Weltwissens, um Aussagen als unplausibel oder schlicht falsch einordnen zu können.

Auf die Probleme einer technischen Prüfung und Bekämpfung von Falschmeldungen soll hier nicht näher eingegangen werden. Ein solches System schafft auf der Grundlage unausgereifter Technik eine Zensurinfrastruktur und Machtkonzentration, und neigt immer zu potenziell verzerrten und diskriminierenden Entscheidungen, die oft aufgrund der schieren Zahl und der Verslossenheit der Plattformbetreiber keine argumentative Prüfung mehr zulassen.

4.2 Rechtspopulismus als Reaktion

Ein Teil der Erklärungen beschreibt Rechtspopulismus nicht nur als reaktionär, sondern als direkt reaktiv. Die Einschränkung des Sagbaren, die scharfe öffentliche und eventuell private Kritik am Rechtspopulismus, die Stigmatisierung und Herabwürdigung seiner Anhänger*innenschaft et cetera würden rechtspopulistische Haltungen zumindest verstärken, wenn nicht erst so recht hervorrufen – diese Erklärung wird gelegentlich derart in den Vordergrund gerückt, dass fast keine Erklärung mehr übrigbleibt. Fremd- und Selbstkategorisierung bedingen sich gewiss gegenseitig, wie man aus der Soziologie der Devianz und Labeling-Theorie weiß.⁴⁰ Freilich braucht es anfängliche Haltungen, die zumindest bereits eine gewisse Affinität zum Rechtspopulismus aufweisen, bevor es zu einer Polarisierung und Radikalisierung, einer Selbstkategorisierung als abweichend kommen kann. Außerdem wäre empirisch zu zeigen, ob diese Ausgangshaltungen vor allem als Reaktion oder nicht eher durch einschlägige Sozialisation bewirkt werden (durch die kommunikativen Anstrengungen des rechtspopulistischen politischen Lagers und die immer weitergehende Vertiefung in diese Kommunikation, nicht durch die Gegenseite).

Normativ wäre wiederum zu fragen, ob hier nicht letztlich eine Schuldumkehr betrieben wird, indem die Kritik an menschenfeindlichen Ideologien – insbesondere, aber nicht nur wenn sie durch Betroffene vorgetragen wird – für die Existenz und das Erstarken dieser Ideologien verantwortlich gemacht wird. Ferner wäre zu fragen, wie es gerechtfertigt werden kann, öffentliche Kritik an menschenfeindlichen Aussagen zu unterlassen, und wer dafür den Preis zu zahlen hat, wenn Diskriminierung nicht sanktioniert wird.

4.3 Rechtspopulismus als Merkels Repräsentationslücke und Trotz gegen die mediale Willkommenskultur

Eine wichtige Erzählung in der Bundesrepublik lautet auch, die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) habe seit Bestehen derselben beständig dafür gesorgt, dass sich rechts von ihr keine Parteien etablieren konnten. Selbst nun, da das der Fall ist, wird dies unter umgekehrten Vorzeichen wiederholt, gerne mit Verweis auf den einschlägigen Ausspruch von Franz Josef Strauß, dass es rechts der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe: die CDU sei nun eben nach links gerückt und habe eine Lücke hinterlas-

⁴⁰ Klassisch: BECKER, 1963.

sen, welche nun die AfD fülle.⁴¹ Nun ist die Erklärung wie bereits die Vorhergehenden wohl keinesfalls völlig falsch, aber auch hier ergeben sich empirische und normative Probleme.

Diese Erklärung versteht den politischen Raum als einen fixen, absoluten, in dem sich die Parteien im Verhältnis zu den dort ebenfalls verorteten Wählenden positionieren können. Diese Vorstellung vernachlässigt die Folgen einer Repositionierung von Parteien: dass Themen dadurch mehr und weniger salient werden, dass damit nicht nur einfach Wähler*innen hinzugewonnen werden können, sondern dass überall im politischen Spektrum Menschen durch Themensetzungen mobilisiert oder auch demobilisiert werden oder anders über Parteien urteilen, wenn bestimmte Themen wichtig werden, dass sich gar *Cleavages* wandeln können. Die Erklärung vernachlässigt auch den Kontext: mit einem konservativen Kurs würde sich die CDU wohl noch größeren Schwierigkeiten in den Städten und in den jüngeren Generationen gegenübersehen.

Mit Blick auf die Medien werden ähnliche Erklärungen wie mit Blick auf die CDU genannt: es habe (zunächst) keine ernsthafte Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik gegeben.⁴² Selbst die Zeitung, von der man es am ehesten erwartet hätte, die *BILD*, habe sich in den Dienst der „Willkommenskultur“ gestellt und damit besonderen Widerwillen gewisser Bevölkerungskreise erregt und ihre Tendenz in Richtung Rechtspopulismus zumindest befördert. Das muss nicht völlig unzutreffend sein (wie schon die vorgenannte „reaktive“ Erklärung), aber das Argument kommt ja durchaus von einer kontraintuitiven Seite: öffentliche Kritik an der Politik der Bundesregierung hätte demnach nicht zu einer Stärkung der kritischen Haltungen in der Bevölkerung geführt, sondern zu ihrer Schwächung. Dass die AfD in der Folgezeit gewann, bestätigt nicht unbedingt diese Erklärung, sondern es bedürfte eines Vergleichs mit dem rein kontrafaktischen Fall, in dem CDU, *BILD* und andere sich stärker gegen die Aufnahme der Flüchtlinge gewandt hätten.

Normativ stellt sich wiederum die Frage, was von Medien und Parteien zu fordern wäre, um „die rechte Flanke zu schließen“. Zunächst sind in ihnen

⁴¹ KRÄMER/LANGMANN, 2019.

⁴² Die medialen Deutungen der Situation Ende 2015 stellen eventuell auch zu sehr auf die Person Angela Merkels ab und zu wenig auf die Umstände, zur sehr auf eine Positionierung Merkels und der CDU als „rechts“ oder „links“ und zu wenig auf europapolitische Überlegungen. Das wäre die bekannte mediale Tendenz zur Personalisierung – eine Personalisierung, die in der rechtspopulistischen Kommunikation mit einer teilweise regelrechten Dämonisierung Merkels, insbesondere in den sozialen Medien, noch auf die Spitze getrieben wird.

Menschen tätig, die Überzeugungen haben und denen mit Blick auf die innere Pressefreiheit beziehungsweise innerparteiliche Demokratie nicht einfach die vermeintlich strategisch klügste Linie aufoktroziert werden kann. Zweitens stellt sich erneut die Frage nach dem Preis – eine Polemik und Politik gegen Zuwanderung ist ja nicht folgenlos (wie in Kapitel 3 mit Blick auf *issue ownership* und die vorausseilende stellvertretende Implementierung rechtspopulistischer Politik durch die etablierten Parteien argumentiert wurde – restriktive Zuwanderungspolitik betrifft Menschen, die nicht einfach Verfügungsmasse für taktische politische Positionierungen sind). Die Beobachtungen zur Positionierung der CDU und der Medien taugen also eher als kontrafaktische Analyse eines Dilemmas denn als nachträglicher oder zukunftsgewandter strategischer Ratschlag. Eher wären Strategien mit Blick auf die sozialstrukturellen Ursachen, die politische Kultur, den diskursiven Kontext des Rechtspopulismus zu entwickeln.

5. Fazit

Medien und Rechtspopulismus sind auf solch vielen Ebenen verbunden, gegensätzlich und gleichsinnig, dass jede wissenschaftliche und öffentliche Debatte wahrscheinlich fehlschlagen wird, die diese Ebenen nicht auseinanderhält. Insbesondere ermöglichen diese verschiedenen Ebenen, im Journalismus und in der politischen Kommunikation entweder selbstgewiss jede Verantwortung für den Aufstieg des Rechtspopulismus abzustreiten, indem man das Verhältnis sehr selektiv auf den unproblematischsten Ebenen betrachtet. Oder man stellt selektiv seine Ratlosigkeit zur Schau. Oder aber man übt sich in Selbstanklage, in einem Populismus, den sich eine journalistische Elite auferlegt, um dem Vorwurf zu entgehen, bestimmten „populären“ Milieus zu fern zu stehen, und um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, man behandle den Rechtspopulismus auf unprofessionelle Weise zu kritisch.

Das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und Medien spielt sich wie dargestellt nicht nur auf der Ebene ab, dass diese ihm Aufmerksamkeit verschaffen oder ihn auf direkte Weise stärken (oder bekämpfen) können, sondern die Medien prägen auch unser Verständnis davon mit, was Populismus sei – oder verunklaren es. Der Begriff des Populismus steckt in einer verfahrenen Lage fest, da er zugleich aufgrund des Wunsches nach schärferer moralischer Verurteilung als euphemistisch abgelehnt wird, als leerer Kampfbegriff kritisiert wird und als vermeintlich neutraler Ersatz für präzisere, aber stärker moralisch aufgeladene Begriffe erhalten muss, etwa wenn man ihn einsetzt, um Rechtsextremismus, Rassismus et cetera nicht so zu benennen. Begriffe, wie sie in den Sozialwissen-

schaften und in der öffentlichen Diskussion verwendet werden, kommen praktisch nie ohne wertende Konnotationen aus. Man kann jedoch versuchen, die klare Analyse von Weltbildern, Ursachen et cetera von der Wertung zu trennen, denn das ist gerade auch für die Entwicklung von politischen, publizistischen, pädagogischen, et cetera Gegenstrategien nötig.

6. Literaturverzeichnis

- ABTS, Koen/RUMMENS, Stefan: Populism versus democracy, in: *Political Studies* 55 (2007), S. 405–424.
- BECKER, Howard S.: *Outsiders. Studies in the sociology of deviance*, New York 1963.
- BETZ, Hans-Georg: Nativism across time and space, in: *Swiss Political Science Review* 23 (2017) 4, S. 335–353.
- BILLIG, Michael: *Banal nationalism*, London 1995.
- BOS, Linda/BRANTS, Kees: Populist rhetoric in politics and media. A longitudinal study of the Netherlands, in: *European Journal of Communication* 29 (2014) 6, S. 703–719.
- BRANTNER, Cornelia/LOBINGER, Katharina: Campaign comics. The use of comic books for strategic political communication, in: *International Journal of Communication* 8 (2014), S. 248–274.
- CANOVAN, Margaret: Trust the people! Populism and the two faces of democracy, in: *Political Studies* 47 (1999) 1, S. 2–16.
- DE CLEEN, Benjamin: The party of the people versus the cultural elite. Populism and nationalism in Flemish radical right rhetoric about artists, in: *JOMEC Journal* 9 (2016), S. 70–91.
- DE CLEEN, Benjamin/STAVRAKIS, Yannis: Distinctions and articulations. A discourse theoretical framework for the study of populism and nationalism, in: *JOMEC Journal: Journalism, Media and Cultural Studies* 24 (2017) 4, S. 301–319.
- DECKER, Oliver/BRÄHLER, Elmar: *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft (Forschung psychosozial)*, Gießen 2018.
- EKSTRÖM, Mats/PATRONA, Marianna/THORNBORROW, Joanna: Right-wing populism and the dynamics of style. A discourse-analytic perspective on mediated political performances, in: *Palgrave Communications* 4 (2018) 1, S. 1–11.

- ELCHARDUS, Mark/SPRUYT, Bram: Populism, persistent republicanism and declinism. An empirical analysis of populism as a thin ideology, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 51 (2016) 1, S. 111–133.
- ENGESSER, Sven/ERNST, Nicole/ESSER, Frank u. a.: Populism and social media. How politicians spread a fragmented ideology, in: *Information, Communication & Society* 20 (2017) 8, S. 1109–1126.
- FARKAS, Johan/SCHOU, Jannick: *Post-truth, fake news and democracy. Mapping the politics of falsehood (Routledge studies in global information, politics and society)*, New York 2019.
- FARRIS, Sara R.: *In the name of women's rights. The rise of femonationalism*, Durham 2017.
- FINCHELSTEIN, Federico: Returning populism to history, in: *Constellations. An international Journal of Critical and Democratic Theory* 21 (2014) 4, S. 467–482.
- FREEDEN, Michael: Is nationalism a distinct ideology?, in: *Political Studies* 46 (1998) 4, S. 748–765.
- GOYVAERTS, Jana/DE CLEEN, Benjamin: Media, anti-populist discourse and the dynamics of the populism debate, in: KRÄMER, Benjamin/HOLTZ-BACHA, Christina (Hg.): *Perspectives on populism and the media. Avenues for research*, Baden-Baden 2020.
- HART ABER FAIR: o. T., in: twitter.com, 2018, URL: <https://twitter.com/hartaberfair/status/1003350066814443520> (14. Oktober 2019).
- HATAKKA, Niko: *Populism in the hybrid media system. Populist radical right online counterpublics interacting with journalism, party politics, and citizen activism*, Diss. phil. Turku 2019.
- HEITMEYER, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin 2012.
- HERKMAN, Juha: The life cycle model and press coverage of Nordic populist parties, in: *Journalism Studies* 18 (2017), S. 430–448.
- KRÄMER, Benjamin: Media populism. A conceptual clarification and some theses on its effects, in: *Communication Theory* 24 (2014) 4, S. 42–60.
- KRÄMER, Benjamin: Popularity, in: JENSEN, Klaus Bruhn/CRAIG, Robert T./POOLEY, Jefferson D. u. a. (Hg.): *International Encyclopedia of Communication Theory and Philosophy*, Vol. 3: M–Q, Malden 2016, S. 1532–1536.
- KRÄMER, Benjamin: How journalism responds to right-wing populist criticism. The “lying press” attack and the “no censorship” or “no ammunition” de-

- fence, in: OTTO, Kim/KÖHLER, Daniel (Hg.): Trust in media and journalism. Empirical perspectives on ethics, norms, impacts and populism in Europe, Wiesbaden 2018, S. 137–154.
- KRÄMER, Benjamin: Stop studying “fake news” (we may still fight against falsehoods in the media), Unveröffentlichtes Manuskript 2019.
- KRÄMER, Benjamin/LANGMANN, Klara: Professionalism as a response to right-wing populism? An analysis of a meta-journalistic discourse, Unveröffentlichtes Manuskript 2019.
- KRÄMER, Benjamin/SCHINDLER, Johanna: Zum Umgang der Medien mit dem Rechtspopulismus. Hintergründe, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen, in: *Communicatio Socialis. Zeitschrift für Medienethik und Kommunikation in Kirche und Gesellschaft* 51 (2018) 2, S. 131–142.
- KRÄMER, Benjamin/VOLL, Magdalena/MEUSEL, Julia u. a.: Right-wing populism as a worldview, Unveröffentlichtes Manuskript 2019.
- LACLAU, Ernesto: *On populist reason*, London 2005.
- LENGFELD, Holger: Die „Alternative für Deutschland“. Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69 (2017) 2, S. 209–232.
- MANUCCI, Luca/WEBER, Edward: Why the big picture matters. Political and media populism in Western Europe since the 1970s, in: *Swiss Political Science Review* 23 (2017) 4, S. 313–334.
- MARTINSEN, Renate: Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien, in: PFETSCH, Barbara/MARCINKOWSKI, Frank (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 42)*, Wiesbaden 2009, S. 37–69.
- MOFFITT, Benjamin: How to perform crisis. A model for understanding the key role of crisis in contemporary populism, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 50 (2015) 2, S. 189–217.
- MOFFITT, Benjamin: *The global rise of populism. Performance, political style, and representation*, Stanford 2016.
- MOFFITT, Benjamin: Liberal illiberalism? The reshaping of the contemporary populist radical right in Northern Europe, in: *Politics and Governance* 5 (2017) 4, S. 112–122.
- MOUFFE, Chantal: *For a left populism*, London 2018.
- MUDDE, Cas: The populist Zeitgeist, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 39 (2004) 4, S. 541–563.

- MUDDE, Cas: Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what?, in: *European Journal of Political Research* 52 (2013) 1, S. 1–19.
- MÜLLER, Jan-Werner: “The people must be extracted from within the people”. Reflections on populism, in: *Constellations. An International Journal of Critical and Democratic Theory* 21 (2014) 4, S. 483–493.
- PAPPAS, Takis S.: Modern populism: Research advances, conceptual and methodological pitfalls, and the minimal definition, in: THOMPSON, William R. (Hg.): *Oxford Research Encyclopedias. Politics*, Oxford 2016, URL: <http://dx.doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.17> (14. Oktober 2019).
- SEDGWICK, Mark (Hg.): *Key thinkers of the radical right. Behind the new threat to liberal democracy*, Oxford 2019.
- STANLEY, Ben: The thin ideology of populism, in: *Journal of Political Ideologies* 13 (2008), S. 95–110.
- TRESCH, Anke/LEFEVERE, Jonas/WALGRAVE, Stefaan (Hg.): *Issue ownership. How the public links parties to issues and why it matters (Western European Politics 38, Sonderheft 4)*, London 2015.
- URBINATI, Nadia: The populist phenomenon, in: *Raisons politiques. Etudes de pensée politique* 51 (2013) 3, S. 137–154.
- WAGNER, Markus/MEYER, Thomas M.: Negative issue ownership, in: *West European Politics* 38 (2015) 4, S. 797–816.
- WEISS, Volker: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017.
- WODAK, Ruth: *The politics of fear. What right-wing populist discourses mean*, London 2015.
- YILMAZ, Ferruh: Right-wing hegemony and immigration. How the populist far-right achieved hegemony through the immigration debate in Europe, in: *Current sociology. Journal of the International Sociological Association* 60 (2012) 3, S. 368–381.
- ZICK, Andreas/KÜPPER, Beate/BERGHAN, Wilhelm: *Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn 2019.

Anton Pelinka

Populismus: Die Versuchung zur Vereinfachung – Demokratie, Politik und Recht

1. Populismus: die Unschärfe des Begriffs

Populismus ist ein grundsätzlich unscharfer Begriff, der über unterschiedliche gesellschaftliche Bewegungen und politische Parteien gestülpt wird. Es gibt kein unumstrittenes, allgemein akzeptiertes Verständnis von „Populismus“. Aber was immer Populismus sein mag: Populismus hat mit Demokratie zu tun.

Populismus, in allen seinen Erscheinungsformen, ist durch einen demokratischen Anspruch gekennzeichnet. In jeder Konzeption von Populismus kommt dem „Volk“ der Stellenwert des Souveräns zu – und das bindet Populismus an Demokratie, an jede Erfahrung mit Demokratie. Das „Volk“ regiert sich selbst – und alle, die auf dieser Grundlage politisch verliehene Macht ausüben, müssen vom „Volk“ dazu legitimiert sein. „Populus“ und „Demos“ verbinden nicht nur semantisch Populismus und Demokratie. Populismus ist ein in seinem Selbstverständnis radikales Konzept von Demokratie. Populismus zielt auf die Herrschaft des „Volkes“; und zwar auf eine möglichst direkt geübte Form dieser Herrschaft.

Freilich bleibt offen, über wen das „Volk“ herrscht – angesichts der semantischen Identität von Herrschern (Volk) und Beherrschten (wiederum: Volk). Herrscht das „Volk“ über sich selbst, oder bedeutet Volksherrschaft nicht eher die Herrschaft einer Mehrheit über Minderheiten? Offen bleibt auch, wer konkret Teil des „Volkes“ ist – und wer nicht zum „Volk“ gehört: eine Gesellschaft mit als quasi natürlich (zum Beispiel sprachlich oder religiös) definierten Ein- und Ausschlusskriterien?

Was immer Populismus aber ist – Populismus ist keine Antithese zur Demokratie. Populismus ist eine Variante innerhalb der verschiedenen Demokratiekonzeptionen, eine Demokratievaiation, die den real bestehenden Formen von Demokratie Mängel vorhält. Populismus spricht für eine Demokratie, die vorgibt, diese Mängel überwinden zu wollen und dies auch zu können. Freilich: in letzter Konsequenz läuft Populismus auf die Abschaffung von Demokratie hinaus – wenn Demokratie als „Polyarchy“ verstanden wird, als die Beteiligung

der größtmöglichen Zahl von Menschen am politischen Prozess.¹ Populismus ist ein demokratisch firmiertes Programm zur faktischen Zerstörung der liberalen Demokratie, wie sie sich in Nordamerika und Europa im 20. Jahrhundert etabliert hat.

Die moderne Vorstellung von Demokratie war und ist gekennzeichnet von einem Diskurs, der von zwei Eckpunkten begrenzt wird. Innerhalb dieser kann und wird über „Wesen und Wert“ der Demokratie diskutiert.² Der demokratiethoretische Diskurs heute findet nach wie vor zwischen diesen Eckpunkten statt: zwischen einer „populistischen“ und einer „liberalen“ Form der Demokratie³, zwischen einem Demokratieverständnis, das „Volk“ als eine Gesamtheit mit einer vorgegebenen Identität sieht und für eine direkt demokratisch artikulierte Herrschaft der Mehrheit des „Volkes“ grundsätzlich keine Grenzen vorsieht; und einem Demokratieverständnis, das zwischen Mehrheit und Minderheit unterscheidet, das „Volk“ als in seiner Identität historisch wandelbar wahrnimmt und der Herrschaft der Mehrheit Grenzen setzt.⁴

Der eine, der populistische Eckpunkt ist a priori normativ: die Herrschaft des „Volkes“ wird postuliert, die Frage nach der konkreten Ausgestaltung dieser Herrschaft wird tendenziell vernachlässigt. Dieser normative Zugang wird von einem wörtlichen Verständnis der Demokratie bestimmt; von dem, was Joseph Schumpeter (1883–1950) die „klassische“ Demokratiethorie nennt⁵; von dem, was Abraham Lincoln (1809–1865) 1863 in Gettysburg formuliert hat: Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Dieser Zugang steht in der Tradition von Jean Jacques Rousseau (1712–1778) und der Jakobiner und lässt – nimmt man Lincolns Definition wortwörtlich – keinen Platz für eine institutionelle Ordnung, die eine „Volksherrschaft“ in eine repräsentative Form ausdifferenziert und damit relativiert. Da ist, jedenfalls im unmittelbar vermittelten Bild der „Volksherrschaft“, kein Platz vorgesehen für ein Parlament, für eine dem Parlament verantwortliche Exekutive und für eine von Volk, Parlament und Regierung unabhängige Judikative.

Der andere, der liberale Eckpunkt baut auf dieser Erfahrung auf und versucht, Demokratie als Annäherung an einen nicht wirklich erreichbaren Endpunkt zu verstehen. Die Erfahrung dieser „empirischen Demokratiethorie“

¹ DAHL, 1972.

² KELSEN, 1929.

³ RIKER, 1988.

⁴ ANDERSON, 2006.

⁵ SCHUMPETER, 1950.

schließt auch die Antike (vor allem Aristoteles) mit ein und baut auf die Beobachtung realer Politik. Demokratie wird negativ verstanden – als Antithese zur Tyrannei; zur Tyrannei eines einzelnen, einer Minderheit, aber auch der Mehrheit.

Die neuzeitlichen Bezüge dieses Zuganges zur Demokratie stehen in der Tradition von Montesquieu und der „Federalist Papers“.⁶ Sie betonen die Notwendigkeit von Gewaltentrennung und Machtteilung; und sehen die Möglichkeit der realen Verwirklichung von Demokratie nicht (oder jedenfalls nicht primär) in einer direkt demokratische, plebiszitären Form von Demokratie. Sie definieren Demokratie vor allem als eine repräsentative Form von Herrschaft. Nicht das „Volk“ herrscht, es herrschen verschiedene, einander balancierende, repräsentative Institutionen; „Gewalten“, die direkt oder indirekt von den in Wahlergebnissen ausgedrückten Interessen der Gesellschaft (und damit des „Volkes“) abhängig sind.

2. „Madisonian Democracy“ als Garantie gegen jede Konzentration von Macht

In einer bestimmten historischen Periode verdichtete sich der Diskurs über eine für eine lange Perspektive geplante politische Ordnung. In den elf Jahren zwischen 1776, als Repräsentanten von 13 britischen Kolonien in Nordamerika ihre Unabhängigkeit von der britischen Krone erklärten, und 1787, als die Vertreter der unabhängig gewordenen früheren Kolonien als souveräne Staaten – Ergebnis der 1783 im Unabhängigkeits- oder Revolutionskrieg gewonnenen Unabhängigkeit war, dass sich die Kolonien zunächst zu einem eher lockeren Staatenbund einer Konföderation zusammengeschlossen hatten, um dann 1787 zu einem Bundesstaat, zu einer föderativen Union zusammenzufinden. Die „Vereinigten Staaten von Amerika“ wurden zum Beispiel einer geteilten Souveränität, geteilt zwischen den zunächst noch 13 Staaten und der Union. Für diese in einer Verfassung festgeschriebene Ordnung war zunächst der Begriff „Republik“ zentral, als demonstrative Abgrenzung gegenüber der (britischen) Monarchie, zunehmend verstand sich diese Republik aber auch als Begriff „Demokratie“.

Die US-amerikanische Demokratie, in der Verfassung von 1787 rechtlich fixiert, ist – einschließlich der Verfassungsnovellen („Amendments“) die mit Abstand älteste, noch in Geltung befindliche, in Form eines Dokuments vorliegende, schriftliche Verfassung der Welt. Die zwischen 1776 und 1787 geschaffe-

⁶ MADISON/HAMILTON/JAY, 2012.

ne Union ist gerade auch von einer europäischen Perspektive erstaunlich stabil; trotz der Krisen, die die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) durchlaufen mussten – besonders prägend sicherlich der Bürgerkrieg der Jahre 1861 bis 1865.

Die republikanische, demokratische Ordnung dieser Union war bestimmt von einer Tradition der europäischen Aufklärung, die – bezogen auf das Politische – sich vor allem auf John Locke (1632–1704) und Charles de Montesquieu (1689–1755) berufen konnte. Die im späten 18. Jahrhundert in Amerika umgesetzte Vorstellung eines geordneten Gemeinwesens führte die Vorstellung der europäischen Aufklärung weiter. Der Grundtenor dieser in Philadelphia 1787 fixierten Ordnung, die „Madisonian Democracy“ – benannt nach James Madison (1751–1836), einem der drei Autoren der „Federalist Papers“, dem vierten Präsidenten der USA – war die Verhinderung der Konzentration von Macht in den Händen einer Person oder einer einzigen Institution.⁷ In der Tradition von Aristoteles (384–322 v. Chr.) diente die Verfassung der Union vor allem der Verhinderung jeder Form von Tyrannei.

Die in der US-Verfassung formulierte Ordnung dieser neuen Republik war die Antithese zur Monarchie – zu der aus der Sicht der amerikanischen Revolutionäre unkontrollierten Macht eines Monarchen. Die Verfassung der USA konkretisierte daher auch die Konzeption einer Gewaltentrennung, wie sie von Locke und Montesquieu entwickelt worden war. Die US-Verfassung war und ist der Versuch, durch rechtliche Festschreibung zu verhindern, dass die gewünschte (und zwischen 1776 und 1787 grundsätzlich vorhandene) Balance einer Vielzahl von Interessen verloren geht. Die Verfassung war und ist die rechtliche Garantie zur Verhinderung eines Machtübergewichts einer Person oder eines einzigen Interesses.⁸

Die „Madisonian Democracy“ der USA begründet ein komplexes Netz der Teilung politischer Gewalt – einerseits vertikal, durch das Gleichgewicht zwischen den (inzwischen 50) Staaten und der Föderation, der Union; und andererseits horizontal, durch die Verflechtung von einander unabhängig agierenden Gewalten – Legislative, Exekutive, Judikative. Während die Balance zwischen den beiden ersten dieser Gewalten bereits in der faktischen Verfassung Großbritanniens nach der „Glorious Revolution“ von 1688 umgesetzt war – durch die wechselseitige Abhängigkeit von Krone und Parlament – war die institutionelle Ausgestaltung der Judikative vor allem in Form eines die Einhaltung der Ver-

⁷ ELLIS, 2015, S. 121–154.

⁸ DAHL, 1970, S. 4–33.

fassung kontrollierenden Höchstgerichtes („Supreme Court“) die eigentliche Innovation der 1787 zustande gekommenen Ordnung. Mit der Verfassung der USA begann die Geschichte und die Entwicklung des modernen Rechtsstaates.

Diese horizontale Gewaltentrennung überlebte in ihren Grundsätzen die in fast zweieinhalb Jahrhunderten abgelaufenen Entwicklungen: die Ausweitung des zunächst auf „weiße“, besitzende Männer beschränkten Wahlrechtes, die Abschaffung der Sklaverei, und die Einbeziehung ethnischer („rassischer“) Minderheiten wie auch der Frauen in den politischen Prozess. Die vertikale Gewaltentrennung, deren wesentliche Fragen über die Machtbalance zwischen der Union und den einzelnen Staaten 1787 noch – als Folge der Notwendigkeit einer Kompromisslösung – weitgehend ausgeklammert waren, entwickelte sich nicht evolutionär, sondern revolutionär. Die Entwicklung der vertikalen Gewaltentrennung erfuhr erst nach der traumatischen Erfahrung des Bürgerkrieges (1861–1865) die erforderliche Klarstellung, vor allem in Form des Vorranges der Verfassung der Union gegenüber den Rechtsordnungen der Staaten.

Der Ausgang des Bürgerkrieges ermöglichte das Schließen anderer Lücken, die in der US-Verfassung und der „Madisonian Democracy“ zunächst noch vorhanden waren. Der Weg der USA von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat, der 1787 noch nicht fertig gestellt war, hatte einen – seinen – logischen Endpunkt gefunden. Dies bedeutet natürlich nicht, dass die USA zu einem Zentralstaat geworden wären, wie dies etwa bei den verschiedenen Entwicklungsschritten der Französischen Republik der Fall war. Die USA als Union geben den 50 Staaten ein hohes Maß an Autonomie, das in manchen Bereichen über die Rechte der Mitgliedsstaaten der EU hinausgeht – etwa die Gestaltung des Strafrechtes einschließlich der Abschaffung oder Einführung der Todesstrafe. Aber das, was in den USA als unveräußerliche Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger gilt – etwa das Verbot von Diskriminierung von „Rasse“ und Geschlecht, das entzieht sich der Gestaltungsfreiheit der einzelnen Staaten.

Die „checks and balances“, die Qualitätsmerkmale der „Madisonian Democracy“ und damit der liberalen Demokratie, setzen die Effizienz des Entscheidungsprozesses nicht über dessen demokratische Qualität, die aus einer Vielzahl von Mitbestimmungsmöglichkeiten auf den verschiedensten Ebenen besteht. Die Demokratie à la Madison steht zwar dem Gedanken einer Effizienz des politischen Prozesses nicht entgegen. Aber die Förderung politischer Effizienz ist nicht der Primärwert liberaler Demokratie – sondern die Öffnung dieses Prozesses für eine maximale Zahl der von diesem Prozess Betroffenen. Und in der relativen Vernachlässigung des Effizienzzielles sehen alle Populisten die Hauptschwäche liberaler Demokratie.

3. „Populistic Democracy“ als Machtkonzentration

Das Demokratieverständnis des Populismus läuft auf eine Relativierung und letztlich Ausschaltung aller Institutionen hinaus, die sich zwischen das „Volk“ (das heißt dessen jeweiliger Mehrheit) und die Regierungsspitze schieben. Robert Dahl definiert „Populistic Democracy“ im Anschluss an de Tocqueville als „absolute Souveränität der Mehrheit“.⁹

Das uneingeschränkte Prinzip der Mehrheitsherrschaft schließt grundsätzlich Vetorechte aller anderen aus, die nicht im Namen der Mehrheit sprechen. Damit verliert das komplexe System einer gewaltentrennenden „Madisonian Democracy“ ihre Berechtigung: Grund- und Menschenrechte unterliegen dem jeweiligen Willen der Mehrheit, die Instrumente parlamentarischer Opposition stehen der regierenden Mehrheit zur Disposition, und kein Höchstgericht darf sich dem Mehrheitswillen entgegenstellen. Das populistische Demokratieverständnis ist zumindest latent minderheitenfeindlich, weil es den rechtlichen Schutz von Individuen und (ethnischer, religiösen, anders definierten) Minderheiten von den Interessen der Mehrheit abhängig macht.

Das „Volk“ regiert sich selbst – in Form einer Mehrheitsdiktatur, die immanent keinerlei Begrenzungen kennt. Auf ein solches Demokratieverständnis haben sich in der Geschichte des 20. Jahrhunderts die totalitären politischen Systeme berufen – die „rechten“ wie die „linken“. Benito Mussolini (1883–1945) und Adolf Hitler (1889–1945), Josef Stalin (1878–1953) und Mao Zedong (1893–1976) definierten sich nicht als Gegner der Demokratie. Sie verstanden sich als Repräsentanten einer „wahren“ Demokratie, die eine unzureichende „Formaldemokratie“ (etwa die der Weimarer Republik) beseitigten. Alle totalitären Diktatoren beriefen sich auf die Mehrheit des „Volkes“ und beseitigten mit dieser Rechtfertigung alle Begrenzungen ihrer Herrschaft.

Da das „Volk“, da die Mehrheit des „Volkes“ nicht unmittelbar handeln kann, braucht ein politisches System Akteure, die mit Berufung auf „Volk“ und Mehrheit die Regierungsgeschäfte ausüben. Dies läuft mit Notwendigkeit auf eine extreme Konzentration von Macht in den Händen weniger (etwa eines „Politbüros“) oder eines einzigen Führers hinaus – Akteure, die in Form kontrollierter „Wahlen“ (die keine Auswahl erlauben) sich immer und immer wieder vom „Volk“ bestätigen lassen, dass sie sich zurecht auf das „Volk“ berufen können. Diese im populistischen Denken angelegte Fortführung der Diktatur der Mehrheit kann etwa bei Carl Schmitt (1888–1985) festgestellt werden: in einer auffallenden analytischen Armut setzte Schmitt den totalitär herrschenden „Führer“

⁹ EBD., S. 36.

mit dem „Volk“ gleich und versuchte zu begründen, dass die Alleinherrschaft der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) der Demokratie nicht widersprach. Eine politische Ordnung, die auf dem Machtmonopol einer Partei und einer Person innerhalb der Einheitspartei aufbaute; eine Ordnung, die alle Institutionen sowohl der vertikalen Gewaltentrennung (den föderalistischen Aufbau Deutschlands) als auch der horizontalen Gewaltentrennung (insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz) innerhalb weniger Monate beseitigt hatte: eine solche Ordnung war nach Carl Schmitt Ausdruck des wahren Willen des „Volkes“.

Carl Schmitt wurde zum rechtstheoretischen und ideologischen Propagandisten des NS-Staates, in dem er die Demokratie der Weimarer Republik „als einen Zustand anarchischen Durcheinanders von Pluralismus, Föderalismus und Polykratie“ einstufte.¹⁰ Dem populistischen Affekt sind eben die entscheidenden Merkmale liberaler Demokratie zuwider: Pluralismus und Gewaltentrennung und Vielfalt. Der Populismus beruft sich auf das „Volk“ und das in der Gesellschaft vorhandene Unbehagen mit der Komplexität liberaler Demokratie. Der Populismus beansprucht die Demokratie, um die Zerstörung der real existierenden Demokratie – etwa die der Weimarer Republik – zu rechtfertigen.

Jeder Populismus läuft auf die Beschränkung und letztlich Beendigung alles dessen hinaus, was eine „liberale“ Demokratie ausmacht – eine Demokratie, wie sie James Madison konzipiert hatte: der Respekt vor und die Anerkennung der Vielfalt von Interessen und Meinungen; die politische Umsetzung der in jeder Gesellschaft vorhandenen Pluralität; der freie und faire politische Wettbewerb um die Zustimmung nicht des „Volkes“, sondern von Teilen der Gesellschaft. Populismus ist seinem Wesen nach anti-pluralistisch. Populismus widerspricht damit der für die Demokratietheorie der Gegenwart selbstverständlichen Einsicht, dass Demokratie Vielfalt braucht – die Pluralität der Interessen und Meinungen, ausgedrückt in einem Mehrparteiensystem.¹¹

4. Populismus als Technik

Populismus ist nicht als eine demokratische Alternative zur liberalen Demokratie zu sehen, und dies aus zwei Gründen: Populismus, konsequent zu Ende gedacht, würde auf eine perfekte plebiszitäre Demokratie hinauslaufen, in der alle Entscheidungen direkt beim „Volk“ liegen. Für eine als Staat organisierte

¹⁰ FIJALKOMWSK, 1958, S. 127.

¹¹ MÜLLER, 2011; SALZBORN, 2012.

Gesellschaft würde das heißen, dass das „Volk“ alles unmittelbar zu entscheiden hat – von der Frage der diplomatischen Beziehungen über die Details von Handelsabkommen bis hin zur Ausdifferenzierung und Finanzierung des Bildungssystems. Es ist natürlich kein Zufall, dass keine staatliche Ordnung diesem (fiktiven) Ziel auch nur annähernd nahe gekommen ist. Auch in der Schweiz mit ihrem hoch entwickelten System direkt demokratischer Mitbestimmung gibt es ein Parlament (den National- und den Ständerat), gibt es eine Regierung (den Bundesrat), gibt es unabhängige Gerichte. Die direkte Demokratie, Wunschbild des Populismus, ist in der Schweiz eine wichtige Ergänzung einer weiterhin vor allem repräsentativen Demokratie. Eine Gesellschaft braucht Arbeitsteilung, um sich organisieren zu können, um zu funktionieren – Arbeitsteilung in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik. Eine zu Ende gedachte, populistisch begründete direkte Demokratie wäre nicht Volksherrschaft, sie wäre Anarchie.

Dem Populismus fällt freilich auch und gerade in der repräsentativen, in der liberalen Demokratie die Rolle einer Mobilisierungstechnik zu. Gruppenidentitäten – das „Wir“ – sind Teil jedes gesellschaftlichen Bewusstseins: „wir“, die Frauen; „wir“, die Jungen; „wir“, die Muslime; „wir“, die Bauern – alle diese Vorstellungen einer Gemeinsamkeit von Interessen und Werten beeinflussen unvermeidlich politisches Verhalten. Und ebenso unvermeidlich neigen politische Bewegungen und Parteien dazu, solchen auf Identität beruhenden Bedürfnissen nachzukommen: das ist selbstverständlich Teil der real existierenden Demokratie, in der Parteien nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung sind. Politik in der real existierenden, liberalen Demokratie funktioniert als Markt – Anbieter (Parteien) versuchen, aus Eigeninteresse (dem Interesse am Wahlerfolg) die vorhandene (politische) Nachfrage zu befriedigen.¹²

Der Populismus als politische Technik hat Konsequenzen: die besondere Betonung des Gegensatzes von „uns“ und den „anderen“. Ein Beispiel für den Zusammenhang zwischen populistischer Technik und dem Ausschluss „anderer“ liefert die Schweiz. Die Eidgenossenschaft ist eine von unten nach oben gewachsene Föderation, in der auf allen Ebenen der direkten Demokratie eine wesentliche, die repräsentative Demokratie nicht einfach nur ergänzende Rolle zukommt: auf der Ebene der Gemeinden, der Kantone und des Bundes (der „Eidgenossenschaft“) besitzen qualifizierte Minderheiten die Möglichkeit, direkt demokratische Entscheidungen zu erzwingen. Diese strukturelle Vorgabe, die der Präferenz des Populismus für plebiszitäre demokratische Komponenten entspricht, hat in der Schweiz – die sich aus guten Gründen als die „älteste

¹² Downs, 1957, S. 114–141.

Festlanddemokratie Europas“ sieht – zu einem ungewöhnlich langen, für die Schweizer Demokratiequalität wesentlichen Versäumnis geführt: zur auffallenden Verspätung des Frauenstimmrechtes.

Während im übrigen Europa in den meisten Staaten das Frauenstimmrecht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingeführt wurde – zumeist nach dem Ersten, in machen Staaten (so in Frankreich und Italien) nach dem Zweiten Weltkrieg, mussten die Frauen der Schweiz bis tief in die zweite Hälfte des Jahrhunderts warten, bis ihnen das Stimmrecht und damit die politische Gleichstellung zuerkannt wurde. Der Grund dafür war keineswegs, dass die soziökonomischen Modernisierungsschübe und die Verbreiterung des Zugangs zur höheren Bildung in der Schweiz nicht stattgefunden hätten – Entwicklungsphänomene, die anderswo in Europa und in Amerika den Hintergrund für die Durchsetzung des Frauenstimmrechtes bildeten. Der Grund war die Konsequenz eines Populismus, der darauf bestand (und besteht), dass das „Volk“ direkt zu entscheiden hat, wer in dieses „Volk“ eingeschlossen und wer von ihm ausgeschlossen ist.

In der Schweiz wurden auf allen Ebenen die Männer gefragt, ob sie das Privileg des Stimmrechtes mit den Frauen teilen wollten. Und obwohl die Schweizer Männer keineswegs schlechter gebildet waren als Männer in Schweden oder Österreich; obwohl Frauen an Schweizer Universitäten schon vor 1900 studieren konnten, zu einem Zeitpunkt, als dies ihnen fast überall in Europa noch untersagt war, entschieden die Männer über Jahre immer wieder – direkt demokratisch – den Frauen das Stimmrecht nicht zu „gewähren“.¹³

Der Populismus baut auf einem (vermeintlich) klaren Verständnis vom „Volk“, und damit von den Grenzen zwischen dem „Volk“, und denen, die nicht dazu gehören auf. Letztere werden ausgeschlossen, sind am politischen Prozess nicht beteiligt – und werden auch als Feindbilder genutzt: das „Volk“ war in den britischen Kolonien Nordamerikas 1766 ein Kampfbegriff gegen die britische Krone, die britische Regierung; das „Volk“ im Frankreich des Jahres 1789 war ein ebensolcher Kampfbegriff gegen „die da oben“, gegen den Adel und den Klerus; aber das „Volk“ war auch ein Kampfbegriff, um im Deutschen Reich Menschen jüdischer Herkunft aus dem „Volk“ zu entfernen; und das „Volk“ (oder auch die Nation) war und ist heute immer auch ein Kampfbegriff gegen Zuwanderung – in den USA, in Europa, in Japan. Mit dem „Volk“ werden Gegner benannt, konstruiert, zu Feinden erklärt – von „unten“ nach „oben“, von „drinnen“ nach „draußen“.

Volk und Nation sind keine Erfindungen, sie sind aber Konstruktionen aus Teilen einer Realität, die in ihrer Komplexität verdrängt wird. Volk und Nation

¹³ LINDER/BOLLIGER/RIELLE, 2010, S. 268–270, 308–310.

werden fiktiv ethnisiert und homogenisiert, um sie gegen die „anderen“ abgrenzen zu können. In bestimmten Phasen werden religiöse Differenzen zur Unterscheidung zwischen „uns“ und den „anderen“ verwendet, in anderen Perioden die Unterschiede der Hautfarbe („Rasse“), oder es werden Rassen („Juden“, „Zigeuner“) erfunden, um eine gefühlte und in diesem Sinn bereits vorhandene Differenzidentität zu bestätigen.

Populismus selbst ist kein Konstrukt, keine Erfindung. Populismus drückt eine grundsätzlich immer vorhandene Lust an der Differenz aus. Diese Lust äußert sich etwa in der Betonung der Unterschiede zwischen den sozialen Rollen von Frauen und Männern (zum Beispiel in der Tradition monotheistischer Religionen), in der Hervorhebung der Unterschiede zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, in dem politisch motivierten Herausstreichen von Unterschieden kultureller Traditionen. Diese Lust an der Differenz steht im Widerspruch zur Geschichte der Menschheit, die eine Folge von Ausdifferenzierung und Homogenisierung ist.¹⁴ Und sie steht im Widerspruch zur neuzeitlichen Globalisierung. Eben deshalb ist die real existierende Globalisierung – in ihrer kulturellen und politischen Form – eines der zentralen Feindbilder des Populismus: Globalisierung relativiert die Unterschiede zwischen „uns“ und den „anderen“.

Der real vorhandene Antiglobalisierungseffekt, der auch ein Antiegalitätseffekt ist, wird im Wettbewerb um Wählerstimmen genutzt – von politischen Kräften, auch solchen, die durchaus innerhalb der Spielregeln liberaler Demokratie agieren. Die Nutzung vorhandener Stereotype und Vorurteile gegen die „anderen“, die als Bedrohung empfundenen „Fremden“, sind Bestandteil der Wirklichkeit der Demokratie. In diesem Sinn war und ist Populismus ein Stück der Realität einer populistisch beeinflussten, insgesamt aber keineswegs populistischen Demokratie.

5. Politik macht Recht – macht Recht Politik?

Die liberale Demokratie betont nicht nur die Begrenzung der Mehrheitsherrschaft, sie baut auch auf die Begrenzung jeder Form politischer Willkür. Demokratie kann nur in Form eines Rechtsstaates existieren – und das bedeutet, dass Politik sich durch politische Rechtssetzung selbst beschränkt. Um der Freiheit willen – der Freiheit der Individuen, der Minderheiten, der Mehrheit – braucht

¹⁴ DIAMOND, 1999.

es einen die Freiheit einschränkenden, rechtlichen Rahmen.¹⁵ Die Politik schützt sich durch den Rechtsstaat vor sich selbst.

Der Rechtsstaat ist Produkt der Politik – Ergebnis einer politischen Rechtssetzung, etwa des unvermeidlich politischen Beschlusses über eine Verfassung und der Implementierung eben dieser Verfassung. Mit dem Rechtsstaat setzt die Politik sich selbst Grenzen. Und diese Grenzen existieren auch in einer ebenfalls politisch zustande gekommenen, transnationalen Form verbindlicher Normen – etwa der Europäischen Menschenrechtskonvention, über deren Einhaltung ein transnationaler Gerichtshof wacht.

Die Geschichte des modernen, des neuzeitlichen Rechtsstaates zeigt, dass die Grundlagen dieser Selbstbeschränkung der Politik einem ständigen Wandel unterliegen; einem Wandel, der auch und wesentlich von den Widersprüchen zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestimmt wird. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch der bürgerlichen Revolutionen in den USA und Frankreich – ausgedrückt in der Formulierung universeller Menschenrechte („Alle Menschen sind frei und gleich geboren“) – und der Wirklichkeit des Ausschlusses von Frauen, Sklaven, indigenen Völkern von diesen Rechten provozierte eine Dynamik, die auf eine langfristige Ausweitung der realen Umsetzung der Menschenrechte hinauslief.

Mit dieser Dynamik war und ist aber auch eine Ausweitung der Selbstbeschränkung der Politik verbunden: durch die Aufnahme des Verbots der Sklaverei in die US-Verfassung wird die Politik daran gehindert, durch einfache Gesetze die Sklaverei wieder einzuführen; durch die verfassungsrechtliche Verankerung der Gleichheit von Frauen und Männern vor dem Gesetz ist ein politisch motivierter Ausschluss eines Geschlechtes von den rechtsstaatlichen Ansprüchen systemimmanent unmöglich. Die Geschichte des Rechtsstaates und der ihm immanenten Beschränkung der Politik begleitet die politische Geschichte der letzten Jahrhunderte.

Damit ist aber die Frage offen: welche (rechtlichen? politischen?) Grundsätze, Ideale, Normen treiben diese Entwicklung voran? Gibt es ein Recht, das über dem vorhandenen, dem positiven Recht steht, ein Axiom, das zu Veränderungen des rechtlichen Status quo zwingt? William H. Seward (1801–1872), der 1861 Präsident Abraham Lincolns „Secretary of State“, also Außenminister werden sollte, hielt im US-Senat am 11. März 1850 eine Rede, die sofort als Motor und bahnbrechende Begründung der Anti-Sklavereibewegung erkannt wurde. Da die Verfassung von 1787 die Berechtigung der Sklaverei als Institution den einzelnen Staaten zur Entscheidung überlassen hatte, war nach der

¹⁵ SARTORI, 1987, S. 298–336.

geltenden (engen) Interpretation der US-Verfassung die Union damals selbst nicht berechtigt, sich mit der existierenden Sklaverei in den Südstaaten der USA auseinanderzusetzen. Seward aber führte aus, es bestünde ein „höheres Recht“ („higher law“), das über der Verfassung stünde – und das begründe die Kompetenz, auch in die 1787 verfassungsrechtlich begründete einzelstaatliche Kompetenz einzugreifen.¹⁶

Seward hatte damit einen Grundgedanken formuliert, der in seiner Doppeldeutigkeit für das eine Ziel – und gleichzeitig auch für dessen Gegenteil – instrumentalisiert werden kann. Denn wer bestimmt, was dieses „höhere Recht“ beinhaltet? Eine über der Politik bestehende Autorität? Seward hatte damit an die historisch vor allem religiös begründete Tradition eines Naturrechts angeknüpft, das über dem positiven Recht steht, dem unmittelbaren Produkt der jeweils herrschenden politischen Hegemonie.

Hans Kelsen (1881–1973), der wie kein anderer das Recht von jeder ideologischen Begründung freizumachen versuchte – um so zu verhindern, dass Recht politisch beliebig in den Dienst der jeweils Herrschenden genommen wird –, konnte bei seiner „Entschlackung“ des Rechtes auch nicht umhin, die Existenz einer „Grundnorm“ zu akzeptieren. Kelsen selbst unternahm es freilich nicht, eine inhaltliche Ausformung dieser Norm zu versuchen, die dem positiven Recht vorgeordnet wäre.¹⁷

Es ist zunächst ein traditionelles Verständnis von Naturrecht, das dem, was Kelsen „Grundnorm“ nennt, ein Inhalt geben wird. Doch alle diese Versuche kommen nicht umhin, die historische Wandelbarkeit des Naturrechts zu konzedieren. Was in Europa um 1700 Naturrecht war, war dies um 2000 so nicht mehr. August Maria Knoll (1900–1963) hat diese Abhängigkeit jeder Konzeption von Naturrecht am Beispiel des katholischen Naturrechts einer ausführlichen, kritischen Analyse unterzogen.¹⁸ Anhand verschiedener Beispiele – etwa des „kanonischen Zinsverbotes“ oder der naturrechtlichen Bewertung der Sklaverei – machte Knoll deutlich, dass die konkrete Ausgestaltung des Naturrechtes abhängig vom jeweils herrschenden Zeitgeist, von der jeweiligen hegemonialen Kultur ist: das päpstliche Zinsverbot wurde aufgehoben, als der Siegeszug des Kapitalismus für die Kirche unaufhaltsam schien; die Sklaverei wurde kirchlich erst in Frage gestellt, als eine vom angelsächsischen Protestantismus mit ethischen Argumenten inspirierte Bewegung (in Verbindung mit globalen ökonomischen

¹⁶ GOODWIN, 2005, S. 145 f.

¹⁷ KELSEN, 1934.

¹⁸ KNOLL, 1962.

mischen Entwicklungen) der Sklaverei die entscheidenden Grundlagen entzog. Und auch die Freiheiten, die von den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts gegen den Widerstand der Kirche durchgesetzt worden waren, fanden (erst) im 20. Jahrhundert ihren Niederschlag in der Naturrechtslehre der Kirche – als diese Freiheiten weitgehend schon außer Streit gestellt waren.

Die von Knoll (und anderen) historisch gut begründete Skepsis gegenüber den verschiedensten Konzeptionen eines über dem positiven Recht stehenden Naturrechts ändert freilich nichts daran, dass die Frage offen bleibt, wie Kelsens „Grundnorm“ zustande kommt; und wer sie wie zu verschieben in der Lage ist. Robert Dahls Antwort ist von einer pragmatischen Logik, die es vermeidet, in den Fallstricken zwischen abstrakter Philosophie und einem notwendig dekonstruierenden, einem Scheinwissen entlarvenden Historismus gefangen zu bleiben. Er begründet eine Art demokratischer Grundnorm als Theorie der „Citizenship“, die er zwingend von dem Anspruch der Demokratie deduziert: jede Person, die einer Macht (einem Normensystem) unterworfen ist, muss die Möglichkeit besitzen, an dem Prozess teilzunehmen, der diese Macht legitimiert.¹⁹

Gegen diese überzeugend begründete Grundnorm, die auch auf eine Liberalisierung des Staatsbürgerschaftsrechtes in allen Demokratien hinausläuft, wendet sich die derzeit in Europa und in den USA primäre Energie des Populismus.²⁰ Die populistischen Bewegungen und Parteien – von „America First“ bis zum realen Populismus in der europäischen Parteienlandschaft – wollen nicht die Einschließung von Menschen, sie wollen deren Ausschließung.²¹ Mit diesem Widerspruch zwischen Populismus und demokratischer Grundnorm ist nicht die Abwehr von Zuwanderung gemeint, sondern die massive Erschwerung des Zuganges zu den demokratischen Mitbestimmungsrechten derer, die bereits zugewandert sind. Der Populismus hat zwar keine real existierende Alternative zur liberalen Demokratie geschaffen, aber er hat diese Demokratie durch die Relativierung ihrer Grundnorm teilweise unterwandert.

6. Konklusion: Populismus als bedrohliche Schimäre

Populismus versteht „Volk“ nicht universell, sondern als Betonung der Differenz des „eigenen“ Volkes von den „anderen“ Völkern. Populismus kann durchaus auch Respekt vor den „anderen“ bedeuten – etwa in Form eines Ethno-Plura-

¹⁹ DAHL, 1989.

²⁰ BAUBÖCK, 1994.

²¹ WODAK/KHOSRAVINIK/MRAL, 2013.

lismus. Aber innerhalb des „eigenen“ Volkes wird Einheit, wird Homogenität betont und konstruiert; und gegenüber den „anderen“ kann und wird die Betonung von Unterschieden oft für die Rationalisierung von Krieg und anderer Gewalt genutzt – etwa in den religiös legitimierten Kriegen des Mittelalters (zum Beispiel der gegen „Ketzer“, Juden, Muslime geführten Kreuzzüge) und der frühen Neuzeit; etwa auch in dem als „weltanschaulichen Vernichtungskrieg“ geführten Angriffskrieges des NS-Staates vor allem gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) (in Verbindung mit dem Holocaust); etwa im südafrikanischen Apartheid-System.

Populismus ist kein neues, erst im 21. Jahrhundert zu beobachtendes Phänomen. Das Auf und Ab des Populismus hat eine lange Geschichte – von den politischen Auswirkungen der Anti-Migrations Affekte in den USA im 19. Jahrhundert (die aggressive Ablehnung katholisch-irischer oder chinesischer Einwanderung) bis zu den analogen Affekten im Europa des 21. Jahrhunderts; von den sich auf das „Volk“ berufenden Formen bonapartistischer Diktatur der beiden „Kaiser der Franzosen“ zu den verschiedenen Formen des Faschismus; vom sich auf die Gleichsetzung von Arbeiterklasse und Volk berufende Diktatur des Marxismus-Leninismus und dessen „Volksdemokratien“ zum biologisch-rassistischen Volksbegriff, der zur Rechtfertigung des NS-Staates diente. Was aber eindrucksvoll auffällt, das ist das Fehlen von Nachhaltigkeit der mit Berufung auf das „Volk“ errichteten Ordnungen. Der Populismus lebt weiter als ein nur zu oft verständlicher und erklärbarer Affekt – aber er lebt nicht als ein Angebot eines dauerhaften Systems, einer Alternative zur Demokratie à la Madison.

Dass sich die menschen-, ja völkervernichtenden totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts ebenfalls populistischer Vereinfachungen bedient haben, um ihre Herrschaft zu rechtfertigen, unterstreicht das totalitäre Potential des Populismus.²² Dass diese Systeme noch in dem Jahrhundert untergegangen sind, in dem sie entstanden sind, weist auf die Unfähigkeit des totalitären Populismus, dauerhaft politisch konstruktiv zu sein: die groben, intellektuell naiven Vereinfachungen eines „Wir“- Gefühls und dessen zumindest latent feindseligen Gegenüberstellung zu den „anderen“ kann zerstören; es kann aber auf Dauer nicht aufbauen.

Populistische Elemente und Teilphänomene sind unvermeidliche Teile der real existierenden Demokratie. Aber der Populismus war und ist nicht fähig, ein Gesamtangebot zur Gestaltung der politischen Ordnung zu machen – wie das James Madison und die Schöpfer der zeitbedingt höchst unvollkommenen, in die Rechtsordnung einer Verfassung gegossenen Demokratie zu schaffen ver-

²² TALMON, 1952; ARENDT, 1986.

mochten. Diese unvollkommene Ordnung wurde schrittweise verändert und vor allem verbessert, in Einsicht in ihre Unvollkommenheit und unter Vermeidung utopischer Perfektionsversprechungen.²³ Und sie ist in der Lage, im Sinne eines „piecemeal engineering“, diesen evolutionären Weg fortzusetzen. Dieser Bilanz hat der Populismus nichts entgegenzusetzen.

7. Literaturverzeichnis

- ANDERSON, Benedict: *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*, London 2006.
- ARENDT, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Serie Piper 645), München 1986.
- BAUBÖCK, Rainer: *Transnational Citizenship and Rights in International Migration*, Cheltenham 1994.
- DAHL, Robert A.: *A Preface to Democratic Theory* (Phoenix books in political science 115), Chicago ¹¹1970.
- DAHL, Robert A.: *Polyarchy. Participation and Opposition* (A Yale paperbound Y254), New Haven ²1972.
- DAHL, Robert A.: *Democracy and Its Critics*, New Haven 1989.
- DIAMOND, Jared: *Guns, Germs, and Steel. The Fates of Human Societies*, New York 1999.
- DOWNES, Anthony: *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957.
- ELLIS, Joseph J.: *The Quartet. Orchestrating the Second American Revolution, 1783–1789*, New York 2015.
- FIJALKOWSKI, Jürgen: *Die Wendung zum Führerstaat. Ideologische Komponenten in der politischen Philosophie Carl Schmitts* (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 12), Köln 1958.
- GOODWIN, Doris Kearns: *Team of Rivals. The Political Genius of Abraham Lincoln*, New York 2005.
- KELSEN, Hans: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Tübingen ²1929.
- KELSEN, Hans: *Reine Rechtslehre*, Leipzig 1934.
- KNOLL, August M.: *Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht. Zur Frage der Freiheit* (Europäische Perspektiven), Wien 1962.

²³ SARTORI, 1987, S. 58–85.

- LINDER, Wolf/BOLLIGER, Christian/RIELLE, Ivan (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007, Bern 2010.
- MADISON, James/HAMILTON, Alexander/JAY, John: The Federalist Papers, Lexington 2012.
- MÜLLER, Jan-Werner: Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe, New Haven 2011.
- RIKER, William H.: Liberalism Against Populism. A Confrontation Between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice, Prospect Heights 1988.
- SALZBORN, Samuel: Demokratie. Theorien, Formen, Entwicklungen, Baden-Baden 2012.
- SARTORI, Giovanni: The Theory of Democracy Revisited, Chatham 1987.
- SCHUMPETER, Joseph A.: Capitalism, Socialism and Democracy, New York³1950.
- TALMON, YA‘AҚOV LEYB: The Origins of Totalitarian Democracy, London 1952.
- WODAK, Ruth/KHOSRAVINIK, Majid/MRAL, Brigitte (Hg.): Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London 2013.

Alma Hannig

Antisemitismus und Populismus in Österreich: Zwei unzertrennliche Phänomene? – Eine geschichtswissenschaftliche Annäherung

„In letzter Zeit ist aber der Zuzug der Tschechen zu uns nicht mehr normal, sondern wird planmäßig gefördert, um uns Deutsche zu verdrängen und Wien zu erobern. Die Tschechen, die eingewandert sind, sich hier den Magen gefüllt und ein warmes Nest gefunden haben, fordern jetzt die Errichtung tschechischer Schulen. Das würde Millionen kosten, und wir deutschen Steuerträger sollen es zahlen.“¹ Auf eine verblüffende Art und Weise ähneln die Aussagen und die Wortwahl des christlichsozialen Gemeinderatsabgeordneten Adolf Gussenbauer (1862–1938) aus dem Jahr 1911 den Kommentaren und Ausführungen der heutigen Rechtspopulisten.² Lediglich das damalige Feindbild, „die Tschechen“, irritiert; würde man es durch andere ethnische Gruppen ersetzen, würde es kaum auffallen, dass es sich um einen 100 Jahre alten Text handelt. Die damals eingesetzte Rhetorik inklusive gewisser Metaphern – „planmäßige Förderung der Migration“, „Verdrängung der Deutschen“ durch Migranten, die sich den „Magen füllen“ und Wien „erobern“, und schließlich die Errichtung eigener Schulen auf Kosten der deutschen Steuerzahler – lässt sich heute problemlos in zahlreichen Debatten, Reden und Publikationen aus dem rechtspopulistischen und -radikalen Umfeld finden – mit einer Wortwahl, die teilweise auf „historisch belastete“ Begriffe zurückgreift. Da ist dann von „Umvolkung“, „Bevölkerungsaustausch“, „Ethnosuizid“ und der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ die Rede.³ Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass sowohl die Thematik als auch die Rhetorik scheinbar zeitlos sind, als ob zwei Weltkriege und der Holocaust keine Auswirkungen auf die politische Kultur gehabt hätten.

Auffällig ist auch die Parallelität der Wahlslogans populistischer Parteien: hieß es vor über 100 Jahren bei den Christlichsozialen, „Groß-Wien darf nicht

¹ [ANON.]: Die „Südmark“-Versammlung, in: Deutsches Volksblatt, 30. Januar 1911, S. 5.

² Zu Adolf Gussenbauer und allgemein zur Fremdenfeindlichkeit und zum Antisemitismus im Wiener Gemeinderat siehe LEHNER, 2016.

³ NIEHR, 2017.

Groß-Jerusalem werden“⁴, so wurde die gleiche Botschaft in einer leicht abgewandelten Variante 2005 von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) eingesetzt: „Wien darf nicht Istanbul werden.“ Wann immer die Bedeutung und die Verantwortung der Medien, allen voran der sozialen Medien, für die heutige Politik und die Verrohung der Sprache betont werden, stellt sich die Frage, warum – trotz des enormen technischen Fortschritts in den vergangenen 100 Jahren und der Vielfalt des medialen Angebots mit seiner einfachen Zugänglichkeit für jeden – noch immer die gleiche Art der Werbung mit nahezu identischer Wortwahl eingesetzt wird, und warum diese funktioniert? Vermutlich, weil es sich um Instrumente und Kennzeichen des Populismus handelt, der sich zwar wandelt und anpasst, im Kern aber immer die gleichen Wesensmerkmale aufweist.

Populismus ist eine „Politikvorstellung“⁵, die von der Idee ausgeht, dass die Gesellschaft aus zwei homogenen Gruppen besteht, die sich antagonistisch gegenüberstehen: dem „Wir“ und den „Anderen“ beziehungsweise dem „Volk“ und den „Eliten“, wobei Populisten selbst entscheiden, wer zu welcher Gruppe gehört. Das „Wir“ kann eine imaginierte Nation oder eine Bevölkerungsgruppe sein, die sich gegen die „Anderen“, beispielsweise andere Bevölkerungsgruppen, religiöse, kulturelle oder sprachliche Minderheiten, aber auch Parteien, Medien, Konzerne, et cetera auflehnt. Populisten bedienen sich vorhandener Ressentiments oder kreieren neue. Für die eigene Gruppe schaffen sie durch eine möglichst deutliche Abgrenzung zu den „Anderen“ eine gemeinsame Identität. Den „Anderen“ werden oft Attribute wie korrupt, arbeitsunwillig, selbstsüchtig und dominant zugeschrieben. Populisten erheben den Anspruch, die (schweigende) Mehrheit zu vertreten, unabhängig von den tatsächlichen Mehrheiten, die durch Wahlen oder repräsentative Umfragen erhoben werden. Sie stehen Kompromissen und vermittelnden, pluralistischen Institutionen, allen voran Parlamenten und Medien sowie der repräsentativen liberalen Demokratie im Allgemeinen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie propagieren ein plebiszitäres Präsidialsystem mit einer starken Person an der Spitze, deren Handeln durch Referenden eigentlich nur bestätigt werden soll. Andersdenkende werden als Verräter diffamiert und ihre Zugehörigkeit zum „wahren Volk“ negiert. Populismus tritt verstärkt in Phasen großer politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen und Krisen auf. Er reagiert mit Protest darauf, schürt Ängste und bietet einfache Erklärungen und Lösungsansätze an.

⁴ HAMANN, 2001, S. 404.

⁵ MÜLLER, 2016, S. 42. Für Definition und Typisierung siehe ebd., DECKER, 2006; DECKER/LEWANDOWSKI, 2017; PRIESTER, 2012; PRIESTER, 2016.

Generell wird zwischen Rechts- und Linkspopulismus unterschieden, wobei inzwischen auch der „Populismus der Mitte“ immer stärker thematisiert wird. Allen gemeinsam ist die erklärte Gegnerschaft zu den herrschenden Eliten beziehungsweise zum herrschenden System sowie ihr Anspruch, die „wahren“ Interessen des „Volkes“ zu vertreten. Ihr Politik- und Kommunikationsstil ist durch Vereinfachung, Polarisierung, Emotionalisierung, Dramatisierung, Personalisierung sowie permanente Provokationen und bewusste Tabubrüche gekennzeichnet. Meist wird der Linkspopulismus als egalitär, universalistisch und inklusorisch charakterisiert. Der Rechtspopulismus, der in der Forschung wesentlich mehr Beachtung findet, ist hingegen anti-egalitär, antipluralistisch und zeichnet sich durch einen ausgeprägt exklusorischen Zug aus. Populismus ist zeitgebunden – der Zeitgeist sowie die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen einer Epoche spielen stets eine wichtige Rolle. Zahlreiche Studien zeigen, dass Populisten, vor allem Rechtspopulisten, im heutigen Europa meist die gleichen Vorurteile teilen: Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie, Homophobie, Islamophobie und Sexismus/Antifeminismus.⁶ Hier stellt sich jedoch die Frage, ob diese Ressentiments tatsächlich zeitgebunden sind. Denn schon eine kursorische Durchsicht der Zeitungen zeigt, dass mit Ausnahme der Islamophobie alle anderen Faktoren auch vor 100 oder 150 Jahren für Populisten eine wichtige Rolle spielten.

Die neuesten Forschungen zählen das Thema Migration und Integration zu den „wichtigsten Mobilisierungsthemen“ der aktuellen (rechts)populistischen Parteien.⁷ Das Eingangszitat sowie zahlreiche andere Quellen verraten jedoch, dass bereits im 19. Jahrhundert Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit den Populisten als „Sprungbrett“ dienten und zusammen mit dem Antisemitismus zu den Hauptinstrumenten der Mobilisierung der politischen Parteien in Europa gehörten.⁸ Untersuchungen, die diese langen Entwicklungslinien aufzeigen könnten, fehlen jedoch weitgehend, da Historiker kaum einen Beitrag zum Thema Populismus leisten.⁹ Das Thema ist omnipräsent: kaum vergeht ein Tag, an dem nicht vom „Gespenst des Populismus“ und vom „Zeitalter des Populismus“ die Rede ist, oder an dem nicht ein Politiker oder dessen Vorhaben als populistisch bezeichnet werden. Wenn zuweilen zu lesen ist, dass es historische Vorbilder gegeben habe und Populismus nicht ganz so neu sei, dann sind damit

⁶ WODAK, 2018, S. 70.

⁷ LOCHOCKI, 2012. Siehe auch LOCHOCKI, 2018; POIER/SAYWALD-WEDL/UNGER, 2017.

⁸ LEHNER, 2016.

⁹ Zu den Ausnahmen zählen: BEIGEL/ECKERT, 2017a; FABER/UNGER, 2008.

meist die 1980er-Jahre gemeint. Der Fokus der wissenschaftlichen Beschäftigung sowie journalistischer Publikationen liegt somit auf der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit.¹⁰

1. Österreich – „eine Art Langzeit-Laborversuch für rechtspopulistische Umtriebe“¹¹?

„Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million“. Diese Liedzeile aus einem Liederbuch der österreichischen Burschenschaft Germania, das antisemitische Texte enthält, sorgte im Januar 2018 für einen Skandal, den die FPÖ-Führung zum Anlass nahm, eine Historikerkommission für die Aufarbeitung der Vergangenheit der eigenen Partei einzuberufen.¹² Andreas Mölzer, der Koordinator der Kommission und langjähriger FPÖ-Ideologe, bezeichnete das ganze Vorgehen als ein „taktisches Manöver, um aus den Schlagzeilen zu kommen“.¹³ Vermutlich ging es nicht zuletzt darum, den Koalitionspartner, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) zu beruhigen, weshalb es wenig verwunderlich ist, dass die Arbeit der Kommission nach dem Auseinanderbrechen der Regierungskoalition für die FPÖ an Bedeutung verlor. Der knapp 650 Seiten starke Bericht¹⁴ wurde einen Tag vor Heiligabend 2019 als „Weihnachtsgeschenk für die Gegenöffentlichkeit“¹⁵ präsentiert und sorgt nun nicht nur wegen des beson-

¹⁰ Die meisten Arbeiten kommen aus dem Bereich der Politik- und Sozial- sowie Sprach- und Medienwissenschaften. Einen sehr guten Überblick über den Stand der Forschung bietet das 700 Seiten starke Handbuch: KALTWASSER/TAGGART/ESPEJO u. a., 2017. Auch der Rechtsextremismus wird von der Geschichtswissenschaft kaum bearbeitet: BOTSCH, 2019.

¹¹ MÜNCH, Peter: Warum Österreich im Populismus versinkt, in: SZ, 16. Oktober 2017, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/1.3709072> (26. Januar 2020).

¹² Zu diesem Zeitpunkt waren etwa 40 Prozent der FPÖ-Abgeordneten im österreichischen Nationalrat Burschenschafter. Siehe [ANON.]: Korporiertenkarrieren-Tracker, in: FIPU, 2017, URL: <https://forschungsgruppefipu.wordpress.com/2017/12/20/> (26. Januar 2020).

¹³ [ANON.]: FPÖ-Historikerkommission laut Mölzer „taktisches Manöver“, in: Die Presse, 27. April 2018, URL: <https://www.diepresse.com/5413311/> (26. Januar 2020).

¹⁴ FREIHEITLICHES BILDUNGSINSTITUT, 2019.

¹⁵ SULZBACHER, Markus/LORENZ, Laurin: FPÖ-Historikerbericht als „Weihnachtsgeschenk für die Gegenöffentlichkeit“, in: Der Standard, 23. Dezember 2019, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000112608982/> (26. Januar 2020). Zahlreiche kritische Artikel über die Historikerkommission finden sich in: Der Standard, Die Presse, Der Kurier, Wiener Zeitung sowie dem Twitteraccount von Armin Wolf.

deren Veröffentlichungsdatums, sondern auch wegen seiner Inhalte und seiner Bearbeiter für enorme Kritik. Nach Meinung vieler Historiker und Journalisten fehlte es bei der Umsetzung des Projektes an Ernsthaftigkeit, Ehrlichkeit und Wissenschaftlichkeit.¹⁶ Die Behauptung von Andreas Mölzer in seiner Nachbemerkerung, dass es sich bei den frühen Mitgliedern und Spitzenfunktionären der FPÖ und ihrer Vorgängerpartei, dem Verband der Unabhängigen (VdU), um „geläuterte ehemalige Nationalsozialisten“ gehandelt habe, die der VdU „in das demokratische Gefüge der Republik [zurückführte]“¹⁷, steht im Gegensatz zu den Ergebnissen einer neuen Studie über die „Ehemaligen“ von Margit Reiter. Der Salzburger Zeithistorikerin zufolge waren der VdU und die FPÖ das Hauptauffangbecken für die alten Nationalsozialisten. Diese haben sich zwar offiziell vom Nationalsozialismus distanziert, in ihrem privaten Umfeld jedoch hingen sie der Ideologie an.¹⁸

¹⁶ Der österreichische Zeithistoriker Oliver Rathkolb bezeichnete den Begriff Historikerkommission als einen „Etikettenschwindel“. RATHKOLB, Oliver: Nichts als ein blauer Etikettenschwindel, in: Falter, 7. Januar 2020, URL: <https://cms.falter.at/blogs/think-tank/2020/01/07/nichts> (26. Januar 2020). Vergleiche auch Interview mit dem SRF: FATZER, Simone: Wie braun ist die FPÖ?, URL: <https://www.srf.ch/news/international/wie-braun-ist-die-fpoe-die-burschenschaften-sind-heute-viel-staerker-als-unterhaider> (26. Januar 2020). Dass eine Partei für die Aufarbeitung der eigenen Geschichte auf Historiker zurückgreift, die der Partei nahe stehen, ist kein ungewöhnliches Vorgehen, zumal die FPÖ mit zum Beispiel Michael Wladika, Stefan Karner, Erwin Schmidl oder Kurt Scholz ausgewiesene Experten in die Kommission geholt hatte, denen keine Nähe zur FPÖ nachgesagt werden kann. Das intransparente Auswahlverfahren, die Mitarbeit einiger Nicht-Historiker sowie FPÖ-Funktionäre und einer Journalistin, die der rechtsextremen Identitären Bewegung nahe steht, waren die am häufigsten genannten Kritikpunkte. SCHMID, Fabian: Die dubiosen Autoren des FPÖ-Historikerberichts, in: Der Standard, 27. Dezember 2019, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000112677397/> (26. Januar 2020).

¹⁷ MÖLZER, 2019, S. 665.

¹⁸ REITER, 2019. Reiter wurde der Zugang zum FPÖ-Archiv verwehrt, dennoch gelang ihr anhand zahlreicher Quellen aus anderen Archiven eine überzeugende Darstellung. Kritisiert wurde auch Lothar Höbelts Beitrag über Anton Reinthaller, den ersten Parteiohmann der FPÖ, den Höbelt als geläutert und dessen SS- und NSDAP-Vergangenheit als nicht bedeutend einstuft. Unwissenschaftlich erscheint vor allem der polemische Vergleich zwischen Reinthaller und Bundeskanzlerin Angela Merkel: Wenn Historiker von Reinthaller „dunklen Flecken“ schreiben würden, so HÖBELT, dann müssten sie auch von Angela Merkels „dunkelroten Flecken“ schreiben. Höbelt, 2019, S. 122. Für weitere Kritikpunkte siehe Pressegespräch „Wissenschaftliche Bewertungen des Berichts der FPÖ-Historikerkommission“, 3. Februar 2020, URL: <https://>

Die „Liederbuchaffäre“, der ein Jahr später eine zweite folgen sollte, gehörte zu den über 100 „Einzelfällen“, die das Mauthausen Komitee an antisemitischen Aussagen, „Ausrutschern“ und Provokationen bei der FPÖ im Zeitraum von 2013 bis 2018 feststellen konnte.¹⁹ Sowohl österreichische Statistiken und Umfragen als auch der Antisemitismus-Bericht der Vereinten Nationen (UN), dokumentieren eine stetige Zunahme an antisemitischen Vorfällen, wenn auch ein Anstieg von Gewaltverbrechen mit antisemitischem Hintergrund, wie in Deutschland oder Frankreich, in Österreich nicht zu verzeichnen ist.²⁰ Es stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen einer starken populistischen Partei mit zahlreichen antisemitischen und rassistischen „Einzelfällen“ und dem Anstieg des Antisemitismus in der Bevölkerung.²¹ Ende Mai 2019 appellierte der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Oskar Deutsch, an die Wähler und die Parteien, die FPÖ nicht zu wählen beziehungsweise keine Koalition mit einer Partei „mit antisemitischen Tendenzen“ einzugehen.²² Es ist zwar bisher wissenschaftlich noch nicht nachgewiesen, ob es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Erstarken des Populismus und der Zunahme an antisemitischen Taten gibt. Fest steht aber, dass das aggressive Auftreten der

orf.at/stories/3153029/ (9. Juni 2020); RATHKOLB, a. a. O. FN 16; ZÖCHLING, Christa: Blinde Flecken: Der FPÖ-Historikerbericht als Blamage, in: Profil, 3. Januar 2020, URL: <https://www.profil.at/oesterreich/blinde-flecken-fpoe-historikerbericht-blamage-11291762> (9. Juni 2020).

¹⁹ MAUTHAUSEN KOMITEE ÖSTERREICH, 2018. Auch die zweite „Liederbuchaffäre“ hatte mit antisemitischen, neonazistischen Texten zu tun. [ANON.]: Liederbuchaffäre in der Steiermark, in: Die Presse, 31. Oktober 2019, URL: <https://www.diepresse.com/5714673/> (26. Januar 2020); Liederbuch-Affäre: FPÖ trotz vorerst Rücktrittsaufufen, in: Wiener Zeitung, 31. Oktober 2019, URL: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2036115.html> (26. Januar 2020); LÖWENSTEIN, Stephan: Parodie und Provokation, in: FAZ, 2. November 2019, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/oesterreich-16464248.html> (26. Januar 2020).

²⁰ UNITED NATIONS (UN): Report of the Special Rapporteur on freedom of religion or belief, 74. Sitzung, 2019, URL: <https://undocs.org/A/74/358> (10. Februar 2020), S. 2. ZEGLOVITS/UNTERHUBER/SOMMER, 2018.

²¹ Trotz aller Skandale und Affären, die in den vergangenen Jahren bekannt geworden sind, erreicht die FPÖ auch bei aktuellen Umfragen ca. 15% (im Jahr 2017 waren es zeitweise über 30%). Siehe <https://neuwal.com/wahlumfragen/> (26. Januar 2020).

²² [ANON.]: Neuwahl – Deutsch appelliert an Parteien, nicht mit FPÖ zu koalieren, 23. Mai 2019, URL: <https://www.ikg-wien.at/neuwahl-deutsch> (26. Januar 2020).

Rechtspopulisten ein Klima schafft, das „hate crimes against all ‚others‘, thus also against Jews“ befördert.²³

Folglich mehren sich die Stimmen, die vor den Gefahren des heutigen Antisemitismus und Populismus warnen.²⁴ Parallelen zu früheren Zeiten werden gezogen. Frank Bajohr, Experte für die Geschichte des Antisemitismus und des Holocausts, warnt vor der Ausbreitung des Populismus und der „völkischen“ Ideen: in seiner Untersuchung über Antisemitismus in den 1930er- und 1940er-Jahren sieht er Ähnlichkeiten mit der heutigen politischen Situation in Europa. Das Erstarren des Rechtspopulismus, Nationalismus und Antiliberalismus, der Versuch einiger europäischer Staaten, autoritäre Maßnahmen gegen Demokratien durchzusetzen, und nicht zuletzt die zunehmend ablehnende Haltung gegenüber Ausländern, Flüchtlingen, Juden und Muslimen, hält er für eine Gefahr. Bajohr zufolge sollte das Europa der 1930er-Jahre „a warning of the potential dangers of the erosion of a liberal political order“ sein.²⁵

Dieser Aussage ist grundsätzlich zuzustimmen, aber sie greift möglicherweise zu kurz: denn Bajohr legt den Fokus zu sehr auf die Zeit, die in Gewalt und Mord geendet hat. Die politischen Entwicklungen und Ereignisse, die ein Klima geschaffen haben, in dem zunächst verbale Attacken und Hass gegen Juden und andere Gruppen zunehmend zur Normalität wurden, müssten ebenfalls eine Warnung sein. Sie haben teilweise die Voraussetzungen für das geschaffen, was in den 1930er- und 1940er-Jahren in schweren Verbrechen endete. Zudem verschwand der Antisemitismus nach dem Ende des Nationalsozialismus nicht. Trotz des Holocausts blieb er präsent in der Gesellschaft, wurde toleriert und zuweilen erneut politisch instrumentalisiert.

Meine These ist, dass Antisemitismus und Populismus seit dem 19. Jahrhundert feste Bestandteile der politischen Kultur in Europa sind. Mit Beginn der Parlamentarisierung, Demokratisierung und seit der Gründung von politischen Parteien im 19. Jahrhundert treten beide in unterschiedlicher Stärke und mit unterschiedlicher Wirkung auf die politische Atmosphäre und Entwicklungen eines Landes auf. Ihr Aufkommen Mitte des 19. Jahrhunderts hängt, wie zahlreiche Studien über Antisemitismus zeigen, mit dem gesamten Prozess der Modernisierung und Umgestaltung zusammen, zu dem in vielen europäischen Staaten die verfassungsmäßige Gleichstellung der Juden gehörte. Erst als die Juden nicht nur an den wirtschaftlichen Entwicklungen, sondern auch am politischen

²³ WODAK, 2018, S. 67.

²⁴ BUSCH/BISCHOFF/FUNKE, 2018; GÜRGEN/HECHT/HORACZEK u. a., 2019.

²⁵ BAJOHR, 2019, S. 18.

und gesellschaftlichen Leben teilhaben durften, nahm der Antisemitismus neue Formen an, die bis heute in unterschiedlicher Ausprägung feststellbar sind.²⁶

Im Folgenden gilt es, am Beispiel Österreichs zu zeigen, dass Populismus und Antisemitismus seit den 1870er-Jahren bis heute zur politischen Kultur gehören, und zwar unabhängig von der Regierungs- und Staatsform. Gefährlich wurden sie, wenn es (quasi)revolutionäre Zustände gab und sie an die Regierung gelangten. Zweifellos bilden die Entwicklungen um 1900 sowie von 1938 bis 1945 die Höhepunkte der fatalen Kombination aus Populismus und Antisemitismus: während der ersten Phase schufen sie ein gesellschaftliches und politisches Klima, das zunächst zur Ausgrenzung, Diffamierung und zu körperlicher Gewalt, später zu Verfolgung, Misshandlung und dem Massenmord an den Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft führte.²⁷

Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist nicht, den Eindruck zu verstärken, dass wir Gefahr laufen, ähnliche Entwicklungen zu wiederholen, sondern vielmehr offenzulegen, dass auch zu den Zeiten, die rückblickend als gemäßigt, ruhig und „unproblematisch“ erscheinen, Antisemitismus und Populismus stets vorhanden waren, und zwar bei allen politischen Parteien, wenn auch in unterschiedlicher Häufigkeit und Ausprägung. Zu allen Zeiten gab es einen gewissen Bevölkerungsanteil, der für derartige Ideen und den politischen Stil empfänglich war und ist. Dies soll jedoch nicht dazu führen, Österreich als einen Sonderfall zu betrachten, oder gar die extremen Ausprägungen mit ihren verbrecherischen Folgen zu relativieren. Vielmehr geht es darum, zu fragen, welche Bedeutung das kontinuierliche Vorhandensein von Antisemitismus und Populismus für die Politik und das gesellschaftliche Klima in Österreich hat – auch bei jenen Parteien, die nicht per se als antisemitisch und/oder populistisch gelten, und auch in Phasen der vermeintlichen Ruhe, Besonnenheit und einer als positiv beschriebenen Atmosphäre?

Nicht zuletzt soll die Studie die Bedeutung geschichtswissenschaftlicher Betrachtungen, in denen langfristige Entwicklungen untersucht werden, herausstellen sowie als Anregung für weiterführende, vergleichende Analysen dienen. Denn die Fokussierung auf den heutigen Populismus und Antisemitismus erweckt den Eindruck, als ob es sich bei Populismus um ein modernes Phänomen, und bei der Kombination aus Populismus und Antisemitismus um ein ausschließliches Spezifikum der rechten Parteien handeln würde. Beide Annahmen sind falsch und berauben uns der Chance, die Mechanismen, Besonderheiten,

²⁶ WYRVA, 2019; BERGMANN/WYRVA, 2012. Da die beiden Aufsätze den Forschungsstand umfassend wiedergeben, wird hier auf die Nennung weiterer Literatur verzichtet.

²⁷ LICHTBLAU, 2009.

Kontinuitäten und Zäsuren offenzulegen und zu analysieren, die zum Erstarren (und Nachlassen) beider Phänomene in den europäischen Gesellschaften geführt haben.

2. Antisemitismus – Definition und Erscheinungsformen

Grundlegend für die vorliegende Untersuchung ist die Definition des Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“²⁸ Als Beispiele werden neben der Kritik am Staat Israel, der „als jüdisches Kollektiv verstanden wird“, das Absprechen seines Existenzrechts sowie die Holocaust-Leugnung und -Verharmlosung genannt. Diese Form des Antisemitismus wird in der Wissenschaft als sekundärer Antisemitismus bezeichnet. Dazu zählen auch „Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten“ sowie die „Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten verlangt, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird“. Als Antisemitismus wird auch das „Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden“ und die Verbreitung von „Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden“ verstanden.

Das Wort „Antisemitismus“ stammt aus dem 19. Jahrhundert. Damals drückte es eine neue, pseudowissenschaftliche Form der antijüdischen Vorbehalte aus, die nicht mehr mit dem religiös begründeten Antijudaismus, sondern – dem Zeitgeist entsprechend – mit Rassen und Nationen argumentierte. Heute wird Antisemitismus als Oberbegriff für jede Art von Judenfeindschaft gebraucht. Die aktuellen Ausprägungen sind unterschiedlich und weisen nationale Besonderheiten auf.²⁹ Der älteste, christlich motivierte Antijudaismus ebenso wie der Rassenantisemitismus sind heute wesentlich weniger verbreitet als beispielsweise der sekundäre und israelbezogene Antisemitismus. Der sekundäre Antisemitismus nimmt Bezug auf die nationalsozialistische Vergan-

²⁸ Arbeitsdefinition von Antisemitismus, in: IHRA, 26. Mai 2016, URL: <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196> (26. Januar 2020).

²⁹ SCHWARZ-FRIESEL, 2019; SALZBORN, 2019a; SALZBORN, 2019b; EMBACHER/EDTMAIER/PREITSCHOPF, 2019; HEILBRONN/RABINOVICI/SZNAIDER, 2019.

genheit und kommt vermehrt bei rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen und Parteien vor. Dazu gehört auch Geschichtsrevisionismus, der das negative Image des Nationalsozialismus zu ändern versucht, seine Verbrechen relativiert und im Extremfall den Holocaust leugnet, meist verbunden mit der Ablehnung von Entschädigungszahlungen und Wiedergutmachungsleistungen. Der linke Antisemitismus findet sich häufiger im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt sowie der Finanzpolitik. Antisemitische Ressentiments lassen sich jedoch nicht nur an den Rändern des politischen Spektrums finden, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft und in allen sozialen Schichten.³⁰

Im Mittelpunkt steht meist ein imaginiertes jüdisches Kollektiv, das für alle Probleme auf der Welt verantwortlich gemacht wird. Ruth Wodak, Sprachwissenschaftlerin und eine der führenden Populismus-Forscherinnen, hat in diesem Zusammenhang den Begriff „Iudeus ex machina“ geprägt.³¹ Komplizierte Sachverhalte lassen sich demnach einfach erklären, wenn Juden als Sündenböcke dienen. Dies war beispielsweise 2008 während der Finanzkrise der Fall, als von jüdischen Banken und Spekulationen die Rede war und damit das Klischee vom jüdischen Kapitalisten als Strippenzieher der Finanzwelt bemüht wurde. Damit in Verbindung stehen häufig Verschwörungstheorien über die vermeintliche Weltherrschaft der Juden. Auch wenn in der Regel von Juden als einem organisierten Kollektiv ausgegangen wird, werden zuweilen die gleichen Stereotype und Verschwörungstheorien bei ganz konkreten Personen angewandt. Das bekannteste aktuelle Beispiel ist der amerikanische Multimilliardär und Philanthrop, George Soros, dessen Engagement für Demokratie, Vielfalt und Offenheit auf seinen persönlichen Erfahrungen von Antisemitismus und Verfolgung in den 1930/40er-Jahren in Ungarn basiert. Während sein Einsatz für Bildung, Menschenrechtsgruppen, Nichtregierungsorganisationen (NGO), Migranten und Benachteiligte (zum Beispiel Roma) in den 1980/90er-Jahren mehrheitlich gelobt wurde, setzte um 2000 ein Meinungsumschwung ein, forciert durch die US-Republikaner und den russischen Präsidenten Wladimir Putin.³² Der ungarische Ministerpräsident und ehemalige Stipendiat von Soros' Stiftung, Viktor Orbán, hat die These vom „Soros-Plan“ aufgestellt, wonach Soros die Zerstörung der christlichen Identität in Europa beabsichtigen würde. In Österreich wird diese These von der rechtspopulistischen FPÖ vertreten und verbreitet.

³⁰ BENZ, 2010; WETZEL, 2017.

³¹ WODAK, 2018, S. 64.

³² MIJNSSEN, Ivo: Wie George Soros vom Messias zum Volksfeind wurde, in: NZZ, 14. Mai 2019, URL: <https://www.nzz.ch/international/ld.1474124> (26. Januar 2020).

Noch 2018 behaupteten die beiden inzwischen zurückgetretenen Spitzenmänner der FPÖ, Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus, dass Soros Migrationsströme nach Europa unterstützen würde. Die von Soros gegründete Central European University, die unter dem Druck der Orbán-Regierung von Budapest nach Wien übersiedelte, bezeichnete Strache als „Wanderuni“, womit er einen alten antisemitischen Mythos bediente: Juden seien verflucht, ewig zu wandern.³³

3. Antisemitismus und Populismus in der Habsburgermonarchie (1867–1918)

Die vorliegende Untersuchung kann sich auf eine breite Forschungsliteratur zum Thema Antisemitismus stützen. Der österreichische Antisemitismus im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gilt als gut erforscht. Die neuesten Publikationen über die Habsburgermonarchie befassen sich vor allem mit den anderen Regionen des Vielvölkerstaates (zum Beispiel Galizien, Siebenbürgen sowie tschechische, slowakische, kroatische und italienischsprachige Gebiete) und untersuchen nicht nur die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus, sondern auch die Verbindung zwischen Antisemitismus und den Nationalbewegungen.³⁴ Geschichtswissenschaftliche Studien, die sich mit dem Populismus im 19. Jahrhundert befassen, sind hingegen rar.³⁵ Erst kürzlich sind die ersten Studien erschienen, die sich mit Populismus und Antisemitismus in Galizien und Oberungarn Ende des 19. Jahrhunderts auseinandersetzen.³⁶ Diese zeigen, wie sehr Populisten durch ihre antisemitische Agitation das Zusammenleben zwischen Christen und Juden beeinflussten und die politische Wirklichkeit veränderten; dabei gehen sie auf die Rolle der Medien, die Bedeutung von Verschwörungstheorien sowie die bewusste Propagierung des Gegensatzes zwischen „Wir“ und den „Anderen“ ein. Zu den „Anderen“ zählten die Juden, wobei der Begriff gleichzeitig mit dem Kapitalismus, Sozialismus und

³³ MITTELSTAEDT, Katharina: Standard-Interview. Strache: „Wir Österreicher sprechen ja nicht zufällig Deutsch,“ in: Der Standard, 6. Dezember 2018, URL: <https://www.derstandard.de/story/2000093340857/> (26. Januar 2020).

³⁴ FRANKL, 2011; BUCHEN, 2012b; VULESICA, 2012; KIENZL, 2014; NEMES/UNOWSKY, 2014; UNOWSKY, 2018; SZABÓ, 2019; KÖNIG/SCHULZ, 2019.

³⁵ MADERTHNER, 2006; POMBENI, 2011; SCHÖDL, 2011.

³⁶ Insbesondere Szabó wendet die theoretischen Grundlagen aus der Populismusforschung für seinen Ansatz vom „populistischen Antisemitismus“ an. SZABÓ, 2014; SZABÓ, 2019. Siehe auch BUCHEN, 2012b; BUCHEN, 2019.

Liberalismus assoziiert wurde und somit einen kulturellen Code darstellte.³⁷ Die antisemitische Praxis (Boykotte, Pogrome) und die Reaktionen des Staates weisen auf wichtige Punkte der Populismusforschung hin: welche Maßnahmen führen zur Eindämmung des Populismus und Antisemitismus, und welche erweisen sich als kontraproduktiv?³⁸ Schließlich wird in den neueren Studien die Vorbildfunktion Karl Luegers (1844–1910) für die Christlichsozialen in der gesamten Habsburgermonarchie untersucht („Lueger-Effect“³⁹). Der Wiener Bürgermeister gilt bis heute als der Pionier des politischen Populismus, der den Einsatz von Antisemitismus als politisches Agitationsmittel jahrzehntelang so erfolgreich praktizierte wie kein anderer in Europa.

Karl Lueger hatte seine politische Karriere als Liberaler in den 1870er-Jahren begonnen, wechselte jedoch mehrfach seine politisch-ideologische Richtung, bevor er 1893 die Christlichsoziale Partei gründete.⁴⁰ Zu dieser Zeit waren die Juden nach einem langen Prozess der Emanzipation gleichberechtigte Bürger in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie (Dezemberverfassung 1867). Als Reaktion auf die besseren Aufstiegsmöglichkeiten sowie die politische Teilhabe der Juden entstand neben dem bereits existierenden christlichen und wirtschaftlichen Antisemitismus eine neue Form der Judenfeindschaft: der rassistisch und sozialdarwinistisch argumentierende Antisemitismus. Der fatale Unterschied war, dass im Gegensatz zu religiösen Bekenntnissen die Rasse als unveränderbar und somit eine Integration der Juden als unmöglich definiert wurde.⁴¹ Die Judenfeindschaft verband sich mit der Ablehnung des politischen Liberalismus und der Modernisierung der Gesellschaft. Die „Krisentheorie“ dient meist als Erklärungsmodell für den gestiegenen Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert, ist aber ebenso auf andere Zeiten anwendbar, welche durch soziale Spannungen und Umschichtungsprozesse, zuweilen auch durch einen Wertewandel und politische Neupositionierungen, gekennzeichnet sind.⁴² Dies ist eine Parallele zum Populismus, der ebenfalls meistens in Zeiten von Umbruch und Krisen auftritt. Die Angst vor dem sozialen Abstieg wie auch

³⁷ VOLKOV, 2000.

³⁸ BUCHEN, 2012b, S. 331. Die antisemitische Gewalt konnte durch staatliches Eingreifen eingedämmt werden, die Vorurteile gegenüber den Juden und ihren vermeintlichen Einfluss wurden dadurch aber nicht weniger.

³⁹ KRZYWIEC, 2019; BUCHEN, 2012a.

⁴⁰ BOYER, 2010.

⁴¹ PAULEY, 1992, S. 27–44.

⁴² BENZ, 2010.

vor dem individuellen oder kollektiven Status- und/oder Identitätsverlust ist ebenfalls charakteristisch für beide Phänomene, und in beiden Fällen wird nach einem „Schuldigen“ gesucht („Ventilfunktion“).

Lueger präsentierte den vermeintlichen Verlierern der liberalen Wirtschaftspolitik – Kleingewerbe- und Handeltreibenden, dem niederen Klerus und den Beamten – die Juden als Profiteure und somit als die Verantwortlichen für den Abstieg der „kleinen Leute“. Geschickt kombinierte er die unterschiedlichen Formen des Antisemitismus (christlicher, wirtschaftlicher und rassischer) und verband diese mit fremdenfeindlichen Parolen, die sich vor allem gegen die Arbeiter aus den anderen Teilen der Monarchie richteten. Lueger zählte zwar auch Sozialisten, Journalisten, Intellektuelle, Kapitalisten sowie Ungarn zu seinen Feinden, aber seine Agitation richtete sich in erster Linie gegen Juden. Als Prototyp eines Populisten entschied er selbst, wer dazu gehörte („Wer a Jud is, bestimm i.“). Er gab sich volksnah, sprach Wienerisch und inszenierte sich als gut gekleideter Volkstribun. Seine verbalen Angriffe polarisierten die Gesellschaft und mobilisierten zugleich große Massen.⁴³

Sein Antisemitismus und Antimagyarismus waren ausschlaggebend für Kaiser Franz Josephs (1830–1916) Entscheidung, Lueger trotz seines Wahlsiegs zunächst nicht zum Bürgermeister zu ernennen. Nach langen Verhandlungen gab der Habsburger nach: Lueger wurde 1897 der erste antisemitische Bürgermeister einer europäischen Metropole. Er blieb bis zu seinem Tod 1910 im Amt und erfreute sich wegen seiner städtischen Bau- und Modernisierungsmaßnahmen großer Beliebtheit. Dennoch bediente er sich immer wieder populistischer Mittel und antisemitischer Rhetorik. Die Behauptung, Luegers Antisemitismus sei lediglich ein „Wort-“ und kein „Tat-Antisemitismus“ gewesen, konnte inzwischen widerlegt werden. Antisemitische Gewaltausbrüche gab es immer wieder, nicht zuletzt auf Luegers Veranstaltungen.⁴⁴ Zusammen mit Georg von Schönerer und Karl von Vogelsang, die Antisemiten aus weiteren gesellschaftlichen Kreisen mobilisierten (Akademiker, Bürgertum, Adel), und mit Unterstützung der Katholischen Kirche, der deutschen Burschenschaften sowie einiger Zeitungen (vor allem *Reichspost* und *Deutsches Volksblatt*) sorgte Lueger für eine vergiftete Atmosphäre, in der Antisemitismus in breiten Teilen der Gesellschaft zu einer alltäglichen Erscheinung wurde.⁴⁵ Alle großen Parteien – auch die Sozialisten, die einige säkulare, assimilierte und konvertierte Juden an ihrer Spitze

⁴³ HAMANN, 2001, S. 410–418; HANNIG, 2017, S. 226–229.

⁴⁴ WENNINGER, 2018, S. 213–215.

⁴⁵ WLADIKA, 2005; BOYER, 2010.

hatten – bedienten sich antisemitischer und populistischer Rhetorik, wobei im linken Parteienspektrum jüdische Kapitalisten als Feindbild dienten.⁴⁶

4. Antisemitismus und Populismus in der Ersten Republik

Mit einer kurzen Unterbrechung während des Ersten Weltkriegs, als Juden in Österreich ihren Patriotismus nicht nur durch aktive Kriegsteilnahme, sondern auch durch die Zeichnung von Kriegsanleihen zum Ausdruck gebracht hatten, setzte sich die Kombination aus Populismus und Judenfeindschaft während der Ersten Republik (1918–1934) fort. Sie gewann unter den demokratischen Verhältnissen und in Verbindung mit den großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen nach dem Ersten Weltkrieg als Mobilisierungsinstrument an Bedeutung. Zahlreiche Studien belegen, wie stark der Antisemitismus in allen politischen Parteien verankert war, wobei außer Frage steht, dass hinsichtlich der Intensität und ihrer diskriminierenden Forderungen die Christlichsozialen und Deutschnationalen an der Spitze standen. Wie populistisch sie agierten, ist bisher nicht untersucht worden. Ihre antisemitischen Forderungen, die sie auf Wahlveranstaltungen, im Parlament, in Zeitungen und auf Wahlplakaten vorbrachten, reichten von Arierparagraphen, beruflichen Einschränkungen für Juden bis hin zu Konzentrationslagern für jüdische Kriegsflüchtlinge aus Galizien. Die feindliche Rhetorik gegenüber den jüdischen Flüchtlingen fand sich parteiübergreifend im gesamten politischen Spektrum der Ersten Republik wieder.⁴⁷

Noch während des Ersten Weltkriegs bezeichnete Friedrich Adler, der Sohn des prominenten österreichischen Sozialdemokraten und Parteigründers Viktor Adler, seinen Parteikollegen Karl Renner (1870–1950) als den „Lueger der Sozialdemokratie“⁴⁸. Diese häufig zitierte Aussage diente zur Charakterisierung Renners als Opportunist, und nicht als Antisemit. Adler sprach vom „Geist der biedereren Verlogenheit“, „Geist der Prinzipienlosigkeit“ und „Geist der Gaukelei“, den Renner in die Sozialdemokratie getragen habe.⁴⁹ Sowohl zu seinen Lebzeiten als auch danach wurde Karl Renner immer wieder Opportunismus vorgeworfen, vor allem im Zusammenhang mit dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland, den Renner in einem Interview 1938

⁴⁶ WISTRICH, 1975.

⁴⁷ RÜTGEN, 1989; PAULEY, 1992, S. 73–203.

⁴⁸ Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, 1919, S. 44.

⁴⁹ EBD.

befürwortet hatte.⁵⁰ Opportunismus und Prinzipienlosigkeit kennzeichnen auch Populisten. Um den Rahmen dieser Studie nicht zu sprengen, muss hier auf eine Analyse der jahrzehntelangen politischen Karriere Renners nach den Kriterien des Populismus verzichtet werden. Der ausgewählte Aspekt des Antisemitismus ist deshalb lediglich als Anregung für weitergehende Forschungen zu verstehen.

Als 2012 der Karl-Lueger-Ring in Wien umbenannt wurde, plädierte der österreichische Politiker und Historiker Franz Schausberger, den Karl-Renner-Ring aus dem gleichen Grund umzubenennen: beide seien Antisemiten gewesen.⁵¹ Die Empörung war vorprogrammiert ebenso wie die klare Zurückweisung des Antisemitismusvorwurfs von sozialdemokratischer Seite.⁵² Schließlich handelt es sich bei Karl Renner um den zweimaligen Staatsgründer, der für die republikanische Entwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert steht und längst zu einem Mythos geworden ist.⁵³ Der österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka beschrieb Renner als den „Mann für alle Jahreszeiten“, auf den sich alle berufen können – rechtsradikale Deutschnationale wegen des „Anschlusses“ ebenso wie linke Sozialdemokraten.⁵⁴ Nun aber auch Antisemiten?

Bisher gibt es keine Hinweise darauf, dass Renner selbst Antisemit war. Die sozialdemokratische Partei hat sich stets gegen Antisemitismus ausgesprochen, Renner selbst hat mit zahlreichen Juden als Parteigenossen zusammengearbeitet, sein Schwiegersohn war ein österreichischer Jude, der 1938 emigrieren musste, und dennoch hat sich Renner nachweislich wiederholt antisemitisch geäußert, auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Zudem hat er sich stets für den „Schlussstrich“ eingesetzt und seine „Mitverantwortung“ für 1938 nicht thema-

⁵⁰ [ANON.]: Staatskanzler a.D. Dr. Renner: „Ich stimme mit Ja“, in: Neues Wiener Tagblatt, 3. April 1938, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nwg&datum=19380403&seite=3&zoom=33> (26. Januar 2020).

⁵¹ SCHAUSBERGER, 2012; SCHAUSBERGER, Franz: Der „Anschluss“ und der Judenhass einer SPÖ-Ikone, in: Der Standard, 13. März 2013, URL: <https://www.derstandard.at/story/1362108370032/> (26. Januar 2020). Schausberger (ÖVP) war Landeshauptmann von Salzburg (1996–2004).

⁵² LESER, Norbert: War Karl Renner wirklich ein Antisemit?, in: Der Standard, 20. März 2013, URL: <https://www.derstandard.at/story/1363705569165/> (26. Januar 2020).

⁵³ RAUSCHER, 1995. Eine moderne wissenschaftliche Biografie über Renner fehlt. Auf die Schwächen von NASKO, 2016, und SAAGE, 2016, ist in verschiedenen Rezensionen hingewiesen worden.

⁵⁴ PELINKA, 1989, S. 14.

tisiert.⁵⁵ Wie viele seiner Kollegen stand Renner der Rückkehr und der Integration der jüdischen Emigranten in Österreich nach 1945 ablehnend gegenüber.

Mehrere Studien haben einzelne Facetten der Erscheinungsformen und Funktionen des Antisemitismus in der Sozialdemokratie untersucht und dabei gezeigt, dass zumindest das Feindbild des „jüdischen Großkapitals“ konstant vorhanden war.⁵⁶ In diesem Zusammenhang sind auch die meisten antisemitischen Entgleisungen Renners zu sehen. Schausbergers Behauptung, Renner habe „zu den prononcierten Antisemiten“ im österreichischen Parlament der 1920er-Jahre gehört, ist in erster Linie eine Provokation, zumal Schausberger den Sozialdemokraten im gleichen Zug mit dem christlichsozialen, bekennenden Antisemiten Leopold Kunschak nannte.⁵⁷ Die von Schausberger vorgebrachten Belege für Renners Antisemitismus zeigen jedoch, dass es sich um wiederholte und kalkulierte Aussagen handelte, mit denen Renner versucht hatte, die Christlichsozialen wegen ihrer Zusammenarbeit mit jüdischen Banken, Großindustriellen und Investoren aus dem In- und Ausland zu diskreditieren und unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Die Christlichsozialen hätten, so Renners Argumentation, den Juden den Kampf angesagt, den eigenen Wählern eine antisemitische Politik versprochen und würden nun mit den Juden gemeinsame Sache machen.⁵⁸

Mögen einige dieser Aussagen ironisch gemeint gewesen sein, sind sie im Kern antisemitisch und bedienen sich kultureller Codes. Auch der „defensive Antisemitismus“⁵⁹ der Sozialdemokraten, mit dem sie sich gegen den Vorwurf, eine „Judenpartei“ zu sein, zu verteidigen versuchten, wiederholte Vorurteile und Klischees und führte letztlich zur Verfestigung des Feindbilds „Jude“. Angesichts der Tatsache, dass es sich um eine Zeit handelte, in der starke Spannungen und zunehmende Brutalisierung den politischen Alltag prägten⁶⁰, zudem körperliche Übergriffe und Morde vermehrt auftraten, erscheinen Renners antisemitische Einwürfe als höchst problematisch. Das Thema Antisemitismus blieb dadurch nicht nur auf der Agenda, sondern wurde noch verstärkt.

⁵⁵ EBD., S. 82–84, 107–109.

⁵⁶ REITER, 2018; PELINKA, 1992; BINDER, 1985.

⁵⁷ SCHAUSBERGER, 2012, S. 485.

⁵⁸ EBD. und SCHAUSBERGER, 2013, a.a.O. FN 51. Alle Quellenangaben wurden anhand der Stenographischen Protokolle der Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich von der Autorin überprüft.

⁵⁹ REITER, 2018, S. 366 f.

⁶⁰ LICHTBLAU, 2009, S. 45.

In ihrer wegweisenden Studie über den *cultural code* wies Shulamit Volkov die Unterscheidung zwischen „aufrichtigen“ und „taktischen“ Motiven, zwischen „Aufrichtigkeit und Opportunismus bei der Instrumentalisierung des Antisemitismus“, zurück und stellte fest: „Die Unterscheidung zwischen echtem und vorgeschobenem Antisemitismus ist unhaltbar und irreführend.“⁶¹ Unter dieser Prämisse gilt es künftig, auch Renners antisemitische Aussagen einzuordnen und zu bewerten.

5. Antisemitismus und Populismus in der Zeit der Diktaturen (1934–1945)

Emotionalisierung, Personalisierung, Freund-Feind-Ideologie, Polarisierung, agitatorische Rhetorik, Simplifizierung, Schwarz-Weiß-Malerei, aggressive und abwertende Haltung gegenüber politischen Gegnern, Darstellung des (charismatischen) Führers als das „Sprachrohr des Volkes“, Anti-Eliten- beziehungsweise Anti-System-Bewegung, Schüren von Ängsten, Einsatz modernster Medien und Kommunikationsmittel zur Beeinflussung der Massen – dies sind nur einige Stichworte, die zeigen, dass autoritäre Staaten und totalitäre Diktaturen wie der österreichische „Ständestaat“ (in der Forschungsliteratur häufig als Austrofaschismus bezeichnet) und der Nationalsozialismus in ihren Grundstrukturen wichtige Merkmale des Populismus aufweisen. Auch die Tatsache, dass die beiden Diktaturen in Zeiten von wirtschaftlicher Not, sozialen Spannungen und Krisen errichtet wurden, korreliert mit der Vorstellung von Populismus als einem Krisenphänomen. Welche Chancen und Möglichkeiten auf diesem Forschungsfeld liegen, zeigt die Studie von Andrea D’Onofrio über Nationalsozialismus und Populismus.⁶² Dass es Unterschiede zwischen den beiden Diktaturen gab und einige der genannten Merkmale in Österreich schwach ausgeprägt waren – beispielsweise waren weder Engelbert Dollfuß (1892–1934) noch Kurt Schuschnigg (1897–1977) „charismatische Führer“⁶³ –, steht außer Zweifel. Zu diesen Unterschieden zählen auch der Umgang mit den Juden sowie die Ausprägung und die Funktion des Antisemitismus.

Im Nationalsozialismus hatte der Antisemitismus konstitutive Bedeutung. Die Verdrängung der Juden aus allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, öffentliche Exzesse, Boykottaufrufe und Diskri-

⁶¹ VOLKOV, 2000, S. 16.

⁶² D’ONOFRIO, 2012.

⁶³ SUPPANZ, 2010, S. 156; DREIDEMY, 2014.

minierung, schließlich dann die Ausbeutung, Vertreibung und Ermordung der Juden zählten zur Staatspolitik. Der österreichische „Ständestaat“ hatte einen eigenständigen Antisemitismus entwickelt, der in vielen Bereichen „nicht offen zu Tragen kam“, dennoch aber die Hemmschwelle senkte und als „Wegbereiter für den brutalen Vernichtungsantisemitismus des Nationalsozialismus“ diente.⁶⁴ Die im Mai 1934 verkündete Verfassung garantierte jedem österreichischen Staatsbürger ungeachtet seiner Konfession die staatsbürgerlichen Rechte. Auf höchster staatlicher Ebene distanzierte man sich von Antisemitismus, allerdings bei gleichzeitiger Tolerierung von Diskriminierungen jüdischer Bürger auf den unteren Ebenen.⁶⁵ Trotz der Diskrepanz zwischen der gesetzlich festgeschriebenen Gleichberechtigung und ihrer Umsetzung im Alltag, unterstützten die meisten Juden den österreichischen „Ständestaat“, der in ihren Augen den einzigen Schutz gegen die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bot. Der christliche „Ständestaat“ ist von zahlreichen Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet, zu denen auch Antisemitismus zählt. Wie vielfältig seine Ausprägungen waren und wie sehr er in großen Teilen der österreichischen Gesellschaft verankert war, zeigen die nahezu 60 Studien aus dem Sammelband „Antisemitismus in Österreich 1933-1938“.⁶⁶ Diese wie auch zahlreiche andere Publikationen bieten Ansätze für Untersuchungen über Populismus und Antisemitismus im österreichischen „Ständestaat“ sowie im Nationalsozialismus.

6. Antisemitismus und Populismus in der Zweiten Republik

Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes sind weder der Antisemitismus noch der Populismus verschwunden. Ihre Erscheinungsformen und -häufigkeit variierten ebenso wie ihre Funktion und Wirkung. Unzählige Studien über die Zeit nach 1945 sind in den vergangenen dreißig Jahren entstanden, wobei vor allem zwei Themenbereiche intensiv bearbeitet wurden, die für die vorliegende Arbeit relevant sind: dies ist zum einen der Umgang der politischen Parteien und der österreichischen Gesellschaft mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit und den „Ehemaligen“; zum anderen sind es die Gründe für den Aufstieg und den Erfolg der FPÖ als der ältesten rechtspopulistischen Partei Europas.⁶⁷ Vielfach ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung

⁶⁴ ENDERLE-BURCEL/REITER-ZATLOUKAL, 2018, S. 19.

⁶⁵ LICHTBLAU, 2009, S. 46.

⁶⁶ ENDERLE-BURCEL/REITER-ZATLOUKAL, 2018.

⁶⁷ PELINKA, 2017; BERGMANN/ERB/LICHTBLAU, 1995.

der „Opferthese“ (Österreich sei das erste Opfer der nationalsozialistischen Expansionspolitik gewesen) und des Konkordanzsystems diskutiert worden.⁶⁸ Häufig waren es Skandale um einzelne Personen – den Bundespräsidenten Kurt Waldheim, den Wirtschaftsgeschichtspräsidenten Taras Borodajkewycz, den verurteilten Kriegsverbrecher Walter Reder, um nur drei prominente Beispiele zu nennen –, die zu einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Nationalsozialismus in der österreichischen Gesellschaft führten.⁶⁹ In jüngerer Zeit war es vor allem die FPÖ, deren Mitglieder durch ihre antisemitischen oder geschichtsrevisionsistischen Äußerungen und Handlungen für öffentliche Diskussionen gesorgt haben.⁷⁰ Das Forschungsfeld Antisemitismus und Populismus in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg erscheint zu groß, um es auf einem engen Raum angemessen wiedergeben zu können. Es sei lediglich an zwei Persönlichkeiten erinnert, die geeignet erscheinen, beiden Themenkomplexen ein Gesicht zu geben: Bundeskanzler Bruno Kreisky (1911–1990) sowie der langjährige Vorsitzende der FPÖ und Landeschef Kärntens, Jörg Haider (1950–2008).⁷¹ Während Kreisky als „der gute Populist von Österreich“⁷² gilt, wird Haider als „[d]er Vater der Rechtspopulisten“⁷³ bezeichnet. Haiders persönliches Umfeld, seine Sozialisation, sein politisches Handeln und seine zahlreichen Skandale, Affären und Tabubrüche stehen in direkter Verbindung mit Antisemitismus und Nationalsozialismus. Aufgrund seiner Bedeutung für die FPÖ und den Rechtspopulismus in Europa ist Haider Gegenstand unzähliger Studien geworden. Was häufig jedoch fehlt, ist der Verweis auf Bruno Kreisky

⁶⁸ In einer Konkordanzdemokratie wird versucht, durch Einbeziehung möglichst vieler politischer und gesellschaftlicher Akteure einen politischen Konsens zu erreichen. In Österreich regierten die ÖVP und die SPÖ über lange Zeiträume hinweg in einer „Großen Koalition“, was den Eindruck erweckte, dass Wahlergebnisse an der Regierungszusammensetzung kaum etwas änderten.

⁶⁹ GEHLER/SICKINGER, 2007.

⁷⁰ Die Literatur über die FPÖ und den Antisemitismus ist kaum noch zu überblicken. Stellvertretend seien zwei aktuellere Werke genannt: GRIGAT, 2017; STÖGNER, 2016.

⁷¹ Bruno Kreisky war von 1970 bis 1983 Bundeskanzler, Jörg Haider von 1989–1991 und von 1999–2008 Landeshauptmann von Kärnten. Für folgende Ausführungen siehe PELINKA/SICKINGER/STÖGNER, 2008; RATHKOLB, 2016; WODAK/PELINKA, 2002; HANNIG, 2017, S. 230–237.

⁷² FLEISCHHACKER, Michael: Der gute Populist von Österreich, in: Der Standard, 29. Juli 2000, URL: <https://www.derstandard.at/story/284587/> (26. Januar 2020).

⁷³ BAUMANN, Meret: Der Vater der Rechtspopulisten, in: NZZ, 11. Oktober 2018, URL: <https://www.nzz.ch/international/ld.1425784> (26. Januar 2020).

ky, der mit seiner Relativierung des Antisemitismus, mit der Reintegration von Nationalsozialisten und der Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit, aber vor allem mit seinen antisemitischen und fremdenfeindlichen Aussagen gegen Simon Wiesenthal sowie seinem Antizionismus nicht nur ein fatales Zeichen in der Vergangenheitspolitik gesetzt, sondern auch der FPÖ „Schützenhilfe“ geleistet hat. „Nur Kreisky als Jude“ habe durch die wiederholte Zusammenarbeit mit der FPÖ diese vom Makel des Nationalsozialismus und Antisemitismus befreien und „politisch salonfähig“ machen können, stellte der Sozialdemokrat und Sozialphilosoph Norbert Leser fest.⁷⁴

Das Beispiel Bruno Kreisky zeigt deutlich, dass auch ein linker Politiker rechtspopulistische Politik machen kann. Die Tatsache, dass er selbst dem jüdischen Großbürgertum entstammte, kann nicht dazu dienen, seine antisemitischen Aussagen zu relativieren ebenso wenig wie Argumente, Lueger oder Renner hätten jüdische Freunde und Kollegen gehabt, dies vermögen. Durch populistisches Auftreten und antisemitische Aussagen entsteht stets ein Klima voller Spannungen und Freund-Feind-Bilder, die Grenzen des „Sagbaren“ verschieben sich und Tabus werden gebrochen. Bezeichnenderweise hat der ehemalige Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Ariel Muzicant, daran erinnert, als er im September 2019 an Sebastian Kurz appellierte, nicht noch einmal eine Koalition mit der FPÖ einzugehen, und zwar wegen ihres Antisemitismus und Deutsch-Nationalismus sowie mangelnder Distanz zum nationalsozialistischen Gedankengut: „Es ist die Enttabuisierung in Österreich seit Kreisky und Haider wohl so weit, dass man diese politische Gesinnung als Kavaliersdelikt ansieht.“⁷⁵

7. Sebastian Kurz – Der sanfte Populist?

Als Sebastian Kurz 2017 im Alter von 31 Jahren der jüngste Bundeskanzler Österreichs und der jüngste Regierungschef in Europa wurde, reichten die Kommentare im In- und Ausland von „Wunderwuzzi“, „Messias“ bis „Sarrazin mit zurückgegelten Haaren.“⁷⁶ Einen Teil der Faszination machte sicherlich der ko-

⁷⁴ LESER, 2001, S. 46 f.

⁷⁵ MUZICANT, Ariel: Jegliche Koalition mit der FPÖ ist zu unterlassen, in: Die Presse, 16. September 2019, URL: <https://www.diepresse.com/5690731/> (26. Januar 2020).

⁷⁶ HILDEBRANDT, Antje: Interview mit Florian Klenk, in: Cicero, 26. Juli 2019, URL: <https://www.cicero.de/aussenpolitik/schredderaffare-osterreich-sebastian-kurz-falter-florian-klenk/plus> (09. Juni 2020). Grünenchef Werner Kogler bezeichnete Kurz als einen „Schnösel-Machiavellisten“, dem es nur um die eigene Macht gehe. LEON-

metenhafte Aufstieg des Jungpolitikers aus: Mit 24 Jahren wurde Kurz Staatssekretär für Integration, mit 27 Außenminister, und 2017 übernahm er die Führung der konservativen ÖVP, die er nach seinen Vorstellungen reformierte und anschließend unter dem Namen „Liste Kurz“ und mit neuer Farbe (türkis statt schwarz) in einen äußerst erfolgreichen Wahlkampf führte. Während seine Arbeit als Integrationsminister bis heute mehrheitlich positiv beurteilt wird, ist sein Handeln als Außenminister insbesondere in Bezug auf die Flüchtlingskrise (Abkehr von einer gesamteuropäischen Lösung und die Schließung der Balkanroute) sehr unterschiedlich bewertet worden: die einen interpretierten es als einen Ausdruck seines rechtspopulistischen Schwenks und seiner Inhumanität, für die anderen war es ein Ausdruck seiner Handlungsfähigkeit und Stärke.⁷⁷ Als Kurz schließlich 2017 eine Koalition mit der FPÖ einging, war von einer „Revolution“, einem deutlichen Rechtsruck und dem Sieg des Populismus die Rede.⁷⁸

Auch wenn sich einzelne Journalisten um Differenzierung bemühten und deutlich machten, dass die ÖVP mit ihrem jungen Kanzler noch immer die bürgerliche Mitte mit einem konservativen Programm vertreten würde⁷⁹, überwogen die Vergleiche mit der FPÖ und die Charakterisierung Kurz' als (Rechts-) Populist: „Kurz ist wie Strache, aber wie ein Strache, der eine elitäre Schule für besonders gutes, bürgerliches Benehmen besucht hat,“ kommentierte der österreichische Politikwissenschaftler und Populismusexperte Anton Pelinka.⁸⁰ Laut Pelinka orientiert sich der „sanfte Populismus des Sebastian Kurz“ inhaltlich an Viktor Orbán, und sein Wahlsieg sei in Wahrheit ein Sieg der FPÖ-Themen.⁸¹ Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn war der Meinung, Kurz

HARD, Ralf: Grüner vor der Wahl in Österreich. Ungekämmt zum Vizekanzler?, in: TAZ, 8. August 2019, URL: <https://taz.de/!5611049/> (26. Januar 2020).

⁷⁷ Wissenschaftliche Biographien über Kurz gibt es bisher nicht, zwei journalistische Werke sind als Erstinformation hilfreich: TÓTH/HORACZEK, 2017; RONZHEIMER, 2018.

⁷⁸ LÖWENSTEIN, Stephan: Eine Revolution namens Kurz, in: FAZ, 15. Oktober 2017, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/oesterreich-15247453.html> (3. Februar 2020); MÜNCH, a.a.O. FN 11.

⁷⁹ LÖWENSTEIN, ebd.; RIEDL, Joachim: Kurz erobert die Hegemonie der Rechten zurück, in: Die Zeit, 15. Oktober 2017, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/nationalratswahl-oesterreich-spo-e-oevp-fpoe-regierungswechsel> (26. Januar 2020).

⁸⁰ PELINKA, Anton: Türkis ist das neue Blau, in: Die Zeit, 8. September 2017, URL: <https://www.zeit.de/2017/37/nationalratswahl-fpoe-spo-e-oevp-sebastian-kurz> (26. Januar 2020).

⁸¹ EBD.

würde die „Sprache Trumps“ sprechen und die Politik der Visegrád-Staaten unterstützen.⁸² Der EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hingegen erklärte, dass die türkis-blaue Regierung „eine pro-europäische Regierung“ sei und ihr proeuropäischer Kurs zu fast 100 Prozent der Kommission passe. Dass Kurz seine erste Reise als Bundeskanzler nach Brüssel unternahm, wertete er als ein „positives Signal“.⁸³

Nach knapp einem Jahr türkis-blauer Regierung zog der österreichische Zeithistoriker Oliver Rathkolb eine wenig schmeichelhafte Bilanz: Kurz würde „den Wunsch nach einem starken Führer“ erfüllen und den Eindruck vermitteln, „handlungsfähig und durchsetzungsstark zu sein.“ Das Ergebnis sei, dass die „autoritäre Sehnsucht nachweislich nach unten gegangen [ist].“⁸⁴ Eine Parallele zieht Rathkolb zu Bruno Kreisky, den er als das „politische Vorbild“ von Strache und Kurz nennt: „Er [Kurz, A.H.] schafft es so zu kommunizieren, dass ihn jeder versteht.“⁸⁵ Der renommierte österreichische Journalist Armin Wolf bescheinigte Sebastian Kurz eine „fantastische Kommunikationsleistung.“ Kurz besitze ein „bemerkenswertes Talent, eine politische Erzählung zu formulieren und überzeugend zu vertreten.“⁸⁶

Ist Sebastian Kurz ein Rechtspopulist oder gar ein „Populismus-Automat“⁸⁷, der sich der Themen und Methoden der FPÖ bedient? Die einfache, verständ-

⁸² MÜLLER, Peter: „Kanzler Kurz spricht die Sprache Trumps“, Interview mit Jean Aselborn, in: Spiegel online, 29. Dezember 2017, URL: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/a-1185396.html> (26. Januar 2020).

⁸³ ULTSCH, Christian: Juncker zu Türkisblau: „Das ist eine proeuropäische Regierung“, in: Die Presse, 19. Dezember 2017, URL: <https://www.diepresse.com/5341285/> (26. Januar 2020).

⁸⁴ AL-SERORI, Leila: Oliver Rathkolb im Interview, in: SZ, 18. Dezember 2018, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/1.4256349> (26. Januar 2020), Rathkolbs Schlussfolgerung und Argumentationslinie in Bezug auf die „autoritäre Sehnsucht“ erscheint unlogisch. Der Demokratiemonitor stellte zudem eine stetige Zunahme an Befürwortern von autoritären/illiberalen Maßnahmen fest. Siehe <https://www.demokratiemonitor.at/> (9. Juni 2020).

⁸⁵ EBD. Für die erste wissenschaftliche Bilanz der ÖVP-FPÖ Regierung siehe TÁLOS, 2019.

⁸⁶ KRUPA, Matthias: Armin Wolf im Interview, in: Die Zeit, 2. Oktober 2019, URL: <https://www.zeit.de/2019/41/armin-wolf-sebastian-kurz-oesterreich-nationalratswahl> (9. Juni 2020).

⁸⁷ LACKNER, Herbert: Der Populismus-Automat, in: Die Zeit, 16. Oktober 2017, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/sebastian-kurz-oevp-oesterreich-wahl-populismus/komplettansicht> (26. Januar 2020).

liche Sprache, die Nähe zum Volk, die Personalisierung, der ausgeprägte Österreich-Patriotismus sowie der starke Fokus auf das Thema Migration und Integration, das zuweilen vom Gegensatz „Wir“ vs. die „Anderen“ geprägt war, sind zweifelsohne Merkmale populistischer Politik.⁸⁸ Durch sein klares Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie und zur Europäischen Union sowie sein seriöses Auftreten und seinen offenen Umgang mit den Medien setzt sich Kurz wiederum vom Populismus ab.⁸⁹ Einige halten dies jedoch für eine Taktik, um bürgerliche Wähler zu gewinnen und meinen, dass Kurz mit seiner „Schwiegersohn-Aura“ „noch gefährlicher“ als Strache sei.⁹⁰ In der Politikwissenschaft gehen die Meinungen ebenfalls auseinander: auf der einen Seite wird ihm die erfolgreiche Eindämmung der rechtspopulistischen Gefahr und die Stärkung der konservativen Politik bescheinigt, auf der anderen Seite wird er selbst zur Hauptgefahr für Österreich und somit auch für Europa erklärt. Seine Kritiker sprechen vom „Führer-Prinzip“, „Trend zum Bonapartismus“ und unterstellen ihm die Absicht, Österreich nach ungarischem und polnischem Vorbild umzubauen zu wollen.⁹¹ Als Minimalkonsens könnte die Charakterisierung von Sebastian Kurz als ein typischer Repräsentant des „Populismus der Mitte“ gelten: insbesondere im Wahlkampf bedienen sich auch etablierte demokratische Akteure populistischer Instrumente (Personalisierung, Polarisierung, kalkulierter Tabubruch), womit sie häufig zu einem politischen Klima beitragen, das wenig Platz für „Toleranz und Humanität“ lässt.⁹²

⁸⁸ KRUPA, Matthias: Der Unfassbare, in: Die Zeit, 26. September 2019, URL: <https://www.zeit.de/2019/40/sebastian-kurz-wahl-oesterreich-ibiza-afaere> (26. Januar 2020).

⁸⁹ MÜLLER, 2016, S. 65. Kurz' Entscheidung, die Europa-Politik vom Außenministerium ins Bundeskanzleramt zu verlagern, zeigt, welche Bedeutung die (pro)europäische Politik für ihn hat.

⁹⁰ HEBEL, Stephan: Kurz ist die „bürgerliche“ Version des Rechtspopulismus, in: Frankfurter Rundschau, 20. Mai 2019, URL: <https://www.fr.de/meinung/oesterreich-12298879.html> (26. Januar 2020); REITER, Margit: Schwarz-blaue Wahlverwandtschaften, in: Der Standard, 6. November 2017, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000067293782/schwarz-blaue-wahlverwandtschaften> (9. Juni 2020).

⁹¹ LOCHOCKI, 2018; BUSCH/BISCHOFF/FUNKE, 2018, S. 136, 155, 192.

⁹² RIEDL, Joachim: Im Retourgang, in: Die Zeit, 10. November 2018, URL: <https://www.zeit.de/2018/46/fpoe-isolation-oesterreich-sebastian-kurz-migration> (26. Januar 2020); MÜNCH, Peter: Kurz verschleiert die eigene Schuld am Desaster, in: SZ, 19. Mai 2019, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/1.4453026> (26. Januar 2020).

Für Irritationen sorgte Sebastian Kurz mit seiner Presseerklärung nach dem „Ibiza-Skandal“⁹³ 2019, als er den jüdisch-israelischen PR-Berater Tal Silberstein erwähnte: „Auch wenn die Methoden klarerweise, die mich schon sehr eindeutig an Tal Silberstein erinnern, verachtenswert sind, der Inhalt, der ist einfach, wie er ist.“⁹⁴ Silberstein arbeitete im Sommer 2017 als Wahlkampfberater für die SPÖ. Mit gefälschten Posts auf Facebook hatte er versucht, die ÖVP und FPÖ zu diskreditieren. Nach dem Bekanntwerden dieser „Dirty-Campaign“ wurde er entlassen. Dies war nicht das erste Mal, dass Kurz den Namen Silberstein benutzte und ein „vollkommen unverantwortliches Spiel“⁹⁵ mit antisemitischen Stereotypen spielte, wie es der österreichisch-israelische Autor und Historiker Doron Rabinovici formulierte. Inzwischen liegt eine Studie von Ruth Wodak vor, die zeigt, dass sich Sebastian Kurz und die ÖVP „des Silbersteins“ häufig bedienen.⁹⁶ Für Wodak steht außer Zweifel, dass der Name Silberstein als antisemitischer Code verwendet wurde, nicht zuletzt wegen seiner häufigen

⁹³ Der „Ibiza-Skandal“ wurde durch die Veröffentlichung eines Videos ausgelöst, das Straches und Gudenus' Bereitschaft zur Korruption, Umgehung der Gesetze sowie Kontrolle der Medien dokumentierte. Der Skandal führte zum Bruch der ÖVP-FPÖ-Koalition im Mai 2019.

⁹⁴ „Die FPÖ schadet unserem Land“. Kurz-Erklärung im Wortlaut, in: Die Welt, 18. Mai 2019, URL: <https://www.welt.de/politik/ausland/article193742599/> (26. Januar 2020); Phoenix: Pressekonferenz von Sebastian Kurz am 18.05.2019, in: YouTube, 19. Mai 2019, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Kh7brhfPirg> (26. Januar 2020).

⁹⁵ [Anon.]: Rabinovici, Kurz' „Spiel“ mit Antisemitismus, 20. Mai 2019, in: ORF, URL: <https://orf.at/stories/3123320/> (26. Januar 2020); siehe auch RAUSCHER, Hans: Silberstein, in: Der Standard, 24. Juli 2019, URL: <https://www.derstandard.de/story/2000106648684/silberstein> (9. Juni 2020). In Deutschland wurden von Hans-Georg Maaßen, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, und Rudolf Adam, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes, weitergehende Verschwörungstheorien verbreitet. Silberstein aufgreifend, behaupteten sie ohne jegliche Beweise, dass der israelische Geheimdienst Mossad hinter der „Ibiza-Falle“ stecken würde. ADAM, Rudolf: „Strache-Video – War es der Mossad?“, in: Cicero, 20. Mai 2019, URL: <https://www.cicero.de/aussenpolitik/heinz-christian-strache-video-johannes-gudenus-ibiza-israel-mossad> [die Seite wurde gelöscht]; MAASSEN, Hans-Georg: „Die Video-Falle ist erst der erste Akt des Skandals“, in: BILD, 19. Mai 2019. Vor allem linke Zeitungen thematisierten das: DILLMANN, Daniel/THORWARTH, Katja: Spekulationen um Strache-Video, in: Frankfurter Rundschau, 22. Mai 2019, URL: <https://www.fr.de/meinung/strache-12310252.html> (26. Januar 2020); TORSCH, Bernhard: Wer ist schuld? Natürlich der Jude!, in: Jungle World, 2019, URL: <https://jungle.world/artikel/2019/21/wer-ist-schuld-natuerlich-der-jude> (26. Januar 2020).

⁹⁶ WODAK, 2019.

Instrumentalisierung in den Wahlkämpfen 2017 und 2019. Sie sieht in Kurz' Vorgehensweise einerseits eine Täter-Opfer-Umkehr (Strache erscheint als Opfer einer Verschwörung) und andererseits die „Iudeus-ex-Machina-Strategie“: wenn von Problemen abgelenkt werden soll, dient das „Feindbild Jude“ als Sündenbock.⁹⁷ Margit Reiter kritisierte schon 2017 antisemitische Momente in der ÖVP, als es keine bedeutenden Konsequenzen für ÖVP-Studentenfunktionäre gab, deren antisemitische Witze „geschmacklosester Art“ bekannt wurden.⁹⁸ Florian Klenk, Chefredakteur der linken Wochenzeitung *Falter*, bezeichnet Kurz zwar als den „politische[n] Erbe[n] Haider's“ und nennt ihn „Sarrazin mit zurückgegelten Haaren und Slim-Fit-Anzug“; dennoch unterstreicht er, dass der ÖVP-Politiker „kein Nazi“ und sein Verhältnis zur NS-Zeit „geklärt“ sei.⁹⁹

Die Analyse der Politik von Sebastian Kurz lässt keinen Zweifel zu: er ist kein Antisemit. Vielmehr hat Kurz den Kampf gegen den Antisemitismus als eine zentrale Aufgabe seiner Politik bezeichnet und sich um gute Beziehungen mit Israel bemüht. Kurz wiederholte bei verschiedenen Gelegenheiten, dass Österreich gegen Antisemitismus vorgehen und sicherstellen müsse, dass „der jüdische Glaube hier offen und demonstrativ gelebt werden kann, frei von Belästigungen und Übergriffen welcher Art auch immer.“¹⁰⁰ Diesen Gedanken hat er auf die internationale Ebene gehoben, als er im November 2018 während der österreichischen EU-Präsidentschaft eine hochrangige Antisemitismuskonferenz in Wien stattfinden ließ. Dort unterstrich er die österreichische Verantwortung nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft: es seien „nachhaltige Schritte im Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus“ notwendig, um allen Juden ein sicheres Leben in „Österreich, Europa und darüber hinaus“ zu gewährleisten.¹⁰¹ Außerdem zählte – zur Überraschung vieler – zu den ersten Aktivitäten der türkis-blauen Regierung der Beschluss zur Errichtung zweier bereits länger geplanter Denkmäler – einer Mauer mit den

⁹⁷ WODAK, 2018, S. 64.

⁹⁸ REITER, a.a.O. FN 90.

⁹⁹ Florian Klenk im Interview, a.a.O. FN 76.

¹⁰⁰ KURZ, 2017, S. 129.

¹⁰¹ Österreichs EU-Ratsvorsitz: Erfolge und Herausforderungen, 2018, in: Bundeskanzleramt, URL: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2017-2018/osterreichs-eu-ratsvorsitz-erfolge-und-herausforderungen.html> (9. Juni 2020). Der Europäische Rat nahm am 6. Dezember 2018 die „Erklärung zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts für einen besseren Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa“ an.

Namen der Holocaust-Opfer in Wien und des Denkmals für die im weißrussischen Maly Trostinec ermordeten österreichischen Juden.¹⁰²

Wie lässt sich aber erklären, dass Sebastian Kurz während seiner Regierungskoalition mit der FPÖ zahlreiche Skandale und „Einzelfälle“ mit antisemitischem Hintergrund seitens der FPÖ toleriert und keine Konsequenzen gezogen hat?¹⁰³ Wie lässt sich die wiederholte Instrumentalisierung „des Silbersteins“ einordnen? Ignatz Bubis (1927–1999), der frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat vor vielen Jahren in einem Interview gesagt, dass die diffamierende und klischeehafte Nennung von anonymen Juden beziehungsweise Juden als Gruppe in bestimmten Situationen antisemitisch sei, bei individuellen Verbrechen dies jedoch nicht der Fall sei: „Normal ist, wenn wir wieder über Juden schimpfen dürfen. [...] Normal ist, wenn ich einen jüdischen Verbrecher als Verbrecher bezeichne.“¹⁰⁴ Silberstein ist in der Tat ein einzelner Jude, dessen „Dirty-Campaigning“ in Österreich durch die permanente Wiederholung seines Namens vonseiten der FPÖ und ÖVP zum Inbegriff eines „schmutzigen Wahlkampfes“ geworden ist. Wenn von „Silberstein-Methoden“ und „Silberstein-Manier“ in ganz anderen Zusammenhängen die Rede ist, dann ist zumindest fraglich, ob tatsächlich von einem „individuellen Verbrecher“ die Rede ist, oder ob der Name nicht vielmehr als Code dient. Angesichts der Tatsache, dass Kurz als „ein fabelhafter politischer Kommunikator“ gilt, der über ein Kommunikationsteam verfügt, das allen anderen in Österreich „technisch und strategisch weit überlegen“¹⁰⁵ ist, stellt sich die Frage, welches Kalkül mit „Silberstein“ verfolgt wurde. Zweifellos wird mit dem Namen immer wieder an das Fehlverhalten des politischen Gegners SPÖ erinnert. Im Wahlkampf mag diese Verkürzung vielleicht noch nachvollziehbar sein, im Zusammenhang mit dem „Ibiza-Skandal“ erscheint sie höchst fragwürdig. Kurz lieferte damit nicht nur Material für (antisemitische) Verschwörungstheorien, sondern unterstütz-

¹⁰² UHL, 2018.

¹⁰³ Das Schweigen des Kanzlers zu den „Einzelfällen“ sowie zu einigen fragwürdigen Entscheidungen und Aussagen der FPÖ brachte ihm den Namen „Schweigekanzler“. Das Wort wurde 2018 zum österreichischen Wort des Jahres gewählt. Siehe <https://www.duden.de/sprachwissen/sprachratgeber/Wort-und-Unwort-des-Jahres-Osterreich> (26. Januar 2020).

¹⁰⁴ KARASEK, Hellmuth/MANZ, Ulrich : Ignatz Bubis und Daniel Cohn-Bendit über Juden in Frankfurt und den Fassbinder-Streit, in: Der Spiegel, 11. November 1985, URL: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13514757.html> (26. Januar 2020).

¹⁰⁵ KRUPA, a.a.O. FN 86; LEONHARD, a.a.O. FN 76.

te die FPÖ bei der Konstruktion ihrer Opferrolle und lenkte vom eigentlichen Skandal ab.

8. „Österreich was ist los mit dir???“

Einen Tag nach der EU-Wahl, am 27. Mai 2019, wurden Fotografien von Opfern des Nationalsozialismus, die im Rahmen der Ausstellung „Gegen das Vergessen“ am Wiener Burgring gezeigt wurden, mit Messern aufgeschlitzt und die Gesichter einiger Opfer unkenntlich gemacht. Der deutsch-italienische Fotograf und Ausstellungsmacher, Luigi Toscano, fragte entsetzt über Facebook: „Österreich was ist los mit dir???“¹⁰⁶ Die Ausstellung wurde zuvor an mehreren Orten in Deutschland, in den USA und in der Ukraine ohne Zwischenfälle gezeigt. Seit ihrer Eröffnung in Wien am 6. Mai war dies bereits der dritte Angriff. Der Vorfall erregte weltweite Aufmerksamkeit, sogar das UN-Kommissariat für Menschenrechte äußerte sich dazu und erklärte, dass es sich hierbei um keine Einzelfälle handelte. Positiv angemerkt wurde aber die Reaktion vieler Wiener: „[...] a number of people in Vienna have taken a stand against the acts of anti-Semitism, thereby working to repair the damaged pictures of the Holocaust survivors and joining forces to guard the exhibition from further attacks.“¹⁰⁷ Dieser Vorfall ist geradezu symptomatisch für Österreich: der Antisemitismus wird immer wieder (öffentlich) zum Ausdruck gebracht, er schockiert in seiner Deutlichkeit das In- und Ausland, und unmittelbar danach engagiert sich eine starke zivile Gesellschaft und setzt Zeichen gegen Antisemitismus.

Die österreichische Regierung präsentierte kürzlich ihre neue Initiative gegen Antisemitismus „Demokratie in Bewegung – Bildung gegen Vorurteile“.¹⁰⁸ Damit folgt sie letztlich den Empfehlungen des Sonderbeauftragten des UN-

¹⁰⁶ SCHREDLE, Minh: „Haben wir uns kleinkriegen lassen, Luigi?“, in: Kontext. Wochenzeitung, 12. Juni 2019, <https://www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/428/haben-wir-uns-kleinkriegen-lassen-luigi-5977.html> (26. Januar 2020); SCHAUR-WÜNSCH, Teresa: Fotograf Luigi Toscano: „Allein und ziemlich fassungslos“, in: Die Presse, 28. Juni 2019, URL: <https://www.diepresse.com/5651705/> (26. Januar 2020); WOLF, Benjamin: Lest We Forget, In: Metropole, 28. Mai 2019, URL: <https://metropole.at/lest-we-forget/> (26. Januar 2020).

¹⁰⁷ HURTADO, Marta: Press briefing notes anti-semitism, 28. Mai 2019, URL: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24652> (26. Januar 2020).

¹⁰⁸ Parlamentskorrespondenz, Nr. 881, 2019, URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2019/PK0881/index.shtml (26. Januar 2020).

Rats für Menschenrechte, Ahmed Shaheed, der in seinem Bericht von 2019 einen weltweiten Anstieg antisemitischer Taten feststellte und an alle Staaten appellierte, gegen Antisemitismus und jegliche religiöse Intoleranz vorzugehen. Neben rechtlichen Maßnahmen empfahl er vor allem mehr Investitionen in Bildung und Projekte gegen Antisemitismus.¹⁰⁹ Während über den „richtigen“ Umgang mit Populisten durchaus kontrovers diskutiert wird, zeigen langjährige Erfahrungen im Umgang mit Antisemitismus, dass lediglich Bildung und Aufklärung sowie die Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens (zum Beispiel bei Holocaust-Leugnung) langfristige Wirkung zeigen.¹¹⁰

Der deutsche Journalist Peter Münch bezeichnete Österreich als „eine Art Langzeit-Laborversuch für rechtspopulistische Umtriebe“.¹¹¹ Die vorliegende Untersuchung stimmt dieser pointierten Aussage grundsätzlich zu und ergänzt sie um den Aspekt des Antisemitismus. Beide Phänomene, Populismus und Antisemitismus, sind kontinuierlich seit der beginnenden Parlamentarisierung und der Gleichstellung der Juden im 19. Jahrhundert festzustellen; sie passen sich neuen Bezugssystemen chamäleonartig an und treten in unterschiedlicher Intensität und Qualität auf, so dass von einer Wellenbewegung oder Zyklen die Rede sein kann.¹¹² Sie erzeugen eine politische und gesellschaftliche Atmosphäre, die von Spannungen, Feindbildern, Tabubrüchen und zuweilen Hass und Angst geprägt ist. Diese wirkt sich nachgewiesenermaßen nicht nur auf das jüdische Leben negativ aus, sondern auch auf das Leben aller Minderheiten. Ob die Akteure echte, überzeugte Antisemiten und Populisten sind, oder ob sie den Antisemitismus instrumentalisieren, spielt im Ergebnis keine Rolle. „Antisemitism is toxic to democracy and mutual respect of citizens and threatens all societies in which it goes unchallenged.“¹¹³

Ob Populismus allein „Gemeinwesen schädigt oder ihnen hilft“, zeigt sich erst in der Retrospektive. Er ist ein „historischer Normalfall“, und keine Ausnahme.¹¹⁴ Die These von einem „spezifisch moderne[n] Phänomen“, welches laut Jan-Werner Müller die moderne, repräsentative Demokratie gefährde, muss aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive zurückgewiesen werden.¹¹⁵

¹⁰⁹ UNITED NATIONS, a.a.O. FN 20, S. 18.

¹¹⁰ BENZ, 2010.

¹¹¹ MÜNCH, a.a.O. FN 11.

¹¹² PRIESTER, 2012, S. 3.

¹¹³ UNITED NATIONS, a.a. O. FN 20, S. 2.

¹¹⁴ BEIGEL/ECKERT, 2017b, S. 14; vergleiche HARTLEB, 2012.

¹¹⁵ MÜLLER, 2016, S. 18, 28.

Die Parallele hinsichtlich des Auftretens von Populismus und Antisemitismus („Krisenphänomene“) wirft die Frage auf, ob sie bei jeder Krise auftreten, beziehungsweise warum sie nach dem Ende der Krise nicht verschwinden.

Die in der Politikwissenschaft übliche Unterscheidung zwischen Links- und Rechtspopulismus erscheint problematisch, vor allem wenn linke Politiker, wie in den gezeigten Beispielen Karl Renners und Bruno Kreiskys sowohl typische Themen als auch die Rhetorik der Rechtspopulisten übernehmen. Insgesamt hat der bisherige Fokus auf rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien und Gruppen möglicherweise ein falsches, oder zumindest unvollständiges Bild vom Populismus erzeugt. Notwendig sind deshalb Studien, die das komplette parteipolitische Spektrum ausleuchten. Geschichtswissenschaftliche Untersuchungen würden helfen, langfristige Tendenzen zu identifizieren, die Bedeutung von Strukturen und Systemen herauszuarbeiten, Kontinuitäten und Wandel beziehungsweise Zäsuren festzustellen und eventuell Gefahren und Chancen zu erkennen.

Sowohl die amerikanische Historikervereinigung American Historical Association (AHA) als auch der Deutsche Historikerverband sind sich einig, dass es Aufgabe der Historiker sei, sich auch mit aktuellen Themen zu befassen und ihre fachliche Expertise stärker in die gegenwärtigen Debatten einzubringen: „Geschichtswissenschaft hat die Aufgabe, durch die Analyse historischer Entwicklungen auch zur besseren Wahrnehmung von Gegenwartsproblemen beizutragen und die Komplexität ihrer Ursachen herauszuarbeiten.“¹¹⁶

9. Literaturverzeichnis

9.1 Quellen

BILD, Berlin.

Bundeskanzleramt, URL: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>.

Cicero, Berlin, URL: <https://www.cicero.de>.

Demokratiemonitor 2019, URL: <https://www.demokratiemonitor.at/>.

Der Kurier, Wien, URL: <https://kurier.at/>.

Der Spiegel, Hamburg, URL: <https://www.spiegel.de>.

¹¹⁶ Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, 2018; Flaherty, Colleen: Past as Present, in: Inside Higher Ed, 2020, URL: <https://www.insidehighered.com/news/2020/01/06/are-historians-increasingly-driven-weigh-contemporary-policy-debates> (27. Januar 2020).

Der Standard, Wien, URL: <https://www.derstandard.de>.

Deutsches Volksblatt, Wien, URL: <http://anno.onb.ac.at/>.

Die Presse, Wien, URL: <https://www.diepresse.com>.

Die Zeit. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur, Hamburg, URL: <https://www.zeit.de>.

Falter, Wien, URL: <https://cms.falter.at>.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt, URL: <https://www.faz.net/>.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt, URL: <https://www.fr.de>.

Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht. Die Verhandlungen vor dem §14-Gericht am 18. und 19. Mai 1917 nach dem stenographischen Protokoll, Berlin 1919.

Inside Higher Ed, Washington, District of Columbia, URL: <https://www.inside-highered.com/>.

International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), URL: <https://www.holocaustremembrance.com/de/>.

Jungle World, Berlin, URL: <https://jungle.world/>.

Kontext: Wochenzeitung, Stuttgart, URL: <https://www.kontextwochenzeitung.de>.

KURZ, Sebastian: Den sozialen Frieden sichern und ein „Wir-Gefühl“ fördern. Österreichs Initiativen und Aktivitäten im Dialog mit Religionsgemeinschaften und Migrantengemeinschaften, in: DEUTSCH, Oskar (Hg.): Die Zukunft Europas und das Judentum. Impulse zu einem gesellschaftlichen Diskurs, Wien/Köln/Weimar 2017, S. 123–133.

MAUTHAUSEN KOMITEE ÖSTERREICH: Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Einzelfälle und Serientäter, Wien 2018, URL: <https://www.mkoe.at/sites/default/files/files/aktuelles/MKOE-Broschuere-FPOE-Einzelfaelle-und-Serientaeter-2018.pdf> (10. Februar 2020).

Metropole, Wien, URL: <https://metropole.at>.

Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, URL: <https://www.nzz.ch>.

Neues Wiener Tagblatt, Wien, URL: <http://anno.onb.ac.at>.

Österreichischer Rundfunk (ORF), Wien, URL: <https://orf.at/>.

Parlamentskorrespondenz, Wien, URL: <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/>.

Phoenix, Bonn.

- Profil, Wien, URL: <https://www.profil.at>.
- Schweizer Radio und Fernsehen (SRF), Zürich, URL: <https://www.srf.ch>.
- Süddeutsche Zeitung (SZ), München, URL: <https://www.sueddeutsche.de>.
- Tageszeitung (TAZ), Berlin, URL: <https://taz.de>.
- UNITED NATIONS (UN), eSubscription to United Nations Documents, New York, URL: <https://undocs.org>.
- VERBAND DER HISTORIKER UND HISTORIKERINNEN DEUTSCHLANDS: Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie, Münster 2018, URL: <https://www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/resolution-zu-gegenwaertigen-gefaehrdungen-der-demokratie.html> (27. Januar 2020).
- Wahlumfragen, URL: <https://neuwal.com/wahlumfragen/>.
- Wiener Zeitung, Wien, URL: <https://www.wienerzeitung.at>.
- ZEGLOVITS, Eva/UNTERHUBER, Paul/SOMMER, Franz: Antisemitismusstudie 2018. Ergebnis Analyse im Überblick, 2018, URL: <https://www.antisemitismus2018.at/die-studie/> (27. Januar 2020).

9.2 Literatur

- BAJOHR, Frank: German Antisemitism and its Influence in Europe. The Case of Alfred Rosenberg and the Nazi Foreign Policy Office after 1933, in: BAJOHR, Frank/POHL, Dieter (Hg.): Right-Wing Politics and the Rise of Antisemitism in Europe 1935-1941 (European Holocaust studies 1), Göttingen 2019, S. 9–18.
- BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg (Hg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster 2017a.
- BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg: Populismus und seine Funktionen. Zur Einleitung, in: BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg (Hg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster 2017b, S. 7–35.
- BENZ, Wolfgang: Antisemitismus und Antisemitismusforschung, in: Docupecta-Zeitgeschichte, 2010, URL: https://docupecta.de/zg/Benz_antisemitismus_v1_de_2010#cite_ref-30 (27. Januar 2020).
- BERGMANN, Werner/ERB, Rainer/LICHTBLAU, Albert (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin 3), Frankfurt am Main 1995.

- BERGMANN, Werner/WYRWA, Ulrich (Hg.): The Making of Antisemitism as a Political Movement. Political History as Cultural History (1879-1914), in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History* 3 (2012), URL: <https://www.quest-cdecjournal.it/index.php?issue=3> (27. Januar 2020).
- BINDER, Dieter A.: Der „reiche Jude“. Zur sozialdemokratischen Kapitalismuskritik und zu deren antisemitischen Feindbildern in der Ersten Republik, in: *Geschichte und Gegenwart. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung* 4 (1985) 1, S. 43–53.
- BOTSCH, Gideon: Zeitgeschichtliche Impulse für die Rechtsextremismus-Forschung, in: *Zeitgeschichte-online*, 2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zeitgeschichtliche-impulse-fuer-die-rechtsextremismus-forschung> (27. Januar 2020).
- BOYER, John W.: Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf (Studien zu Politik und Verwaltung 93), Wien/Köln/Weimar 2010.
- BUCHEN, Tim: „Learning from Vienna Means Learning to Win“. The Cracovian Christian Socials and the „Antisemitic Turn“ of 1896, in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History* 3 (2012a), URL: <http://www.quest-cdecjournal.it/focus.php?id=302> (15. Januar 2020).
- BUCHEN, Tim: Antisemitismus in Galizien. Agitation, Gewalt und Politik gegen Juden in der Habsburgermonarchie um 1900 (Studien zum Antisemitismus in Europa 3), Berlin 2012b.
- BUCHEN, Tim: Kollektive Gewalt und die religiöse Politisierung von Bauern in der habsburgischen Peripherie. »Rabatze« und »antisemitische Exzesse« in Westgalizien, 1846–1898, in: BOUWERS, Eveline (Hg.): *Glaubenskämpfe. Katholiken und Gewalt im 19. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Beiheft 130), Göttingen 2019, S. 163–187.
- BUSCH, Klaus/BISCHOFF, Joachim/FUNKE, Hajo: Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende, Hamburg 2018.
- D’ONOFRIO, Andrea: Nationalsozialismus und Populismus, in: *Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 9 (2012) 2, S. 257–277.
- DECKER, Frank: Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: DECKER, Frank (Hg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 9–32.

- DECKER, Frank/LEWANDOWSKY, Marcel: Rechtspopulismus. Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien, in: Dossier Rechtspopulismus, 2017, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien> (15. Januar 2020).
- DREIDEMY, Lucile: Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien/Köln/Weimar 2014.
- EMBACHER, Helga/EDTMAIER, Bernadette/PREITSCHOPF, Alexandra: Antisemitismus in Europa. Fallbeispiele eines globalen Phänomens im 21. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2019.
- ENDERLE-BURCEL, Gertrude/REITER-ZATLOUKAL, Ilse: Einleitende Streiflichter, in: ENDERLE-BURCEL, Gertrude/REITER-ZATLOUKAL, Ilse (Hg.): Antisemitismus in Österreich 1933–1938, Wien/Köln/Weimar 2018, S. 17–33.
- FABER, Richard/UNGER, Frank (Hg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008.
- FRANKL, Michal: „Prag ist nunmehr antisemitisch“. Tschechischer Antisemitismus am Ende des 19. Jahrhunderts (Studien zum Antisemitismus in Europa 1), Berlin 2011.
- FREIHEITLICHES BILDUNGSINSTITUT: Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, URL: https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2019/PDFs/Buch-Historikerkommission-Web.pdf (28. Januar 2020).
- GEHLER, Michael/SICKINGER, Hubert (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck 2007.
- GRIGAT, Stephan (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung 7), Baden-Baden 2017.
- GÜRGEN, Marlene/HECHT, Patricia/HORACZEK, Nina u. a.: Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus, Berlin 2019.
- HAMANN, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München 2001.
- HANNIG, Alma: „Was kann die Rechte dafür, wenn ihr Populismus bei den Massen besser ankommt als der linke?“. Populismus in Österreich, in: BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg (Hg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster 2017, S. 223–240.
- HARTLEB, Florian: Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012) 5-6, URL: <http://>

www.bpb.de/apuz/75856/populismus-als-totengraeber-oder-moegliches-korrektiv-der-demokratie?p=all (27. Januar 2020).

HEILBRONN, Christian/RABINOVICI, Doron/SZNAIDER, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte (Edition Suhrkamp 2740), Frankfurt am Main ²2019.

HÖBELT, Lothar: Raab und Reinthaller. Die Stabilisierung der Zweiten Republik, in: FREIHEITLICHES BILDUNGSINSTITUT (Hg.): Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ, Wien 2019, S. 93–124.

KALTWASSER, Cristóbal Rovira/TAGGART, Paul/ESPEJO, Paulina Ochoa u. a. (Hg.): The Oxford Handbook of Populism, Oxford 2017.

KIENZL, Lisa: Nation, Identität und Antisemitismus. Der deutschsprachige Raum der Donaumonarchie 1866 bis 1914, Gaz 2014.

KÖNIG, Mareike/SCHULZ, Oliver (Hg.): Antisemitismus im 19. Jahrhundert aus internationaler Perspektive (Schriften aus der Max Weber Stiftung 1), Göttingen 2019.

KRZYWIEC, Grzechorz: The Lueger effect in fin-de-siècle Catholic Poland. The Imaginary Jew, the Viennese Christian Socials, and the rise of Catholic anti-Semitism in Eastern Europe, in: KÖNIG, Mareike/SCHULZ, Oliver (Hg.): Antisemitismus im 19. Jahrhundert aus internationaler Perspektive (Schriften aus der Max Weber Stiftung 1), Göttingen 2019, S. 227–241.

LEHNER, Isabella: Migration, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Wiener Gemeinderat (1892–1912), in: RÖHRLICH, Elisabeth (Hg.): Migration und Innovation um 1900. Perspektiven auf das Wien der Jahrhundertwende, Wien/Köln/Weimar 2016, S. 459–480.

LESER, Norbert: Die Sozialdemokratie und das Ende der großen Koalition, in: HÖBELT, Lothar (Hg.): Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ, München 2001, S. 42–66.

LICHTBLAU, Albert: Antisemitismus 1900–1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte, in: STERN, Frank/EICHTINGER, Barbara (Hg.): Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 39–58.

LOCHOCKI, Timo: Immigrationsfragen: Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012) 5-6, URL: <http://www.bpb.de/apuz/75858/immigrationsfragen-sprungbrett-rechtspopulistischer-parteien> (15. Januar 2020).

- LOCHOCKI, Timo: *The Rise of Populism in Western Europe. A Media Analysis on Failed Political Messaging*, Cham 2018.
- MADERTHANER, Wolfgang: Dem Volke, was des Volkes ist. Die Erfindung des politischen Populismus im Wiener Fin-de-Siècle, in: RÜDIGER, Axel/SENG, Eva M. (Hg.): *Dimensionen der Politik. Aufklärung, Utopie, Demokratie. Festschrift für Richard Saage zum 65. Geburtstag (Beiträge zur politischen Wissenschaft 142)*, Berlin 2006, S. 413–434.
- MÖLZER, Andreas: Nachbemerkung, in: FREIHEITLICHES BILDUNGSINSTITUT (Hg.): *Bericht der Historikerkommission. Analysen und Materialien zur Geschichte des Dritten Lagers und der FPÖ*, Wien 2019, S. 665 f.
- MÜLLER, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 1752)*, Bonn 2016.
- NASKO, Siegfried: *Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche*, Salzburg/Wien 2016.
- NEMES, Robert/UNOWSKY, Daniel (Hg.): *Sites of European Antisemitism in the Age of Mass Politics, 1880–1918*, Waltham 2014.
- NIEHR, Thomas: *Rechtspopulistische Lexik und die Grenzen des Sagbaren*, in: *Dossier Rechtspopulismus*, 2017, URL: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240831/rechtspopulistische-lexik-und-die-grenzen-des-sagbaren> (27. Januar 2020).
- PAULEY, Bruce F.: *From Prejudice to Persecution. A History of Austrian Antisemitism*, Chapel Hill/London 1992.
- PELINKA, Anton: *Karl Renner zur Einführung (SOAK-Einführungen 46)*, Hamburg 1989.
- PELINKA, Anton: *Sozialdemokratie und Antisemitismus*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 3 (1992) 4, S. 540–554.
- PELINKA, Anton/SICKINGER, Hubert/STÖGNER, Karin: *Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten*, Wien 2008.
- PELINKA, Anton: *FPÖ. Von der Alt-Nazi-Partei zum Prototyp des europäischen Rechtspopulismus*, in: *Dossier Rechtspopulismus*, 2017, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/239915/fpoe-prototyp-des-europaeischen-rechtspopulismus> (15. Januar 2020).
- POIER, Klaus/SAYWALD-WEDL, Sandra/UNGER, Hedwig: *Die Themen der „Populisten“. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen (International studies on populism 5)*, Baden-Baden 2017.

- POMBENI, Paolo: Das Problem des Populismus im Rahmen der europäischen Geschichte, in: *Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 8 (2011) 2, S. 221–236.
- PRIESTER, Karin: Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012) 5-6, URL: <http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus> (27. Januar 2020).
- PRIESTER, Karin: Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen, in: VIRCHOW, Fabian/LANGEBACH, Martin/HÄUSLER, Alexander (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus (Edition Rechtsextremismus)*, Wiesbaden 2016, S. 533–560.
- RATHKOLB, Oliver: A New Historiography of Bruno Kreisky, in: BISCHOF, Günter/KARLHOFER, Ferdinand (Hg.): *Austrian Studies Today (Contemporary Austrian studies 25)*, Innsbruck 2016, S. 37–43.
- RAUSCHER, Walter: *Karl Renner. Ein österreichischer Mythos*, Wien 1995.
- REITER, Margit: Die österreichische Sozialdemokratie und Antisemitismus. Politische Kampfansage mit Ambivalenzen, in: ENDERLE-BURCEL, Gertrude/REITER-ZATLOUKAL, Ilse (Hg.): *Antisemitismus in Österreich 1933–1938*, Wien/Köln/Weimar 2018, S. 361–379.
- REITER, Margit: *Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ*, Göttingen 2019.
- RONZHEIMER, Paul: *Sebastian Kurz. Die Biografie*, Freiburg im Breisgau 2018.
- RÜTGEN, Herbert: *Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918–1938 (Dissertationen der Karl-Franzens-Universität 78)*, Graz 1989.
- SAAGE, Richard: *Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie*, Wien 2016.
- SALZBORN, Samuel (Hg.): *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung 11)*, 2019a.
- SALZBORN, Samuel: *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 10368)*, Bonn 2019b.
- SCHAUSBERGER, Franz: Karl Lueger und Karl Renner. Zweierlei Maß in der österreichischen Gedenkkultur, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 2012, S. 483–491.

- SCHÖDL, Günter: Populismus in Zentraleuropa um 1900, in: SUPPAN, Arnold (Hg.): Auflösung historischer Konflikte im Donauraum: Festschrift für Ferenc Glatz zum 70. Geburtstag, Budapest 2011, S. 229–244.
- SCHWARZ-FRIESEL, Monika: Judenhass im Internet: Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Berlin 2019.
- STÖGNER, Karin: „We are the new Jews!“ and „The Jewish Lobby“ – antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party, in: Nations and nationalism. Journal of the Association for the Study of Ethnicity and Nationalism 22 (2016) 3, S. 484–504.
- SUPPANZ, Werner: „Er gab für Österreich sein Blut, ein wahrer deutscher Mann“. Engelbert Dollfuß und die austrofaschistische Version des Führertums, in: ENKER, Benno/HEIN-KIRCHER, Heidi (Hg.): Der Führer im Europa des 20. Jahrhunderts (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 27), Marburg 2010, S. 137–156.
- SZABÓ, Miloslav: „Von Worten zu Taten“. Die slowakische Nationalbewegung und der Antisemitismus 1875–1922 (Studien zum Antisemitismus in Europa 6), Berlin 2014.
- SZABÓ, Miloslav: Populistischer Antisemitismus. Zur Analyse der antisemitischen Semantik in Ostmitteleuropa am Beispiel Ivo Frankos und Anton Stefáneks, in: KÖNIG, Mareike/SCHULZ, Oliver (Hg.): Antisemitismus im 19. Jahrhundert aus internationaler Perspektive (Schriften aus der Max Weber Stiftung 1), Göttingen 2019, S. 185–202.
- TÁLOS, Emmerich (Hg): Die Schwarz-Blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz (Politik und Zeitgeschichte 11), Wien 2019.
- TÓTH, Barbara/HORACZEK, Nina: Sebastian Kurz. Österreichs neues Wunderkind?, Salzburg/Wien 2017.
- UHL, Heidemarie: Opferthesen, revisited. Österreichs ambivalenter Umgang mit der NS-Vergangenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 68 (2018) 34–35, URL: <https://www.bpb.de/apuz/274259/oesterreichs-ambivalenter-umgang-mit-der-ns-vergangenheit?p=all#footnode38-38> (15. Januar 2020).
- UNOWSKY, Daniel: The Plunder. The 1898 anti-Jewish riots in Habsburg Galicia (Stanford studies on Central and Eastern Europe), Stanford 2018.
- VOLKOV, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code, in: VOLKOV, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays (Beck'sche Reihe 1349), München 2000, S. 13–36.

- VULESICA, Marija: How Antisemitic was the Political Catholicism in Croatia-Slavonia around 1900?, in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History* 3 (2012), URL: <http://www.quest-cdecjournal.it/focus.php?id=301> (27. Januar 2020).
- WENNINGER, Florian: „... für das ganze chritliche Volk eine Frage auf Leben und Tod“. Anmerkungen zu Wesen und Bedeutung des christlichsozialen Antisemitismus bis 1934, in: ENDERLE-BURCEL, Gertrude/REITER-ZATLOUKAL, Ilse (Hg.): *Antisemitismus in Österreich 1933–1938*, Wien/Köln/Weimar 2018, S. 195–235.
- WETZEL, Juliane: Antisemitismus heute – klassische und neue Erscheinungsformen einer Ideologie, in: *Dossier Rechtsextremismus*, 2017, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260281/antisemitismus-heute-klassische-und-neue-erscheinungsformen-einer-ideologie> (15. Januar 2019).
- WISTRICH, Robert S.: Socialism and Antisemitism in Austria before 1914, in: *Jewish Social Studies. History, Culture and Society* 37 (1975), S. 323–332.
- WLADIKA, Michael: *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie*, Wien/Köln/Weimar 2005.
- WODAK, Ruth/PELINKA, Anton (Hg.): *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick/London 2002.
- WODAK, Ruth: The Radical Right and Antisemitism, in: RYDGREN, Jens (Hg.): *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford 2018, S. 61–85.
- WODAK, Ruth: Und täglich grüßt „das Silberstein“, in: TÓTH, Barbara/HOFER, Thomas (Hg.): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*, Salzburg/München 2019, S. 223–238.
- WYRVA, Ulrich: Zur Entstehung des Antisemitismus im Europa des 19. Jahrhunderts. Ursachen und Erscheinungsformen einer wahnhaften Weltanschauung, in: KÖNIG, Mareike/SCHULZ, Oliver (Hg.): *Antisemitismus im 19. Jahrhundert aus internationaler Perspektive (Schriften aus der Max Weber Stiftung 1)*, Göttingen 2019, S. 13–38.

Christian A. Bachmann

Der Wiener *Kikeriki* und die Causa Karl Lueger – Visuelle und mechanische Satire im Dienst des antisemitischen Populismus

1. (Medien-)Historischer Hintergrund

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit „Bildern der Populisten“ verstanden im doppelten Sinne als Bilder, die Populisten zeigen sowie als Bilder, die von Populisten oder in ihrem Namen in Umlauf gebracht werden. Als Populistinnen und Populisten werden dabei Politikerinnen und Politiker verstanden, die für sich in Anspruch nehmen, im Namen eines häufig nicht näher definierten „Volkes“ zu sprechen. Dass zur Selbst- und Fremdinszenierung von Populistinnen und Populisten auch Bildmedien zählen, ist unbestritten. Auf die Theorie und Geschichte des Populismus sowie seine Aktualität soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.¹ Stattdessen soll hier ein konkretes historisches Fallbeispiel bildlicher Repräsentation diskutiert werden, namentlich die teils satirischen Bilder im Wiener Journal *Kikeriki*, die sich auf die Bürgermeisterkandidatur des Antisemiten Karl Lueger (1844–1910) Ende des 19. Jahrhunderts beziehen.

Seit 1830 etablieren sich in den großen Städten Europas illustrierte satirische Zeitschriften, allen voran Charles Philipons *La Caricature* (1830–1843) und *Le Charivari* (1832–1937). In London entsteht in Anlehnung daran *Punch. The London Charivari* (1841–2002). Im Deutschen Bund bilden die 1840er-Jahre und insbesondere das Revolutionsjahr 1848 den Beginn einer visualsatirischen Blütezeit, die bis ins frühe 20. Jahrhundert andauert. Die im frühen 19. Jahrhundert an Bedeutung gewinnenden nationalen Ideen begegnet der Deutsche Bund unter Metternich 1819 mit den Karlsbader Beschlüssen einschließlich des „Preßgesetzes“, das die Freiheit der Presse stark beschneidet, indem sie sie einer Vorzensur unterwirft. Gültig bleibt dieser Beschluss dem Grundsatz nach bis zur Märzrevolution 1848. Nun können auch im deutschen Bund satirische Zeitschriften erscheinen wie die (politisch zurückhaltenden) *Fliegenden Blät-*

¹ Einen Einblick in die Aktualität des Themenkomplexes mit Bezug zu Europa und Deutschland gibt KÖNIG, 2017.

ter (München 1845–1928), der *Münchener Punsch* (1848–1871), die *Leuchtkugeln* (München, 1848–1851), der Berliner *Kladderadatsch* (1848–1944), die *Düsseldorfer Monathefte* (1848–1861), der in Stuttgart beheimatete *Eulenspiegel* (1848–1853), et cetera, Besonders lebhaft ist die Satirelandschaft in Wien, wo schon seit 1837 *Der Humorist* erscheint (bis 1926), dem 1848 die kurzlebige *Wiener Katzen-Musik* (1848), 1857 *Der Figaro* (bis 1919), 1869 *Der Floh* (bis 1919), 1871 *Die Bombe* (bis 1925) und 1881 die *Wiener Caricaturen* (bis 1925) folgen. Nicht alle diese Zeitschriften sind politisch und über die Jahrzehnte verändert sich zudem die Ausrichtung mancher Zeitschrift. Die *Fliegenden Blätter* zum Beispiel – in denen unter anderem der bekannteste Zeichner seiner Zeit, Adolf Oberländer (1845–1923), und der heute noch bekannteste Zeichner dieser Zeit, Wilhelm Busch (1832–1908), veröffentlichen – befassen sich nur punktuell mit der Tagespolitik. Im Vordergrund steht eine gewisse Betulichkeit, die man vielleicht als bürgerlichen Eskapismus bezeichnen kann. Anders *Die Bombe*, die sich als politisches Blatt etabliert, später jedoch lediglich aus heutiger Perspektive eher mild erotische Bilder und Witze bringt. Der Wiener *Kikeriki*, der im Mittelpunkt dieses Beitrags steht, ist dagegen einschlägig politisch. 1861 von Ottokar Franz Ebersberg (1833–1886) gegründet, erscheint der *Kikeriki* mit Auflagen bis zu 25.000 Exemplaren. 1933 wird die Zeitschrift von der Regierung unter Engelbert Dollfuß verboten, weil sich der *Kikeriki* auf die Seite der Nationalsozialisten schlägt. Die letzte Ausgabe erscheint am 23. Juli 1933, zwei Tage vor dem Juliputsch, bei dem Dollfuß ermordet, den Nationalsozialisten die Machtübernahme aber vorerst verwehrt wird.

Wie viele Journale seiner Art wählt der *Kikeriki* ein Maskottchen, einen Hahn. Diese Figur erscheint nicht nur im Titel jeder Ausgabe, sondern auch immer wieder in den satirischen Texten und Bildern. Man darf schon hierin eine auf die Passion Christi rekurrierende religiöse Anspielung erkennen. In seiner ersten Ausgabe, die am 7. November 1861 erscheint, positioniert sich der „Kikeriki als politischer Thurmwächter“. Antisemitismus und Christentum werden in dieser Erstlingsnummer als Orientierungspole erkennbar. So liest man in einem als „Kikeriki-Predigt über würdige und unwürdige Herren“ betitelten Editorial: „Es gibt eine kleine im finsternen schleichende Partei, welche Alle, die da nicht Augen verdrehen, Peterspfennige sammeln und Wallfahrten mitmachen, Ketzler, Freimaurer und Judenbuben heißt. Diese Afterpartei möchte in unserem schönen Vaterlande gern die Rolle des Hausherrn spielen.“² Dieser weiter als

² [EBERSBERG, Ottokar Franz]: Kikeriki-Predigt über würdige und unwürdige Herren, in: *Kikeriki* 1, 7. November 1861, [S. 2].

„frecher Judenbub“, „nichtswürdiger Hebräer“ und „Zeitungsjud“ beschimpfte³, im Ganzen aber unbestimmt bleibenden „Partei“ stellt sich der *Kikeriki* ostentativ entgegen. Die politische Ausrichtung des *Kikeriki* ist hauptsächlich liberal, wie beispielhaft ein „Vorschlag“ zeigt, der in der ersten Nummer unterbreitet wird: „Das Gitter am Grabe der Märzgefallenen ließe sich dazu benützen, die übrig gebliebenen radikalen Kerle hinter dasselbe zu versperren? da ist dann die ganze Sippschaft beisammen.“⁴ Gemeint sind die im März 1848 von Regierungstruppen erschossenen Wiener Arbeiter, die in einem Gemeinschaftsgrab auf dem Schmelzerfriedhof beigesetzt wurden. Man stellt sich im *Kikeriki* also auf die Seite der Regierung, des Kaisers und des Kapitals, gegen die Arbeiter.

Mit dem Aufstieg Karl Luegers verwirft der *Kikeriki* in den späten 1870er-Jahren den Liberalismus und schließt sich den Antisemiten an, die er in der Folge durch massive populistische Propaganda unterstützt. Von 1897 bis zu seinem Tode 1910 ist der 1844 geborene, promovierte Anwalt Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Wien. Lueger ist heute eine der umstrittensten Personen der österreichischen Geschichte. Einerseits wird ihm die kluge Fortführung der von Kaiser Franz Joseph I. (1830–1916) angeordneten und unter Bürgermeister Andreas Zelinka (1802–1868) begonnenen Modernisierung der Stadt Wien angerechnet.⁵ Unter Lueger wird die Modernisierung fortgesetzt. Er lässt unter anderem eine zweite Hochquellenwasserleitung anlegen und kommunalisierte die Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie den Öffentlichen Personennahverkehr. Ihm zu Ehren wird der besonders repräsentative Teil der Ringstraße vom Schottentor über die Universität bis zum Parlament Dr.-Karl-Lueger-Ring getauft. Andererseits bedient sich Lueger, um an die Macht zu gelangen, eines dezidiert antisemitischen Populismus. Das „Volk“ für das er

³ EBD.

⁴ [ANON.]: Vorschlag, in: *Kikeriki* 1, 7. November 1861, [S. 3].

⁵ Bis Ende der 1850er-Jahre war Wien städtebaulich noch im Wesentlichen mittelalterlich strukturiert. Die Innere Stadt, der I. Bezirk, lag eingeschlossen von Befestigungsanlagen, die umgeben waren vom Glacis, einer breiten Freifläche, die der Verteidigung gegen feindliche Heere dient. Als sich im Oktober 1848 das Proletariat erneut erhebt und die Innere Stadt besetzt, erkennt man zögerlich an, dass eine Festungsanlage leicht zur Falle werden kann. Franz Joseph I. ordnet daher am Weihnachtstag 1857 durch öffentliche Bekanntmachung an, die Festung zu schleifen. An ihrer Stelle ist ein „Gürtel in der Breite von mindestens vierzig (40) Klafter, bestehend aus einer Fahrstraße mit Fuß- und Reitwegen zu beiden Seiten“ (ÖSTERREICH, Franz Joseph I. von: Handschreiben an den Minister des Innern, in: *Wiener Zeitung*, 25. Dezember 1857, S. 1–2.) anzulegen – die heutige Ringstraße, die der Stadt ein neues ‚Gesicht‘ und eine neue Struktur gibt.

eintritt, sind die Wiener Christen, sein Feindbild der Liberalismus stellvertreten durch die jüdische Bevölkerung Wiens. Vier Tage nachdem Lueger am 16. April 1897 nach einem mehrjährigen Prozess Bürgermeister von Wien wird, feiert in Braunau am Inn Adolf Hitler (1889–1945) seinen achten Geburtstag, der in *Mein Kampf* Lueger den „gewaltigsten deutschen Bürgermeister aller Zeiten“ nennen wird.⁶ Hitler entlehnt seine Demagogie und seinen Antisemitismus bei Lueger. 2012 wird der Dr.-Karl-Lueger-Ring in Universitätsring unbenannt, der Dr.-Karl-Lueger-Platz am Stubentor im Osten der Inneren Stadt hat dagegen seinen Namen bis heute behalten, eine Inkonsequenz, die symptomatisch ist für Wiens gespaltenes Verhältnis zu Lueger.

Lueger stammt aus einfachen Verhältnissen.⁷ Sein Vater Leopold kommt nach einer Zeit beim Militär als Invalide vom Land in die Hauptstadt. Er arbeitet als Saaldienner am Polytechnikum, später als Trafikant. Karl Luegers Mutter Juliane übernimmt die Trafik nach dem Tod ihres Mannes 1866 zusammen mit den Töchtern Hildegard und Rosa. Lueger ist zu diesem Zeitpunkt Konzipient (wir würden sagen Referendar). 1870 wird er zum Doktor der Rechte promoviert, ab 1874 betreibt er eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Im folgenden Jahr 1875 wird Lueger als Kandidat der Deutschliberalen Partei in den Wiener Gemeinderat gewählt, wechselt aber einmal gewählt zu den Demokraten. Zu Luegers frühen Vorbildern gehört der jüdische Armenarzt und Volksheld Ignaz Mandl (1833–1907), der im 3. Bezirk Landstraße politisch bereits längst arriviert ist als Lueger auf die Bühne tritt. Ihm folgt Lueger in seiner politischen Ausrichtung. Erst später im Jahr 1887 bekennt sich Lueger zum Antisemitismus, 1893 gründet er die Christlichsoziale Partei. „Als glänzender Redner und ‚Volkstribun‘ gewann er Kleinbürgertum und Bauerntum für sein Programm eines christlichen Neubaus der Gesellschaft, formierte die erste Massenbewegung in der österreichischen Geschichte“, liest man heute über Lueger.⁸

Besonders relevant für das Folgende ist die Zeit Ende der 1890er-Jahre. Lueger wird 1895 erstmals Vizebürgermeister von Wien unter dem Liberalen Raimund Grübl (1847–1898) bis dieser das Amt niederlegt. Es folgt, was man salopp einen ‚Wahlkrimi‘ nennen kann: im Oktober 1895 wird Lueger mit einer deutlichen Mehrheit zum Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Wien gewählt. Kaiser Franz Joseph I. verweigert Lueger die notwendige Bestätigung, weil er um die Gleichberechtigung der Wiener Bevölkerung unter dem anti-

⁶ HITLER, 1943, S. 59.

⁷ Zu Luegers Biographie siehe EHRlich, 2010; BOYER, 2010.

⁸ DIEM/MIHALOVIC, 2015.

semitischen Lueger fürchtet. Am 13. November wird Lueger erneut vom Gemeinderat gewählt. Auf Anraten von Ministerpräsident Kasimir Felix Badeni (1846–1909) bleibt Franz Joseph I. bei seinem Urteil und verweigert erneut die Bestätigung. Der Gemeinderat wird aufgelöst. Am 18. April 1896 wird Lueger ein weiteres mal zum Bürgermeister gewählt, verzichtet aber am 27. April nach einer Audienz beim Kaiser auf das Amt. Ein Jahr später, am 8. April 1897, wird Lueger jedoch erneut zum Bürgermeister gewählt. Dieses Mal setzt sich Papst Leo XIII. (1810–1903) für Lueger ein und Franz Joseph I. willigt ein. Am 17. April 1897 verkündet der amtliche Teil der *Wiener Zeitung*, manu propria gezeichnet von Badeni:

„Seine k.u.k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster EntschlieÙung vom 16. April d.J. die Wahl des ersten Vicebürgermeisters Dr. Karl Lueger zum Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die allergnädigste Bestätigung zu ertheilen geruht.“⁹

In der Morgenausgabe des 17. April des antisemitischen *Deutschen Volksblattes* wird diese Entscheidung erwartungsgemäß zum Aufmacher. Die Redaktion „begrüÙt [...] auf das Freudigste“ die „Befreiung Wiens vom Einflusse der liberalen Partei“, nun da Lueger „zur Bürgermeisterwürde gekrönt werden möge“. Und weiter:

„das, wofür die Wiener Wählerschaft mit kaum jemals dagewesener Begeisterung so oft gekämpft hat, ist zur Thatsache geworden. Der Wille des Volkes ist trotz aller Hindernisse, die sich der Erfüllung desselben entgegenstellen mochten, trotz des Einflusses der judä-magyarischen Clique, trotz der Intrigen der jüdischen Hochfinanz, trotz des Widerstandes einer anfänglich übel berathenen Regierung, zur Geltung gelangt und diese, wenn auch etwas verspätete Anerkennung des verfassungsmäßigen Rechtes des Volkes wird zur Folge haben, daß alle die zahlreichen Verstimmungen zu denen die Wiener Frage Anlaß gegeben hat, binnen Kurzem beseitigt sein werden.“¹⁰

Ganz anders die *Arbeiter-Zeitung*, das „Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie“:

„Von jener innbrünstigen Sehnsucht, die von dem Tage, an dem Herr Lueger von dem Bürgermeisterstuhl Besitz nehme wird, die Erlösung des christlichen Volkes erhoffte, ist weit und breit keine Spur zu entdecken, und auch der Schauer des Schreckens, den Lueger seine liberalen Gegner einst andichteten, hat sich mittlerweile gründlich verflüchtigt. Wenn Herr Lueger Bürgermeister wird, ändert sich in Wien gar nichts.“

⁹ [ANON.]: Amtlicher Theil, in: *Wiener Zeitung*, 17. April 1897, S. 1.

¹⁰ [ANON.]: Aus eigener Kraft, in: *Deutsches Volksblatt*, 17. April 1897, S. 1–2.

Sie urteilt dann dennoch:

„Heute steigt mit Lueger auf den Bürgermeisterstuhl ein *bewußter, planmäßiger Feind der Arbeiter*, ein Schädling ihres Emanzipationskampfes, der um so gefährlicher und hassenswerther ist, als er seine Feindschaft in das Gewand einer scheinbaren Interessensolidarität hüllt. [...]“¹¹

Luegers Vereidigung einige Tage später, am 20. April, wird zu einem Spektakel, bei dem der neue Bürgermeister von Tausenden vor dem Rathaus empfangen und bejubelt wird, deren Hochrufe schließlich von der Burggendarmerie unterbunden wird.¹² Die liberale *Neue Freie Presse* bezieht erst am Folgetag, den 21. April, Position:

„Die Lichter, welche heute Abends angezündet wurden, um das goldene Zeitalter zu begrüßen, welches für Wien angebrochen sein soll, sind so spärlich ausgefallen, daß sie gerade ausreichen, um die Finsterniß zu sehen, welche in dieser guten Stadt herrscht.“¹³

Im Folgenden wird nicht auf Luegers weitere Amtszeit eingegangen, die dreizehn Jahre umfasst, sondern der eigentliche Gegenstand fokussiert, die Inszenierung Luegers im *Kikeriki* in einer Zeit und in einer Gesellschaft, in der technisch reproduzierte Bilder erstmals an die Stelle von Politik treten.

2. Stereotype Judenbilder im *Kikeriki*

Am 10. September 1876 erwähnt der *Kikeriki* Karl Lueger zum ersten Mal und zwar gleich auf der Titelseite. Im Kontext vorgeblichen politischen Stillstands unter Bürgermeister Cajetan von Felder (1814–1894) fordert der *Kikeriki* „neue Sprecher [...], parlamentarische Heißsporne, die vor den ärgsten Konflikten nicht zurückschrecken“. Und weiter:

„Dr. Mandl, Dr. Lueger, Josef Huber, Petrasch u. s. w. heißen sie und die bekannten Sandfackel-Verschwörer sind sie! [...] Anstatt auf komunalem Gebiete für Herschaffung von billigem Fleisch und Brod zu sorgen – was thun sie? Grobheiten erfinden sie und dem

¹¹ [ANON.]: Vom Tage, in: Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der Österreichischen Sozialdemokratie, 17. April 1897, S. 1–2.

¹² [ANON.]: Die Beedigung des Bürgermeisters, in: Neue Freie Presse. Abendblatt, 20. April 1897, S. 16–17.

¹³ [ANON.]: Lueger's Antrittsrede, in: Neue Freie Presse. Morgenblatt, 21. April 1897, S. 1–2.

Dr. Felder, der sie alle miteinander cimborassoartig an Bildung überragt, mitteln sie dieselben in Dringlichkeitsanträgen zu!“¹⁴

Zum Schluss des Aufmachers wird der Dichter und Politiker Anastasius Grün (das ist Anton Alexander Graf von Auersperg, 1806–1876) beklagt, der zwei Tage später, am 12. September, den Folgen einer Krankheit erliegt.¹⁵ Grün und von Felder sind zwei der prominentesten liberalen Politiker Österreichs nach 1848; dass der *Kikeriki* für sie Partei ergreift, ist folglich als unmissverständliche politische Positionierung einzuschätzen. Im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt macht sich die Zeitschrift in der Mitte der 1890er-Jahre jedoch zu Luegers Sprachrohr und zu dem eines vielfach beschworenen „Volkes“ – 1895 nennt der *Kikeriki* entsprechend Lueger den „Führer des christlichen Volkes“.¹⁶

In annähernd jeder Ausgabe fällt Luegers Name und häufig wird er in dieser Zeit bildlich dargestellt. Sie stehen neben stereotypen Judenbildern, die der *Kikeriki* druckt und somit wiederholt und verstärkt. Es sind dies im Wesentlichen zwei visuelle Stereotype, die zwei unterschiedlichen jüdischen Gruppen zugeordnet sind. Zum einen finden wir das Bild des galizischen „Schtetl-Juden“. Diese nutzen ihre nach 1848 neu gewonnene Freizügigkeit, um sich in Wien anzusiedeln. Sie verdienen ihren mageren Unterhalt überwiegend als Hausierer, was ihnen den Argwohn kleiner Händler zuzieht.¹⁷ Zu erkennen sind sie in der antisemitischen Visualsatire anhand einfacher, beschädigter oder geflickter Kleidung, Bauchläden und Wanderstöcken sowie hakenförmiger Nasen, Barttracht und Schläfenlocken; die Figuren sind vielfach hässlich dargestellt und zahnlos.¹⁸ Dem Erscheinungsbild nach sind sie bemitleidenswerte Figuren, denen der *Kikeriki* jedoch keines entgegenbringt. Dieses Stereotyp entspricht im Grunde dem Juden als Ahasver, des ewig wandernden (ewig vertriebenen) Juden, das eine lange Tradition hat und hier im *Kikeriki* grotesk überzeichnet wird.

Die zweite Gruppe ist die der „jüdischen Hochfinanz“, die „Judenliberale“, wie Lueger sie nennt: Bankiersfamilien wie Rothschild, Hirsch und Todesco.

¹⁴ [ANON.]: Schöne Aussichten, in: *Kikeriki* 73, 10. September 1876, S. 1.

¹⁵ [ANON.]: Kleine Chronik, in: *Wiener Zeitung*, 14. September 1876, S. 1–2.

¹⁶ [ANON.]: Aus Maria-Enzersdorf, in: *Kikeriki* 75, 19. September 1895, unpag. – Im Literaturverzeichnis findet sich eine Auswahl von Bildern zu Lueger, die der *Kikeriki* in den 1890er Jahren druckt.

¹⁷ EHRlich, 2010, S. 60.

¹⁸ Zu (stereotypen) Bildern jüdischer Körper s. GILMAN/JÜTTE/KOHLBAUER-FRITZ, 1998; HAIBL, 2000; ROHRBACHER, 1991.

Diese Gruppe umfasst zugleich auch Ärzte, Anwälte und Intellektuelle, insbesondere Journalisten (in Wien waren Ende des 19. Jahrhunderts etwa die Hälfte aller Journalistinnen und Journalisten jüdischer Herkunft).¹⁹ Hierin angesprochen findet sich zugleich der politische und wirtschaftliche Liberalismus. Wird dem Liberalismus die Schuld am Wiener Börsenkrach von 1873 und der daran anschließenden bis in die mittleren 1890er-Jahre gefühlten österreichischen Wirtschaftskrise gegeben, so bildet diese stereotypisierte Gruppe sein „Gesicht“, ungeachtet der historischen Sachlage. So identifizieren sich die wenigsten jüdischen Patrizierfamilien aus Tschechien und Mähren mit dem jüdischen Glauben und noch weniger mit den neu zugezogenen galizischen Juden. Vielmehr neigen sie der Großdeutschen Idee zu und „fühlten sich als Angehörige und Mitträger der deutschen Kultur“, wie Anna Ehrlich in ihrer Lueger-Biografie betont.²⁰ Dieser Figurentyp trägt bürgerliche Kleidung, teilt aber zuweilen Merkmale mit der ersten Gruppe. Die österreichischen Antisemiten reaktivieren jedoch auch ältere Klischees und verbinden sie mit dem jüngeren Stereotyp. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Antisemit August Rohling (1839–1931), der in Münster eine Professur für Exegese innehat als er 1871 die Hetzschrift *Der Talmudjude* vorlegt.²¹ Darin rekurriert er unter anderem auf die mittelalterliche Vorstellung von jüdischen Ritualmorden. Obwohl Rohlings Schriften schon zu seinen Lebzeiten wiederlegt werden, auf dem Index Librorum Prohibitorium gesetzt und seine Lehrbefugnis entzogen wird, finden sie weite Verbreitung in der christlichen Bevölkerung und wirkten noch bis ins 20. Jahrhundert nach. Vor diesem Hintergrund ist etwa die menschenfressende Judenfigur einer *Kikeriki*-Karikatur aus dem August 1895 zu verstehen (Abb. 1).²²

An dieser Stelle erscheint eine Differenzierung der Begriffe Karikatur und Visualsatire angemessen. Unter einer Karikatur wird im Folgenden einerseits eine *Zeichenweise* verstanden, die dadurch ausgewiesen ist, dass sie das Dargestellte merklich überzeichnet. Andererseits sind damit Bilder gemeint, die diese Zeichenweise verwenden. Karikatur als Zeichenweise ist bedeutungsoffen, sie kann kritisch-satirisch eingesetzt werden – dann ist sie häufig grotesk – oder auch bloß, um einen komischen Effekt zu erzielen – dann ist sie eher burlesk.

¹⁹ EHRlich, 2010, S. 60.

²⁰ EBD., S. 59.

²¹ ROHLING, 1876.

²² [ANON.]: Ist die Phrase: „Die liberale (großkapitalistische) Partei wird es sich angelegen sein lassen müssen, die Bevölkerung näher an sich heranzuziehen“, in: *Kikeriki* 61, 1. August 1895, unpag.



Abb. 1: *Kikeriki* August 1895

Visuelle Satire (später auch „mechanische“ Satire) meint Bilder, die sich kritisch zu gesellschaftlichen Zuständen, Entwicklungen oder Personen positionieren. Sie können sich der karikaturistischen Zeichenweise bedienen. Häufig geht es nicht um tatsächliche, sondern um angenommene oder „gefühlte“ Zustände beziehungsweise Entwicklungen, und ihre Thematisierung verfolgt bestimmte gesellschaftliche oder politische Zwecke. Visuelle Satire besitzt insofern eine Schnittstelle zur Propaganda. Hier wird folglich differenziert zwischen einer Zeichenweise (karikaturistisch, das heißt überzeichnet), einem Modus (satirisch, das heißt kritisch und spottend) und einer Funktionalisierung (Propaganda, das heißt Meinungsbeeinflussung).

Bei den im Folgenden diskutierten Bildern gilt es zu fragen, wer beziehungsweise was dargestellt, wie es dargestellt wird und welcher Zweck damit verfolgt wird. Dabei ist auch der unmittelbare mediale Kontext relevant: Journale wie der *Kikeriki* zeichnen sich dadurch aus, dass sich jede Ausgabe aus Texten unterschiedlicher Autorinnen und Autoren zusammensetzt, die nicht unbedingt eine einheitliche politische oder gesellschaftliche Position vertreten müssen. Bei Journalen haben wir es also in der Regel mit einem polyphonen Medium zu tun, das verschiedene Stimmen, verschiedene Perspektiven und verschiedene Meinungen im wörtlichen Sinne nebeneinander stellt: auf der Seite, in der einzelnen Ausgabe und in den im 19. Jahrhundert noch üblichen Jahressammelbänden.

Journale wie der *Kikeriki* nehmen nicht nur an gesellschaftlichen Diskursen teil, sie sind auch selbst diskursiv: über Jahre und nicht selten Jahrzehnte hinweg produzieren sie Texte, auf die sie mittels Querverweise oder durch intertextuelle (beziehungsweise intratextuelle) Anspielungen rekurren. Häufig haben Journale dennoch eine Grundpositionierung, die vom Verlag, der Redaktion oder den Herausgeberinnen und Herausgebern abgesteckt wird.

Dass sich politische oder gesellschaftliche Propaganda der Karikatur und visuellen Satire bedient, und zwar bis heute, verwundert nicht. In ihrer Pointierung will die einzelne Karikatur nicht umfänglich über einen Sachverhalt informieren, aufklären oder konzise erläutern, geschweige denn Standpunkte abwägen oder vermitteln. Eine produktive Fortführung einer gesellschaftlichen Debatte ist ihr kaum möglich und sie strebt sie auch in der Regel nicht an. Deshalb bietet sie auch meistens keine differenzierten Lösungen an, sondern beschränkt sich darauf, die Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser auf ein bestimmtes, reales oder angenommenes Problem zu lenken. Die visuelle Propaganda begünstigt eine schnelle, intuitive und emotionale Reaktion, die einer rational abwägenden oder analytischen Beschäftigung vorseilt. Dazu kann sich die propagandistische Satire Verzerrungen menschlicher Kognition zunutze machen. Dies insbesondere, da Journale wie der *Kikeriki*, indem sie immer wieder die gleichen oder ähnliche Positionen beziehen, ein Lesepublikum schaffen, das genau diese Positionen erwartet. Gemeinhin werden Angehörige dieses Lesepublikums solche Visualsatiren positiv bewerten, die ihre Erwartungshaltung bestätigen. Die Kognitionsforschung spricht in diesem Zusammenhang unter anderem von der *confirmation bias* (Bestätigungsfehler):

„Whenever people search for, interpret or remember information in such a way that the corroboration of a hypothesis becomes likely, independent of its truth they show a confirmation bias. [...] A confirmation bias happens, for example, if – in a systematic fashion – hypothesis-confirming information receives more weight, is evaluated less critically, or is better remembered than disconfirming data.“²³

Dies lässt sich an der vorangegangenen Visualsatire in einem hier nur skizzierten *close reading* illustrieren. Wir sehen eine männliche Figur, die einen Mann auf einer Gabel gespießt hat; aus ihrem übergroßen Mund schauen bereits zwei menschliche Beine hervor. Das Bild soll kommunizieren, dass die Figur diese Menschen „mit Haut und Haaren“ verspeist. Im Hintergrund sehen wir drei weitere männliche Figuren, die sich augenscheinlich damit befassen, eine vierte zu entkleiden. Wir verstehen: hier wird die nächste Mahlzeit vorbereitet. Dazu

²³ OSWALD/GROSJEAN, 2006, S. 93–94.

lesen wir folgenden Text: „Ist die Phrase: ‚Die liberale (großkapitalistische) Partei wird es sich angelegen sein lassen müssen, die Bevölkerung näher an sich heranzuziehen‘ – nicht etwa – so zu verstehen?“ Wir sollen also verstehen: die mit „Großkapital“ beschriftete stereotyp antisemitische Figur im Vordergrund ist als Stellvertreter der liberalen Partei zu sehen, welche die Wähler und Wählerinnen nicht von ihrer Meinung überzeugen, sondern schlechterdings vertilgen will. Mehrere Dinge verbinden sich hier miteinander. Erstens das mit dem „Hochkapital“ verschränkte Judenstereotyp, das im *Kikeriki* und andernorts 1895 längst etabliert und verfestigt ist. Zweitens die Inszenierung „des Juden“ als Menschenfresser, die an die angenommenen „Ritualmorde“ anknüpft. Drittens spielt die Pointe des Bildes auf Karl Marx (1818–1883) an, indem sie wörtlich nimmt, wenn er im ersten Band über das *Kapital* (1883) schreibt, dass dieses „die Arbeitskraft verzehre“.²⁴ Zuletzt handelt es sich bei der fraglichen „Phrase“ um ein Zitat aus einer Rede des Reichstagsabgeordneten Johann von Chlumecký (1834–1924) auf dem Abschiedsbankett der Vereinigten deutschen Linke am 20. Juli 1895, die am 21. Juli in der liberalen *Neuen Freien Presse* zitiert wird, elf Tage vor der Veröffentlichung der Karikatur.²⁵ Mit diesem Wissen lässt sich in der Figur in der Tat Chlumecký erkennen, allerdings überblendet mit Stereotypen des Antisemitismus.

Es ist typisch für die visuelle Satire, dass sie viele Informationen miteinander verbindet, ohne sie im Einzelnen offenzulegen oder zu benennen, wenn dies nicht für das Verständnis unbedingt notwendig ist. Für das Verständnis des Bildes sind nicht alle Informationen erforderlich. Es lässt sich nicht sagen, ob und wie viele zeitgenössische Leserinnen und Leser das Bild vollständig erschlossen haben. Für das Verstehen der Karikatur sind sie allerdings nicht alle notwendig. Eine imaginäre antisemitisch voreingenommene Leserin oder ein ebensolcher Leser, hätte auf die Visualsatire sehr wahrscheinlich auf Basis unter anderem des *confirmation bias* reagiert. Das Bild hätte bestätigt und damit erneut verstärkt, was als Stereotyp des „Judenliberalen“ bereits kognitiv gefestigt ist, nicht zuletzt durch die fortgesetzte Lektüre des *Kikeriki*. Die Reaktion auf dieses Bild hätte beispielsweise emotional sein können, etwa indem es Wut auslöst, darüber, dass diese augenscheinlich drollig-harmlose Figur die Leserinnen und Leser sowie die Ihren vernichten, ja auffressen will. Weitere kognitive Verzerrungen hätten diese Interpretation weiter verstärkt. Entsprechend der kognitiven Verzerrung des „emotionalen Schlussfolgerns“, hätte das Vorhandensein dieser Emotion

²⁴ MARX, 1953, S. 601.

²⁵ [ANON.]: Abschiedsbankett der Vereinigten deutschen Linken, in: Neue Freie Presse. Morgenblatt. Nr. 11100, 21. Juli 1895, S. 3–4, hier S. 4.

die Visualsatire in einem Zirkelschluss als richtig erscheinen lassen können. Im nächsten Schritt hätten die schlechten Eigenschaften, die in diesem Bild „vorgeführt“ werden, auf den „Charakter“ der „Judenliberalen“ zurückgeführt und verallgemeinert werden können. Eine rationale Auseinandersetzung hätte danach freilich einsetzen können, aber die Agitation hätte in diesem Moment bereits ihre Funktion erfüllt gehabt. Eine genauere Analyse hinsichtlich der kognitiven Prozesse imaginärer Leserinnen und Leser, die um 1900 Journale rezipiert haben, soll auf Grund der offenkundigen Fallstricke nicht fortgeführt werden, es genügt hier die Effekte visualsatirischer Propaganda anzudeuten, um die im Folgenden diskutierten Inszenierungen Karl Luegers im *Kikeriki* zu kontextualisieren.

3. Karl Luegers Inszenierung im *Kikeriki*

Das erste Beispiel für Luegers text-bildliche Inszenierung sei hier die Titelseite vom 3. April 1892.²⁶ Der „Führer der Opposition im Gemeinderath“ Lueger wird hier kritisiert, müsse sich die „Haare auf den Zähnen rasieren“ lassen. Der *Kikeriki* setzt sich zwar 1892 noch nicht für Lueger ein, zumindest nicht kritisch, die karikaturistische Darstellung Luegers weist aber bereits einige Merkmale auf, die ihn in der Folge auszeichnen und wiedererkennbar werden lassen. Der Karikaturist überzeichnet Lueger nur mäßig, indem er einzelne Merkmale hervorhebt. Der Kopf wird insgesamt gegenüber dem Körper stark vergrößert, ein typisches Merkmal der karikaturistischen Zeichenweise. Insbesondere der Mund und die Haare werden sichtbar hervorgehoben. Beim Mund geschieht dies vornehmlich, damit die bildlich dargestellte Redewendung „Haare auf den Zähnen“ als satirische Pointe verständlich wird. Gleichzeitig wird er als „großmäulig“ dargestellt. Der Kunsthistoriker Ernst Gombrich hat zurecht darauf hingewiesen, dass sich die visuelle Satire vielfach aus dem Fundus der Sprachbilder, -spiele und Metaphern bedient²⁷, wie dies auch hier der Fall ist. Anders als der Mund wird die Frisur zum „Markenzeichen“ Luegers. Wo die Karikatur abstrahiert, um zuzuspitzen, gibt sie Detailgenauigkeit preis – und das wird kompensiert, indem bestimmte Merkmale umso deutlicher ausgestellt werden. Und dies über mehrere Ausgaben, oft über mehrere Jahre hinweg, so dass eine serielle Figur entsteht, ein visuelles Alter Ego Karl Luegers, das für die zeitgenössischen Betrachterinnen und Betrachter einen hohen Wiedererkennungswert hat. Bei Lueger sind dies vor allem die Haare.

²⁶ [ANON.]: Wenn der Führer der Opposition im Gemeinderath nicht ein gleiches Schicksal wie Gregorig erleben will, ..., in: *Kikeriki* 27, 3. April 1892, S. 1.

²⁷ GOMBRICH, 1978.

Schon sehr viel freundlicher ist ihm die Karikatur vom 14. Dezember 1893 gesinnt. „Lueger, der Löwe“ titelt der *Kikeriki* und zeigt dazu Lueger als teilanthropomorphen Löwen „[w]ie er die Liberalen frißt“.²⁸ Das Löwenmaul mag eine Reminiszenz an den „großmäuligen“ Lueger darstellen, die Löwenmähne ist jedoch ganz sicher das ausschlaggebende *tertium comparationis*, das die Verknüpfung von Raubkatze und Lueger rechtfertigt. Als Tierallegorie ist der Löwe in Europa bis heute geläufig. Die visuelle Satire greift vielfach solche gut etablierten Bilder auf, denn diese begünstigen ein schnelles und einfaches Verstehen, denn der Evokation einer unmittelbaren emotionalen Reaktion soll möglichst nichts im Wege stehen. Diese Metapher wird noch zwei Jahre später wieder aufgegriffen.²⁹

Wie wichtig es ist, dass eine karikierte Figur anhand spezifischer Merkmale wiedererkennbar wird, zeigt eine Karikatur vom 6. März 1894. „So soll sich der Dr. Lueger herrichten. nachher [sic] wird er vielleicht doch Bürgermeister!“ ist unter dem Titelbild zu lesen (Abb. 2).³⁰ Aus dem Hintergrund schaut der bestürzte *Kikeriki* auf Lueger im Vordergrund. Dieser ist offenkundig verkleidet, er trägt einen sogenannten Judenhut, falsche Schläfenlocken, einen ebensolchen Bart und eine falsche Nase. Als Jude, so die Pointe, wäre Lueger längst Bürgermeister, denn, so die implizierte Schlussfolgerung, die „herrschende Klasse“ bevorzugt die jüdische Bevölkerung Wiens und benachteiligt die vorgeblich autochthonen Wiener, als deren Vertreter und Sprachrohr Lueger inszeniert wird. Zweierlei wird hier sinnfällig: zum einen wird noch einmal deutlich, dass Luegers Frisur als wiedererkennbares Zeichen eingesetzt wird, dass die Figur – im Zusammenspiel mit dem Text – trotz der rudimentären Verkleidung erkennbar macht. Zum anderen, aber direkt damit verbunden, stellt die Karikatur genau jene Elemente aus, die dem Zeichner oder von der Redaktion als typisch „jüdisch“ gelten. Dass Stereotype erfolgreich propagandistisch eingesetzt werden können, liegt auch daran, dass sie geläufig sind, weil sie stets erneuert, bekräftigt und verfestigt werden. Für den *Kikeriki* erfüllen solche Darstellungen daher immer nebenbei auch einen Bildungszweck, denn die Karikatur unterrichtet die Leserinnen und Leser darin, wie sie ihre Feinde erkennen können und zugleich beiläufig auch darin wie sie Karikaturen überhaupt verstehen können.

²⁸ [ANON.]: „Lueger der Löwe.“ (Frei nach Neuwirth.), in: *Kikeriki* 100, 14. Dezember 1893, S. 1.

²⁹ [ANON.]: Mückenlogik, in: *Kikeriki* 45, 6. Juni 1895, S. 2.

³⁰ [ANON.]: So soll sich der Dr. Lueger herrichten, in: *Kikeriki* 19, 8. März 1894, S. 1.

Vier Monate später, am 1. Juli 1894, zeigt der *Kikeriki* den Leserinnen und Lesern erneut auf der Titelseite eine jüdische Figur (Abb. 3).³¹ Dieses Mal ist sie nicht verkleidet, sondern ein vorgeblich „echter“ Jude. Wer zuvor mit den fraglichen Zeichen nicht vertraut war, konnte sie im März erlernen und erkennt nun leicht die stereotype antisemitische Inszenierung. (Und indem die im März entstandene oder verstärkte Erwartungshaltung bestätigt wird, verfestigt sie sich weiter.) Hier sehen wir die fragliche Figur vor einem Gemälde, das Lueger darstellt. Mit der bekannten Geste „schabt sie ihm ein Rübchen“ – oder, wie man in Österreich sagt: „Sie macht Schleckerbatzl“ –, womit gemeinhin jemand verspottet wird, „wenn er etwas nicht erlangt hat, was er begehrete und es ihm abgeschlagen, oder wenn ihm etwas weggenommen worden, was er sich zugeeignet hatte“, wie es Samuel Johann Ernst Stosch beschreibt.³² Die Karikatur streut also Salz in die Wunde der Wiener Antisemiten, mit dem Ziel, Wut zu erzeugen und so Stimmung gegen die vermeintlich spottenden „Judenliberale“ zu machen. Einmal mehr erkennen wir im Hintergrund das *Kikeriki*-Maskottchen,

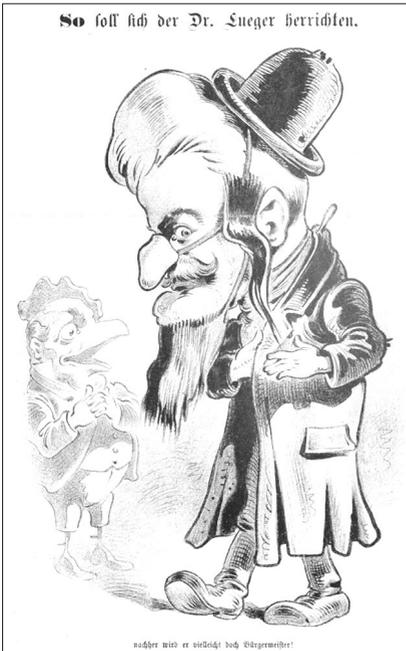


Abb. 2: *Kikeriki* 6. März 1894

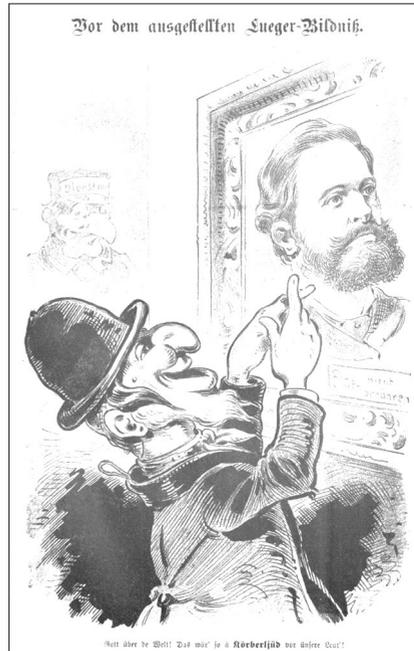


Abb. 3: *Kikeriki* 1. Juli 1894

³¹ [ANON.]: Vor dem ausgestellten Lueger-Bildniß, in: *Kikeriki* 52, 1. Juli 1894, S. 1.

³² STOSCH, 1798, S. 103.

das als distanzierter Zuschauer inszeniert wird, um Objektivität zu suggerieren. Beachten Sie den deutlichen zeichnerischen Kontrast zwischen der grotesk karikierten Judenfigur und dem idealisierten Lueger, der zudem seinen Blick gen Himmel richtet. Und beachten Sie auch die unterschiedlichen Intensitäten der Druckfarbe sowie die Frosch-Perspektive, die die Judenfigur zwingt, Lueger von unten zu betrachten. Das alles ist nicht subtil, will es aber auch nicht sein.

Auf dieses Lueger-Gemälde rekurriert indirekt auch wenige Wochen später, am 4. August 1894, eine weitere Titelseite, erneut blickt Lueger gen Himmel, erneut erkennen wir im Vordergrund einen der „Judenliberalen“.³³ Im Hintergrund ziehen vier Männer den Hut vor Lueger; sie stehen für das „Volk“, das im Text unter dem Bild angesprochen wird. „Haaßt ä schlechtes Geschäft, der Antisemitismus! Arbeit’ schon so lang’ fürs Volkswohl und hat erst ä anz’gen Fugziger am Buckel – jach arbeit’ erst ganz kurze Zeit am Volkswohl und hab’ schon ä Menge Fufziger am Buckel!“ Die Satire bezieht sich, wie der Titel angibt, auf die „bevorstehende[] Lueger-Jubelfeier“, dessen 50. Geburtstag im Oktober des Jahres, hierauf bezieht sich offenkundig auch das Wortspiel um 50 Jahre beziehungsweise Geldscheine dieses Nennwerts. Wir sehen hier be-

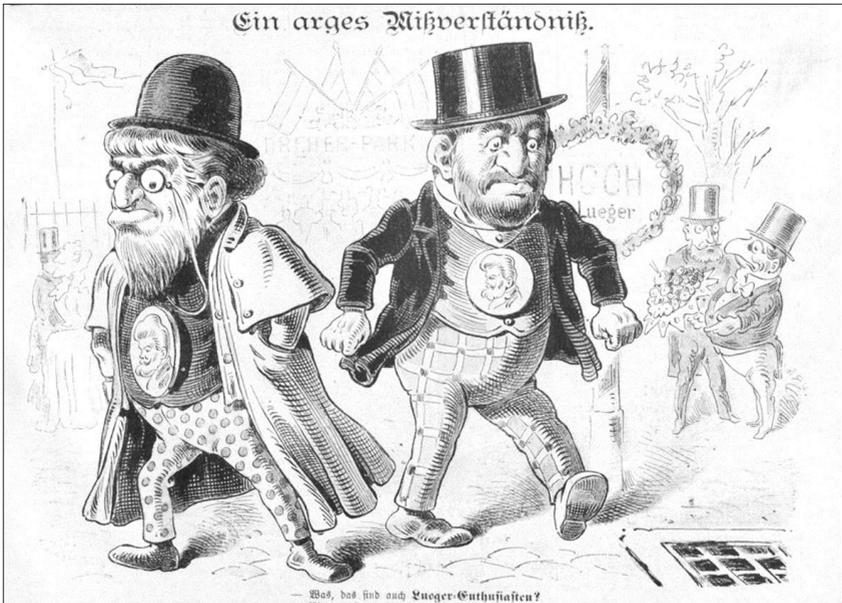


Abb. 4: *Kikeriki* 14. Oktober 1894

³³ [ANON.]: Zur bevorstehenden Lueger-Jubelfeier, in: *Kikeriki* 62, 5. August 1894, S. 1.

merkenswerterweise nicht die seit 1893 gültigen 50-Kronen-Scheine, sondern die 50-Gulden-Noten. Das mag auf den ersten Blick zufällig erscheinen, doch es scheint signifikant, dass die im Bild lediglich skizzierten Figuren auf dem Geldschein Putti sind, deren Insignien der Idee des „Volkes“ korrespondieren.

Zur Jubiläumsfeier am 14. Oktober 1894 widmet der *Kikeriki* erneut Lueger die Titelseite (Abb. 4)³⁴, zeigt ihn aber nicht direkt, sondern stellt zwei Figuren, die jeweils für Gruppen der Wiener Bevölkerung stehen, einander gegenüber. Beide tragen eine der wohl zu diesem Anlass geprägten Medaille. Der einen Gruppe wird grundsätzlich aberkannt, zu den „Lueger-Enthusiasten“ zählen zu können, hier geht es also offensichtlich um die Stärkung der Grenzziehung zwischen In-Group und Out-Group. In diesem Zusammenhang ist auf die kognitive Verzerrung hinzuweisen, dass im Allgemeinen, wer seine Position durch Gegenbeweise in Frage gestellt sieht, die Fakten so umdeutet, dass sie das eigene Weltbild trotzdem stützen (*backfire effect*).³⁵ Die Titelseite stellt diese Tendenz unabsichtlich mit aus: beide Figuren tragen auf der Brust das gleiche Abzeichen, doch der *Kikeriki* bewahrt sich die Hoheit darüber, die Semantik dieser Zeichen bestimmen zu können.

Das Lueger gewidmete Gedicht auf dieser Titelseite rückt auch schriftlich das „Volk“ ins Zentrum:

„Streiter für des Volkes Rechte,
Edler Ritter Du vom Geist,
Mann aus deutschem Trutzgeschlechte,
Den des Volkes Stimme preist:
Abertausend Herzen schwingen
Heut’ empor sich im Gebet,
Das Dir hehren Sieg’s Gelingen
Im gerechten Kampf erleht.
Bist du Führer doch gewesen
Immerdar im heißen Streit,
Du, ein Kämpfer auserlesen,
Wie ihn selten schuf die Zeit.
Bist doch Gottesstreiter immer,
Sei Dein Weg auch dornenvoll,
Stürmest muthig vorwärts, nimmer
Achtend Deiner Feinde Groll.“³⁶

³⁴ [ANON.]: Ein arges Mißverständnis, in: *Kikeriki* 82, 14. Oktober 1894, S. 1.

³⁵ Siehe hierzu NYHAN/REIFLER, 2010.

³⁶ [ANON.]: Dr. Karl Lueger, in: *Kikeriki* 82., 14. Oktober 1894.

Hier kommt der Populismus der *Kikeriki*'schen Parteinahme für Lueger voll zur Geltung: ein Volk wird beschworen, das weder in der beschriebenen Form existiert noch gar dem *Kikeriki* ein Mandat erteilt hätte, in seinem Namen zu sprechen. Als gottgesandter Kämpfer für dieses Volk, dem die Liebe desselben vorbehaltlos entgegenschlägt, wird Lueger in dieser Hymne besungen, die nur gerade eben vor einer Apotheose halt macht, weil diese nicht ins christliche Weltbild passen würde. Anders dreizehn Monate später auf der Titelseite vom 14. November 1895.³⁷ Am Vortag, dem 13. November, hatte Franz Joseph I. die zweite Wahl Luegers zum Bürgermeister Wiens abgelehnt. Die direkt auf die Passion Jesu rekurrierende Bildsprache könnte kaum eindeutiger sein. Noch einige Monate später, im Mai 1896, wird aus der Dornenkrone „Der neueste und schönste Glorienschein Lueger's“ anlässlich Luegers Verzicht auf das Bürgermeisteramt nach einer Audienz bei Franz Joseph I.³⁸ Der satirische Modus ist hier gänzlich aufgegeben.

Die Glorifizierung Luegers durch seine Anhänger ist den zeitgenössischen Konkurrenten des *Kikeriki* nicht entgangen, wie eine Bildsatire über den „antisemitische[n] ‚Parteitag‘“ zeigt, die im September 1896 in den ebenfalls in Wien beheimateten *Die Glühlichter* gedruckt wird.³⁹ Hier ist die Apotheose bereits vollzogen, Lueger sitzt als goldener Buddha auf einem Marmorpodest vor seinem ihn anbetenden Gefolge.

In der zuvor ausführlich zitierten Hymne wird Lueger zum heldenhaften Kämpfer stilisiert. Dies findet sich auch in Bildern wieder. So zum Beispiel im *Kikeriki*-Titelbild vom 11. Juli 1895 (Abb. 5).⁴⁰ Als „Märchenprinzessin“ wird hier die Vindobona gezeigt, die Personifikation der Stadt Wien, zu erkennen an der Mauerkrone auf ihrem Kopf. Das Bild greift auf den seit um 1800 für die deutschnationale Selbstidentifikation entwickelten Fundus germanisch-inspirierter Bilderwelten zurück. Retten soll Lueger die Vindobona vor einem Lindwurm, der die jüdisch-liberale „Partei“ repräsentiert. Der inhärente Sexismus des Bildes, in dem der männliche Held die *damsel in distress* errettet, liegt auf der Hand, ist hier aber vielleicht besonders abwegig, weil die Vindobona als Beschützerin der Bewohner der Stadt Wien selbst als waffenbewehrte Heldin

³⁷ [ANON.]: Eine Neuerung, in: *Kikeriki* 91, 14. November 1895, S. 1.

³⁸ [ANON.]: Der neueste und schönste Glorienschein Lueger's, in: *Kikeriki* 36, 3. Mai 1896, S. 1.

³⁹ GRAETZ, F.: Ein antisemitischer „Parteitag“, in: *Die Glühlichter* 12, 17. September 1896, unpag.

⁴⁰ [ANON.]: Die Märchenprinzessin, in: *Kikeriki* 55, 11. Juli 1895, S. 1.

nun Schillers *Wallenstein*, auf den auch im Untertitel ausdrücklich hingewiesen wird. Und in der Tat wird eine Stelle beinahe wörtlich zitiert. Wallenstein empfängt den schwedischen Unterhändler Wrangel und antwortet auf dessen Frage, ob es in Österreich „[d]enn keine Heimat, keinen Herd und Kirche“ gäbe, mit den Worten:

„Ich will Euch sagen, wie das zugeht – Ja;
 Der Oesterreicher hat ein Vaterland
 Und lieb's, und hat auch Ursach', es zu lieben.
 Doch dieses Heer, das kaiserlich sich nennt,
 Das in diesen Redaktionen hauset, das hat kein's;
 Das ist der Auswurf fremder Länder, ist
 Der aufgegeb'ne Theil des Volk's, dem nichts
 Gehöret, als die allgemeine Sonne.“

Im *Kikeriki* wird „Böhmen“ durch „Zeitungsredaktionen“ ersetzt, die im Bild zu sehen sind. Wrangel, in Gestalt des *Kikeriki*, hält sie in der Hand: wir erkennen die Wiener *Freie Presse* und den *Pester Lloyd*. Als „liberale Schandpresse“ werden sie im Titel verrufen. Verfolgt man das Dargestellte weiter, zeigen sich gewisse Inkongruenzen, denn als Herzog von Friedland, stünde Luegers baldiger Tod in Aussicht, insbesondere, weil das Zitat aus dem letzten Teil der Dramen-trilogie stammt, *Wallensteins Tod*. Von größerer Relevanz ist hier jedoch die Pressekritik, speziell der Versuch der Diskreditierung konkurrierender Medien divergierender politischer Ausrichtungen, die hier als ausländische Agenten inszeniert werden.

Im Februar 1896 druckt der *Kikeriki* ein Bild, das betitelt ist als „Die Zukunftsfrage beantwortet“.⁴³ Wir sehen hier eine Silhouette von Lueger. Der Untertitel erläutert: „Diese Papierschablone wirft, ausgeschnitten und richtig beleuchtet, an die Wand als Schatten das Porträt des künftigen Wiener Bürgermeisters.“ Die Idee dazu hatte bereits 1847 der hinsichtlich seines Einflusses auf die europäische Satire kaum zu überschätzende französische Zeichner Grandville.⁴⁴ Ein zweites Beispiel solcher „mechanischer“ Satire erscheint wenige Wochen später, im März 1896 (Abb. 7).⁴⁵ Auf der Titelseite sehen Sie ein Bildnis Karl Luegers, auf der zweiten Seite das Graf Badenis. „Wird so das Blatt sich gegenseitig wenden, muß auch die ‚Wiener Frage‘ glücklich enden“, lautet der Titel. Hier soll

⁴³ [ANON.]: Die Zukunftsfrage beantwortet, in: *Kikeriki* 17, 27. Februar 1896, S. 1.

⁴⁴ Hierzu BACHMANN, 2019.

⁴⁵ [ANON.]: Wird so das Blatt sich gegenseitig wenden, ..., in: *Kikeriki* 21, 12. März 1896, S. 1–2.



Abb. 7: Kikeriki März 1896



Abb. 8: Kikeriki 25. April 1897

nun von den Leserinnen und Lesern nach vorne beziehungsweise nach hinten umgefaltet werden. „Lueger wird diesmal befürwortet“ lesen sie dann, und „Badeni bringen die christlichen Wiener ihre Sympathien entgegen!“ An beiden Exemplaren „mechanischer Satire“ interessiert, dass sie die Leserinnen und Leser dazu auffordern, mit dem Journal als materiellem Medium umzugehen, was eine intensivere Auseinandersetzung bewirken kann.

Die bisher vorgestellten Beispiele waren politisch unmissverständlich. Sie zeigen ein unscharfes aber doch eindeutiges Feindbild, sind aber im Ganzen einigermaßen mild. Der *Kikeriki* verhehlt jedoch keineswegs, was er sich für seine Feinde für die Zeit nach der Machtübernahme Luegers ersehnt. Es gibt nicht nur Bilder der Verbrennung von Juden, wofür es historisch zahllose Vorbilder gibt. Ein mindestens ebenso aussagekräftiges Beispiel zeigt die Titelseite des *Kikeriki* vom 25. April 1897, die nur wenige Tage nach der Bestätigung Luegers durch Franz Joseph I. gedruckt wird (Abb. 8).⁴⁶ Eine stereotyp-semitische Figur wird hier von einer als „Bestätigung“ deklarierten Bombe geradezu zer-

⁴⁶ [ANON.]: Alles Gute kommt von oben!, in: *Kikeriki* 33, 25. April 1897, unpag.

stört, allein der Kopf bleibt intakt, wohl, wie wir vermuten können, weil sonst die stereotypisierenden Merkmale nicht zu erkennen wären.

4. Schluss

Im Kontext der bis hierher vor allem deskriptiv vorgestellten Beispiele der populistisch-propagandistischen Inszenierung Karl Luegers im *Kikeriki* wurde bereits darauf hingewiesen, dass es der karikaturistischen Visualsatire vornehmlich um einfache und unmittelbare Zugänglich- und Verständlichkeit geht. Entsprechend schreiben Ernst Kris und Ernst H. Gombrich in einem unveröffentlichten Manuskript, das als frühe theoretische Auseinandersetzung mit der Karikatur gesehen werden kann:

„Das Bild verzichtet auf die Vermittlerrolle einer Sprache, eines verabredeten Zeichens, es bedarf in geringerem Masse [sic] des Umwegs über den Intellekt, um verstanden zu werden, denn es bietet den Anblick selbst. Was die Sprache im Schema der Grammatik umschreibt, das ist im Bilde gegenwärtig. Der Volksredner kann rufen: ‚Hängt ihn auf!‘ – das Bild zeigt ihn schon am Galgen. Die politische Propaganda der Neuzeit hat sich dieser Sonderstellung des Bildes ebenso sehr bedient, wie die Reklame der Gegenwart.“⁴⁷

Generell trifft diese Einschätzung auch die hier diskutierten Beispiele. Allerdings wird man einschränken müssen, dass keines der zuvor gezeigten Bilder ohne jede Beziehung zu Sprachlichem existiert. Diese greift vielmehr auf mehreren Wegen als Relais ein, vermittelt und erläutert, wie Roland Barthes in einem anderen Zusammenhang betont hat.⁴⁸ Die karikaturistischen Bilder des *Kikeriki* sind auf mehrere Weisen in durch Sprache vermittelte und vermittelnde Rahmen eingebettet. Zu allererst sind die Stereotype und Klischees, auf die der *Kikeriki* zurückgreift, sprachlich vermittelt, und zwar sowohl im alltäglichen als auch im wissenschaftlichen Diskurs der Zeit. Zudem rekurriert der *Kikeriki* auf sprachlich fixierte Hypotexte (wie *Wallensteins Tod*) und reagiert auf tagesaktuelle vornehmlich (schrift-) sprachlich verbreitete Informationen und Sprechakte (wie Luegers Reden, Luegers Bestätigung durch Franz Joseph I. et cetera). Nicht selten bilden Wortspiele, Redewendungen und stehende Metaphern die semantische Grundlage der Visualsatire. Darüber hinaus erscheinen (zumindest im *Kikeriki*) satirische Bilder nur selten ohne einen Titel sowie eine erläuternde Bildunterschrift oder Handlungsanweisung; sie vereindeutigen das Gezeigte und dienen als Interpretationsanleitung. Ohnehin sind illustrierte

⁴⁷ Zit. nach KRÜGER, 2011, S. 242.

⁴⁸ BARTHES, 1988.

Journale wie der *Kikeriki* grundsätzlich als komplexe, Bild und Text integrierende Sinnangebote zu verstehen. Nicht zuletzt sind Bilder wie die hier diskutierten selbst als Aufforderungen zu Sprachhandlungen zu verstehen. Sie in der Familie oder im Kreis anderer Leserinnen und Leser des *Kikeriki* zu diskutieren und so zu verstärken, oder zu entkräften, war fraglos eine gängige Praxis. Folglich lässt sich keineswegs sagen, dass Bilder auf Sprache oder gar „verabredete Zeichen“ verzichten. Wie die vorangegangenen Beispiele deutlich gemacht haben, operiert der *Kikeriki* nicht nur mit visuell codierten Merkmalen stereotyper Figuren(-gruppen), sondern arbeitet selbst an ihrer Verbreitung und Verfestigung mit, treibt also die „Verabredung der Zeichen“ durchaus voran.

Gleichwohl wirken die Bilder direkter. Und wenn sie auch nicht gänzlich ohne „Umweg [...] über den Intellekt“⁴⁹ auskommen, zeigen die zuvor angesprochenen Inkongruenzen und Inkonsistenzen doch, dass die Redaktion des *Kikeriki* darauf baut, dass die intellektuelle Erschließung der Bilder zumindest nicht ihr primärer Rezeptionsmodus ist. Zwar greift der *Kikeriki* immer wieder auch auf intellektuelle Inhalte zurück, etwa wenn auf Wallenstein oder antike Mythologie referiert wird, es genügt aber stets eine oberflächliche Kenntnis des Referenten, um die jeweilige Visualsatire zu verstehen.

Die Bildsprache der politischen Visualsatire, die heute hauptsächlich in Form der politischen Karikatur vorkommt, hat sich bis heute nicht wesentlich verändert. Die Bezugspunkte sind mitunter neue und die Zeichenästhetik hat sich gewandelt, der Metaphernfundus scheint entsprechend ergänzt, doch enthält er noch immer vieles von dem, was bereits um 1900 geläufig ist. Das historische Studium der älteren Visualsatire, kann folglich auch den Umgang mit der zeitgenössischen Satire informieren. Die Distanz zum Gegenstand erlaubt es dabei leichter, die Bilder rational zu betrachten und zu analysieren. Ihre Strategien sind bis heute die gleichen, wie wir augenblicklich in der erhitzten politischen Situation und der polarisierenden Medienlandschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika beobachten können. Visualsatirische Bilder bauen ein unterkomplexes Feindbild auf (oder partizipieren daran), bieten keine oder allenfalls stark simplifizierte Lösungen an, desavouieren und diskreditieren anders positionierte Medien. Bevorzugt knüpfen sie an bekannte und positiv besetzte Bilder und Metaphern an, aber auch an überkommene Darstellungsweisen und Gags. Es gilt daher jenseits der Forschung, die hier lediglich angerissenen kognitiven Verzerrungen, die sie dabei ausnutzen, bewusst zu halten.

⁴⁹ Zit. nach KRÜGER, 2011, S. 242.

5. Literaturverzeichnis

5.1 Quellen

- Arbeiter-Zeitung, Zentralorgan der Österreichischen Sozialdemokratie, Wien.
 Deutsches Volksblatt, Wien.
 Die Glühlichter, Wien.
 Kikeriki, Wien.
 Neue Freie Presse, Wien.
 Wiener Zeitung, Wien.

5.2 Literatur

- BACHMANN, Christian A.: Wenden, schneiden, falten, ... Multimodalität, Materialität und Performativität der illustrierten Satirezeitschrift des 19. Jahrhunderts, in: BECK, Andreas/KAMINSKI, Nicola/MERGENTHALER, Volker u. a. (Hg.): Visuelles Design. Die Journalseite als gestaltete Fläche (Journalliteratur 1), Hannover 2019, S. 309–332.
- BARTHES, Roland: Semantik des Objekts, in: BARTHES, Roland: Das semiologische Abenteuer. Aus dem Franz. von Dieter Hornig, Frankfurt am Main 1988, S. 187–198.
- BOYER, John W.: Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biografie (Studien zu Politik und Verwaltung 93), Wien u. a. 2010.
- DIEM, Peter/MIHALOVIC, Alexandar: Karl Lueger, in: austria-forum.org, 2015, URL: <https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Denkmale/Lueger%2C%20Karl> (30. September 2019).
- EHRlich, Anna: Karl Lueger. Die zwei Gesichter der Macht, Wien 2010.
- GILMAN, Sander L./JÜTTE, Robert/KOHLBAUER-FRITZ, Gabriele: Der Schejne Jid. Das Bild des „jüdischen Körpers“ in Mythos und Ritual, Wien 1998.
- GOMBRICH, Ernst H.: Das Arsenal der Karikaturisten, in: GOMBRICH, Ernst H.: Meditationen über ein Steckenpferd. Von den Wurzeln und Grenzen der Kunst. Übers. von Lisbeth Gombrich (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 237), Frankfurt am Main 1978, S. 223–248.
- HAIBL, Michaela: Zerrbild als Stereotyp. Visuelle Darstellungen von Juden zwischen 1850 und 1900 (Reihe Dokumente, Texte, Materialien 26), Berlin 2000.

HITLER, Adolf: *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, Leipzig ^{851–855}1943.

KRÜGER, Steffen: *Das Unbehagen in der Karikatur. Kunst, Propaganda und persuasive Kommunikation im Theoriewerk Ernst Kris*, München 2011.

KÖNIG, Helmut: *Statt einer Einleitung. Populismus und Extremismus in Europa. Sondierungen der Lage und Erklärungsversuche*, in: BRÖMMEL, Winfried/KÖNIG, Helmut/SICKING, Manfred (Hg.): *Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven* (Europäische Horizonte 10), Bielefeld 2017, S. 11–42.

MARX, Karl: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals*, Berlin ³1953.

NYHAN, Brendan/REIFLER, Jason: *When Corrections Fail. The Persistence of Political Misperceptions*, in: *Political Behavior* 32 (2010) 2, S. 303–330.

ROHLING, August: *Der Talmudjude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände*, Münster ⁵1876.

ROHRBACHER, Stefan: *Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile* (Rowohlts Enzyklopädie 498. Kulturen und Ideen), Reinbek bei Hamburg 1991.

STOSCH, Samuel Johann Ernst: *Neueste Beiträge zur näheren Kenntniß der Deutschen Sprache. Nach seinem Tode herausgegeben von Carl Ludwig Conrad*, Berlin/Stettin 1798.

OSWALD, Margit E./GROSJEAN, Stefan: *Confirmation bias*, in: POHL, Rüdiger (Hg.): *Cognitive Illusions. A Handbook On Fallacies And Biases In Thinking, Judgement And Memory*, New York 2006, S. 79–96.

Walter Lesch

Ambivalenzen im Verhältnis von Populismus und Christentum – Kontroversen und theologische Klärungsversuche¹

Populistische Parteiprogramme und Statements werden aus christlicher Sicht häufig als unchristlich und menschenfeindlich kritisiert, ganz besonders bei Fragen der Zuwanderung. Populisten greifen christlich motivierte Weltdeutungen und politische Positionen als naiv und unrealistisch an und berufen sich andererseits auf ein christliches Erbe, das es gegen fremde kulturelle Einflüsse zu verteidigen gelte. Diese explosive Mischung von eigentlich getrennten gesellschaftlichen Sphären ist Grund genug für einen genaueren Blick auf eine wichtige Facette des aktuellen Populismus-Syndroms, mit dem eine neue Runde des Dauerstreits um die schwierige Bestimmung des Verhältnisses von Religion, Moral und Politik eingeleitet ist. In der Auseinandersetzung mit als populistisch bezeichneten Positionen wird erkennbar, dass sich religiöse und moralische Geltungsansprüche nicht von der politischen Meinungsbildung trennen lassen. Die Kontroverse um den Stellenwert von Religion in der Politik ist in diesem Fall mehr als nur ein folkloristischer Schlagabtausch. Mit der Berufung auf persönliche Glaubensüberzeugungen und auf die kulturelle Gewichtung von religiösen Traditionen werden selbst in religionsfernen Kontexten Standpunkte markiert, in denen Religion als Legitimationsquelle beansprucht wird.

1. Ausgangspunkte und Hintergründe

Die Verständigung über mögliche Zuordnungen von Populismus und Christentum setzt eine begriffliche Klarheit voraus, die mit der inzwischen inflationären Kommunikation über Populismus verlorengegangen ist.² Von Populismus

¹ Der Text geht auf den Beitrag in der Wintervortragsreihe an der KU Eichstätt-Ingolstadt am 17. Januar 2019 zurück. Der Vortragsstil dieses Anlasses wurde beibehalten. Allerdings wurde die Darstellung durch einige weiterführende Überlegungen und Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema ergänzt.

² Zur politikwissenschaftlichen Verortung der Debatte: MÜLLER, 2016; MUDDE/ROVIRA KALTWASSER, 2017. Aus historischer Sicht: BEIGEL/ECKERT, 2017. Im aktuellen Ländervergleich: BADIÉ/VIDAL, 2018.

ist umgangssprachlich meist in abwertender Absicht die Rede, wobei weder die Unterscheidung zwischen Rechts- und Linkspopulismus noch die populistischen Tendenzen jeglicher politischen Strategie zur Stimmenbeschaffung berücksichtigt werden. Ist erst einmal das Populismus-Syndrom als Schreckgespenst identifiziert, erstrahlt die erhoffte Orientierungskraft des Christlichen in umso hellerem Licht. Doch auch hier sind Differenzierungen fällig. Sprechen wir vom Christentum als kultureller Referenz für europäische Gesellschaften oder von gelebter Glaubenspraxis, von Kirchenstrukturen oder von theologischen Denkmustern? Hinzu kommt die nicht minder umstrittene Frage, inwieweit sich Religionen überhaupt politisch artikulieren sollen. Antworten auf das politische Phänomen des Populismus müssten primär gesellschaftlich und politisch gefunden werden und nicht theologisch, was jedoch nicht bedeutet, dass aus theologischer Sicht überhaupt nichts zur Klärung beigetragen werden kann. Handelt es sich letztlich deshalb um eine so emotional geführte Debatte, weil zwei Ideologien aufeinanderprallen: eine sich parteipolitisch formierende Protestbewegung gegen liberale Eliten und eine religiöse Welterklärung, die mit ihren moralischen Ansprüchen von Nächstenliebe, Gastfreundschaft und Welt-offenheit aneckt?

Das hier zu analysierende Problem ist nur durch eine geduldige Rekonstruktion ideengeschichtlicher Zusammenhänge und durch empirische Studien zu begreifen. Sonst ist jeder noch so gut gemeinte Beitrag nur ein weiterer Schritt zur Eskalierung des Streits. Hier können nur vorläufig Aspekte eines perspektivenreichen Themas benannt, sortiert und in Argumentationen eingeordnet werden. Dabei geht es immerhin um sehr konkrete Fragen, die seit einigen Jahren auf der Agenda von Entscheidungsträgern stehen und die mit individuellen Gewissensentscheidungen zu tun haben. Ist beispielsweise die Mitgliedschaft in der Alternative für Deutschland (AfD) mit der Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche zu vereinbaren?³ Sollen Kirchentage und Katholikentage AfD-Politikern ein Forum bieten oder ist eine Strategie der kompromisslosen Abgrenzung zu wählen? Die anspruchsvollsten theologischen Ideen zur Populismus-Debatte vermögen nicht zu überzeugen, wenn sie sich vor Stel-

³ Obwohl der Autor dieses Beitrags in Belgien lebt, kommen hier überwiegend deutsche Erfahrungen zur Sprache. Die Verhältnisse in anderen Ländern werden nur vergleichend herangezogen. Dabei hätten allein die politischen Tendenzen im deutschsprachigen Raum schon lange vor 2015 für die zunehmende Problematik populistischer Stimmungslagen sensibilisieren müssen. Bekannte Beispiele sind die Entwicklungen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und deren Einflüsse auf das politische Klima der Länder und die Möglichkeiten von Regierungsbildungen.

lungnahmen in diesen unangenehmen Angelegenheiten drücken. Abstrakten Ausführungen über die Zusammenhänge von Religion und Politik ist deshalb zu misstrauen, wenn Auskünfte dort verweigert werden, wo inzwischen ein alltäglicher Klärungsbedarf zu registrieren ist. Deshalb sind die hier vorlegten Gedanken eine Fallstudie zur Tragfähigkeit von Argumenten, die sich in der Praxis zu bewähren haben.

Die Ausgangslage ist kompliziert, weil wir uns daran gewöhnt haben, das lästige Problem des Populismus mit einigen groben Strichen zu zeichnen, die ein ablehnendes Werturteil ziemlich schnell verfestigen sollen. Populisten sind demnach Demagogen, die mit einfachen Versprechen auf komplexe Sachverhalte reagieren, Ressentiments schüren, Eliten verteufeln und sich selbst als Sprachrohr des vernachlässigten Volkes präsentieren, die Vorstellung einer homogenen Gemeinschaft propagieren und entsprechend fremdenfeindliche Ausgrenzungen vornehmen und die generell ein Problem mit Meinungsvielfalt und kultureller Buntheit haben. Dahinter steht die klischeehafte Unterscheidung des guten *demos* verantwortlich und differenziert agierender Bürger von einem launischen und verführbaren *populus*, der unaufgeklärt und emotional handelt. Nun müssen wir andererseits eingestehen, dass unser politisches Vokabular rund um das „Volk“ nie mit der wünschenswerten Klarheit zur Anwendung kam. Die Einschätzung des Volkes variiert zwischen der vorbehaltlosen Glorifizierung des Volkes als Quelle jeglicher Autorität und Souveränität und der abgrundtiefen Skepsis angesichts der Unberechenbarkeit und Verführbarkeit dieses chaotisch agierenden Souveräns. Dieses Spannungsverhältnis zieht sich wie ein roter Faden durch alle Überblicke über die Grundlegung von Demokratie als beste aller möglichen Regierungsformen.

Die emphatische Parole „Wir sind das Volk“ findet Bewunderung, wenn sie mutig gegen ein totalitäres Regime gerichtet ist wie bei den friedlichen Demonstrationen in der Endphase der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die Bedeutung wandelt sich radikal, sobald die Bezugnahme auf ein „Wir“ zur Strategie der Ausgrenzung jener gebraucht wird, denen man die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft absprechen will. Entsprechend irritierend war die Aufnahme der Parole bei ganz anders motivierten Demonstrationen in ostdeutschen Städten, etwa durch die völkisch agitierenden Initiatoren der sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA). Hier kommen gleich vier je für sich erläuterungsbedürftige Reizwörter zu einem Gemisch zusammen, indem eine Vorstellung von Europa als christlichem Abendland gegen den Islam in Stellung gebracht wird. In dieser Konstellation gibt sich der Patriotismus europäisch und nicht primär national konnotiert. Mit der Verwendung eines großen Kreuzes in Schwarz-Rot-Gold bei den PEGIDA-

Demonstrationen in Dresden wurde 2015 die ikonografische Provokation offenkundig.⁴ Die Wir-Gemeinschaft der anti-islamischen Marschierer, die sich verharmlosend Spaziergänger nannten, schmückte sich mit nationaler, europäischer und christlicher Symbolik und verwehrte sich gegen die pauschale Zuordnung zum extrem rechten Rand der Gesellschaft.

Widersprüchliche Tendenzen und semantische Unschärfen sind auch im Feld der Religion zu verzeichnen. Ich gehe bei meinen Überlegungen davon aus, dass Religionsgemeinschaften soziale Gebilde sind, die sich mit sozialwissenschaftlichen Kategorien beschreiben lassen. Insofern können sie für sich keinen höheren Status beanspruchen, der sie gegen ideologiekritische Anfragen immun macht. Selbstverständlich operieren auch Religionen mit Formeln der Reduktion von Komplexität und geben insofern „einfache“ Antworten auf schwierige Fragen. Auch Religionen setzen auf Popularität und volkstümliche Ausdrucksformen und misstrauen der elitären Kompliziertheit der Theologie oder der der Philosophie. Auch Religionen konstituieren Wir-Gemeinschaften, die logischerweise mit Ausschlussmechanismen verbunden sind.⁵ Pluralismus und Meinungsfreiheit sind erst seit der jüngeren Geschichte in den Religionen als Werte anerkannt, und das auch nur, wenn es der Sicherung des eigenen Status dient und nicht unbedingt in erster Linie der Wertschätzung anderer Religionen.

Wir können versuchsweise die Hypothese aufstellen, dass Populismus und Christentum sich früher oder später nicht nur wegen ihrer fundamentalen Differenzen ins Gehege kommen mussten, sondern vielleicht gerade auch deshalb, weil sie einige strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen. Das ist, wie gesagt, eine Hypothese, deren Brisanz mir bewusst ist.⁶ Je mehr eine Religionsgemeinschaft populistische Tendenzen dämonisiert, desto weniger wird sie bestimmte Reizthemen in selbstkritischer Absicht bearbeiten können. Neben den bisher erwähnten Aspekten ist zu unterstreichen, dass das Religionsthema im populistischen Diskurs eine ambivalente Stellung hat. Eigentlich könnte ein populistisches Politikangebot ohne die Bezugnahme auf Religion auskommen. De facto nehmen religiöse Phänomene aber eine zentrale Position ein, da die Beschwörung einer christlichen Kollektividentität zur Abgrenzung von der als bedrohlich empfundenen Präsenz des Islam gebraucht wird, die wiederum stellvertretend

⁴ Als Foto zu sehen auf dem Cover von ORTH/RESING, 2017.

⁵ Zur Beteiligung von Religionen an der „Erfindung“ und Gutheißung gewaltbereiter nationaler Kollektivsubjekte: GRAF, 2004, S. 116–129.

⁶ Zur genaueren Entfaltung: LESCH, 2017.

für den Gesamtkomplex der Migration steht. Es wäre naiv, die Tragweite dieser Konstruktion zu unterschätzen. Religion ist aus einer idealtypisch als rechtspopulistisch zu bezeichnenden Sicht sowohl positiv als auch negativ konnotiert: positiv in Verbindung mit der Fiktion eines christlichen Abendlandes und negativ in Verbindung mit einem als freiheitsfeindlich eingestuften Islam.⁷

Die Wertschätzung des Christentums kippt freilich dann in ihr Gegenteil um, wenn Vertreter dieser Religion sich in dieser Rollenverteilung gar nicht wiedererkennen und sich gegen jegliche Instrumentalisierung zu fremdenfeindlichen Zwecken verwahren. Insofern ist der Zusammenstoß unausweichlich. Letztlich geht es um die Deutungshoheit in politischen und religiösen Fragen, bei deren Beantwortung sich Religion und Politik jeweils auf beiden Terrains bewegen – die Parteipolitik auf dem Feld der Religion und die Religion auf dem Feld der politischen Urteilsbildung – und mit der Reduzierung auf nur einen angestammten Kompetenzbereich nicht einverstanden sein können. Die Wucht des Zusammenpralls ist groß, zumal es keine vermittelnden Instanzen gibt. Auch für die Medien ist es schwierig, in einer neutralen Beobachterperspektive zu bleiben, weil vielen im journalistischen Bereich Tätigen aus populistischer Sicht unterstellt wird, Teil des etablierten Machtsystems zu sein, in dem Parteien, Kirchen und Medien sich gegen die vermeintlich authentische Stimme des Volkes verbündet hätten.

2. Klare Positionen

Mit dem Erstarken populistischer Kräfte ist Bewegung in eine politische Landschaft gekommen, deren alter Rechts-Links-Gegensatz an Dramatik verloren hatte. Die „Sozialdemokratisierung“ der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und das Abrücken der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) von klassisch linken Positionen hat, nicht zuletzt durch die Unvermeidlichkeit der Kooperation in Regierungskoalitionen, ein Kontinuum geschaffen, in dem weltanschaulich fest verankerte Parteimitgliedschaften oder ein vorhersagbares Wahlverhalten unwahrscheinlicher werden. Enga-

⁷ Es wird oft übersehen, dass die Radikalisierungen an den Rändern jeder Religion strukturell ähnlich funktionieren. Auch der Islamismus könnte als eine Spielart global wirksamer Populismen gedeutet werden. In diesem Fall wird eine vermeintlich reine Lehre der islamischen Tradition als Antwort auf alle Lebensfragen präsentiert. Entsprechend geraten andere Religionen ins Visier der Hassprediger. Ein sich auf christliche Wurzeln berufender Rechtspopulismus und ein mit religiöser Autorität auftretender Islamismus sind sich letztlich in ihrer Radikalität, ihrer Unaufgeklärtheit und ihrem Freund-Feind-Denken sehr nah.

gierte Christen gibt es in den ehemaligen „Volksparteien“ ebenso wie bei den Grünen und in der Freien Demokratischen Partei (FDP), sogar als organisierte Interessenvertretungen innerhalb der Fraktionen. Dass die analoge Initiative „Christen in der AfD“ (seit 2013) weniger evident ist, darf als Indiz dafür gelten, dass die politische Szene aufgemischt wird. Was als „Normalität“ gelten soll, provoziert als skandalöse Ausnahme. Die friedliche Konsensdemokratie der in unterschiedlichen Konstellationen miteinander koalierenden Parteien scheint aufgeschreckt zu sein durch einen Mitbewerber, der nicht in das Schema auswechselbarer Positionen passt und der sich schon gar nicht mit der Legitimation durch christliche Mitglieder schmücken sollte.

Wegen der Revitalisierung einer robusteren Konfliktkultur wird der Populismus gelegentlich auch als notwendiger Impuls für die Demokratie eingeschätzt, in der extreme Akteure routinierte Abläufe zunächst aufmischen und dann durch die Sachzwänge des politischen Alltagsgeschäfts entzaubert werden könnten. In der politischen Theorie mangelt es nicht an Sympathien für den agonalen Charakter des Politischen und an entsprechender Skepsis angesichts einer Banalisierung der Gegensätze, die doch das Salz in der Suppe des Kampfes um die Beschaffung von Mehrheiten seien.⁸ Wenn wir auch den Rechtspopulismus in dieser Weise als Störenfried relativieren, verliert er etwas von seinem Schrecken, motiviert aber zugleich zum engagierten Einsatz im Streit um die besseren politischen Ideen.⁹

Es ist nun auffällig, dass sich auch die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure in den Disput zwischen den Parteien einschalten und teilweise ihrer Ablehnung von AfD-Positionen mit ungewohnter Deutlichkeit Ausdruck verleihen. Sie tun dies größtenteils als Verstärker einer von den politischen Parteien bereits artikulierten Kritik und bekunden damit das Interesse an einer ideologischen und strategischen Isolierung der Rechtsaußenpartei, die als Gesprächspartnerin marginalisiert wird. Andererseits profitiert eine Partei wie die AfD von dem Kommunikationsparadox, dass ihr durch den Prozess der Ausgrenzung permanent Aufmerksamkeit geschenkt wird, sogar von den Kir-

⁸ Eine prominente und politisch einflussreiche Theoretikerin der Agonistik ist Chantal Mouffe, die zusammen mit Ernesto Laclau als eine Vordenkerin linkspopulistischer Bewegungen gilt. Sie ist unter anderem die philosophische Referenz von Jean-Luc Mélenchons Partei „La France insoumise“. MOUFFE, 2014.

⁹ Zur Abwägung von negativen und positiven Einflüssen des Populismus auf die liberale Demokratie: MUDDE/ROVIRA KALTWASSER, 2017, S. 79–96.

chen.¹⁰ Woher kommt deren Interesse an einer unmissverständlichen Verurteilung und somit an einer Verhärtung der Fronten? Die naheliegende Antwort ist die Unvereinbarkeit menschenverachtender Parolen, rassistischer Propaganda, nationalistischem Größenwahn, pauschaler Islamophobie, Medienschellete und Verachtung für politische Akteure und Strukturen mit den elementaren Kriterien einer christlichen Ethik.¹¹

Hinzu kommt die traumatische Erinnerung an das Versagen im Umgang mit Menschenfeinden und spalterischen Tendenzen in der Geschichte. Das Postulat, seine Lektion aus der Geschichte endlich gelernt zu haben, überzeugt unmittelbar, wenn einer Verharmlosung von Rassismus, Faschismus und Nationalsozialismus die Stirn zu bieten ist. Die geschichtliche Erinnerung ist als moralisches Motiv präsent, zumal Bezugnahmen auf die Deutung der Vergangenheit immer wieder explizit den tagesaktuellen Streit bestimmen, wobei jeweils diskutiert wird, ob es um rhetorische Entgleisungen oder um schwerwiegendere Kontaminationen des Denkens und Handelns geht. Strategisch ist die Abgrenzung von politischen Extremen leicht mit dem Gefühl moralischer Überlegenheit zu verbinden. Denn wer will schon mit Demagogen und Wirrköpfen in einen Topf geworfen werden? Auf die verbleibenden Irritationen werden wir noch zu sprechen kommen. Vorerst geht es um die Herausarbeitung des Unvereinbarkeitspostulats: bis hierher und nicht weiter! Es ist eine Art Bann gegen Extremismen, deren Gefährlichkeit schon in anderen geschichtlichen Situationen erfahrbar wurde. Daraus legitimiert sich die kompromisslose Haltung zu einer parteipolitischen Beheimatung, die mit einer Kirchenmitgliedschaft nicht in Einklang zu bringen sei.

Mit der Option für eine klare Abgrenzung schärfen die Kirchen einerseits ihr eigenes gesellschaftspolitisches Profil, da sie sich auf einen bestimmten Kurs festlegen, etwa in Fragen der Migration. Andererseits nähern sie sich der Schnittmenge konsensfähiger Auffassungen in den anderen Parteien, deren prinzipielle Berechtigung zur Berufung auf kirchliche Unterstützung nicht in Frage gestellt wird. Der Widerstand gegen populistische Versuchungen geht also einher mit einem verstärkten Engagement in der Mitte der Gesellschaft und in der Mitte des Parteienspektrums im Sinne des Kooperationsmodells von Politik und Religionsgemeinschaft. Dabei ist nicht zu übersehen, dass an die Adresse

¹⁰ Zur Logik der rhetorischen Konfrontation, deren Dynamik oft unterschätzt wird: LEO/STEINBEIS/ZORN, 2017.

¹¹ Beispielhaft sind die praktischen Hinweise und Empfehlungen im Handbuch der Nürnberger Katholischen Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus: AKADEMIE CPH, 2018.

rechter Gesinnung gerichtete Kritik, beispielsweise wegen einer unmenschlichen Asylpolitik, auch im Umgang mit den anderen Parteien nicht ohne Folgen bleibt und die moralische Autorität und die praktische Arbeit der Kirchen neu ins Bewusstsein bringt. An dieser Konstruktion stört freilich die moralische Schwarz-Weiß-Malerei, als ließen sich die guten und die verwerflichen Ansichten so säuberlich trennen. Der Riss geht ja oft mitten durch Parteien, Konfessionen, Familien und andere Gemeinschaften. Letzten Endes wird zu klären sein, ob die beanstandeten Extreme in jeder Hinsicht einen nicht aufzukündigenden Konsens (der Demokraten, der anständigen Bürger, der Gläubigen?) berühren und deshalb nur um den Preis eines radikalen Bruchs zu vertreten sind. Die harte politische Abgrenzung wird in gewisser Weise zum Ernstfall einer ultimativen Bekenntnisfrage (*status confessionis*) stilisiert: etwa in der Weise, wie Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) und die Bekennende Kirche ihre Ablehnung des Naziregimes auf den Punkt gebracht haben.

Die gemeinsame Grundlage der etablierten Parteien und der Religionsgemeinschaften im Kampf gegen Rechtsextreme ist der verfassungsrechtliche Rahmen einer säkularen Moral der angemessenen Regeln in der Austragung der politischen Gegensätze. Wenn extreme Parteien durch demokratische Wahlen den Sprung in Parlamente schaffen, kann eine lebendige Demokratie dies durch Anwendung fairer Verfahren bei der Gestaltung des parlamentarischen Alltags durchaus verkraften. Sollten die als problematisch angesehenen Parteien durch sich dramatisch wandelnde Kräfteverhältnisse als Mehrheitsbeschaffer und Koalitionspartner in Betracht kommen, stellt sich die Frage, ob dies durch eine strategische Absprache aller anderen Akteure zu unterbinden ist. Es gäbe dann einen *cordon sanitaire*, der die kontaminierende Wirkung eines zweifelhaften Verbündeten unmöglich macht.¹² Die immer wieder aufkommende Diskussion um die eventuell notwendige Beobachtung rechts- oder linksextremer Parteien durch den Verfassungsschutz zeugt ebenfalls von diesem Bemühen um die Absicherung einer konsensfähigen Geschäftsgrundlage pluralistischer Gesellschaften.

Das analysierte Problem ist aus demokratietheoretischer Sicht beunruhigend, weil je nach Wahlverfahren die als relativ dünn eingeschätzten Ränder des Parteienspektrums in die Mitte von Entscheidungslogiken rücken können. Der ehemalige *Front National* (jetzt *Rassemblement National*) in Frankreich hat

¹² In der belgischen Politik wurde eine solche Strategie in den 1980er- und 1990er-Jahren postuliert, um eine Regierungsbeteiligung flämischer Nationalisten auszuschließen. Der Konsens der anderen Parteien funktioniert so lange, bis neue Probleme bei der Mehrheitsbeschaffung auftreten.

es trotz seiner schwachen Vertretung in Parlamenten wiederholt in die zweite Runde von Präsidentschaftswahlen geschafft, erstmals 2002 mit Jean-Marie Le Pen.¹³ In den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und in Brasilien regieren populistische Präsidenten. Auf verschiedene Situationen in Europa werden wir noch zu sprechen kommen. Neu ist an der aktuellen politischen Weltlage, dass Populismen jeglicher Art nicht mehr nur unwahrscheinliche Randphänomene sind, sondern reale Einflussfaktoren und Machtträger. Dieses Bedrohungsszenario trägt wie die historische Erinnerung zur Zuspitzung im Kampf gegen die Extreme bei. Auf dem Spiel steht ein erreichtes Niveau politischer Kultur und humanistischer Zivilisation, an denen gemessen populistische Versprechen und Angstmacherei wie ein Rückschritt in überwunden geglaubte Zeiten erscheinen.¹⁴ Sensible Felder wie Migration und Asyl, Minderheitenschutz und Medienfreiheit werden dann zu Prüfsteinen einer Politik, die über die pragmatische Regelung kontroverser Themen hinaus immer auch Ausdruck einer zivilisatorischen Grundlage ist, hinter die es kein Zurück geben sollte.

Wenn sich die Kirchen mit einer Partei wie der AfD anlegen, dann wirken sie einerseits unkonventionell, bestätigen andererseits das Klischee zum Establishment der Republik zu gehören. Ihre Glaubwürdigkeit wird also in hohem Maße davon abhängen, ob sie auch gegenüber anderen politischen Strömungen Selbstbewusstsein, Kritikfähigkeit und Unbequemlichkeit an den Tag legen. Währenddessen wird die ausgegrenzte Rechte das Opferimage pflegen und behaupten, dass die ansonsten eingeforderte Offenheit und Dialogbereitschaft aus ideologischen Gründen und aus Interesse am Machterhalt verweigert werde. Hier ist in der Tat ein interessantes Spannungsfeld der Ideale einer freiheitlichen Gesellschaft zu verorten, der man Heuchelei vorwirft, weil sie sich aus der Sicht ihrer Kritiker in Widersprüche verstrickt. Toleranz ja, aber nicht für die Feinde der Demokratie! Diese Maxime leidet unter dem Definitionsproblem, dass durch den sich für tolerant Haltenden festgelegt wird, wer die Feinde der Demokratie sind. Letztere werden wiederum den Marsch durch die Institutionen anstreben und versuchen parlamentarischen Abläufen durch das Beharren auf

¹³ Die Aufbauphase des *Front National* geht in die 1970er-Jahre zurück. Deshalb verfügen Kirche und Gesellschaft in Frankreich schon über einige Jahrzehnte Erfahrung mit rechtspopulistischen Machtstrategien. REYNIÉ, 2013; COLLIOT-THÉLÈME/GUÉNARD, 2017. Ländervergleiche sind in der Populismus-Forschung auf jeden Fall lehrreich und sollten noch viel selbstverständlicher praktiziert werden.

¹⁴ Zum zentralen Stellenwert des Motivs der Angst: NUSSBAUM, 2018. Zum gefährlichen Spiel mit der Angst im deutschen Kontext: BEDNARZ, 2018.

Regeln und Rechten nach ihren Vorstellungen eine Agenda aufzuzwingen, die im Rahmen der Legalität zugestanden werden muss.

Der kompromisslose Konfrontationskurs in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus dispensiert nicht von der Verpflichtung, sich an eigene Standards der rationalen Kommunikation und des Respekts zu halten. Die Dif-famierung des politischen Gegners führt letztlich dazu, sich auf ein Niveau zu begeben, das gerade vermieden werden sollte. Wir begegnen hier wieder dem schon benannten Kommunikationsparadox, das zur Falle werden kann.

3. Verunsicherungen

Verunsicherungen im Umgang mit dem Rechtspopulismus ergeben sich aber nicht nur aus den Stilfragen politischer Umgangsformen. Die Verunsicherung ist unvermeidlich, sobald Fakten geschaffen werden, die auf eine unangenehme Nähe von Populismus und Religion schließen. Dies soll in diesem Abschnitt in Form einer Problemanzeige ausgehend von einigen Beispielen skizziert werden, um anschließend mögliche Gründe dieser Affinitäten zu rekonstruieren.

Bereits erwähnt wurde die Bundesvereinigung „Christen in der Alternative für Deutschland“ (ChrAfD), die nach dem Vorbild anderer Parteien den Brückenschlag zu den christlichen Kirchen versucht und ihre Internetpräsenz für Grundsatzserklärungen und aktuelle Kommentare nutzt. Als die Deutsche Bischofskonferenz am 25. Juni 2019 eine Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit besorgniserregenden rechtspopulistischen Tendenzen in der Gesellschaft veröffentlichte¹⁵, reagierte die ChrAfD nur zwei Tage später mit einer an die Bischöfe gerichteten Einladung zum Dialog. Denn diese hätten die AfD in ihrem Dokument nicht explizit erwähnt, sie aber doch wohl als Zielscheibe der Kritik gemeint. Über die Unterstellungen und Verzerrungen sei nun offen zu reden.¹⁶ Diese Strategie wirft ein bezeichnendes Licht auf die Problematik einer Situation, in der sich das Pathos des Widerstands gegen Rechts und das Pathos einer verfolgten politischen Gesinnung begegnen. Ein produktiver Dialog ist hier nicht zu erwarten. Die Christen in der AfD argumentieren mit ihrer Treue zu kirchlichen Positionen beispielsweise in Fragen von Ehe und Familie, Schwangerschaftsabbruch oder Präimplantationsdiagnostik oder in der Ablehnung des vermeintlichen „Genderwahns“. Wenn kirchliche Repräsentanten diese Positionierungen dekonstruieren, kommen sie früher oder später in Konflikt

¹⁵ SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ, 2019.

¹⁶ KUHS, 2019.

mit eigenen konservativen Positionen. Sollte dies zu einer Modernisierung der kirchlichen Agenda im Bereich von Familie, Sexualität und Gender führen, wäre das ein aus meiner Sicht begrüßenswerter Nebeneffekt der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Fast zu schön, um wahr zu sein. Weil hier keine katholische Revolution zu erwarten ist, bleibt als Hauptthema der Kontroverse die Sicht auf Migration, Flucht und Asyl im Kontext der christlichen Auslegung des Gebots der Nächstenliebe. Hier wäre eine theologische Denkanstrengung wünschenswert, ohne immer gleich unter den Verdacht der rechten oder linken Vereinnahmung gestellt zu werden. Bei der Ausdifferenzierung der Sphären von nüchterner Analyse und engagierter und pointierter Beteiligung an Debatten über kontroverse Themen besteht noch Nachholbedarf. Die Botschaft von Christen in der AfD an die Adresse der etablierten Kirchen ist klar: schaut her, wie christlich wir sind, wie sehr wir uns mit Kernpunkten christlicher Moralvorstellungen identifizieren. Ein Gespräch über dieses Selbstverständnis wäre für beide Seiten aufschlussreich und könnte zu heilsamen Verunsicherungen führen. Die Hinweise auf Familienbilder, Frauenbilder und Geschlechterverhältnisse treffen die Katholische Kirche an einem wunden Punkt ihrer anti-modernen Weltfremdheit. Die Verständigung darüber bedeutet also weitaus mehr als nur eine Abwehr der Instrumentalisierung durch die Rechten.

Es ist bekannt, dass Donald Trump nicht ohne die Unterstützung signifikanter Teile der christlichen Bevölkerung der USA ins Präsidentenamt gekommen wäre. Das Problem kann nicht dadurch gelöst werden, dass man christliche Trump-Wähler als fundamentalistische Dummköpfe diffamiert. Denn damit wäre ja auch immer noch nicht erklärt, warum es einem sich für aufgeklärt haltenden Christentum nicht gelungen ist, weitere Kreise der Bevölkerung von einer offenen und angstfreien Weltsicht zu überzeugen. Christliche Kirchen haben über Jahrhunderte Ressentiments der Fremdenangst und patriotische Gefühle der Zusammengehörigkeit und der Überlegenheit bedient. Sie sollten sich nicht wundern, wenn der Paradigmenwechsel zu einer bescheidenen und dialogischen Ausübung der eigenen Religion nicht in allen Köpfen stattgefunden hat. Die eigentliche Krux der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist die Wiederbegegnung mit einem Erbe von Unaufgeklärtheit und Intoleranz, dessen Überwindung noch längst nicht abgeschlossen ist. Aus der Ferne ist es bequem, unliebsame Ausdrucksformen christlicher Identität als fundamentalistisch und irrational zu belächeln. Die universitäre Theologie hat sich leider viel zu wenig mit der Frage beschäftigt, wie es zu solchen Radikalisierungen kommen kann. Wer die Entradikalisierung islamischer Fundamentalisten fordert, hat ein weites Betätigungs- und Übungsfeld in der eigenen religiösen Tradition.

Zwei europäische Beispiele für die Unterstützung national-konservativer Regierungen mit populistischen und illiberalen Tendenzen sind Ungarn und Polen, die ihr Gewicht in den Strukturen der Europäischen Union geltend machen, beispielsweise im Juli 2019 bei der Verhinderung des in einem Vermittlungsvorschlag möglichen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten Frans Timmermans – dessen Kritik an mangelnder Rechtsstaatlichkeit in den Visegrád-Staaten ihn für einige Mitgliedsländer untragbar machte. Auch in den genannten Fällen ist wiederum die Migrationspolitik der erkennbarste Stein des Anstoßes, insofern Polen und Ungarn sich aus Brüssel nicht vorschreiben lassen wollen, wie sie sich an der Lastenverteilung bei der Aufnahme von Geflüchteten in Europa zu beteiligen haben. Dahinter steht letztlich auch wieder der Streit um die angemessene Interpretation einer christlichen Ethik.

Die Liste der Fallstudien ließe sich leicht verlängern. Gemeinsam ist allen genannten Beispielen die polarisierende Wirkung des Schulterchlusses zwischen populistischem Politikangebot und einer religiös gebundenen Wählerschaft, die ihre Interessen durch die schrillen Personen besser vertreten sieht als durch die bisher amtierenden Eliten, denen eine Entfernung von der Lebenswirklichkeit des Volkes nachgesagt wird. In diesen Situationen ist es für eine Politik des *cordon sanitaire* zu spät. In vielen Ländern der Welt haben sich die Machtverhältnisse zugunsten einer konservativeren Agenda und einer ungenierten Abschottungspolitik im Umgang mit Fremden verschoben.

4. Selbstkritische Rekonstruktionen

Ich vertrete die These, dass religiöse Menschen, die für populistische Politik empfänglich sind, nicht einfach als Opfer böser Verführer zu betrachten sind. Wir sollten bis zum Beweis des Gegenteils von der Vermutung ausgehen, dass sie wissen, was sie tun, und dass sie den vermeintlichen Widerspruch zwischen Populismus und Religion so nicht gelten lassen würden. Ich sehe vor allem drei Gründe, die eine solche Nähe plausibel machen.

Ein erster Argumentationsstrang bezieht sich auf die auch den meisten Religionen inhärente Spannung zwischen Volk und Elite, volkstümlichem Glauben und theologischer Denkanstrengung, identitärem Wir-Gefühl und Offenheit für Fremde. Volkskirchen zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie einen hohen Anteil der Bevölkerung und breite Gesellschaftsschichten an sich binden, so dass es nicht verwundern kann, dass in ihnen auch das ganze politische Spektrum einschließlich der Extreme abgebildet ist. Minderheitenkirchen beruhen entweder auf einer bewusster gewählten Mitgliedschaft oder auf einer hohen Verbindlichkeit der Doktrin und sind deshalb homogener. Die Kirchen in den

meisten Ländern Europas stecken mitten in einem Transformationsprozess, der durch Mitgliederschwind eine Abkehr vom herkömmlichen volksgemeinschaftlichen Modell bedeutet. Andererseits besteht aber nach wie vor das Selbstbewusstsein einer gesellschaftlich relevanten und staatstragenden Struktur, die unter veränderten Bedingungen neu plausibel zu machen ist. Volkskirchen müssen den gesellschaftspolitischen Spagat zwischen stark voneinander abweichenden Positionen aushalten können. Ausschlusskriterien wurden konventionell mit der Autorität lehramtlicher Verbindlichkeit deklariert. Heute passiert die Zerreißprobe durch zentrifugale Kräfte, die sich aus miteinander unvereinbaren Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft ergeben. Mehr als je zuvor geraten liberale Ideale von Vielfalt, Offenheit und Anerkennung von Differenz ins Visier derer, die mit den Gesellschaftsbildern einer homogenen Gemeinschaft liebäugeln.

Ein zweiter Argumentationsstrang betrifft die Ambivalenz eines theologisch aufgeladenen Volksbegriffs, die auf die biblische Idee vom „Volk Gottes“ zurückgeht. Ekklesiologisch hat dieser Topos seine Höhen und Tiefen erlebt, da er für eine Homogenisierung des „Volkskörpers“ beansprucht werden kann, aber auch für die progressive Variante einer Kirche des Volkes (im Gegensatz zu einer klerikalen Kirche, die „von oben“ die Fäden zieht und die Mitglieder entmündigt). In der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung wurde das Ideal des einfachen Volkes, das seine legitimen Ansprüche geltend macht, zum Impuls für ein Umdenken, das den klerikalen Machtapparat der Kirche entzaubert hat.¹⁷ „Volk Gottes“ gehört zu den ekklesiologischen Supercodes¹⁸, mit denen sich neue Akzente setzen lassen. Er unterscheidet sich von den Modellen einer Gemeinschaft der Heiligen oder des Leibes Christi oder einer jegliche Kritik abweisenden Institution. Kirche als Volk Gottes findet eine besondere Legitimationsquelle in den biblischen Texten, die für diesen Code herangezogen werden können. Der Bibelwissenschaftler Nibert Lohfink hat den biblischen Zentralbegriff „Gottesvolk“ zum theologischen Enthusiasmus für ein erneuertes Kirchenbild im 20. Jahrhundert in Beziehung gesetzt und überzeugend herausgearbeitet, das der biblische Befund komplizierter ist.¹⁹ Wenn sich die Israeliten als „Jahwes Volk“ verstehen, sehen sie sich in einer besonders familiären Beziehung zu ihrem Gott, der dieser Gruppe verbunden ist. Die Übertragung dieses hebräischen Kontextes auf eine Theologie der Kirche ist alles andere als selbstverständlich.

¹⁷ EXELER/METTE, 1978.

¹⁸ VEN, 1995.

¹⁹ LOHFINK, 1977, S. 111–126.

Sie kann eine heilsame Provokation an die Adresse triumphalistischer Kirchenbilder sein. Aber sie bedarf eben auch der kontextuellen Rekonstruktion und der Entfaltung des mit der Kurzformel gemeinten Leitbilds, das die Ambivalenz der Semantik von „Volk“ nicht abstreifen kann.

Drittens kann hervorgehoben werden, dass Kirchen mit gewissen Nähen zum gesellschaftlichen Konservativismus durchaus auch Affinitäten zu einzelnen Aspekten des Populismus-Syndroms aufweisen. Beispielhaft seien noch einmal die Betonung eines traditionellen Familienbilds und die Skepsis angesichts neuer Sichtweisen auf Geschlechterrollen erwähnt. Der skurrile katholische Kreuzzug gegen die angeblichen Gefahren der „Gender-Ideologie“ illustriert dies überdeutlich. Es ist eine Steilvorlage für die Vereinnahmung durch reaktionäre Kreise, so dass der Jammer über die böswillige Instrumentalisierung von rechts nicht immer ganz glaubwürdig ist. Und schließlich durchzieht viele Kirchen die spannungsreiche Identifikation mit nationalem Pathos (beispielsweise im Fall mancher protestantischer Landeskirchen oder in der Orthodoxie, aber auch in katholischen Varianten wie in Polen), das mit dem anti-nationalistischen Geist christlicher Gemeinschaft über nationale Grenzen hinweg schwer vereinbar ist. Angesichts dieser strukturellen Parallelen kann es überhaupt nicht überraschen, dass es programmatische Schnittmengen mit populistischer Politik gibt, die streng nationalistisch (und im Kern anti-europäisch) auftritt und von den Werten der klassischen Familie und von der Verwerflichkeit des „Genderwahns“ redet.

Strukturelle Ähnlichkeiten begründen noch keine wirkliche geistige Nähe, geben aber zu Kontakten Anlass, aus denen eine ideologische Symbiose entstehen kann. Es gehört folglich zu den Aufgaben einer verantwortungsbewussten Theologie und Religionswissenschaft, über solche Interpretationen und Missverständnisse aufzuklären. Informierte Religiosität ist im Zweifelsfall besser als jedes Analphabetentum in religiösen Angelegenheiten – mag dies auch noch so elitär klingen.

5. Sozialethische Diskussionen

Die konkrete gesellschaftliche Verantwortung von Religionsgemeinschaften präzisiert sich in Themenfeldern, zu denen im Sinnhorizont der jeweiligen Ethik-

ken relevante Vorschläge zu unterbreiten sind.²⁰ Wenn die Behaglichkeit einer breit abgesicherten Mittelklasse ins Wanken gerät, beginnt es an den unteren Rändern der Gesellschaft zu brodeln, weil die bislang noch vorhandene Aufstiegsperspektive definitiv zu verschwinden droht. Deshalb kommt der Sozialethik eine besondere Rolle zu, sobald sich religiös motivierte Bürgerinnen und Bürger in die Arena der politischen Auseinandersetzung um Einwanderung, Familien- und Sozialpolitik, Reform des Gesundheitswesens, et cetera begeben. Wie beispielsweise eine faire Asyl- und Migrationspolitik auszusehen hat, ergibt sich nicht automatisch aus unantastbaren theologischen Prämissen. Wertvorstellungen geben Richtungen der Orientierung vor, nicht aber kurzschlüssige Normierungen. Insofern bleibt keiner Religionsgemeinschaft die Arbeit erspart, sich in komplexen Sachverhalten kundig zu machen und Güterabwägungen vorzunehmen. Selbstverständlich gibt es extreme Positionen (Rassismus, Menschenverachtung, Gewalt), die ohne lange Diskussionen aus dem Kreis beachtenswerter Sichtweisen zu verbannen sind. Ansonsten gilt aber für ethische Dispute, dass sie gerade deshalb stattfinden, weil vernünftige und informierte Personen in relevanten Fragen durchaus zu unterschiedlichen Wertungen gelangen können. Wären Werturteile nie strittig, dann müsste es auch keine wissenschaftliche Beschäftigung mit den Voraussetzungen und Konsequenzen des Dissenses geben.

Vielleicht ist es an der Zeit, in Sozialethik und Gesellschaft wieder zu einem robusteren Diskussionsstil zu finden, der starke Spannungen aushält und nicht immer gleich nach Beschwichtigungen und Harmonisierungen sucht. Eine harmoniesüchtige Konsenskultur hat zweifellos zivilisatorische Vorteile. Sie hat aber den Nachteil, wichtige demokratisch zu gestaltende Weichenstellungen gar nicht mehr in ihrer Dramatik und Ernsthaftigkeit ins Bewusstsein zu bringen. Eine in ihrem Stil zu konfliktscheue und stets kompromissbereite Sozialethik wird kaum in der Lage sein, es mit erklärten Gegnern einer offenen Gesellschaft aufzunehmen, weil die Appelle an Toleranz und Diskursfähigkeit an harten Positionen einer Aufkündigung liberaler Freundlichkeit abprallen. Dialogbereitschaft wird meistens nur von der jeweils anderen Seite eingefordert, um der eigenen Marginalisierung entgegenzuwirken und um sich wieder ins Gespräch zu bringen.

²⁰ Das gilt in besonderer Weise für ein so komplexes Feld wie die Folgen der Globalisierung, denen sich einige Aspekte des Populismus-Syndroms zuordnen lassen, insofern es sich um Reaktionen auf Abstiegsängste, reale Abstiegs Erfahrungen und regressive Antworten auf die unabgegoltene Versprechen der Moderne handelt. BUDE, 2008; GEISELBERGER, 2017; MANOW, 2018.

Die Konflikthaftigkeit der heutigen Herausforderungen lässt sich am Beispiel der Religionsfreiheit illustrieren, die erst relativ spät (in der katholischen Kirche erst in den 1960er-Jahren im Rahmen des Zweiten Vatikanischen Konzils) offiziell als hohes Gut anerkannt wurde.²¹ Das Grundrecht auf freie Religionsausübung funktioniert mit einer doppelten Strategie: als Anspruch auf Freiheit von einem autoritären Staat, der sich aus Gewissens- und Glaubensfragen heraushalten soll, und als Anspruch auf Selbstbestimmung einer Religionsgemeinschaft, die für sich Sonderrechte einklagt, die mit Regeln der öffentlichen Ordnung eventuell kollidieren. Mit anderen Worten: Religionsfreiheit kann gegen eine illiberale Politik in Stellung gebracht werden; sie kann aber auch zur Verteidigung einer illiberalen Religion gegen eine liberale Gesellschaft instrumentalisiert werden. Daher gleicht die Rückkehr religiöser Geltungsansprüche in die öffentliche Sphäre einer Gratwanderung zwischen legitimer Verteidigung von Freiheitsrechten und problematischer Immunität gegen eine Moral der Toleranz und des Respekts, die für alle Bürgerinnen und Bürger zu gelten hat und nicht zu einem Sonderrecht für antimoderne und intolerante Parallelgesellschaften werden darf. Ein Christentum, das den Prozess der Selbstaufklärung und Modernisierung durchlaufen hat, hat seinen Frieden mit den Prozeduren des demokratischen Rechtsstaats und mit den Regeln einer pluralistischen Gesellschaft gemacht. Es kann daher in gewisser Weise auf die Immunkräfte des politischen Systems vertrauen, das über eigene Reaktionsmuster im Umgang mit politischen Extremen verfügt – bis hin zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz und zur strafrechtlichen Verfolgung von Hass- und Gewaltdelikten. Aus der Sicht der extremen Ränder erscheinen Religionsgemeinschaften daher oft als fest integrierte Teile eines Establishments, das sich von der Sprache und den Protestformen erzürnter Wutbürger distanziert. Wegen dieser Rollenverteilung hat eine auf Harmonie bedachte vermittelnde Tätigkeit wahrscheinlich keine Erfolgsaussichten. Religion ist Teil einer agonistischen Konstellation, in der um Einfluss gerungen wird. Der Riss zwischen populistischen und nicht-populistischen Tendenzen geht mitten durch religiöse Gruppen und Gemeinden²² und wird zur Belastungsprobe für den Grundkonsens über das, was noch

²¹ SIEBENROCK, 2009.

²² Zum breiten Spektrum der Möglichkeiten von gefährlicher Nähe bis zu eindeutiger Abgrenzung sei hier auf die Untersuchung aus sozialwissenschaftlicher Sicht verwiesen: PICKEL, 2018.

als tragbar gilt, und für die Abwehr dessen, was als autoritäre Bedrohung und Angriff auf die Grundrechte in den Blick kommt.²³

Die christlichen Kirchen in Deutschland haben sich im Umgang mit dem rechten Rand der Politik weitgehend auf einen Mainstream verständigt, der verfassungskonform (das sollte selbstverständlich sein) und zivilgesellschaftlich couragiert (das ist weniger selbstverständlich) Position bezieht, speziell in den Fragen der Einwanderung. Hier präsentiert sich das Christentum als eine kosmopolitische Religion und als Gegengift zum ausgrenzenden Populismus, womit die Fronten im ideologischen Konflikt vorgezeichnet sind.²⁴ Wer pauschal gegen Fremde Stimmung macht, stellt sich außerhalb einer christlich motivierten und bekräftigten Wertegemeinschaft, die mit nüchternem Realismus auf die Herausforderung der Globalisierung reagiert. Dies zeigt sich sowohl im persönlichen Engagement als auch im Eintreten für politische Optionen, die eher in die Richtung einer Willkommenskultur als in die Richtung einer menschenverachtenden Abschottung gehen. Innerhalb des menschenrechtlich vorgegebenen Rahmens wird dann immer noch über die angemessensten Konzepte einer fairen Migrationspolitik zu streiten sein.²⁵

Religion kann es sich leisten, gegen den Strom populistischer Vereinfachungen zu schwimmen, wenn sie als moralische Autorität einen Vorschluss an Vertrauen genießt. Da dieses Vertrauen schwindet, wird die Gemengelage im Ringen um Popularität und moralische Deutungskompetenz immer komplizierter. Mit einer klaren Haltung zu rechtsextremen Predigern von Angst und Hass gewinnen Religionsgemeinschaften an Glaubwürdigkeit und gesellschaftlicher Bedeutsamkeit. Diese Gewinne sollten sie nicht davon abhalten, an den gravierenden Defiziten ihrer eigenen Schuldgeschichte zu arbeiten, die auch immer von dem riskanten Spiel mit Vereinfachungen geprägt ist. Wer populistischer Hetze eine deutliche Absage erteilt, ist in die Pflicht genommen, die menschenfreundliche und hoffnungsvolle Alternative in die Tat umzusetzen und der Versuchung des Denkens in Freund-Feind-Kategorien zu widerstehen.

²³ HEITMEYER, 2018. Mit den Mitteln des Theaters wurde das Bedrohungsszenario in Wien durch eine Collage von Zitaten einiger rechtsnationalistischer Protagonisten auf die Bühne gebracht: RABINOVICI/KLENK, 2018. Das war noch vor dem Ibiza-Video, durch das die künstlerische Vorstellungskraft in Österreich von der Realität überholt wurde.

²⁴ STRUBE, 2015.

²⁵ Dazu mehr in LESCH, 2016.

6. Literaturverzeichnis

- AKADEMIE CPH (Hg.): Was tun gegen „rechts“!? Empfehlungen für den Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Kirche und Gesellschaft. Ein Handbuch für die Praxis (Edition cph 6), Würzburg 2018.
- BADIE, Bertrand/VIDAL, Dominique (Hg.): Le retour des populismes (L'état du monde 2019), Paris 2018.
- BEDNARZ, Liane: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirche unterwandern, München 2018.
- BEIGEL, Thorsten/ECKERT, Georg (Hg.): Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart, Münster 2017.
- BUDE, Heinz: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008.
- COLLIOT-THÉLÈME, Catherine/GUÉNARD, Florent (Hg.): Peuples et populismes, Paris 2017.
- EXELER, Adolf/METTE, Norbert (Hg.): Theologie des Volkes (Grünewald-Reihe), Mainz 1978.
- GEISELBERGER, Heinrich (Hg.): Die große Regression. Die internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit (Edition Suhrkamp), Berlin 2017.
- GRAF, Friedrich Wilhelm: Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur, München 2004.
- HEITMEYER, Wilhelm: Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I (Edition Suhrkamp 2717), Berlin 2018.
- KUHS, Joachim: Pressemitteilung. AfD lädt Bischofskonferenz zum Dialog ein, in: chrafd.de, 2019, URL: <https://www.chrafd.de/index.php/113-die-deutsche-bischofskonferenz-hat-getagt> (22. Juli 2019).
- LEO, Per/STEINBEIS, Maximilian/ZORN, Daniel-Pascal: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.
- LESCH, Walter: Kein Recht auf ein besseres Leben? Christlich-ethische Orientierung in der Flüchtlingspolitik, Freiburg im Breisgau 2016.
- LESCH, Walter (Hg.): Christentum und Populismus. Klare Fronten?, Freiburg im Breisgau 2017.
- LOHFINK, Norbert: Unsere großen Wörter. Das Alte Testament zu Themen dieser Jahre, Freiburg im Breisgau 1977.

- MANOW, Philip: Die Politische Ökonomie des Populismus (Edition Suhrkamp 2728), Berlin 2018.
- MOUFFE, Chantal: Agonistik. Die Welt politisch denken (Edition Suhrkamp 2677), Berlin 2014.
- MUDDE, Cas/ROVIRA KALTWASSER, Cristóbal: Populism. A Very Short Introduction (Very short introductions 510), Oxford 2017.
- MÜLLER, Jan-Werner: Was ist Populismus? Ein Essay (Edition Suhrkamp), Berlin 2016.
- NUSSBAUM, Martha C.: The Monarchy of Fear. A Philosopher Looks at Our Political Crisis, Oxford 2018.
- ORTH, Stefan/RESING, Volker (Hg.): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion? (Herder Edition Korrespondenz), Freiburg im Breisgau 2017.
- PICKEL, Gert: Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2 (2018) 2, S. 277–312.
- RABINOVICI, Doron/KLENK, Florian: Alles kann passieren! Ein Polittheater, Wien 2018.
- REYNIÉ, Dominique: Les nouveaux populismes, Paris ²2013.
- SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ (Hg.): Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen, Bonn 2019.
- SIEBENROCK, Roman A.: Theologischer Kommentar zur Erklärung über die religiöse Freiheit *Dignitas humanae*, in: HÜNERMANN, Peter/HILBERATH, Bernd Jochen (Hg.): Herders Theologischer Kommentar zum Zweiten Vatikanischen Konzil, Bd. 4: Apostolicam actuositatem, Freiburg im Breisgau 2009, S. 125–218.
- STRUBE, Sonja Angelika (Hg.): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg im Breisgau 2015.
- VEN, Johannes A. van der: Kontextuelle Ekklesiologie, Düsseldorf 1995.

Stephanie Heimgartner

Runde Göttinnen: Affektiver Populismus und die Inszenierung des mütterlichen Körpers

1. Veränderungen in Darstellungen von Schwangerschaft

Mit Populismus assoziiert man in der Regel nicht die scheinbar natürlichen und individuellen Vorgänge rund um Schwangerschaft und Geburt, sondern eher ein öffentlich wirksames politisches Sprechen und Agieren, wie es die anderen Beiträge dieses Bandes zu ihrem Thema machen. Es lässt sich jedoch auch an einem anders gearteten Untersuchungsgegenstand sehr gut nachvollziehen, wie Populismus im Zeitalter der neuen Medien funktioniert und welche Wirkung er entfalten kann. In meinem Beitrag werde ich diskutieren, wie fruchtbare Frauenkörper heute in den Medien dargestellt werden; was an diesen Repräsentationen als populistisch bezeichnet werden kann und inwiefern sie politisch relevant werden beziehungsweise was sie mit anderen Formen des politischen Populismus gemein haben.

Die berühmte Venus von Willendorf, eine kleine, prähistorische Statue aus dem Sedimentgestein Oolith, wurde 1908 im Rahmen von Grabungsarbeiten für eine Bahnstrecke in der Nähe des österreichischen Ortes in der Wachau gefunden, dessen Namen sie nun trägt. Sie weist unverkennbare Geschlechtsmerkmale auf: große Brüste und eine Vulva, die durch einen Schamhügel und vorgewölbte Schamlippen gekennzeichnet ist. Bei näherem Hinsehen ist zu erkennen, dass die Figur die Arme anwinkelt, so dass die Hände oben auf den Brüsten zu liegen kommen. Im Vergleich zu Leib, Hüften und Schenkeln sind diese Arme unproportional zart und dünn, sie ruhen gänzlich auf dem mächtigen Oberkörper mit seinen üppigen Rundungen, dessen Zentrum durch einen gut sichtbaren Bauchnabel markiert ist. Die Figur hat kein Gesicht, verfügt aber über eine fein gestaltete Haartracht; die Finger sind zart und wohlgeformt und die Arme mit Reifen geschmückt.

Die Venus, deren Name in die Irre führt, weil sie mit den uns bekannten Venusstatuen der Antike wenig gemein hat, wurde nach dem Fund fast unmittelbar berühmt. Sie ist bei Weitem nicht die Einzige ihrer Art, ähnliche kleine Skulpturen aus verschiedenen Materialien wurden in ganz Europa aufgefunden. Da man über die Bedeutung und den möglichen rituellen Einsatz solcher Figu-

ren fast nichts weiß, sind im Laufe der Jahre zahlreiche Spekulationen über ihre Rolle in der steinzeitlichen Kultur angestellt worden. Man sah die Statuette als Sexual-, Fruchtbarkeits- oder Mutterschaftssymbol.¹

Diese Ungewissheit öffnet den Raum für Projektionen und für den Status der Venus von Willendorf als „Ikone der Weiblichkeit“.² Auch das Wiener Naturhistorische Museum, wo die Figur ausgestellt wird, zeigt sich offen dafür: Bei Valentinstagsführungen werden erotisch konnotierte archäologische Funde präsentiert³, eine Sonderausstellung im Jahre 2008 wurde mit humorvollen Plakaten beworben, die zum Beispiel die vermutliche Körbchengröße der Figur angaben⁴, und regelmäßig flankieren die Werke eines zeitgenössischen Künstlers oder einer Künstlerin die Venus von Willendorf. Im Jahr 2017 postete die italienische Graffiti-Künstlerin Laura Ghianda ein Bild der Venus auf Facebook, das vom Unternehmen gemäß dessen Politik, keine nackten Körper auf Abbildungen zuzulassen, fast umgehend zensiert wurde. Es folgten eine Welle der öffentlichen Empörung und ein Streit, an dessen Ende sich Facebook im Februar 2018 bei Ghianda entschuldigte.⁵

An diesem Beispiel lässt sich sehen, dass der weibliche, besonders der fruchtbare weibliche Körper mit Besetzungen und Projektionen aller Art zu rechnen hat. Muss er weitestmöglich bedeckt oder versteckt werden, weil er zu hässlich, zu schön oder zu schamlos wirkt?⁶

Dieser Auffassung war man in unserer westlichen Kultur bis vor Kurzem, genauer gesagt bis etwa 1990. In den 1980er-Jahren präsentierte sich die schwangere Frau noch in hochgeschlossenen Kleidern oder Blusen mit Spitzenkrägen oder Rüschen.⁷ In den frühen Neunzigern scheint sich das abrupt gewandelt zu haben. 1991 dann erregte die Zeitschrift *Vanity Fair* viel Aufsehen mit einem

¹ ANTL-WEISER, 2008.

² [ANON.], Heimat, 2015.

³ NATURHISTORISCHES MUSEUM WIEN, 2019.

⁴ VEKTORAMA, 2008.

⁵ [ANON.], Facebook, 2018.

⁶ Die Venus von Willendorf trägt übrigens deshalb ihren Namen, weil der Finder der ersten ähnlichen Statue diese 1864 als „Venus impudique“, schamlose Venus, in Unterscheidung zu den oft die Scham mit den Händen bedeckenden antiken Statuen, bezeichnete.

⁷ LOHNER, o.J.

Coverfoto der hochschwangeren Schauspielerin Demi Moore⁸, auf dem sie mit den gespreizten Fingern der rechten Hand ihre linke Brust bedeckt, während die linke Hand den schon stark gerundeten Leib stützt. Durch diese Geste wird der Bauch gerahmt und ins Zentrum des Bildes gerückt – der Blick des Betrachters gleitet vom Gesicht Moores, die ihre Augen nach rechts oben richtet, den linken Arm hinab in Richtung Scham, wo der ab gespreizte Daumen der dort liegenden Hand den Leib emporweist.

Um zu verstehen, wie sich um 1990 herum die Darstellung von Schwangeren in den Medien ändert, bietet es sich wiederum an, ein sehr viel älteres Bildmuster hinzuzuziehen.⁹ Im Wonnentaler Graduale, einem klösterlichen Gesangbuch aus der Mitte des 14. Jahrhunderts, stellt eine Miniatur eine sogenannte Heimsuchung dar. Gemäß biblischer Überlieferung besucht Maria, die Mutter Jesu, während ihrer Schwangerschaft ihre wesentlich ältere Kusine Elisabeth, die ebenfalls ein Kind erwartet. Elisabeth wird Johannes den Täufer gebären, der dem Heiland als Bote vorausgehen wird. Innerhalb der Initiale sieht man aber nicht nur die beiden schwangeren, in weite Gewänder gehüllten Frauen, sondern außerdem die Kinder in den Leibern ihrer Mütter. Zwar unterscheiden sich die Knaben deutlich von den heutigen Darstellungen Ungeborener im Mutterleib, doch einerseits hatte man im späten Mittelalter kaum eine Vorstellung von der fötalen Entwicklung¹⁰ und andererseits – und wichtiger – besteht die Intention des Malers sicherlich nicht in einer realistischen Wiedergabe des intrauterinen Lebens. Die Miniatur zeigt Jesus und Johannes in Brusthöhe der Mütter in deren Körper eingebettet in kleinen, nicht weiter ausgestalteten Höhlungen, die an die Einbuchtungen von Reliquiarien erinnern. Sie stehen einander zugewandt zwar als unbedeckte, kindliche Gestalten, aber in einer späteren Konstellation: Johannes betet mit gefalteten Händen den Heiland an, während Jesus die Hand zu einer segnenden Geste erhebt. Die beiden noch Verborgenen sollten sich der Vorstellung gemäß ihren späteren Rollen präsentieren, und das klärte zugleich die Funktion der beiden Mütter Maria und Elisabeth: Sie waren hoffnungsvolle Gefäße für ihre heilsgeschichtlich bedeutsamen Söhne, ihre sich begegnenden Körper sind Platzhalter und Vorausdeuter einer bedeutsameren Begegnung.

⁸ LEIBOVITZ, 1991, vergleiche Wikipedia-Artikel „More Demi Moore“, https://en.wikipedia.org/wiki/More_Demi_Moore.

⁹ Dazu LECHNER, 1981.

¹⁰ Die Zeichnungen Leonardo da Vincis, die erstmals ein Ungeborenes in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium in einem stilisierten Uterus abbilden, entstanden in den Jahren 1510–1513. Dazu HORNUFF, 2014.

Abb. 1: Wonnentaler Graduale, um 1340–1350, Karlsruhe, Badische Landesbibliothek, Cod. U.H. 1, fol. 176v.



Unsere heutigen Bilder des Ungeborenen, die von Ultraschalluntersuchungen herrühren, unterscheiden sich von dieser Verarbeitung dadurch, dass wir glauben, „das echte Baby“ zu sehen und nicht eine allgemein anerkannte, symbolisch besetzte Vorstellung davon. Für die Darstellungen des Heilands innerhalb einer schwangeren Maria ist eine realistische Sicht auf Schwangerschaft völlig unerheblich, da es in ihnen nicht um reale Schwangerschaften, sondern um die Repräsentation heilsgeschichtlicher Fakten geht. Doch den Gestus des Enthüllens, der mit der Ultraschalluntersuchung in die Darstellungen von Schwangerschaft Einzug hält, gab es als hermeneutischen Akt der Deutung von Verborgenen bereits in der Kunst des späten Mittelalters. In diesem Gestus gleicht sich der Leib dem Text darin an, dass er zur Auslegungssache wird und hinter seinem Gehalt völlig zurücktritt. Diese ikonografische Tendenz haben Ultraschallbilder mit dem erwähnten Bildtypus aus der Sakralkunst gemeinsam, und sie setzt sich tatsächlich bis heute fort – immer noch gibt es Abbildungen von Schwangeren, die die Mutter in erster Linie als Gefäß zeigen.¹¹ Auch beim Ultraschallbild bleibt der Körper der Mutter ausgespart, lediglich der Fötus wird ins Bild gerückt. Damit wird der Frauenleib, wie Barbara Duden formuliert hat, ein „öffentlicher Ort“.

In ihrem Buch von 1991 stellt die Historikerin dar, dass die Schwangerschaft lange Zeit als verborgenes, nicht offensichtliches und sich erst ganz allmählich

¹¹ Für zahlreiche Beispiele ebd., zum Beispiel S. 171.

im Lauf der neun Monate ihrer Dauer herauskristallisierendes Faktum gesehen wurde.¹² Vor den Zeiten der ärztlichen Schwangerschaftsvorsorge, die in Deutschland zögernd seit Beginn des 20. Jahrhunderts praktiziert wurde¹³, blieb die Schwangere lange im Ungewissen über ihren Zustand. Das Ausbleiben der Regel, das heute als Indiz gilt, konnte viele Ursachen haben, erst mit Kindsbewegungen und endgültig mit der Geburt gab es Sicherheit über die Schwangerschaft.

Mit dem vorgeburtlichen und zur Vorsorge gehörenden, also für alle offenbaren Sichtbarwerden des Fötus *ab ovo* wird ab den 1960er-Jahren ohne Zweifel evident, ab wann eine Schwangerschaft besteht und wie sie verläuft.¹⁴ Die Konsequenz ist nicht nur eine verbesserte Gesundheitsvorsorge: Ende der 1980er-Jahre, nachdem in Deutschland die Vorsorge mittels Ultraschall Routine geworden ist¹⁵, bricht in der Öffentlichkeit eine neue Debatte über die Bezeichnung von Abtreibung als Kindstötung und die entsprechende Gesetzgebung aus; erst 1976 war man nach mühsamen politischen Verhandlungen zu einer neuen rechtlichen Lösung gelangt. Duden beklagt im Rahmen dieser Debatte in ihrem Buch die mangelnde Autonomie der Frauen was ihren eigenen Körper und seine Funktionen angeht und die Widersinnigkeit, den Embryo als vom Körper der Mutter losgelöstes Individuum zu denken, das separat von ihr unter einen besonderen Schutz gestellt werden könnte. Diese heftige politische Debatte ist eine von zwei Konsequenzen, die das Ultraschallbild in der öffentlichen Wahrnehmung zeitigt. Die andere ist gesellschaftspolitisch scheinbar weniger relevant. Um 1990 verlagert sich die Enthüllung des Verborgenen, die sich seit Mitte der 1980er-Jahre mittels des Ultraschallbilds ereignet, auf den Mutterleib. Der Kunsthistoriker Daniel Hornuff schreibt in seiner einschlägigen Studie: „Kulturgeschichtlich betrachtet, ist die ästhetische Karriere der Schwangerschaft der visuellen Veräußerlichung des Ungeborenen nachgelagert.“¹⁶ Diese Nachlagerung ist nicht nur eine zeitliche, sondern auch eine kausale Folgeerscheinung:

¹² DUDEN, 1991.

¹³ BECK, 1986.

¹⁴ Bedeutsam sind hier die Bilder des schwedischen Fotografen Lennart Nilsson, die zuerst am 30. April 1965 im *Time Magazine* erschienen. COSGROVE, 2013.

¹⁵ Es fällt schwer, ein genaues Datum für die Einführung des Ultraschalls in deutschen gynäkologischen Praxen zu ermitteln. „By the mid 1980’s most hospitals had introduced screening for fetal abnormalities as part of the routine 20 week scan.“ In den USA war lange Zeit nur dieser Scan um die Mitte der Schwangerschaft Standard. CAMPBELL, 2013.

¹⁶ HORNUFF, 2014, S. 216.

Das Innere des Leibes liegt vor Augen, auch das Außen kann nun selbstbewusst zur Schau gestellt werden. Einer offensiv neuen Ikonografie, wie sie das Porträt der schwangeren Demi Moore von Annie Leibovitz anbietet, gelingt es, den bis dahin verschämt verborgenen, weil ja mit Sexualität konnotierten Körper nun als Ausweis der eigenen Vollmacht und Autonomie zu präsentieren.¹⁷ Von einer neuen Ikonografie lässt sich hier sprechen, weil ähnliche Bilder in der Folge die Haltung Moores und die Perspektive auf sie weitestgehend imitieren.¹⁸ Eine nochmalige Wendung erfährt diese Bildtradition, die nun nicht nur feministisch, sondern auch als Demonstration von *Black Pride* fungieren kann, rezent mit der Darstellung afroamerikanischer Frauen im Jahr 2017.¹⁹

Das Foto der schwangeren Popikone Beyoncé Knowles erhielt im Februar des Jahres innerhalb der ersten 20 Stunden 7,2 Millionen Likes auf *Instagram*, die höchste Anzahl, die bei der Social-Media-Plattform bis dahin jemals vorgekommen war. Bereits die Ankündigung ihrer ersten Schwangerschaft 2011 hatte Beyoncé einen Eintrag im *Guinness Buch der Rekorde* beschert: Nach ihrem Auftritt bei den *MTV Music Awards* öffnete sie ihr Jackett, ließ das Mikro fallen und rieb sich demonstrativ den Bauch. Auf Twitter gab es nach der Ankündigung fast 9.000 Tweets pro Sekunde.²⁰

Von einer Tatsache, die man so lange wie möglich zu verbergen trachtete, wurde die Schwangerschaft in den letzten 30 Jahren allmählich zu einem wichtigen Element weiblicher Persönlichkeitsinszenierung. Das gilt beileibe nicht nur für Prominente, wie die Veränderung der Schwangerschaftsmode in Richtung zunehmender Körperbetonung im gleichen Zeitraum nahelegt.²¹

¹⁷ Auch hierzu ebd., S. 219 f.

¹⁸ EBD.

¹⁹ LEIBOVITZ, 2017. Dabei wird auch die Pose leicht verändert: Serena Williams stützt den Arm selbstbewusst in die Hüfte, statt ihn schützend um den Leib zu legen. Beyoncé Knowles' Ankündigung ihrer zweiten Schwangerschaft ist zum Beispiel hier dokumentiert: [ANON.], Beyoncé, 2017.

²⁰ Angaben nach GUINNESS WORLD RECORDS, 2019.

²¹ „Je größer der Bauch ist, desto besser ist es, enge Kleider zu tragen“, sagt Heidi Klum, als „Topmodel“-Macherin und vierfache Mutter Expertein in Sachen Umstandsmode, zit. nach HORNUFF, 2014, S. 222.

2. Aspekte von Populismus in der Darstellung schwangerer und mütterlicher Körper

Beyoncé Knowles ist mit einem Vermögen von 350 Mio. Dollar (2017)²², ihren viel beachteten Konzeptalben und ihrer wohldurchdachten Social-Media-Präsenz, die sie stets als perfekt gestylte Schönheit präsentiert, eine der Top-Influencerinnen für junge Frauen.²³

Einer im Januar 2019 veröffentlichten Studie zufolge orientieren sich besonders weibliche Jugendliche in ihrer Körperwahrnehmung und -stilisierung an den Influencerinnen auf Social-Media-Kanälen wie YouTube und Instagram.²⁴ Zwei Studien von 2016 und 2017 belegen zudem den negativen Einfluss perfekt aussehender Prominenten-Mütter auf das Selbstbild werdender oder gerade niedergekommener Mütter, eine davon bezieht sich explizit auf die Wirkung von Facebook-Nutzung.²⁵ Das Körperbild und die Selbstpräsentation solcher Influencerinnen werden offenbar für zahlreiche Frauen zum Maßstab für die eigene Person. Dies gilt natürlich auch dafür, wie diese Frauen ihre Schwangerschaften und ihre Mutterschaft präsentieren – die Anzahl der Retweets bei deren Ankündigung spricht hier für sich.²⁶

Die Wirkung solcher medial vermittelter prominenter Vorbilder scheint auch darauf zu beruhen, dass durch einen psychologischen Kurzschluss die Präsentation eines Körpers im Internet authentischer erscheint als die reale, weil der Körper sich in diesem Medium auf gewisse Weise verflüchtigt, so die israelische Soziologin Eva Illouz in ihrem Buch *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*.²⁷ Das spricht auch für einen Wandel der Kategorie Authentizität. Denn der Instagram-Körper ist alles andere als authentisch im herkömmlichen Sinne; er präsentiert sich frei von Makeln und persönlichen Eigenheiten. Ohnehin schon junge und ansehnliche Körper werden zusätzlich fotografisch in Szene gesetzt

²² ROBEHMED, 2017.

²³ BAILEY, 2017. Beyoncé's Medienstrategie besteht auch in künstlicher Verknappung: ikonisch gewordene Bilder und Videos sind nach einiger Zeit nicht mehr von den Plattformen abrufbar, das Album *Lemonade* ist nicht auf *Spotify* verfügbar, nur ausschnittsweise auf *YouTube*, und lediglich auf Beyoncé's eigener Plattform *Tidal* vollständig zu erhalten.

²⁴ WEGENER/PROMMER/GÖTZ, o.J. Dort auch Verweis auf die Publikationen in Fachmedien.

²⁵ COYNE/LIECHTY/COLLIER u. a., 2018; HICKS/BROWN, 2016.

²⁶ Dazu auch READ, 2011.

²⁷ ILLOUZ, 2007, S. 114.

und bearbeitet. Das Medium wirkt auf diese Weise an der Konstruktion quasi-fiktiver Körper mit. Illouz hat für ihr Buch *Dating-Plattformen* untersucht und dabei gefragt, wie angesichts der bloßen Bildschirmpräsenz des gedachten Partners Gefühle beim Suchenden hervorgerufen werden können²⁸, und ermittelt, dass die Fotos angesichts der Konkurrenzsituation in den Partnerschaftsbörsen einem bestimmten Standard entsprechen müssen. Daher stilisieren sich Menschen nach Möglichkeit, indem sie beispielsweise durch Diäten und Sport, durch veränderte Garderobe und Make-up an ihrem Körper arbeiten, bevor sie sich online zur Schau stellen.²⁹ Ziel ist ein möglichst einem bestimmten Schönheitsideal entsprechendes Bild. Die diese Bilder begleitenden Texte ermöglichen laut Illouz dagegen eine „Textualisierung der Subjektivität“, die in höchstem Maße von den Sprechgewohnheiten der Psychologie abhängt und den jeweiligen Menschen dazu bringt, sich in seiner Selbstbeschreibung einer erwünschten Persönlichkeit anzunähern. Das Selbst verwandelt sich, indem es sich für einen öffentlichen Auftritt verändert, sich förmlich inszeniert und erst in der Annäherung an seine Wunschköniglichkeit den Status des Authentischen erlangt.³⁰ Erschreckenderweise ist das Resultat eine große Gleichförmigkeit der Profile.³¹ Was Illouz 2006 über die Nutzerprofile in Online-Partnerschaftsbörsen schreibt, lässt sich auf Profile in anderen sozialen Medien übertragen.

Die schon erwähnte Studie der MaLisa-Stiftung beschreibt die besonders für Frauen wirksamen Standardisierungsprozesse bei Social-Media-Auftritten: „Auch auf Instagram sind insbesondere die Frauen erfolgreich, die einem normierten Schönheitsideal entsprechen. Sie sind dünn, langhaarig und beschäftigen sich hauptsächlich mit den Themen Mode, Ernährung und Beauty. Weibliche Selbstinszenierung findet hier nur in einem sehr begrenzten Korridor statt“³², schreiben die Autorinnen.

Dies mag auf den ersten Blick gleichgültig oder höchstens für diese Bevölkerungsgruppe relevant, aber keinesfalls so wirkmächtig wie offenkundiger politischer Populismus erscheinen. Ich möchte im Folgenden anhand einiger weiterer Beispiele zeigen, wie in den neuen Medien wirkmächtige Bilder von Schwangerschaft und Mutterschaft erzeugt werden; wieso das ein politisch rele-

²⁸ EBD., S. 115.

²⁹ EBD., S. 123.

³⁰ EBD., S. 119f.

³¹ EBD., S. 124.

³² WEGENER/PROMMER/GÖTZ, o. J.

vantes Faktum ist und was es mit anderen Formen des politischen Populismus gemein hat.

3. Funktionsweise des affektiven Populismus

In Anlehnung an die Thesen von Illouz möchte ich einige beispielhafte Selbstpräsentationen prominenter Frauen auf folgende Merkmale hin untersuchen, die ihre Wirkmacht, ergo ihre populistische Kraft, erzeugen. Im folgenden ersten Beispiel geht es um fotografische Darstellungen, im zweiten um eine TV-Serie, im dritten um einen Bühnenauftritt. Sie alle enthalten

- bildliche und situative Ikonografie, sogenannte „kulturelle Skripte“ oder drehbuchartige Handlungsabläufe;
- sie nutzen rhetorische Mittel, um zu überzeugen;
- sie behaupten authentisch zu sein
- und enthalten Elemente, die die Konsumentinnen auf das eigene Leben übertragen können.

BEISPIEL 1: CATHERINE, HERZOGIN VON CAMBRIDGE, bekam am 23. April 2018 um 11.01 Uhr ihr drittes Kind. Bereits um 18:56 Uhr am gleichen Tag trat sie mit ihm vor die Kameras. Wenig später verließ sie das Krankenhaus – in Pumps. Damit zeigte sie, dass ein bis in die Details der Garderobe makellostes und durchdachtes Auftreten nach Auffassung der königlichen Familie zu deren professionellem Standard gehört. Queen Elizabeth selbst hat über Jahre hinweg einen dezidierten Kleidungsstil mit farbigen Kostümen, passend entworfenen Hüten, Handschuhen und der stets gleichen, dreireihigen Perlenkette entwickelt, während sie bis ins hohe Alter hunderte von Terminen jährlich absolvierte. Auch sie ist Mutter von vier Kindern. Diese Inszenierung vorbildhafter Weiblichkeit fordert zur Nachahmung heraus und verweigert zugleich deren Möglichkeit. Sie komponiert die eigene mediale Präsenz als Idealbild und demonstriert zugleich den Abstand zur Wirklichkeit der Normalbürger. Damit stellt sie sich demonstrativ als Projektionsfläche für Phantasien von Schönheit, Weiblichkeit, Mutterschaft und gleichzeitig von royaler Unnahbarkeit zur Verfügung.

Die Ankündigung der Geburt des kleinen Louis kam zuerst per Twitter und wurde umgehend von 93.000 Personen geliked und von 30.000 geteilt. Trotz der gewohnten Nüchternheit des Tweets sind die Informationen sorgfältig gewählt. Das Gewicht des Babys wird angegeben und enthüllt, dass der Säugling mit 3.800 Gramm „stramm“ und damit vital ist. Dass der Vater bei der Geburt anwesend war, signalisiert, dass bei den Royals keine antiquierten Geburtsriten

mehr kultiviert werden, sondern dass sie körperliche und familiäre Intimität zulassen. Dass dennoch die Präsentation des Neugeborenen einem strengen ikonischen Reglement gehorcht, zeigt ein Bildvergleich. Die Geburten der Frau des Thronfolgers sind nämlich analog zu denen seiner Mutter inszeniert: Dort war der Vater erstmals dabei; auch fand mit Williams Geburt die erste königliche Entbindung in einem Krankenhaus statt. Im gleichen Krankenhaus wie Prinzessin Diana entband auch Herzogin Kate. Die Garderobe der jungen Mütter beim Verlassen des Krankenhauses stimmt nicht nur beim ersten, sondern auch beim zweiten Sohn weitgehend überein, obwohl jeweils mehr als 30 Jahre zwischen den Ereignissen liegen.³³ So wird eine dynastische Kontinuität auch auf weiblicher Seite suggeriert, von der sie ja im englischen Königshaus immer noch nicht abhängt. Doch auch zwischen den royalen Müttern gibt es nicht ganz so subtile Unterschiede: Nicht im Spitzenkragen, sondern in Uniform präsentierte sich die Queen selbst mit ihrem jüngsten Sohn Edward 1964 nach dessen Geburt erstmals der Öffentlichkeit. Die soldatische Anmutung verdeutlicht die monarchische Handlungsfähigkeit der Regentin und lenkt davon ab, dass sie als Frau im Kindbett möglicherweise der Schonung bedarf. Der Körper der Königin wird, anders als der der Schwiegertöchter, nicht in erster Linie als weiblich und mütterlich inszeniert.

Die englische Königsfamilie legt viel Wert auf eine sorgfältige ikonografische Inszenierung ihrer Auftritte und hält dabei in jüngerer Zeit eine sorgfältige Balance zwischen bürgernaher Normalität und bewusster Stilisierung. Die Geburtsanzeige auf Twitter vermittelt rhetorisch überzeugend, dass in der königlichen Familie alles in bester Ordnung ist. Und gerade der Abschied Williams und Kates von der elterlichen Steifheit – William trägt keinen Anzug auf den Bildern, sondern ein nicht bis zum Kragen zugeknöpftes Hemd – behauptet die Normalität und die Intimität innerhalb dieser Familie. Das wiederum kann die Untertanin hervorragend auf die eigene Situation übertragen.

BEISPIEL 2: DIE KARDASHIANS. Die Reality-TV-Familien-Serie „Keeping up with the Kardashians“ ist eine der am längsten fortlaufend gesendeten Serien im amerikanischen Fernsehen. Sie läuft seit 2007 und ist in der 17. Staffel ab September 2019 online zu sehen. Die Kardashians sind eine Patchwork-Großfamilie rund um Mutter und Unternehmerin Kris Jenner, in erster Ehe Kardashian. Im Wesentlichen dreht sich die Serie um die Frauen der Familie: Kris und ihre fünf Töchter Kourtney, Kim und Khloé Kardashian sowie Kylie und

³³ Siehe die Bildvergleiche bei DANGREMOND, 2019 (gepunktetes blaues Kleid beim ersten Sohn); LOVEVINTAGE, 2018 (rotes Kleid, weißer Kragen beim zweiten Sohn).

Kendall Jenner und deren Kinder. Die Familie hat ihren Reichtum außer durch ihre TV-Aktivitäten durch verschiedene Unternehmungen im Mode- und Kosmetikbereich erworben.

Die Beziehungen innerhalb des Clans bilden das Hauptthema der Serie, auch wenn berufliche Aktivitäten gelegentlich thematisiert werden. Wechselnde Partnerschaften und die seit 2009 hinzukommenden, inzwischen zehn Kinder der Schwestern ermöglichen unendlich zahlreiche und intensive Beziehungsthemen. Bereits die Geburt von Kourtneys erstem Sohn Mason wurde filmisch begleitet. Als Beispiel für die Inszenierung von Weiblichkeit und Mütterlichkeit in der Serie soll hier die letzte Sendung der 14. Staffel dienen, die am 4. März 2018 erstausgestrahlt wurde.³⁴

Zwei Szenen sind besonders markant: In der einen erfährt Khloé am Telefon von ihrer Schwester Kylie, die sie beauftragt hat, bei der Gynäkologin anzurufen, das Geschlecht ihres Babys. Khloé hatte einen Bluttest durchführen lassen, um Erbkrankheiten auszuschließen. Diese Absicht wird jedoch nur in einem Satz erwähnt, während das Hauptinteresse der werdenden Mutter dem Geschlecht des Fötus gilt. Den folgenden Dialog führt Khloé am Telefon mit ihrer jüngeren Halbschwester Kylie, während die ältere Schwester Kim daneben sitzt und kommentiert. Der Stil der Serie ist in dieser Szene sehr gut zu erkennen: Personen und Lebensumfeld sind kohärent und auf hohem Niveau inszeniert – die Frauen sind immer sorgfältig geschminkt, leben in luxuriösen Villen und begleiten alle ihre Lebensereignisse mit dem Ausdruck höchster emotionaler Anteilnahme. Persönliche Themen werden intensiv im Familienkreis diskutiert und dabei durch eine nicht unbedingt anspruchsvolle, aber psychologisierende und emotionalisierte Rhetorik mit höchster Bedeutung aufgeladen. In der Szene mit dem Telefonat ereignet sich folgender Dialog³⁵:

Khloé: „Kylie? You’re lying.“

Kylie: [unverständlich]

Khloé: „Shut up!“

Kylie: „I’m so excited for you!“

Khloé [zu Kim]: „Is she lying?“ [zu Kylie]: „Kylie, are you serious?“

Kylie: „Why should I lie about this?“

Khloé: „I don’t feel like I’m having a girl.“

³⁴ Keeping up with the Kardashians, 2018.

³⁵ EBD., die Szene beginnt in Minute 26:55–27:32, setzt sich dann über mehrere spannungssteigernde Unterbrechungen (Interviews mit den Schwestern im Nachhinein, Ankündigung eines anderen Handlungsstrangs) hinweg in Minute 27:42–28:11 und 28:28–29:13 fort.

Kim: „It’s so exciting.“

Kylie: „I’m like so excited.“

Kim: „This is so exciting.“

Doch Kim und Kourtney tun im Anschluss kund, dass sie von der Nachricht „geschockt“ seien. Kim bekennt, Tränen vergossen zu haben bei der Nachricht, ihr erstes Kind North werde ein Mädchen. Nach dem Anruf der Schwester verständigt Khloé als Erstes ihre Mutter Kris Jenner, die sich so äußert: „Khloé, the only thing I wanted in life, the only thing, was a boy, three times, and I got the three of you“.³⁶ Das Gendermodell der Serie wirkt nicht nur an dieser Stelle paradox: Während die Frauen glamourös auftreten und ihre Wünsche und Reaktionen als bedeutungsvoll reflektieren und verbalisieren, spielen die Männer der Familie in der TV-Inszenierung der Familie nur Nebenrollen, auch Partnerwechsel werden relativ unspektakulär vollzogen. Dennoch wird das männliche Kind unhinterfragt als das Ziel aller mütterlichen Wünsche dargestellt.

In einer weiteren Szene stellt Kim die von ihr beauftragte Leihmutter den Frauen ihrer Familie vor.³⁷ Man trifft sich bei Mutter Kris Jenner zu Hause; Kim betritt mit La’Reina Haynes durch die Garage das Haus, um mediales Aufsehen



Abb. 2: Kim Kardashian präsentiert ihrer Familie ihre Leihmutter. Screenshot aus „Keeping up with the Kardashians“, S14 F20, 2018.

³⁶ EBD., Minute 30:00–30:07.

³⁷ In den USA ist in einigen Staaten Leihmutterschaft als „gestational surrogacy“ erlaubt. Die Szene dauert mit den üblichen Interview-Einblendungen, in denen Kim von der Erfahrung mit der Leihmutterschaft berichtet, ebd., von Minute 38:00–42:05.

zu vermeiden. Während die Familie um das Buffet steht und sich Kim sofort etwas zu essen nimmt, wird der eintretende Gast von Anfang an mit Fragen förmlich bombardiert. Haynes steht mit dem Rücken zur Kamera, die Jenner/Kardashian-Frauen ihr halbkreisförmig gegenüber an einem Küchentresen. Einige von ihnen tragen teure Kleidung, die Leihmutter ist eher schlicht, aber als Einzige in Weiß gekleidet. Hinzu kommt der Unterschied in der Hautfarbe: Die Leihmutter ist dunkelhäutig. Das vorgeblich familiäre Setting ist von Hierarchiesignalen durchzogen, die dem äußeren Anschein nach freundliche Befragung gleicht eher einer Prüfung, während in einer Kameraeinstellung sekundenlang der Bauch von Haynes in der Bildmitte fokussiert wird.

La'Reina ist nicht die einzige Schwangere der Folge, auch Khloé Kardashian und Kylie Jenner erwarten ein Kind; die Bedeutsamkeit der gemeinsamen Erfahrung wird von Kim in Interview-Einblendungen thematisiert. Die Leihmutter selbst äußert sich gegenüber der Familie: „It just feels natural, like I'm supposed to do it.“ Gleichzeitig bestreitet sie, eine emotionale Bindung zu dem Ungeborenen aufgebaut zu haben, und betont ihre Verpflichtung den Auftraggebern gegenüber.

Diese Szene stellt Schwangere und Mütter klischeehaft und standardisiert dar, ermöglicht aber auf diese Weise die Einbettung der noch ungewöhnlichen Art der Reproduktion in den situativen Zusammenhang einer sich stets demonstrativ liebevoll verhaltenden Familie. Es wird suggeriert, dass die Leihmutter sich frei von ambivalenten oder gar konflikthaften Emotionen auf beiden Seiten in einer Atmosphäre der Harmonie und allseitigen Zufriedenheit abspielt. Der ökonomische Aspekt dieser Beziehung wird verdeckt durch die schon erwähnte psychologisierende Rhetorik, wie sie Illouz anhand anderer Beispiele markant beschrieben hat³⁸, und weist alle kommunikativen Elemente auf, die sie leicht konsumierbar machen: Alle Familienmitglieder bekunden ständig einen hohen Grad an emotionaler Anteilnahme am Geschehen; der Reiz der Serie wie allgemein von Reality TV besteht darin, dass man als Zuschauer scheinbar authentische Situationen miterlebt; zugleich dreht sich die Serie um anschlussfähige Themen und Situationen, wie sie ähnlich in den meisten Biografien vorkommen. Die Zuschauerin wird implizit angeleitet, das Verhalten der Serienfiguren zu imitieren: Perfektes Outfit, eine tiefe Hingabe zur Familie und emotionale Rührung werden als Merkmale eines weiblichen Stils präsentiert. Die Kardashian-Frauen, so suggeriert die Serie, leben in ständigem, intimem Austausch mit ihrer Mutter und ihren Schwestern – auch im Hinblick auf ihre Schwangerschaften und Mutterschaften, die ins Zentrum der Serie gestellt und

³⁸ ILLOUZ, 2007, S. 119 f.

so als maximal bedeutungs- und identitätsstiftende Taten präsentiert werden. Man sieht die Protagonistinnen selten arbeiten und wenn, besteht die Arbeit darin, glamouröse Events zu veranstalten. Reproduktionsmedizinische Angebote wie Pränataldiagnostik oder Leihmutterschaft werden selbstverständlich in Anspruch genommen und damit – davon kann man angesichts der Breitenwirkung der Serie ausgehen – auch für die Zuschauerschaft normalisiert.³⁹

BEISPIEL 3: BEYONCÉ KNOWLES. Beyoncés Auftritt bei den Grammy Awards 2017 fand wenige Tage nach der Instagram-Ankündigung ihrer zweiten Schwangerschaft statt. Beyoncé wird zu Beginn ihres etwa 10 Minuten langen Auftritts durch ihre Mutter Tina Knowles vorgestellt, die besonders hervorhebt, wie liebevoll sich ihre Tochter stets gegenüber der Enkeltochter und anderen Mitmenschen verhält und wie stolz sie, die Mutter, auf sie ist. Bevor Beyoncé zwei der Lieder von ihrem letzten Album *Lemonade* singt, gibt es einen Eröffnungsteil, in dem ihre Stimme aus dem Off mit einem Prosatext zu hören ist, während auf der Bühne die leibhaftige Künstlerin und holografische Projektionen in raffinierten visuellen Arrangements zu sehen sind.⁴⁰

Beyoncé ist in ihren Videos und Bühnenauftritten besonders geschickt darin, bekannte Bilder aus dem kulturellen Gedächtnis aufzurufen und in kreativem Eklektizismus in ungewohnte Korrespondenz miteinander zu bringen. In Garderobe und Bewegungen gibt es Anleihen an Frauenfiguren aus gleich mehreren Religionen: an die Jungfrau Maria, außerdem an die indische Muttergöttin Parvati und an die ostafrikanische Wassergottheit Mami Wata.

Sowohl die Einführung der Mutter Tina Knowles als auch die holografischen Effekte sowie der aus dem Off gesprochene Text unterstützen die Botschaft und potenziell feministische Vision einer weiblichen Genealogie. Das Konzept ist in den 1980er-Jahren von feministischen Theoretikerinnen wie Luce Irigaray und Luisa Muraro stark gemacht worden⁴¹ und propagiert die weibliche Ahnenreihe in bewusster Opposition zu dominanten Genealogien über den Vater, die die Sichtbarkeit von Frauen unter den eigenen Vorfahren reduzieren, zum Beispiel indem stets der Vatername auf Ehefrauen und Töchter übergeht.⁴²

³⁹ Zur Figur des Dritten in der Reproduktionsmedizin BERNARD, 2014.

⁴⁰ KNOWLES, 2017.

⁴¹ IRIGARAY, 1989; MURARO, 2006.

⁴² Am Rande: Beyoncé Knowles trägt den vereinfachten Mädchennamen ihrer Mutter als Vornamen (urspr. Beyoncé), während ihre eigenen Kinder den Nachnamen ihres Vaters, Carter, tragen.

In Beyoncés Performance überschneiden sich bildliche Ikonografie und rhetorische Persuasionsmittel. Das Bildprogramm wird von einer Art Ansprache begleitet. Dass diese aus dem Off ertönt und nicht live vorgetragen wird, imitiert religiös bedeutsame Situationen wie z. B. die Taufe Jesu.⁴³ In dem Text geht es nicht nur um eine weibliche Genealogie, sondern auch um weibliches Empowerment („A woman like your mother cannot be contained“) und um das gleichsam organische Wesen der Liebe, die in den letzten Sätzen des Textes auch auf den (männlichen) Partner übertragen wird.

Indem die Mutter der Künstlerin leiblich anwesend ist und die Tochter Blue Ivy sich sowohl auf der Bühne im Hologramm als auch persönlich als Zuschauerin in der ersten Reihe befindet, wird die Genealogie befestigt und zusätzlich ikonografisch durch das bildliche Arrangement, das berühmten Vorgängerinnen ähnelt, aufgeladen. Der wichtigste Körper ist natürlich derjenige Beyoncés selbst, die durch ihr Schwangersein die mütterliche Genealogie buchstäblich verkörpert. Indem sie auf der Bühne ihren fruchtbaren Körper zur Schau stellt, setzt sie ihn zugleich als Pfand für ihre absolute Authentizität ein. Mehr als eine künstlerische Darbietung ist dies eine Demonstration oder ein ikonisches Zeichen im Sinne Peirces, das sich die Zuschauerin, die auf jeden Fall Tochter und vielleicht auch selbst Mutter ist, ohne Umstände aneignen kann: Auch sie kann den weiblichen Stammbaum als Quelle des Empowerment für sich in Anspruch nehmen.

4. Der Mechanismus der standardisierten Darstellung von Weiblichkeit als politisch relevantes Faktum

Jüngere soziologische Forschung belegt, dass „die Handlungs- und Verhaltensweisen einer Gesellschaft größtenteils nicht bewusst erlernt, sondern [als] Teil einer ‚kognitiven Tiefenstruktur‘ [...] im Zuge der Sozialisation internalisiert“ werden.⁴⁴ Gesellschaftliche Ordnung kommt nicht durch Normen und Regeln zustande, die die Willensäußerungen von Individuen kontrollieren und regulieren, sondern dadurch, dass individuelle und alltägliche Transaktionen zwischen

⁴³ Auch vom Sinngehalt her ist die Parallelisierung offenkundig: „Da geschah eine Stimme vom Himmel und sprach: Du bist mein lieber Sohn, an dir habe ich Wohlgefallen“ (Mk 1,11).

⁴⁴ SCHEVE, 2009, S. 24.

diesen Individuen stattfinden.⁴⁵ Nicht kognitive Operationen und die aus ihnen entstandenen Gesetze oder Akte politischer Repräsentation allein machen die Politik in einer Gesellschaft aus, sondern ebenso, wenn nicht mehr, die in Alltagskommunikation und -entscheidungen wirksamen affektiven Verhaftungen sowie aktuelle Präferenzen und Wünsche des Einzelnen. Dabei überlappen sich private und politische Sphäre.

Unter dieser Voraussetzung ist zu fragen, wie und wie weitgehend auch flüchtige soziale Strukturen (wie sie häufig im Internet auftreten oder erzeugt werden) Individuen und ganze Gruppen beeinflussen und welche subpolitischen, aber politisch folgenreichen Präferenzen sich daraus ergeben.

Die Einstellung zum eigenen Körper erscheint zunächst einmal als vollkommen private Angelegenheit. Dennoch unterliegen auch der individuelle Körper und das Körperbild des Einzelnen politischen Regularien: Man ist krankenversichert und somit erfasst, gehört eventuell durch eine chronische Krankheit einer bestimmten Risikogruppe an, wird seinem Alter und Geschlecht entsprechend auf Vorsorgeuntersuchungen hingewiesen, die auch den Zweck haben, höhere Folgekosten für das Solidarsystem der Krankenversicherten zu vermeiden. Für Schwangere und Mütter sind diese Regularien besonders engmaschig; es gibt umfangreiche Vorsorgeuntersuchungen und zahlreiche freiwillige Zusatzangebote, dabei wird der Körper vermessen, gewogen, in verschiedener Hinsicht geprüft und überwacht. Außer diesen quasi-offiziellen Umhebungsmaßnahmen, denen man sich natürlich auch entziehen kann, wird das Körperbild auch von der sozialen Umgebung beeinflusst, die heute nicht nur aus der Familie, dem Freundes- und Kollegenkreis besteht, sondern besonders seit Aufkommen des Social Nets um ein Vielfaches erweitert ist. Wer Social Media nutzt, nimmt unauhörlich und in noch größerer Verstärkung als früher durch Druckerzeugnisse und das Fernsehen fremde, hochgradig inszenierte Körper- und Rollenbilder wahr und wird angeregt zu ebenso unaufhörlicher Selbstpräsentation. In den sozialen Netzwerken findet politisches Handeln nicht nur dort statt, wo politische Meinungen geäußert, geteilt oder kommentiert werden, sondern auch dort, wo es scheinbar um rein persönliche, emotionale oder affektive Kommunikation geht wie beim Posten von Fotos der eigenen Person. Denn Selbstäußerungen und Selbstbilder werden dabei nicht nur öffentlich kundgegeben, sondern auch kommentiert und sogar sanktioniert (zum Beispiel durch eine kleinere Anzahl

⁴⁵ „Social Order is not that which holds society together by somehow controlling individual wills, but that which comes about in the mundane but relentless transactions of these wills.“ (Karin Knorr-Cetina: *The micro-sociological challenge of macro-sociology* (1981), S. 7; zitiert nach SCHEVE, 2009).

von Likes). Soziale Normen werden also nicht nur „von oben“ erzeugt. Sie entstehen auch durch die Akkumulation von Alltagsereignissen und -handlungen und die in ihnen zutage tretenden Emotionen und Urteile⁴⁶, die in Zeiten von Social Media häufiger verteilt und rezipiert werden als zuvor.

Die Bilder von Schwangerschaft und Mutterschaft, die uns in den Medien entgegentreten und die nachweisbar einen großen Einfluss auf unsere eigenen Körperbilder und -praktiken haben, formieren sich in den diskutierten Beispielen in Form von zeichenhaften Merkmalen und Narrativen, die sich kulturwissenschaftlich beschreiben und deuten und auf ihre politische Relevanz hin befragen lassen. Diese Elemente sind oft Neukombinationen von bereits Bekanntem, von vertrauten bildlichen oder sprachlichen Zeichen. Wenn Beyoncé in einem Video in einem gelben Outfit mit einem Baseballschläger auf Autos einschlägt und ihr dabei ein überraschtes Publikum aus Passanten zuschaut, kombiniert sie vertraute Bilder von Gang-Gewalt in amerikanischen Vorstädten mit Darstellungen feministischen Empowerments. Wenn Kim Kardashian ihrer vor allem aus Frauen bestehenden Familie eine weitere Frau, nämlich die von ihr in Dienst genommene Leihmutter, präsentiert, so wirkt die Szene wie das nicht allzu aufwändig inszenierte Willkommen für einen neuen Partner. Und so ähnlich ist es ja auch: Schließlich geht es um die Einführung eines für die Reproduktion signifikant wichtigen Dritten in die Familie.⁴⁷

Die Inszenierung affektiv stark besetzter Lebensereignisse wie Schwangerschaft und Mutterschaft bewirkt nicht nur eine Bindung der Fangemeinde an die betreffende prominente Person beziehungsweise eher Marke, sondern darüber hinaus eine Identifikation mit deren Körperbild und Lebensstil, auch mit ihren Entscheidungen und Präferenzen im Hinblick auf Reproduktion. Die scheinbar selbstverständliche Nutzung von Leihmüttern und pränataler Diagnostik, die Zurschaustellung einer vorgeblich feministischen weiblichen Genealogie auf der großen Bühne der Grammy Awards, die Präsentation einer mehrfachen Mutter in der Öffentlichkeit samt Kind in Bestform wenige Stunden nach der Geburt appellieren an das weibliche Selbstverständnis und fordern fast unverhohlen, gelegentlich sogar explizit zur Identifikation auf.

Fragen der Reproduktivität sind immens politische Fragen. Das zeigt nicht nur die durch Ultraschallbilder erst wesentlich in Gang gebrachte Diskussion um die Straffreiheit von Abtreibung oder ihrer Kennzeichnung im Gesetz als Tötungsdelikt Ende der 1980er-Jahre oder die Debatte um Informationsmög-

⁴⁶ SCHEVE, 2009, S. 340–342.

⁴⁷ BERNARD, 2014.

lichkeiten darüber heute. Influencer wie die Kardashians propagieren den selbstverständlichen Gebrauch der Reproduktionsmedizin in ihrer erweiterten Form. Stars wie Beyoncé popularisieren feministische Repräsentationsansprüche mit Hilfe von Körpern, die trotz Schwangerschaft makellos bleiben. Die Herzogin von Cambridge präsentiert sich als Frau, die immer ihre Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit erfüllt und stets einsatzbereit ist – auch wenige Stunden nach einer Geburt. Die eminent politische Botschaft ist: Frauen können alles – durch ihren Körper.

Populistisch ist diese Botschaft aus denselben Gründen, aus denen auch andere politische Botschaften als populistisch bezeichnet werden: Sie bindet sich an eine scheinbar persönliche Kommunikation, zum Beispiel zwischen Prominenter und Fan; sie ist wenig komplex, da sie nicht mit Argumenten, sondern durch wirkmächtige Bilder und einfache, aber große oder vieldeutige Botschaften kommuniziert wird; sie dramatisiert und emotionalisiert auch Alltägliches wie Schwangerschaft und den Alltag mit Kindern; lädt allgemein den Alltag (der Stars, damit auch den der Fans) mit Bedeutung auf.⁴⁸

Als affektiven Populismus bezeichne ich die Gewinnung von Medienkonsumenten durch emotionalisierte Kommunikation. Die Emotion rund um die vermeintliche Authentizität des Kommunizierten wirkt so zwingend, dass unbewusst ideologische Inhalte mitrezipiert und mitadaptiert werden. Die im diskutierten Kontext relevanten ideologischen Inhalte sind: 1. Die Währung der Frau ist ihr Körper; auch dessen Fruchtbarkeit ist ein Statussymbol, das zur Schau gestellt werden muss. 2. Die Mutterrolle beschert Frauen unerschöpfliches emotionales und damit soziales Kapital. Die Erfüllung des Kinderwunsches mit allen Mitteln hat deswegen oberste Priorität, auch gegen ethische Bedenken. 3. Feminismus kommt nicht zum Ausdruck in der Auflehnung gegen gesellschaftliche Missstände, sondern in der Ausstellung und der Feier der eigenen, kraftvollen und marktkonformen Körperlichkeit und deren Konsum. 4. Was Frauen erreichen, erreichen sie immer noch durch ihren Körper, auch ökonomische Unabhängigkeit oder gar Reichtum.

Intellektuelle Größe, politische Einflussnahme, der Kampf um eine gerechtere Welt zählen dagegen nicht zu den erstrebenswerten Zielen.

⁴⁸ Populistische massenmediale Kommunikation operiert mit Personalisierung, Komplexitätsreduktion, Dramatisierung und Emotionalisierung. Zum Beispiel DIEHL, 2012.

5. Literaturverzeichnis

5.1 Quellen

- Daily Motion, New York, URL: <https://www.dailymotion.com/de>.
- Deutsche Welle, Berlin, URL: <https://www.dw.com/>.
- Elle, New York, URL: <https://www.elle.com/>.
- Eltern, Hamburg, URL: <https://www.eltern.de/>.
- Forbes, Jersey City, URL: <https://www.forbes.com/>.
- Guinness World Records, London, URL: <https://www.guinnessworldrecords.com/>.
- Karlsruhe, Badische Landesbibliothek, Cod. U.H. 1, fol. 176v.
- Keeping up with the Kardashians, 14. Staffel, Folge 20, 44 Min., USA 2018.
- MaLisa Stiftung, Berlin, URL: <https://malisastiftung.org/>.
- Mum's Lounge, Kent Town, URL: <https://mumslounge.com.au/>.
- Naturhistorisches Museum Wien, Wien, URL: <https://www.nhm-wien.ac.at>.
- The New York Times, New York, URL: <https://nytimes.com>.
- Die Presse, Wien, URL: <https://www.diepresse.com/>.
- Time, New York, URL: <https://time.com/>.
- Town and Country, New York: URL: <https://www.townandcountrymag.com>.
- Vanity Fair, New York.
- Wikipedia, die freie Enzyklopädie, URL: <https://wikipedia.org>.

5.2 Literatur

- [ANON.]: Beyoncé pregnant with twins, in: New York Times, 1. Februar 2017, URL: <https://www.nytimes.com/2017/02/01/arts/beyonce-pregnant-twins.html> (28. November 2019).
- [ANON.]: Facebook zensiert „Venus von Willendorf“, in: Deutsche Welle, 28. Februar 2018, URL: <https://www.dw.com/de/facebook-zensiert-venus-von-willendorf/a-42777338> (28. November 2019).
- [ANON.]: Neue Heimat für „Venus von Willendorf“, in: Die Presse, 22. September 2015, URL: https://diepresse.com/home/panorama/wien/4826642/Naturhistorisches-Museum_Neue-Heimat-fuer-Venus-von-Willendorf#slide-4826642-1 (28. November 2019).

- ANTL-WEISER, Walpurga: Die Frau von W.: Die Venus von Willendorf, ihre Zeit und die Geschichte(n) um ihre Auffindung (Veröffentlichungen der Prähistorischen Abteilung 1), Wien 2008.
- BAILEY, Alyssa: One Social Media Post From Beyoncé Is Worth Over \$1 Million, in: *Elle*, 4. April 2017, URL: <https://www.elle.com/culture/celebrities/news/a44281/beyonce-social-media-post-worth-one-million-dollars/> (28. November 2019).
- BECK, Lutwin (Hg.): Zur Geschichte der Gynäkologie und Geburtshilfe. Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Heidelberg 1986.
- BERNARD, Andreas: Kinder machen. Neue Reproduktionstechnologien und die Ordnung der Familie. Samenspende, Leihmütter, Künstliche Befruchtung (Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung 1479), Frankfurt am Main 2014.
- CAMPBELL, S.: A Short History of Sonography in Obstetrics and Gynaecology, in: *Facts, Views & Vision in ObGyn* 5 (2013), S. 213–229, URL: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3987368/> (28. November 2019).
- COSGROVE, Ben: 'Drama of Life Before Birth'. Lennart Nilsson's Landmark 1965 Photo Essay, in: *Time*, 4. März 2013, URL: <https://time.com/3876085/drama-of-life-before-birth-landmark-work-five-decades-later/> (28. November 2019).
- COYNE, Sarah M./LIECHTY, Toni/COLLIER, Kevin M. u. a.: The Effect of Media on Body Image in Pregnant and Postpartum Women, in: *Health Communication* 33 (2018), S. 793–799, URL: <https://doi.org/10.1080/10410236.2017.1314853> (28. November 2019).
- DANGREMOND, Sam: Looking Back at Royal Births Throughout History, in: *Town and Country*, 6. Mai 2019, URL: <https://www.townandcountrymag.com/society/tradition/g19724335/royal-births-history/> (28. November 2019).
- DIEHL, Paula: Populismus und Massenmedien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012) 5-6, URL: <https://www.bpb.de/apuz/75845/populismus> (28. November 2019).
- DUDEN, Barbara: Der Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Mißbrauch des Begriffs Leben (Luchterhand-Essay 9), Hamburg 1991.
- EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND (Hg.): Die Bibel nach Martin Luthers Übersetzung, revidiert 2017, Stuttgart 2016.

- GUINNESS WORLD RECORDS, URL: <https://guinnessworldrecords.com/news/2017/2/beyonces-pregnancy-announcement-shatters-world-record-for-most-liked-image-on-in-460816> (9. Januar 2020).
- HICKS, Siobhan/BROWN, Amy: Higher Facebook use predicts greater body image dissatisfaction during pregnancy. The role of self-comparison, in: *Midwifery* 40 (2016), S. 132–140, URL: <https://doi.org/10.1016/j.midw.2016.06.018> (28. November 2019).
- HORNUFF, Daniel: *Schwangerschaft. Eine Kulturgeschichte*, Paderborn 2014.
- ILLOUZ, Eva: *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus (Adorno-Vorlesungen 2004)*, Frankfurt am Main 2007.
- IRIGARAY, Luce: Körper an Körper mit der Mutter, in: Irigaray, Luce: *Genealogie der Geschlechter*. Freiburg im Breisgau 1989, S. 25–46.
- KNOWLES, Beyoncé: [Auftritt bei den Grammy Awards 2017], URL: <https://www.dailymotion.com/video/x5bmdh2> (28. November 2019).
- LECHNER, Gregor Martin: *Maria gravida. Zum Schwangerschaftsmotiv in der bildenden Kunst (Münchener kunsthistorische Abhandlungen 9)*, München/Zürich 1981.
- LEIBOVITZ, Annie: More Demi Moore cover, in: *Vanity Fair* (2017) 8, URL: https://en.wikipedia.org/wiki/More_Demi_Moore (28. November 2019).
- LEIBOVITZ, Annie: [Serena Williams], in: *Vanity Fair* (2017) 8, Titelseite, URL: <https://archive.vanityfair.com/issue/20170801> (28. November 2019).
- LOHNER, Christina: So stylten sich Schwangere früher, in: *eltern.de*, URL: <https://www.eltern.de/schwangerschaft/gesundheit-und-fitness/bildergalerie-umstandsmode.html> (28. November 2019).
- LOVEVINTAGE, Chrystal: Kate Middleton Presents Baby Boy To The World Seven Hours After Giving Birth!, in: *mumslounge.com.au*, 24. April 2018, URL: <https://www.mumslounge.com.au/lifestyle/celebrities/kate-middleton-presents-baby-boy-to-the-world-seven-hours-after-giving-birth/> (28. November 2019).
- MURARO, Luisa: *Die symbolische Ordnung der Mutter*, Rüsselsheim ²2006.
- NATURHISTORISCHES MUSEUM WIEN, Valentinstag-Special, in: *NHM Veranstaltungskalender*, URL: https://www.nhm-wien.ac.at/veranstaltungsprogramm/ausverkauft_valentinstag_special (28. November 2019).
- READ, Barbara: Britney, Beyoncé and me, in: *Gender and Education* 23 (2011) 1, S. 1–13.

ROBEHMED, Natalie: America's Richest Female Celebrities 2017: Oprah, Judge Judy And Beyoncé Rule, in: Forbes, 17. Mai 2017, URL: <https://www.forbes.com/sites/natalierobehmed/2017/05/17/americas-richest-female-celebrities-2017-oprah-judge-judy-and-beyonce-rule/#5d6b52d02324> (28. November 2019).

SCHEVE, Christian von: Emotionen und soziale Strukturen. Die affektiven Grundlagen sozialer Ordnung, Frankfurt am Main 2009.

VEKTORAMA. OG: Projekte, URL: http://www.vektorama.com/projekte/epamedia_venus_2008 (28. November 2019).

WEGENER, Claudia/PROMMER, Elizabeth/GÖTZ, Maya: Weibliche Selbst-Inszenierung in den neuen Medien, in: malisastiftung.org, o.J., URL: <https://malisastiftung.org/geschlechterdarstellung-neue-medien/> (28. November 2019).

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Christian A. Bachmann war von 2010–2013 Mitarbeiter im DFG-geförderten Forschungsprojekt „Das Künstlerbuch als ästhetisches Experiment“ (Bochum/Wuppertal). Seit 2016 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) in der DFG-Forschungsgruppe „Journalliteratur. Formatbedingungen, visuelles Design, Rezeptionskulturen“ (Teilprojekt 6). 2015 wurde er in Vergleichender Literaturwissenschaft mit einer Arbeit über die Metamedialität und Materialität von Comics (Roland-Faelske-Preis 2016) promoviert. Seit 2008 ist er tätig als Wissenschaftsverleger mit den Schwerpunkten Literaturwissenschaft, Kulturwissenschaft und Comicforschung. Er nahm Lehraufträge an den Universitäten Bochum, Duisburg-Essen, Innsbruck, Saarbrücken und Zürich wahr. Er hält im In- und Ausland Vorträge über Comics, die Visualsatire des 19. Jahrhunderts, amerikanische und deutsche Literatur sowie das Buch als Medium. Jüngste Monographien: „Bilder/Rahmen. Rahmungen in visueller Satire, Bildergeschichte und Comic um 1900“ (Hannover 2018), „Macht der Musik. Musik in Karikatur, Bildergeschichte und Comic. 1830–1930“ (Berlin 2017, ²2018) (christian.bachmann@rub.de).

Marina Fleck ist seit 2017 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Englische Literatur- und Kulturwissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt tätig. Sie studierte Anglistik/Amerikanistik, Germanistik und Theologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und am Canisius College Buffalo, USA. Ihre Forschungsinteressen umfassen Literatur und Raum, irische Literatur sowie britische Literatur und Kultur des 19. Jahrhunderts. Sie verfasste unter anderem einen Aufsatz zu W. B. Yeats' *Lake Isle of Innisfree* und einen Lexikonartikel über Frank McCourt. Momentan arbeitet sie an einer Dissertation zu Erinnerung und Trauma in irischen Texten des 19. Jahrhunderts über die „Great Famine“ (marina.fleck@ku.de).

Alma Hannig hat Mittelalterliche und Neuere Geschichte, Politische Wissenschaft, Psychologie und Spanisch in Bonn, Bilbao und Salamanca studiert. Seit 2008 arbeitet sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin für verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen und als Lehrbeauftragte für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Bonn. Außerdem ist sie seit 2013 als Ausstellungskuratorin in Deutschland und Österreich tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Politik- und Diplomatiegeschichte Österreich-Ungarns und Deutschlands im langen 19. Jahrhundert, Erster Weltkrieg, Populismus in Österreich (hannig@uni-bonn.de).

Stephanie Heimgartner leitet das Studienbüro am Germanistischen Institut der Ruhr-Universität Bochum und ist an deren Fakultät für Philologie Beauftragte für Praxis und Transfer in der Lehre. Gemeinsam mit Monika Schmitz-Emans veröffentlichte sie 2017 den Sammelband „Komparatistische Perspektiven auf Dantes Divina Commedia. Lektüren, Transformationen und Visualisierungen“ (Berlin: de Gruyter), gemeinsam mit Simone Sauer-Kretschmer im selben Jahr den Band „Erfüllte Körper – Inszenierungen von Schwangerschaft“ (Paderborn: Fink). Ihre Forschungsinteressen erstrecken sich außer auf Inszenierungen weiblicher Identität auf Beziehungen zwischen italienischer und deutscher Literatur, Geschichte und Theorie der Lyrik, sowie „neue Weltliteratur“ der afrikanischen Diaspora (stephanie.heimgartner@ruhr-uni-bochum.de).

Tobias Hirschmüller war seit 2011 zunächst Wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG-Projekt „Edition der Akten der Provisorischen Zentralgewalt von 1848/49“ sowie Stipendiat an der KU Eichstätt-Ingolstadt und ist seither Mitarbeiter am dortigen Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte. Das Thema seiner Promotion lautet: „Erzherzog Johann von Österreich als Reichsverweser der Provisorischen Zentralgewalt in der Revolution von 1848/1849“. An der KU ist er seit 2010 zudem Lehrbeauftragter mit den Schwerpunkten Bayerische Landesgeschichte sowie deutsche Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Neben der Funktion und Wirkmächtigkeit der Provisorischen Zentralgewalt von 1848/1849 auf nationaler und internationaler Ebene zählen zu seinen Forschungsfeldern die Regionalgeschichte der Einigungskriege und des Ersten Weltkrieges, der Bismarckmythos vom Kaiserreich bis in die Gegenwart, die Ideengeschichte des Liberalismus am Beispiel von Theodor Heuss, die deutschsprachige jüdische Presse vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg sowie weibliche Idolfiguren im transatlantischen Kulturraum (t.hirschmueller@ku.de).

Thomas Hoffmann ist Professor und Lehrstuhlinhaber für Englische Sprachwissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er studierte Englisch und Katholische Religionslehre (1. Staatsexamen für Lehramt Gymnasium 2003) sowie Englische und Allgemeine Sprachwissenschaft (BA 2002, Magister 2003) an der Universität Regensburg. 2007 promovierte er in Englischer Sprachwissenschaft an der Universität Regensburg, 2014 folgte die Habilitation an der Universität Osnabrück. 2010–2014 war er Juniorprofessor an der Universität Osnabrück und erhielt dann parallel Rufe auf eine W2-Professur an der Johannes Gutenberg University Mainz, auf eine W3-Professur an der Universität des Saarlandes sowie den Lehrstuhl an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, den er schließlich 2015 annahm. Seine Forschungsschwer-

punkte sind Kognitive Linguistik, Konstruktionsgrammatik und Sprachwandel und -variation (thomas.hoffmann@ku.de).

Benjamin Krämer ist akademischer Oberrat und Privatdozent am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er studierte Medienmanagement an der Hochschule für Musik und Theater Hannover und promovierte 2012 an der LMU mit einer Arbeit zur Mediensozialisation. 2015 bis 2016 vertrat er eine Professur an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. 2017 war er Junior Researcher in Residence am Center for Advanced Studies der LMU mit einem Projekt zu Rechtspopulismus und Medien. Seit 2017 leitet er das DFG-Projekt „Medienbiographien der bundesdeutschen Kanzler und der Kanzlerin“. 2019 wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Kommunikationswissenschaft erteilt (Habilitationsschrift über die Handlungstheorie der Online-Kommunikation) (benjamin.kraemer@ifkw.lmu.de).

Walter Lesch studierte Theologie, Philosophie und Romanistik in Münster, Fribourg, Jerusalem und Tübingen. Nach den Studienabschlüssen (Diplom in Theologie und Staatsexamen in den anderen Fächern) und der Promotion (Dr. phil.) in Tübingen von 1988 bis 1999 zunächst Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moralthologischen Institut, dann Forscher des Schweizerischen Nationalfonds am Institut für Ethik und Menschenrechte an der Universität Fribourg (Schweiz). Seit 1999 Professor für Ethik (Sozialethik/Moralphilosophie) an der Theologischen Fakultät und am Institut für Philosophie der Université catholique de Louvain in Louvain-la-Neuve (Belgien). Aktuelle Arbeitsschwerpunkte: Migration, Populismus, Europa (walter.lesch@uclouvain.be).

Anton Pelinka studierte Rechtswissenschaft an der Universität Wien (Dr. iur.1964) und der Politikwissenschaft am Institute for Advanced Studies, Vienna. 1972 Habilitation für das Fach Politikwissenschaft an der Universität Salzburg. 1973–1974 Prof. an der Universität - Gesamthochschule Essen, 1974–1975 o.Prof. an der PH Berlin (West). 1975–2006 o.Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. 2006–2018 Prof. of Nationalism Studies and Political Science, Central European University, Budapest. Seit 2018 Mitglied des Universitätsrates der Universität Innsbruck. Verschiedene Gastprofessuren: University of New Orleans, Harvard University - Schumpeter Fellow, Stanford University – Austrian Chair, University of Michigan Ann Arbor, Université Libre de Bruxelles - Chair Bernheim. Veröffentlichungen zur Demokratietheorie (zum Beispiel „Politics of the Lesser Evil“, 1999), zum Vergleich politischer Systeme (zum Beispiel „Democracy Indian Style“, 2003), zur europäischer Integration (zum

Beispiel „Die unheilige Allianz“, 2015) und zum politischen System Österreichs (zum Beispiel „Die gescheiterte Republik“, 2017) (anton.pelinka@uibk.ac.at).

Paul Schreyer ist Autor und freier Journalist. Er verfasst Rezensionen für den WDR und veröffentlichte mehrere Sachbücher, darunter „Wir sind die Guten“ (2014, mit Mathias Bröckers), „Wer regiert das Geld?“ (2016) sowie „Die Angst der Eliten – Wer fürchtet die Demokratie?“ (2018). Er ist Mitherausgeber des Magazins *Multipolar*, das aus multiperspektivischer Sicht aktuelle geopolitische Vorgänge beobachtet und mögliche Entwicklungen für eine friedliche, freie und plurale Welt darlegt. Er lebt in Mecklenburg-Vorpommern und informiert über sein aktuelles Schaffen auch auf seiner Internetseite <https://paulschreyer.wordpress.com/> (paulschreyer@gmx.de).

Veith Selk ist promovierter Politikwissenschaftler. Nach einem Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg. Gegenwärtig ist er Mitarbeiter am Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte des Instituts für Politikwissenschaft der TU Darmstadt. Er war Gastwissenschaftler an Universitäten in Ottawa (Kanada), Shanghai (VR China) und Stirling (Schottland). Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören unter anderem Demokratie, Populismus, Angst und Politik. Jüngere Veröffentlichung zum Thema: „Theorien des Populismus zur Einführung“, Hamburg 2017 (zusammen mit Dirk Jörke) (selk@pg.tu-darmstadt.de).